



Monatsbericht September 2014

66. Jahrgang
Nr. 9

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
19. September 2014, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
<i>Wichtige Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen und staatlichen Aktivität in Deutschland nach der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014</i>	7
Öffentliche Finanzen	13
Wertpapiermärkte	15
Zahlungsbilanz	17
■ Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise	19
<i>Wertentwicklung deutscher Aktien</i>	21
<i>Momentum-Strategie am deutschen Aktienmarkt</i>	29
■ Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen	35
<i>Zur Einführung von Steuerzu- und -abschlägen der Länder</i>	46
<i>Finanzielle Auswirkungen einer Vereinfachung und Begrenzung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs</i>	50
■ Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013	55
<i>Bestimmungsfaktoren des Zinsergebnisses deutscher Universalbanken</i>	60
<i>Zinsspannen- und Zinsmargenkonzepte im Vergleich</i>	65

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	56•
Konjunkturlage in Deutschland	63•
Außenwirtschaft	72•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	81•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

*Positiver Einstieg
in das dritte
Quartal 2014
durch Sonder-
effekte verstärkt*

Nach den enttäuschenden Wirtschaftsdaten für Juni haben die Juli-Daten positiv überrascht. Dies zerstreut Befürchtungen eines abrupten Endes der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung. Gestützt wird dies neben dem immer noch positiven Geschäftsklima vor allem dadurch, dass sich der Arbeitsmarkt in einer sehr guten Verfassung zeigt und die Konsumenten trotz eingetrübter Konjunkturperspektiven ihre Einkommenserwartungen und Konsumpläne nicht angepasst haben. Allerdings gilt es auch zu beachten, dass der Einstieg in das dritte Quartal durch Sonderfaktoren begünstigt wurde und daher für sich genommen ein zu gutes Konjunkturbild vermittelt. Der in saisonbereinigter Rechnung kräftige Zuwachs der Industrieproduktion ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass die Schulferien in diesem Jahr schwerpunktmäßig in den August gefallen sind. Dadurch waren die urlaubsbedingten Produktionsausfälle im Juli geringer als saisonal üblich. Im August ist mit einer Gegenbewegung zu rechnen. Beim industriellen Auftragseingang schlugen neben den Ferieneffekten Großaufträge im Schiffbau zu Buche, die erst mit erheblicher Verzögerung und über einen außergewöhnlich langen Zeitraum produktionswirksam werden. Besser als die kurzfristigen Veränderungen der Aufträge und der Produktion dürften die Vertrauensindikatoren das konjunkturelle Grundtempo erfassen. Diese wurden im August weiter zurückgenommen, wobei nicht nur die Geschäftserwartungen, sondern auch die Lage zurückhaltender eingestuft wurde.

Industrie

*Industrie-
produktion
gestiegen*

Die industrielle Erzeugung ist im Juli verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt kräftig um 2½% ausgeweitet worden. Dies stand in be-

sonderem Maße in Verbindung mit der Verschiebung eines großen Teils der Schul- und Werksferien – vor allem in der Automobilindustrie – in den August, die durch die übliche Saisonbereinigung nicht erfasst wird. Gegenüber dem Mittel des Frühjahrsquartals ergab sich ein Zuwachs um 2¼%. Die Fertigung von Investitionsgütern legte markant um 4¾% zu. Dabei war insbesondere die außerordentlich starke Steigerung der Kfz-Produktion von Bedeutung. Dagegen überschritt der Ausstoß von Vorleistungs- und von Konsumgütern den Vorquartalsstand nur wenig (jeweils +¼%).

Die Auftragseingänge für die deutsche Industrie lagen im Juli saisonbereinigt um 4¾% über dem Stand des Vormonats. Der Vorquartalsdurchschnitt wurde um 2% übertroffen. Zum guten Juli-Ergebnis haben ebenfalls Ferieneffekte beigetragen. Hinzu kamen Großaufträge im Schiffbau. Sie stammten überwiegend aus Drittländern, deren gesamtes Bestellvolumen deshalb außerordentlich stark um 8¼% zunahm. Dies war auch ausschlaggebend dafür, dass sich die Auslandsnachfrage insgesamt kräftig um 4% erhöhte, obwohl es aus dem Euro-Raum vor allem aufgrund eines geringeren Orderumfangs im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie ein deutliches Minus von 3% gab. Zudem erreichten die inländischen Aufträge nicht ganz das Vorquartalsmittel (–¼%). Die Bestellungen für Investitionsgüter erhöhten sich insgesamt um 4%. Die Vorleistungsgüterindustrie verbuchte einen leichten Zuwachs (+½%). Dagegen wurden deutlich weniger Konsumgüter geordert (–3¼%).

*Bestellungen
kräftig
zugenommen*

Die Umsätze in der Industrie legten im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 1¼% zu. Verglichen mit dem Durchschnitt des zweiten Vierteljahres belief sich der Anstieg auf 1½%. Der Absatz wurde prozentual beinahe gleichermaßen im Inland und im Ausland ausgeweitet (+1½% bzw. +1¾%). Dabei war der Zuwachs in den EWU-Ländern (+2%) stärker

*Absatz im
In- und Ausland
ausgeweitet,
Importe
niedriger*

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
Inland		Ausland		
2013 4. Vj.	108,8	102,8	113,7	113,8
2014 1. Vj.	108,9	104,8	112,2	115,7
2. Vj.	108,5	103,8	112,3	110,2
Mai	108,8	103,5	113,1	111,1
Juni	105,9	101,9	109,2	102,6
Juli	110,8	103,6	116,7	...
Produktion; 2010 = 100				
Zeit	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2013 4. Vj.	109,3	106,1	115,4	107,2
2014 1. Vj.	110,3	107,1	116,7	112,1
2. Vj.	109,3	105,4	115,9	105,5
Mai	108,6	104,4	116,0	104,0
Juni	108,9	104,8	115,5	105,0
Juli	111,7	105,6	121,3	106,8
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2013 4. Vj.	278,39	226,19	52,20	51,15
2014 1. Vj.	279,12	231,14	47,98	51,14
2. Vj.	280,53	228,19	52,34	51,05
Mai	92,86	74,09	18,77	17,20
Juni	93,76	77,42	16,34	17,10
Juli	98,20	76,05	22,15	22,80
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
Anzahl in 1 000				
2013 4. Vj.	42 374	463	2 963	6,9
2014 1. Vj.	42 476	471	2 917	6,8
2. Vj.	42 581	478	2 898	6,7
Juni	42 607	483	2 911	6,7
Juli	42 651	484	2 900	6,7
Aug.	...	495	2 901	6,7
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Pro- dukte	Bau- preise ²⁾	Ver- braucher- preise
2013 4. Vj.	105,1	106,6	108,4	106,0
2014 1. Vj.	104,4	106,4	109,2	106,4
2. Vj.	103,8	105,9	109,5	106,6
Juni	104,0	105,8	.	106,6
Juli	103,6	105,7	.	106,8
Aug.	...	105,7	.	106,9

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

als in den Drittstaaten (+ 1¼%). Die Waren-
ausfuhren expandierten im Juli gegenüber der
Vorperiode dem Wert nach saisonbereinigt sehr
kräftig um 4¾%. Im Vergleich zum Durch-
schnitt des Frühjahrsquartals gab es ebenfalls
ein beträchtliches Plus von 5%. Der Wert der
Importe verringerte sich im Juli gegenüber Juni
um 1¾%. Trotzdem wurde das durchschnitt-
liche Niveau des Vorquartals praktisch erreicht.

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe nahm im Juli
saisonbereinigt um 1¾% gegenüber dem Vor-
monat zu. Das nach witterungsbegünstigtem
Jahresanfang gedrückte Niveau des Frühjahrs-
quartals wurde um 1¼% übertroffen. Gleich-
wohl ergab sich im Vorjahresvergleich erneut
ein Rückstand. Die Erzeugung im Bauhauptge-
werbe stieg im Vergleich zum zweiten Viertel-
jahr um ¾% an. Im Ausbaugewerbe, dessen
Meldungen in besonderem Maße revisions-
anfällig und daher als sehr vorläufig anzusehen
sind, nahm sie um 1¾% zu. Der Auftragseing-
ang im Bauhauptgewerbe verfehlte im zwei-
ten Vierteljahr 2014 – bis dahin liegen Angaben
vor – den Stand des Winterquartals saisonberei-
nigt um 4¾%. Besonders stark war der Rück-
gang bei den gewerblichen Bauorders. Zudem
wies der Wohnungsbau ein deutliches Minus
auf. Hinzu kam, dass es im öffentlichen Bau an
spürbaren Nachfrageimpulsen mangelte.

*Höhere
Bauproduktion,
weniger
Bauaufträge*

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiter in sehr guter
Verfassung. Die Zahl der Erwerbstätigen im
Inland erhöhte sich im Juli gegenüber dem Vor-
monat saisonbereinigt deutlich um 44 000. Im
Vorjahresvergleich nahm sie um 341 000 Perso-
nen oder 0,8% zu. Die Anzahl der sozialver-
sicherungspflichtigen Beschäftigungsverhält-
nisse stieg nach Schätzungen der Bundesagen-
tur für Arbeit (BA) im Juni verglichen mit Mai
saisonbereinigt kräftig um 90 000, nach durch-
schnittlich + 48 000 in den ersten fünf Monaten

*Beschäftigung
erneut gestiegen*

Wichtige Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen und staatlichen Aktivität in Deutschland nach der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014

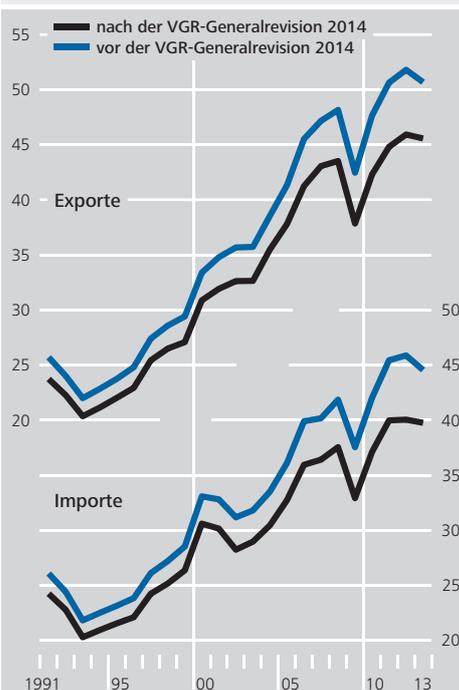
Mit der Veröffentlichung der ausführlichen Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2014 hat das Statistische Bundesamt detaillierte Ergebnisse der Generalrevision 2014 für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vorgelegt. Die jüngste VGR-Revision dient vor allem der Umstellung auf die Konventionen des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010).¹⁾ Die Rückrechnung der einzelnen Teilaggregate nach den neuen methodischen Vorgaben bis ins Jahr 1991 ist darüber hinaus zu einer grundlegenden Überarbeitung der VGR genutzt worden. Dabei sind neue statistische Informationen aus Primärstatistiken und bisher nicht verwendete Datenquellen eingearbeitet worden. Mitunter fanden auch neue Schätzverfahren Anwendung. Hinzu kam die zum Sommertermin übliche datenbedingte Revision der VGR-Angaben für die letzten dreieinhalb Jahre, bei der die Resultate nachlaufender Basisstatistiken (insbesondere aus den Jahrerhebungen) Eingang in das gesamtwirtschaftliche Rechenwerk finden. Im Ergebnis kommt es neben einer Anhebung des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um durchschnittlich gut 3% zu teilweise spürbaren Revisionen in verschiedenen VGR-Komponenten, infolge derer sich wichtige makroökonomische Relationen teilweise anders darstellen. Die Einordnung im internationalen beziehungsweise europäischen Vergleich wird erst im weiteren Jahresverlauf möglich sein, wenn neue Ergebnisse für alle Länder vorliegen.

Export- und Importquote

Besonders auffällige Änderungen finden sich bei den gesamtwirtschaftlichen Export- und Importquoten, die häufig zur Bestimmung des Grades der Integration in den globalen Güterhandel beziehungsweise der externen realwirtschaftlichen Abhängigkeiten einer Volkswirtschaft herangezogen werden. Hier macht sich die umfassende Überarbeitung der Zahlungsbilanzstatistik bemerkbar, deren Angaben als Basisstatistik für die Aus- und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen dienen. Die internationalen Konventionen für die systematische Erfassung der vielschichtigen außenwirtschaftlichen Verflechtungen in der Zahlungsbilanz wurden zeitgleich mit den Vorschriften für

Export- und Importquote

nominal, in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

¹ Vgl.: Statistisches Bundesamt, VGR-Generalrevision 2014: Ergebnisse und Hintergründe, Hintergrundpapier zur Pressemitteilung vom 1. September 2014; sowie die weiteren Informationen unter www.destatis.de/DE/Methoden/VGRRevision/Revision2014.html.

die VGR überarbeitet und mit diesen harmonisiert.²⁾

Die Grundlage für das umgestellte Regelwerk bildet die derzeit gültige 6. Auflage des Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM6), die vom Internationalen Währungsfonds gemeinsam mit Experten anderer Institutionen, darunter auch der Bundesbank, erarbeitet wurde. Der neue Standard sieht unter anderem neue Zuordnungen zu den Teilbilanzen vor, wodurch es einerseits zu Verschiebungen zwischen dem Warenhandel und den Dienstleistungstransaktionen kommt und sich andererseits auch der ausgewiesene Umfang der gesamten Exporte (Wareneinfuhr und Dienstleistungseinnahmen) und Importe (Wareneinfuhr und Dienstleistungsausgaben) verändert.

Insbesondere die aus der strikten Anwendung des Grundsatzes des Eigentumsübergangs abgeleiteten Änderungen bei Fertigungsleistungen für ausländische Waren haben die Handelsvolumina deutlich reduziert, da Warenbewegungen ohne Eigentumswechsel nicht mehr der Handelsbilanz zugewiesen werden. Vielmehr wird nur noch das Fertigungsentgelt für die Bearbeitung der Waren unter den Einkünften aus Dienstleistungen erfasst.

Eine weitere Verringerung der ausgewiesenen Warenströme ergibt sich durch die Umbuchung der Erfüllung der Warenterminkontrakte im Strom- und Gashandel von der Leistungsbilanz zu den Finanzderivaten in der Kapitalbilanz.³⁾ Darüber hinaus werden Transaktionen nichtphysischer Goldbestände und grenzüberschreitend erbrachte Bauleistungen im Rahmen länger als ein Jahr laufender Vorhaben nunmehr ebenfalls in der Kapitalbilanz erfasst.⁴⁾ Insgesamt kommt es durch die Revisionen durchgängig zu deutlich niedrigeren Export- und Importquoten.

Für das Jahr 2013 fallen sie um rund 5 Prozentpunkte geringer aus als zuvor. Entsprechend verändert sich auch das aus den VGR-Relationen abgeleitete Maß für die Offenheit der deutschen Volkswirtschaft. Während der konjunkturelle Verlauf der Ausfuhr- und Einfuhrquoten nahezu unverändert bleibt, flacht sich ihr Aufwärtstrend etwas ab. Auch der Saldo der Leistungsbilanz stellt sich nach den Revisionen der Zahlungsbilanzstatistik und der VGR in einem etwas veränderten Licht dar. Insbesondere fallen die hohen Überschüsse der vergangenen Jahre teilweise spürbar niedriger aus. Im Jahr 2013 beträgt der Leistungsbilanzsaldo nach dem neuen Rechenstand 6,8% des nominalen BIP. Er wird damit um 0,7 Prozentpunkte geringer ausgewiesen als zuvor.

Investitionsquoten

Deutliche Veränderungen gibt es auch bei den gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Diese sind besonders von der Zuordnung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zu den Bruttoanlageinvestitionen betroffen.⁵⁾ Da ein Großteil der FuE-Ausgaben auf den privaten Sektor entfällt, erhöht sich insbesondere die Quote der Unternehmensinvestitionen. Der langfristige Abwärts-

² Vgl.: Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, Juni 2014, S. 59 ff.

³ Im Zuge der Umstellung auf das BPM6 wurde die Buchungspraxis in der deutschen Zahlungsbilanz an die international übliche Vorgehensweise angepasst. Lediglich die tatsächlichen grenzüberschreitenden Strom- und Gaslieferungen, wie sie in der Außenhandelsstatistik erfasst werden, verbleiben im Warenkonto.

⁴ Bei Letzteren verbleibt lediglich das Entgelt für die erbrachten Bauleistungen als Primäreinkommen in der Leistungsbilanz. Die Bauleistungen selbst werden dem Inlandsprodukt zugerechnet.

⁵ Die FuE-Ausgaben wurden zuvor in der Regel als Vorleistungen angesehen. Ihre Kapitalisierung stellt die für die Anhebung des BIP bedeutsamste methodische Änderung des ESVG 2010 dar. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Auswirkungen der Generalrevision der gesamtwirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 auf das Bruttoinlandsprodukt, Monatsbericht, August 2014, S. 60 f.

trend, der vor allem durch den im Vergleich zum BIP-Deflator sehr verhaltenen Anstieg des Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen bedingt ist, bleibt dagegen nahezu unverändert, und auch das konjunkturelle Verlaufsbild ist weitgehend das gleiche geblieben. Allerdings stellt sich die Schwächephase der vergangenen beiden Jahre nach der Generalrevison etwas weniger ausgeprägt dar als nach bisherigem Rechenstand. Dabei ist zu beachten, dass die Korrekturen am aktuellen Rand stärker durch Datenrevisionen als durch Methodenänderungen bedingt sein dürften.

Auch die Quote der staatlichen Investitionen fällt nach der Generalrevison höher aus. Hier schlägt sich neben der geänderten Erfassung von FuE-Ausgaben auch die Verschiebung der Aufwendungen für militärische Waffensysteme von Vorleistungskäufen (als Teil des Staatskonsums) hin zu den staatlichen Investitionen nieder. Im Durchschnitt des Revisionszeitraums wurde die staatliche Investitionsquote um ½ Prozentpunkt angehoben, und damit relativ zum bisherigen Niveau deutlich stärker als im Privatsektor. An ihrem Verlaufsbild hat sich aber kaum etwas geändert. Nach höheren Investitionsquoten im Aufschwung unmittelbar nach der Wiedervereinigung nahm der Anteil der staatlichen Investitionen am BIP bis etwa zur Jahrtausendwende ab und änderte sich danach nur noch relativ wenig.

Der private Wohnungsbau ist nicht von methodischen Änderungen vergleichbaren Ausmaßes betroffen. Der Anteil dieser Investitionskomponente am BIP verringert sich wegen der Erhöhung des Nenners leicht. Bemerkenswert ist aber, dass diese Abwärtskorrektur in den Jahren 2012 und 2013 offenbar durch datenbedingte Revisionen überkompensiert wird, sodass sich die jüngsten Bestandsanpassungen am Wohn-



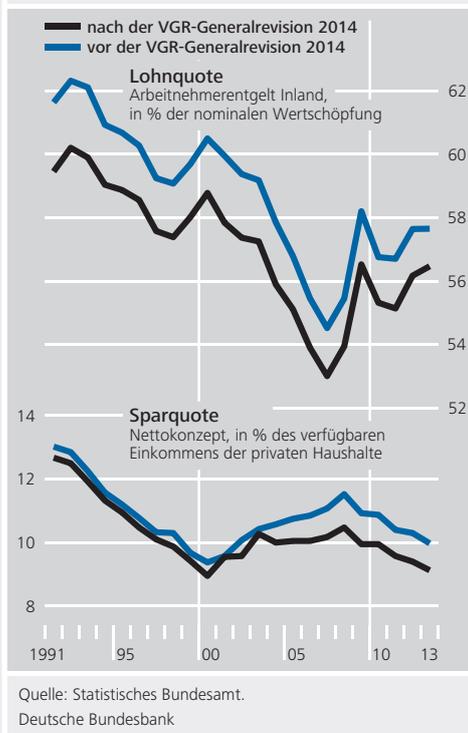
immobilienmarkt etwas lebhafter darstellen als nach alter Rechnung.

Lohnquote

Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote im Sinne einer Kostengröße, hier gemessen als Summe der Arbeitnehmerentgelte im Inland in Relation zur nominalen Bruttowertschöpfung, fällt nach der Generalrevison etwas geringer aus als zuvor.⁶⁾ Dabei dürfte die

⁶ Dies kontrastiert mit dem Anstieg der aus der Verteilungsrechnung abgeleiteten Lohnquote, die als Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen gemessen wird.

Gesamtwirtschaftliche Lohnquote und Sparquote der privaten Haushalte



Erhöhung des Nenners der entscheidende Faktor gewesen sein, welcher das unter anderem infolge gesteigerter Beschäftigtenzahlen höhere Arbeitsentgelt mehr als kompensiert.⁷⁾ Die revidierte Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, die in die Generalrevision der VGR eingeflossen ist, bezieht zusätzliche Personengruppen ein, um eine weitgehende Übereinstimmung mit der Definition der Erwerbstätigkeit nach ILO (International Labour Organization) zu erreichen. Dazu zählen insbesondere die behinderten Beschäftigten in besonderen Einrichtungen.⁸⁾ Auch das konjunkturelle Muster der Lohnquote zeigt nach der Revision keine nennenswerten Veränderungen. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich die Abwärtsbewegung bis in das Jahr 2007 etwas schwächer und die anschließende Erholung etwas stärker darstellt.

Sparquote

Die Sparquote der privaten Haushalte ist sowohl von Revisionen des verfügbaren Einkommens als auch der Konsumausgaben betroffen. Im Zuge der VGR-Generalrevision wurde der private Konsum überwiegend angehoben.⁹⁾ Beim verfügbaren Einkommen (einschl. der Zunahme von betrieblichen Versorgungsansprüchen) gab es zunächst bis zum Jahr 2009 Anpassungen nach oben und anschließend Abwärtsrevisionen. Im Ergebnis kam es zu einer Verringerung der in den VGR ausgewiesenen Sparquote der privaten Haushalte. Der zeitliche Verlauf der Sparquote blieb zwar im Großen und Ganzen erhalten, ihr Anstieg im Zeitraum 2000 bis 2008 stellt sich nach dem neuen Rechenstand jedoch merklich schwächer dar. Der wesentliche Grund für die Absenkung der Sparquote dürften höhere Abschreibungen auf Wohnimmobilien sein. Diese reduzieren den im verfügbaren Einkommen enthaltenen (Netto-)Betriebsüberschuss, der im Sektor der privaten Haushalte vornehmlich aus der Eigennutzung von Wohnraum resultiert. Betrachtet man die Sparquote nach dem Bruttokonzent, bei dem Abschreibungen einbezogen bleiben, fallen die Revisionen wesentlich geringer aus. In beiden Fällen

⁷ Des Weiteren führten die Revision der unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie höhere Bruttolöhne und -gehälter durch die Einbeziehung von Aktienoptionen und die Überarbeitung der Löhne und Gehälter der geringfügig Beschäftigten zu einer Anhebung des Arbeitnehmerentgelts. Vgl.: Statistisches Bundesamt, VGR-Generalrevision 2014: Ergebnisse und Hintergründe, Hintergrundpapier zur Pressemitteilung vom 1. September 2014, S. 5.

⁸ Vgl.: Statistisches Bundesamt, Hinweise zur Neuberechnung der Erwerbstätigenzahlen, 2014.

⁹ Die Gründe für die Anhebung der privaten Konsumausgaben waren vor allem neue Ausgangsdaten aufgrund erneuerter Berechnungsmodule für den Handel und die Berücksichtigung modellmäßig berechneter Käufe von geschmuggelten Tabakwaren und von Drogen. Vgl.: Statistisches Bundesamt, VGR-Generalrevision 2014: Ergebnisse und Hintergründe, Hintergrundpapier zur Pressemitteilung vom 1. September 2014, S. 4.

bestätigt sich allerdings das Bild einer seit dem Jahr 2008 in der Grundtendenz nachgebenden Sparquote der privaten Haushalte.

Staatskonsum

Die Umklassifizierung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie für militärische Waffensysteme hat per saldo das Niveau des nominalen Staatskonsums nur sehr begrenzt beeinflusst. So senkt die geänderte Einstufung als Investitionen zwar den Staatskonsum bei der Anschaffung. Die zeitanteiligen Abschreibungen im weiteren Verlauf (aufgrund der unterstellten Abnutzung der Vermögensgüter) erhöhen den Staatskonsum aber.¹⁰⁾ Insgesamt stellt sich der nominale Staatskonsum nach der Generalrevision sogar höher dar. Dies dürfte

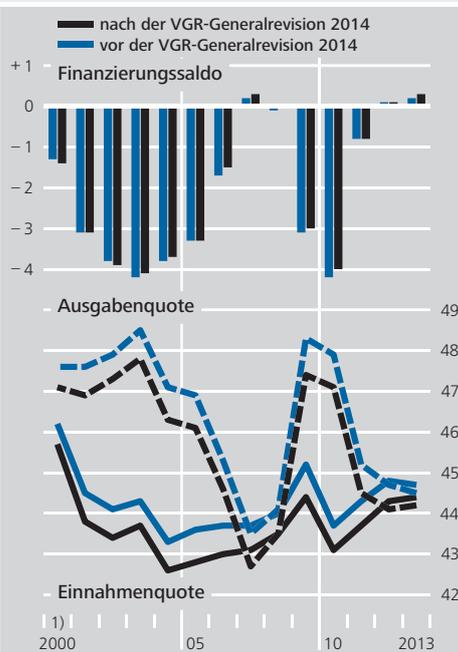
10 Rechnerisch ergibt sich der Staatskonsum additiv vor allem aus den Vorleistungen (insbesondere laufender Sachaufwand), den Personalausgaben, den sozialen Sachleistungen (insbesondere Ausgaben der Kranken- und Pflegeversicherung) sowie den Abschreibungen abzüglich der Verkäufe (insbesondere Gebühreneinnahmen und selbst erstellte Anlagen). Konkret kommt es bei der genannten Umklassifizierung im Fall von erworbenen Gütern (wie es bei Rüstungsgütern zumeist der Fall ist) zu einer Verschiebung der Ausgaben von Vorleistungen zu Investitionen. Bei selbst erstellten Gütern (z. B. Forschung einer im Staatssektor erfassten Universität) werden die damit verbundenen Personalausgaben und Vorleistungen weiterhin erfasst, ihnen steht aber ein (Konsumausgaben senkender) Verkauf (in Höhe der neu gebuchten Investitionsausgaben) gegenüber.

11 Generell werden in den VGR unterstellte (fiktive) Sozialbeiträge für Beamte einerseits bei den staatlichen Personalausgaben und andererseits bei den staatlichen Einnahmen aus Sozialbeiträgen gebucht. Damit soll nicht zuletzt die Vergleichbarkeit von Personalausgaben für Angestellte und Beamte hergestellt werden.

12 Im Staatskonto der VGR werden die staatlichen Einnahmen und Ausgaben sowie der staatliche Finanzierungssaldo dargestellt. Auf der Ausgabenseite fließen u. a. die bereits behandelten Bruttoinvestitionen sowie aus dem Staatskonsum insbesondere die Komponenten Personalausgaben, Vorleistungen und soziale Sachleistungen ein. Die den Staatskonsum senkenden Verkäufe werden auf der Einnahmenseite ausgewiesen. Abschreibungen werden nicht in den staatlichen Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt und spielen somit bei der Ermittlung des Finanzierungssaldos keine Rolle. Höhere Abschreibungen erhöhen damit den Staatskonsum, ohne staatliche Einnahmen, Ausgaben oder den Finanzierungssaldo zu beeinflussen.

Kennziffern der öffentlichen Haushalte⁹⁾

in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt. * Staatssektor in der Abgrenzung der VGR. **1** Ohne Berücksichtigung der außerordentlich hohen Erlöse aus der UMTS-Versteigerung im Jahr 2000.
 Deutsche Bundesbank

vor allem mit dem höheren Ausweis der staatlichen Personalausgaben aufgrund höher veranschlagter unterstellter Sozialbeiträge für Beamte zusammenhängen.¹¹⁾ In Relation zum deutlich nach oben revidierten nominalen BIP fällt der Staatskonsum allerdings durchschnittlich ein wenig (¼ Prozentpunkt) niedriger aus.

Wichtige fiskalische Kennzahlen

Von der Generalrevision waren verschiedene fiskalische Kennzahlen betroffen, die bei der Analyse der Entwicklung der Staatsfinanzen und des Staatskontos eine besondere Rolle spielen.¹²⁾ Das Gesamtbild für die öffentlichen Finanzen hat sich mit der Revision aber nicht grundlegend geändert. Für die staatliche Defizitquote sind die Korrekturen im Durchschnitt quantitativ zu vernachlässigen und liegen auch in den einzelnen Jahren jeweils unter 0,2 Prozentpunkten. Für

das Jahr 2013 ist weiterhin ein leichter Überschuss zu verzeichnen.¹³⁾

Die staatlichen Einnahmen und Ausgaben werden jetzt höher ausgewiesen, und die Struktur verändert sich. Neben den bereits angesprochenen Aspekten – der geänderten Verbuchung von FuE-Ausgaben und militärischen Waffensystemen sowie der Aufwärtsrevision der unterstellten Sozialbeiträge – spielen weitere Faktoren eine Rolle. So werden beispielsweise die an die EU abgeführten Umsatzsteuereinnahmen (die EU-Mehrwertsteuer-Eigenmittel) nicht mehr direkt als Einnahme der EU in Deutschland verbucht, sondern nunmehr explizit durch den deutschen Staatshaushalt geleitet. Hierzu werden sie bei den deutschen Umsatzsteuereinnahmen erfasst und gleichzeitig als Transfer Deutschlands an die EU ausgabenseitig verbucht. Auch wurde mit dem ESVG 2010 der Staatssektor tendenziell etwas weiter gefasst, sodass diesem nunmehr Einheiten als zuvor zugeordnet werden (z. B. die Helmholtz-Forschungszentren). Ungeachtet der höheren staatlichen Einnahmen und Ausgaben fallen die häufig diskutierten aggregierten staatlichen Einnahmen- und Ausgabenquoten wegen der Anhebung des nominalen BIP allerdings etwas geringer aus als nach alter Rechnung.

Der Maastricht-Schuldenstand wird erst mit der Herbst-Notifikation revidiert. Durch die revidierte Abgrenzung des Staatssektors nimmt er zu, soweit Schulden der neu einbezogenen Einheiten gegenüber nichtstaatlichen Gläubigern bestehen und diese nicht durch deren Forderungen gegenüber anderen staatlichen Stellen kompensiert werden. Insgesamt ist eine Abwärtskorrektur der Schuldenquote aufgrund des deutlich höheren nominalen BIP im Nenner zu erwarten, was für sich genommen die Quote 2013 um etwa 2 Prozentpunkte verringert.

Für die finanzpolitische Bewertung ist zu berücksichtigen, dass die Niveaukorrekturen einiger zentraler BIP-Relationen wesentlich durch die geänderte Behandlung von FuE und militärischen Waffensystemen in den VGR beeinflusst werden. Insgesamt wird die mit dem BIP gemessene Wirtschaftsleistung zwar höher bewertet, weil nicht nur die aktuellen Ausgaben für Waffenanschaffungen und FuE, sondern auch die darauf bezogenen Abschreibungen BIP-erhöhend erfasst werden. Trotz der nunmehr deutlich positiveren BIP-Wirkung solcher Ausgaben verändert sich ihr Nutzen aber nicht. Auch kann die gesunkene Abgabenquote nicht als Beleg dafür herangezogen werden, dass die Abgabenlast leichter zu tragen ist.¹⁴⁾ Bei der Betrachtung der Staatstätigkeit im Zeitverlauf ergibt sich ebenfalls keine wesentliche Neueinschätzung. Im Hinblick auf internationale Vergleiche bleibt abzuwarten, wie sich die VGR-Revision in anderen Ländern auswirkt.¹⁵⁾ Etwas leichter machen die Aufwärtsrevisionen des nominalen BIP für sich genommen aber die Einhaltung der EU-Haushaltsregeln, soweit diese numerische Obergrenzen für die (strukturelle) Defizit- und Schuldenquote vorgeben.

13 Das für die Einhaltung der EU-Regeln relevante Maastricht-Defizit wird ab der Herbst-Notifikation 2014 wieder dem VGR-Defizit entsprechen. Es wich zwischenzeitlich konzeptionell vom VGR-Defizit ab, da beim Maastricht-Defizit als Zinsströme behandelte Derivatezahlungen aus Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berücksichtigt wurden. Für Deutschland war die Abweichung quantitativ weitgehend unbedeutend.

14 Werden die Abgaben bspw. in Relation zum Volkseinkommen gesetzt, ergibt sich durch die Revision der Statistik sogar ein spürbarer Quotenanstieg, da das Volkseinkommen von der Generalrevision vergleichsweise wenig beeinflusst wurde und die Abgaben nach oben revidiert wurden.

15 In den EU-Staaten muss die Umstellung auf den neuen Standard ESVG 2010 spätestens in diesem Herbst erfolgen. Eurostat wird Informationen zu Revisionen von Defiziten und Schuldenständen zusammen mit der üblichen Veröffentlichung zu den Maastricht-Meldungen im Oktober bereitstellen.

dieses Jahres. Der Vorjahresabstand belief sich im Juni auf +550 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse (+1,9%). Dem ifo Beschäftigungsbarometer und dem Stellenindex der BA zufolge ist weiterhin mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung zu rechnen.

*Arbeitslosigkeit
weitgehend
unverändert*

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich im August saisonbereinigt im Vergleich zum Juli kaum verändert. Die Arbeitslosenquote blieb bei 6,7%. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Arbeitslosigkeit um 44 000 Personen. Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einschließt (ohne Kurzarbeit), hielt sich saisonbereinigt ebenfalls auf dem Stand des Vormonats. Dem Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge ist auch in den nächsten Monaten von einem weitgehend unveränderten Umfang der Arbeitslosigkeit auszugehen.

Preise

*Internationale
Rohölpreise
niedriger*

Der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent verringerte sich im Verlauf des Monats August spürbar. Im August-Durchschnitt lagen die Notierungen um 4½% unter dem Stand des Vormonats. In der ersten Septemberhälfte gaben die Rohölpreise weiter nach. Zum Abschluss des Berichts wurden 97¾ US-\$ für ein Fass der Rohölsorte Brent gezahlt. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen belief sich bei Lieferung in sechs Monaten auf 2¼ US-\$ und bei Bezug in 12 Monaten auf 2¾ US-\$.

*Einfuhrpreise
spürbar, aber
Erzeugerpreise
wenig rückläufig*

Die Einfuhrpreise sind im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt merklich gesunken. Die industriellen Erzeugerpreise gaben jedoch nur wenig nach; im August blieben sie unverändert. Dabei ermäßigten sich die Preise bei Energie, während sie bei anderen Waren etwas anzogen. Bei den Einfuhrpreisen vergrößerte sich der negative Vorjahresabstand merklich auf

1,7%, bei den industriellen Erzeugerpreisen geringfügig auf 0,8%.

Auf der Verbraucherstufe sind die Preise im August gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt erneut leicht um 0,1% gestiegen. Die Preise für Energie waren zwar rückläufig, und die Preise von Nahrungsmitteln blieben weitgehend unverändert. Allerdings erhöhten sich die Preise von gewerblichen Waren und von Dienstleistungen. Zudem verstärkte sich der Anstieg der Wohnungsmieten leicht. Die Jahresteuersatzrate belief sich sowohl nach dem nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) als auch in der harmonisierten Abgrenzung (HVPI) wie im Vormonat auf 0,8%.

*Im August
Verbraucher-
preise weiter
leicht gestiegen*

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

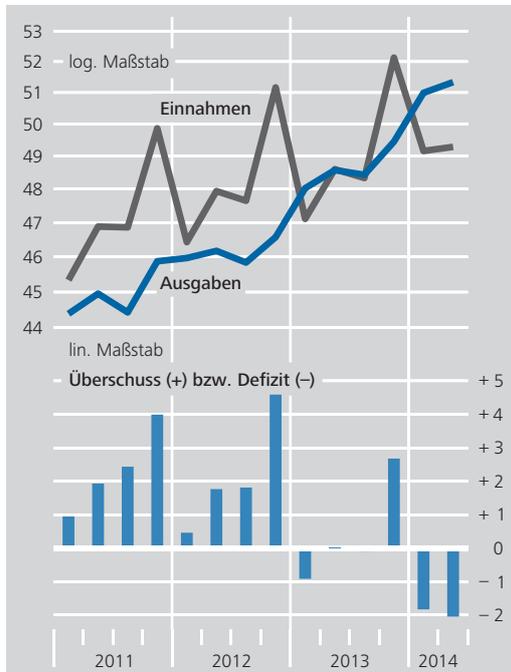
Die gesetzliche Krankenversicherung verzeichnete im zweiten Vierteljahr 2014 ein Defizit von 2 Mrd €, nach einem praktisch ausgeglichenen Ergebnis ein Jahr zuvor. Die deutliche finanzielle Verschlechterung ergab sich zu drei Vierteln beim Gesundheitsfonds und zu einem Viertel bei den Krankenkassen. Ein zentraler Grund für die negative Entwicklung war, dass die geplante Kürzung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds von 14 Mrd € auf 10,5 Mrd € erst im Laufe des Jahres in Kraft trat. Während im ersten Quartal – entsprechend der seinerzeitigen Gesetzeslage – noch ein Viertel von 14 Mrd € als Zufluss vereinnahmt worden war (also 3½ Mrd €), wurde der Wert für das zweite Quartal auf gut 1½ Mrd € (und damit um gut 1 Mrd € unter den Stand des Vorjahres) abgesenkt, sodass im ersten Halbjahr zusammen genommen nunmehr die Hälfte des abgesenkten

*Deutliche
Ergebnisver-
schlechterung
im zweiten
Quartal 2014
vor allem auf-
grund gekürzter
Bundesmittel*

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.

Deutsche Bundesbank

Gesamtjahresbetrages von 10,5 Mrd € eingenommen wurde. Zur Jahresmitte 2014 verfügten die Krankenkassen über Rücklagen in Höhe von gut 16 Mrd €, und der Gesundheitsfonds wies Finanzreserven von 10½ Mrd € auf.

Auf der Seite der Krankenkassen wuchsen die Einnahmen um fast 4½%. Die dominierenden Zuflüsse aus dem Gesundheitsfonds übertrafen dabei ihren Vorjahreswert – wie geplant – um 4%.²⁾ Allerdings wuchsen die Kassenausgaben mit gut 5½% noch stärker. Mit einem Plus von 10% trugen insbesondere die Arzneimittel zum Ausgabenanstieg bei, nachdem der Hersteller-rabatt für patentgeschützte Arzneimittel zum Jahreswechsel zurückgenommen worden war. Mit gut 9% und 7½% wuchsen aber auch die Aufwendungen für Heil- und Hilfsmittel sowie das Krankengeld deutlich überproportional. Etwas abgeschwächt hat sich dagegen die Zuwachsrate im Krankenhausbereich, die aber immer noch bei gut 4% lag. Die Prämienrückzahlungen einzelner Versicherungen an ihre

Kassendefizit infolge starken Ausgabenanstiegs

Mitglieder gingen gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal bereits wieder zurück.

Der Gesundheitsfonds vereinnahmte um 3½% höhere Beiträge, worin sich die anhaltend günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung widerspiegelt. Aufgrund der Kürzungen beim Bundeszuschuss wuchsen die Fondseinnahmen insgesamt im zweiten Quartal aber lediglich um knapp 1%. Die im Voraus festgelegten Überweisungen an die Krankenkassen nahmen dagegen um 4% zu.

Gesundheitsfonds durch nachgeholte Kürzung der Bundesmittel besonders betroffen

Im ersten Halbjahr weitete sich das Defizit des Gesundheitsfonds um fast 1½ Mrd € auf gut 3 Mrd € aus, wovon ½ Mrd € der Kürzung des Bundeszuschusses zuzurechnen ist. Auch wenn zum Jahresende aufgrund der saisonüblichen Sonderzahlungen mit einem Überschuss zu rechnen ist, zeichnet sich für das Gesamtjahr ein merkliches Defizit ab. Die Kassen haben in den ersten sechs Monaten mit einem Defizit von gut ½ Mrd € um gut 1½ Mrd € schlechter abgeschnitten als vor einem Jahr. Auch im Gesamtjahr dürften die Ausgaben spürbar schneller steigen als die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds, sodass sich der Überschuss des Vorjahres von gut 1 Mrd € in ein Defizit verwandeln dürfte. Ungebremst dürften die Ausgaben weiter schneller steigen als die beitragspflichtigen Einkommen. Damit wäre ein rasches Abschmelzen der derzeit noch hohen Rücklagen vorgezeichnet, was perspektivisch Anhebungen der Zusatzbeiträge der einzelnen Krankenkassen erforderlich machen würde.

Im Gesamtjahr Defizit beim Gesundheitsfonds und möglicherweise auch bei den Kassen zu erwarten

Soziale Pflegeversicherung

Im zweiten Quartal 2014 ergab sich in der sozialen Pflegeversicherung ein leichter Überschuss, der nur wenig unter dem Niveau des Vorjahres blieb. Die Beiträge der Beschäftigten wuchsen um 3½%, während für die Rentner

Leichter Überschuss bei normalisierter Ausgabenentwicklung

² Die Kürzung des Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds hat keinen Einfluss auf die Überweisungen an die Kassen, sondern wird durch Rückgriff auf die Fondsrücklagen ausgeglichen.

lediglich 1% mehr überwiesen wurde. In der Summe standen um fast 3% höheren Einnahmen um gut 3½% gestiegene Ausgaben gegenüber. Nach den Leistungsausweitungen Anfang 2013, die zeitverzögert auch noch im ersten Quartal 2014 den Ausgabenanstieg verstärkten, hat sich die Dynamik nun wieder abgeschwächt. Die Rücklagen beliefen sich zur Jahresmitte auf gut 6 Mrd €. Im zweiten Halbjahr dürften insbesondere die kräftigere Rentenanpassung und die zusätzlichen Rentenausgaben durch die höhere Dotierung von Erziehungsleistungen die Beitragseinnahmen kräftiger ausfallen lassen, sodass im Gesamtjahr mit einem Überschuss gerechnet werden kann.

Geplante Pflege-reform sieht beträchtliche Mehrausgaben vor

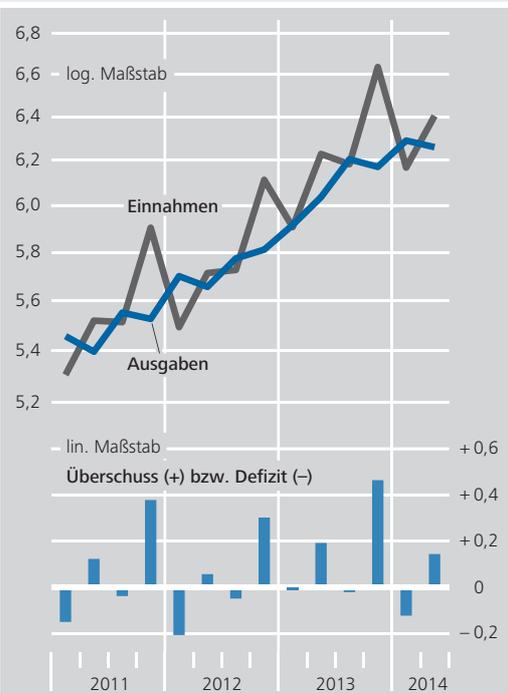
Mit dem Entwurf zum „Fünften SGB XI-Änderungsgesetz“ ist eine weitere Pflegereform auf den Weg gebracht worden. Vorgesehen ist eine Anhebung des Beitragssatzes zum 1. Januar 2015 von 2,05% auf 2,35% (zzgl. jeweils 0,25% für Kinderlose). Von den damit erzielbaren Mehreinnahmen in Höhe von gut 3½ Mrd € sollen zwei Drittel unmittelbar für höhere Ausgaben und ein Drittel zum Aufbau einer gesonderten Rücklage verwendet werden. Die Mehrausgaben entstehen zum einen aus einer generellen Dynamisierungsvorschrift, die bereits Mitte 2008 gesetzlich verankert wurde.³⁾ Darüber hinaus ergeben sich Ausgabenzuwächse durch eine Flexibilisierung der bestehenden Pflegeleitlinien, die vor allem auf eine stärkere Berücksichtigung von Demenzerkrankungen zielen.

Vorsorgefonds könnte Beitragssatzanstieg leicht begrenzen

Die einem Zehntelprozentpunkt des Beitragssatzes entsprechenden Mehreinnahmen sollen in einen von der Bundesbank verwalteten Vorsorgefonds fließen. Über einen Zeitraum von 20 Jahren soll damit bis Ende 2034 ein Kapitalstock aufgebaut werden. Der Aufbau des Fonds führt für sich genommen zu jährlichen Überschüssen in der Pflegeversicherung, die sich 2015 auf gut 1 Mrd € belaufen dürften. Ab 2035 soll dann höchstens ein Zwanzigstel des zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Fondsvolumens pro Jahr zur Begrenzung des erwarteten Beitragssatzanstiegs verwendet werden. Falls die Mittel wie

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung^{*)}

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Vorläufige Vierteljahresergebnisse (PV45).
 Deutsche Bundesbank

derzeit vom Gesetzgeber beabsichtigt verwendet werden, könnte damit der Beitragssatz in der Abschmelzphase um ebenfalls rund einen Zehntelprozentpunkt niedriger gehalten werden.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Der Bruttoabsatz am deutschen Rentenmarkt lag mit 118,4 Mrd € im Juli 2014 über dem Wert des Vormonats (99,1 Mrd €). Nach ebenfalls gestiegenen Tilgungen (126,3 Mrd €) und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten sank der Umlauf inlän-

Kaum Änderung im Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Rentenmarkt im Juli

³ Danach ist ab 2015 im dreijährigen Turnus eine Anpassung der Leistungssätze zu prüfen. Richtschnur ist dabei die Preisentwicklung der vergangenen drei Jahre, maximal jedoch die Wachstumsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme im gleichen Zeitraum. Vorgesehen ist für 2015 eine Anhebung um grundsätzlich 4% (bzw. 2,7% bei Leistungen, die erst 2013 neu eingeführt worden sind).

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2013	2014	
	Juli	Juni	Juli
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 28,3	- 5,8	- 3,0
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 12,9	- 9,4	- 2,2
Anleihen der öffentlichen Hand	- 12,8	8,3	- 5,8
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	8,7	7,5	3,0
Erwerb			
Inländer	- 3,5	3,6	6,2
Kreditinstitute ³⁾	- 3,1	- 2,2	0,0
Deutsche Bundesbank	- 0,8	- 1,6	- 1,6
Übrige Sektoren ⁴⁾	0,4	7,4	7,8
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 8,1	- 1,1	3,5
Ausländer ²⁾	- 16,1	- 1,8	- 6,2
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	- 19,6	1,7	0,0

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

discher Rentenpapiere allerdings netto um 3,0 Mrd €, nachdem er im Juni bereits um 5,8 Mrd € zurückgegangen war. Dagegen wurden ausländische Titel im Umfang von 3,0 Mrd € am deutschen Markt untergebracht (nach 7,5 Mrd € im Vormonat), sodass sich der Umlauf von in- und ausländischen Schuldtiteln in Deutschland im Ergebnis kaum änderte.

Die öffentliche Hand tilgte im Berichtsmonat eigene Anleihen in Höhe von netto 5,8 Mrd €. Vor allem der Bund führte seine Kapitalmarktverschuldung im Ergebnis zurück (15,0 Mrd €). Dabei wurden schwerpunktmäßig zehnjährige Bundesanleihen getilgt (20,8 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen primär bei zweijährigen Bundesschatzanweisungen und fünfjährigen Bundesobligationen gegenüber (3,8 Mrd € bzw. 3,6 Mrd €). Die Länder begaben Anleihen für per saldo 9,3 Mrd €.

Die heimischen Kreditinstitute führten den Bestand eigener Anleihen im Juli um netto 2,2

Mrd € zurück. Hierunter befanden sich die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen (1,2 Mrd €) sowie Hypothekendarlehen und Öffentliche Pfandbriefe (1,2 Mrd € bzw. 0,9 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (zu denen beispielsweise die öffentlichen Förderbanken gerechnet werden) in Höhe von 1,1 Mrd € gegenüber.

Inländische Unternehmen begaben im Berichtsmonat Schuldverschreibungen für per saldo 5,1 Mrd €. Dies ist im Ergebnis ausschließlich auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen (5,2 Mrd €), die langfristige Anleihen mit Laufzeiten von über einem Jahr begaben (5,4 Mrd €).

Auf der Erwerberseite traten im Juli einzig inländische Nichtbanken in Erscheinung, welche Schuldverschreibungen für netto 7,8 Mrd € erwarben. Dabei wurden ausländische Werte leicht favorisiert (4,3 Mrd €). Demgegenüber reduzierten ausländische Anleger ihr Engagement am deutschen Rentenmarkt um 6,2 Mrd €. Die heimischen Kreditinstitute waren im Ergebnis nur marginal am Marktgeschehen beteiligt.

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden im Berichtsmonat Aktien für netto 1,8 Mrd € emittiert. Der Großteil hiervon entfiel auf nicht börsennotierte Unternehmen. Der Umlauf an ausländischen Aktien stieg im gleichen Zeitraum um 1,5 Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten insbesondere Inländer; sie nahmen Papiere im Umfang von netto 6,7 Mrd € in ihre Portfolios auf. Dabei hielten sich die heimischen Nichtbanken und die Kreditinstitute in etwa die Waage (3,5 Mrd € bzw. 3,2 Mrd €). Gebietsfremde Anleger veräußerten Dividendenwerte für per saldo 3,3 Mrd €.

Nettotilgungen von Schuldverschreibungen der Kreditinstitute

Nettoemissionen von Schuldverschreibungen bei inländischen Unternehmen

Inländische Nichtbanken als einzige Erwerbergruppe

Nettoabsatz am Aktienmarkt

Gesunkene Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand

Investmentfonds

Moderate
 Mittelzuflüsse
 bei Investment-
 fonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Juli einen Mittelzufluss in Höhe von 8,6 Mrd €. Mehrheitlich flossen diese Gelder in die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (7,2 Mrd €). Unter den Anlageklassen profitierten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (4,4 Mrd €), aber auch Rentenfonds (2,9 Mrd €). Ausländische Fondsgesellschaften setzten am deutschen Markt Anteilscheine in Höhe von netto 4,4 Mrd € ab. Als Erwerber von Investmentfondsanteilen traten im Berichtsmonat im Ergebnis nahezu ausschließlich inländische Nichtbanken auf (12,9 Mrd €). Auch heimische Kreditinstitute erwarben Anteilscheine für per saldo 0,5 Mrd €, während sich ausländische Investoren von Investmentzertifikaten für netto 0,4 Mrd € trennten.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz-
 überschuss
 gestiegen

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Juli 2014 einen Überschuss von 21,7 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 4,5 Mrd € über dem Niveau des Vormonats. Ursächlich für die Zunahme war der kräftige Anstieg des Aktivsaldos im Warenhandel. Das Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, das Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfasst, nahm in geringerem Umfang zu.

Aktivsaldo im
 Warenhandel
 vergrößert

Ausschlaggebend für den stärkeren Überschuss im Warenhandel war die Ausweitung des positiven Saldos im Außenhandel, der sich den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge um 6,8 Mrd € auf 23,4 Mrd € vergrößerte. Dabei legten die Ausfuhren erheblich stärker als die Einfuhren zu.

Defizit bei den
 „unsichtbaren“
 Leistungstrans-
 aktionen aus-
 geweitet

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen stieg im Juli um 1,5 Mrd € gegenüber dem Vormonat auf 3,0 Mrd € an. Die Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen verbesserten sich zwar um 1,2 Mrd € auf 5,9 Mrd €, was vor allem mit geringeren Dividendenzahlungen an Gebietsfremde zusammen-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2013	2014	
	Juli	Juni P)	Juli P)
I. Leistungsbilanz	+ 12,3	+ 17,2	+ 21,7
1. Warenhandel 1)	+ 16,3	+ 18,7	+ 24,7
Ausfuhr (fob)	92,0	92,5	99,9
Einfuhr (fob)	75,7	73,8	75,2
nachrichtlich:			
Außenhandel 2)	+ 16,3	+ 16,6	+ 23,4
Ausfuhr (fob)	93,1	93,5	101,0
Einfuhr (cif)	76,8	76,9	77,6
2. Dienstleistungen 3)	- 6,8	- 4,1	- 5,9
Einnahmen	16,6	18,1	17,4
Ausgaben	23,4	22,2	23,3
3. Primäreinkommen	+ 6,0	+ 4,8	+ 5,9
Einnahmen	16,6	16,7	15,9
Ausgaben	10,6	12,0	10,0
4. Sekundäreinkommen	- 3,3	- 2,2	- 3,0
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,0
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 10,4	+ 16,5	+ 17,2
1. Direktinvestition	- 7,1	- 0,9	+ 7,8
Inländische Anlagen im Ausland	- 8,7	+ 3,7	+ 3,3
Ausländische Anlagen im Inland	- 1,5	+ 4,6	- 4,4
2. Wertpapieranlagen	+ 34,1	+ 5,3	+ 17,6
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 20,0	+ 16,0	+ 7,7
Aktien 4)	+ 6,9	+ 3,0	+ 0,3
Investmentfondsanteile 5)	+ 4,3	+ 5,5	+ 4,4
Langfristige Schuldverschreibungen 6)	+ 7,3	+ 6,9	+ 2,6
Kurzfristige Schuldverschreibungen 7)	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 14,1	+ 10,7	- 9,9
Aktien 4)	+ 1,4	+ 11,3	- 3,4
Investmentfondsanteile	+ 0,6	+ 1,2	- 0,4
Langfristige Schuldverschreibungen 6)	- 18,2	- 1,5	- 12,3
Kurzfristige Schuldverschreibungen 7)	+ 2,1	- 0,3	+ 6,2
3. Finanzderivate 8)	+ 1,0	- 0,2	+ 1,9
4. Übriger Kapitalverkehr 9)	- 16,9	+ 12,4	- 10,5
Monetäre Finanzinstitute 10)	- 13,4	+ 21,4	- 0,2
darunter: kurzfristig	- 10,7	+ 24,4	- 2,4
Unternehmen und Privatpersonen 11)	- 4,0	- 7,8	- 17,1
Staat	+ 1,5	- 5,6	- 1,0
Bundesbank	- 1,0	+ 4,4	+ 7,8
5. Währungsreserven 12)	- 0,7	- 0,1	+ 0,4
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen 13)	- 2,0	- 1,1	- 4,4

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.
 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine.
 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr.
 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

hing. Der Passivsaldo in der Dienstleistungsbilanz nahm jedoch stärker, nämlich um 1,8 Mrd € auf 5,9 Mrd €, zu. Dabei spielten insbesondere die zu dieser Jahreszeit üblichen höheren Reiseverkehrausgaben eine Rolle, aber auch spürbar geringere Einnahmen bei den EDV- und den sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Zudem vergrößerte sich das Defizit bei den Sekundäreinkommen um 0,8 Mrd € auf 3,0 Mrd €, im Wesentlichen wegen niedrigerer Einnahmen des Staates aus laufenden Steuern auf Einkommen und Vermögen.

Netto-Kapitalexporte im Wertpapierverkehr

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Suche nach Rendite kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands im Juli zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 17,6 Mrd €. Ausländische Anleger reduzierten ihr Engagement im Inland um 9,9 Mrd €, und zwar vor allem bei deutschen Schuldverschreibungen (6,2 Mrd €). Dabei schichteten sie teilweise Mittel von Anleihen (12,3 Mrd €) in Geldmarktpapiere (6,2 Mrd €) um. Außerdem veräußerten ausländische Marktteilnehmer deutsche Aktien für 3,4 Mrd €. Auf der anderen Seite – bei den inländischen Anlagen im Ausland – erhöhte sich der Bestand an ausländischen Papieren um 7,7 Mrd €. Hiesige Investoren nahmen vor allem Investmentzertifikate (4,4 Mrd €) und Schuldverschreibungen (3,0 Mrd €) gebietsfremder Emittenten in ihre Depots.

Netto-Kapitalexporte bei den Direktinvestitionen

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Juli – wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr – Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 7,8 Mrd €. Maßgeblich war, dass gebietsfremde Firmen von ihren Niederlassun-

gen in Deutschland Mittel im Umfang von 4,4 Mrd € abgezogen haben. Dabei spielten kurzfristige konzerninterne Finanzkredite (5,3 Mrd €), welche ausländische Tochtergesellschaften an ihre inländischen Muttergesellschaften zurückgezahlt haben, eine wesentliche Rolle. Hiesige Unternehmen exportierten per saldo ebenfalls Kapital. Sie erhöhten ihren Bestand an Direktinvestitionen im Ausland um 3,3 Mrd €, und zwar ausschließlich durch eine Aufstockung des Beteiligungskapitals (4,9 Mrd €). Ihre konzerninternen Kreditforderungen – hauptsächlich Handelskredite – nahmen dagegen um 1,5 Mrd € ab.

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im Juli per saldo Kapitalimporte (10,5 Mrd €). Ausschlaggebend hierfür waren die Dispositionen von Unternehmen und Privatpersonen, deren Forderungen sich per saldo um 17,1 Mrd € reduzierten. Bei staatlichen Stellen flossen zudem 1,0 Mrd € ab. Die Netto-Auslandsposition der Bundesbank erhöhte sich hingegen um 7,8 Mrd €. Der TARGET2-Saldo für sich genommen hat dabei zwar die Forderungsposition der Bundesbank verringert (18,3 Mrd €). Da aber in noch größerem Umfang kurzfristige Einlagen – vorwiegend durch Notenbanken außerhalb des Eurosystems – abgezogen wurden, gingen die Verbindlichkeiten der Bundesbank noch stärker zurück.

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im Juli – zu Transaktionswerten gerechnet – zugenommen (0,4 Mrd €).

Mittelzuflüsse im übrigen Kapitalverkehr

Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise

Deutsche Aktien werden überwiegend von Anlegern aus dem Ausland gehalten. Nach einem Rückgang in der Finanzkrise, in der angesichts der hohen Unsicherheit und des großen Liquiditätsbedarfs vieler Investoren weltweit eine Repatriierung von Vermögenswerten stattgefunden hat, ist der Auslandsanteil am hiesigen Aktienmarkt in den letzten Jahren wieder gestiegen; zuletzt lag er bei fast 60%. Ausschlaggebend für die hohe Ausländerpräsenz ist vermutlich, dass sich vorrangig institutionelle Anleger grenzüberschreitend engagieren und dabei bedeutende Anlagesummen bewegen können. Beim Leitindex DAX ist der Auslandsanteil noch höher, was zum einen an dem großen Bekanntheitsgrad der DAX-Unternehmen liegen dürfte, zum anderen aber auch Ergebnis der engmaschigen Beobachtung durch Analysten und Medien sein dürfte, wodurch auch für gebietsfremde Investoren eine hohe Informationstransparenz gewährleistet ist. Zudem weisen die DAX-Papiere eine hohe Liquidität auf.

Unter den inländischen Anlegern stellen institutionelle Investoren mit Abstand die größte Investorengruppe; ihr Anteil hat sich über die Zeit im Ergebnis kaum verändert. Allerdings lässt sich innerhalb dieses Sektors eine Verschiebung beobachten. Banken und finanzielle Anleger im Allgemeinen haben im Laufe der Krise ihr Engagement in deutschen Aktien reduziert, was vor allem auf gestiegene regulatorische Anforderungen zurückzuführen sein dürfte. An ihre Stelle traten nichtfinanzielle institutionelle Investoren, wie zum Beispiel Beteiligungsgesellschaften, die ihren Anteil an gebietsansässigen börsennotierten Unternehmen ausgebaut haben. Vor allem bei den inländischen finanziellen Investoren lässt sich eine Präferenz für größere deutsche Unternehmen beobachten. Private Anleger präferieren offenbar kleinere, regional ansässige Aktienunternehmen.

Entwicklung und Struktur des deutschen Aktienmarkts

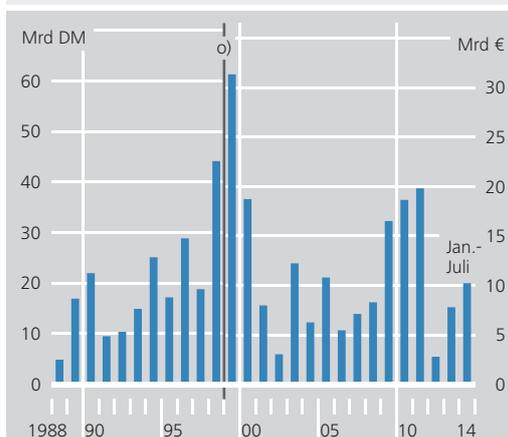
Nationale und internationale Einordnung des deutschen Aktienmarkts

In Deutschland gab es im Jahr 2012 unter den circa 3,7 Millionen Unternehmen gut 11 000 Aktiengesellschaften (AG oder KGaA). Gemessen am Umsatz haben diese Aktiengesellschaften einen Anteil von etwa 18%, und sie beschäftigen knapp 9% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.¹⁾ Nur ein Bruchteil der hiesigen Aktiengesellschaften ist börsennotiert. An den maßgeblichen Handelsplätzen der Deutschen Börse AG wurden Ende Juli 2014 Aktien von 711 Unternehmen gehandelt. Ihre Marktkapitalisierung betrug Ende Juli rund 1 200 Mrd €. Damit handelt es sich beim deutschen Aktienmarkt gemessen an der Marktkapitalisierung um den siebtgrößten der Welt und nach dem Vereinigten Königreich und Frankreich um den drittgrößten in Europa.²⁾ Im internationalen Vergleich ist das Verhältnis der deutschen Aktienmarktkapitalisierung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 40% im langfristigen Durchschnitt allerdings vergleichsweise gering. Es liegt sowohl unter dem Wert für die Länder der Europäischen Währungsunion (50%) als auch erheblich niedriger als in den angelsächsischen Ländern USA (111%) und Großbritannien (135%).³⁾

Der Wert deutscher Aktien, gemessen am DAX, ist seit 1988 in drei großen Zyklen, die sich auch in der Emissionstätigkeit widerspiegeln, um mehr als das zehnfache gestiegen (siehe die Erläuterungen auf S. 21f.). Insgesamt wurden seit 1988 von Unternehmen in Deutschland neue Aktien im Marktwert von 296 Mrd € abgesetzt. Die Kapitalmarktstatistik der Bundesbank (siehe unten stehendes Schaubild) zeigt einen starken Anstieg der Emissionstätigkeit in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Zuge des „New Economy“-Booms, gefolgt von einem starken Rückgang als Folge kräftiger Kursabschläge am Aktienmarkt in den Jahren bis 2002, die die Nachfrage dämpften und die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen einschränkten. Bis zum Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 stabilisierte sich das jährliche Emissionsvolumen bei einem Wert von unter 10 Mrd €. Während der Finanzkrise stieg es wieder an, obwohl praktisch keine Börsengänge erfolgten. In dieser Zeit dominierten Rekapitalisierungen von Finanzinstituten, bei denen in einigen Fällen der Staat über eine Privatplatzierung alle Anteile gezeichnet hat. Erst seit dem Jahr 2012 spielen Börsendebüts wieder eine gewisse Rolle.

Entwicklung der Emissionstätigkeit

Aktienemissionen in Deutschland^{*)}



* Marktwert bei Emission. • Ab 1999 Angaben in Euro.
 Deutsche Bundesbank

Eigentümerstruktur und Anlegerverhalten am deutschen Aktienmarkt

Datengrundlage

Die Eigentümerstruktur deutscher Aktien lässt sich anhand der von der Bundesbank seit Ende 2005 erhobenen Statistik über Wertpapierinvestments (WPIInvest) näher untersuchen. WPIInvest erfasst sowohl die Eigenbestände der meldepflichtigen Institute als auch deren Kun-

Inländische Institute melden Wertpapierbestände

1 Quelle: Statistisches Bundesamt.
 2 Quelle: Thomson Reuters Datastream.
 3 Quelle: DAI, Factbook, Diverse Ausgaben. Durchschnittliche Werte als langfristiger Durchschnitt von 1989 bis 2012.

Wertentwicklung deutscher Aktien

Ein wichtiger Indikator für den deutschen Aktienmarkt ist der von der deutschen Börse berechnete Deutsche Aktienindex (DAX), der die Wertentwicklung der 30 bedeutendsten an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassenen Aktiengesellschaften abbildet.¹⁾ Der DAX wird vorwiegend als sogenannter Performance-Index berechnet und beinhaltet damit – anders als ein Kursindex – auch die kumulierten Ausschüttungen der enthaltenen Titel. Die Unternehmen des Index deckten im Juli 2014 mit einer Marktkapitalisierung von 776 Mrd € 64% des in Deutschland zugelassenen Börsenkapitals ab. Der Index spielt als Referenzwert für Finanzinstrumente (wie bspw. Futures und Optionen, aber auch Indexfonds und Zertifikate) sowohl für institutionelle Investoren als auch für Privatanleger eine wichtige Rolle und wird oftmals als Leitindex des deutschen Aktienmarkts bezeichnet.

Gemessen am DAX hat sich der Wert deutscher Aktien seit 1988 bis Ende August 2014 insgesamt knapp verzehnfacht. Die reine Kursentwicklung ist dabei für gut die Hälfte des DAX-Anstiegs verantwortlich. Die Indexentwicklung folgt einem ähnlichen Muster wie die erwarteten Gewinne der Unternehmen auf Jahresfrist, die neben den Abzinsungsfaktoren ein fundamentaler Bestimmungsfaktor für die Kursentwicklung von Dividendenpapieren sind (siehe Schaubild auf S. 22).²⁾ Zeitweilig gibt es aber auch Abweichungen zwischen der Entwicklung von Kursen und erwarteten Gewinnen, was sich in dem zeitvariablen Verhältnis aus diesen Größen, dem sogenannten Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV), spiegelt (siehe Schaubild auf S. 22).³⁾

Insgesamt lassen sich drei größere Wertzyklen abgrenzen. In den neunziger Jahren stiegen die DAX-Werte bis in das Frühjahr des Jahres 2000 und erreichten mit gut 8 000 Indexpunkten ihren damaligen

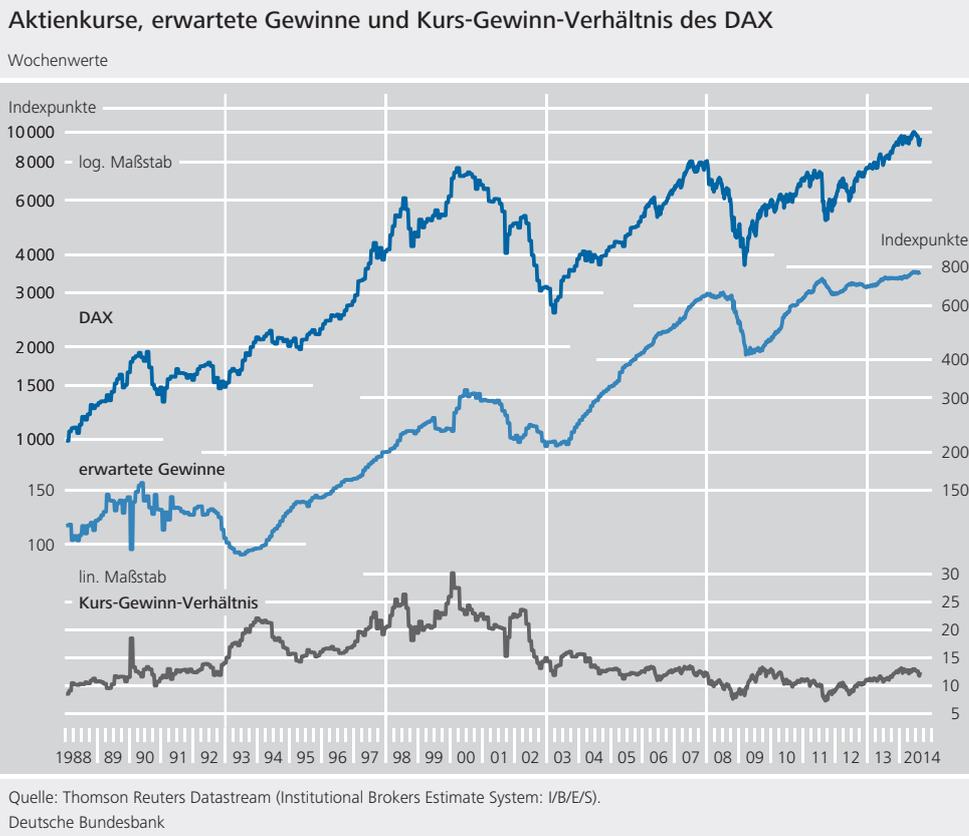
Höchststand. Verantwortlich hierfür zeichneten vor allem Titel aus den Branchen Technologie, Medien und Kommunikation, deren Gewinnpotenziale von weiter in der Zukunft liegenden Marktentwicklungen abhängen. Während dieser Zeit stiegen die Kurse stärker als die auf Jahresfrist erwarteten Gewinne, wodurch das KGV über Jahre hinweg Werte über 20 aufwies. Die hohe Bewertung des DAX war insofern auch Ausdruck eines außergewöhnlichen Optimismus über die mittel- und langfristigen Gewinnwachstumsraten technologieintensiver Sektoren, die in der Folge enttäuscht wurden.

Mit den drastischen Kurseinbrüchen der Hochtechnologietitel („New Economy“) seit März 2000 gab auch der DAX bis in das Frühjahr des Jahres 2003 auf ein Drittel seines Höchststandes nach. Da die erwarteten Gewinne auf Jahresfrist aber nur etwa halb so stark sanken, verringerte sich das KGV während dieser Zeit deutlich. Im Zuge der weltweiten konjunkturellen Belebung stieg der DAX in der Folge wieder deutlich und

1 Alle Indexmitglieder müssen im Prime Standard der Deutschen Börse AG gelistet sein. Die nach Börsenumsatz und Marktkapitalisierung größten Unternehmen werden in den DAX aufgenommen. Entscheidend ist dabei nicht die gesamte Marktkapitalisierung, sondern diejenige des Streubesitzes. Anteile, die von Eignern mit einem Anteil von mehr als 5% gehalten werden, bleiben daher unberücksichtigt.

2 Gewinne in der langen Frist sind nur schwer vorhersehbar. In der Praxis wird deshalb häufig vereinfachend auf die – durch Umfragen ermittelten – in den kommenden 12 Monaten erwarteten Gewinne zurückgegriffen.

3 Die eigentlichen Zahlungen an Aktieninvestoren sind Dividenden. Dividenden hängen jedoch von der Ausschüttungspolitik ab, die nicht zuletzt durch gesetzliche Rahmenbedingungen bestimmt wird. Nachdem 1998 der Rückkauf eigener Aktien erleichtert wurde, der zudem einen steuerlichen Vorteil besaß, haben Aktienrückkäufe deutlich zugenommen und Dividendenzahlungen ersetzt. Man begeht also einen Fehler, wenn der Rückgang des Kurs-Dividenden-Verhältnisses als Verteuerung interpretiert wird; daher stellt die folgende Bewertung auf den Gewinn als Zahlung ab, und das KGV ersetzt das Kurs-Dividenden-Verhältnis. Erwartete Gewinne beziehen sich auf einen Horizont von 12 Monaten.



erreichte im Sommer 2007 einen neuen Spitzenwert von über 8100 Indexpunkten. Notierungen und Gewinnerwartungen zogen in diesem Zeitraum nahezu im Gleichschritt an, und das KGV sank trotz steigender Kurse leicht ab.

Der vom US-Immobilienmarkt ausgehende Finanzmarktschock und die sich daraus nährenden Befürchtungen über die Solidität einiger Finanzinstitute führten zu kräftigen Abschlagen bei Kursen und Gewinnerwartungen auch von DAX-Werten. Auch zeichnete sich im weiteren Verlauf der Krise ab, dass die Verwerfungen an den Finanzmärkten zunehmend auf die Realwirtschaft übergreifen und einen überaus scharfen Abschwung der Weltkonjunktur nach sich ziehen würde. Ihren Tiefpunkt erreichten die Aktienkurse im Frühjahr 2009. Die nachfolgende Erholung setzte mit der Erwartung über ein Ende der Rezession in den großen Industrie- und Schwellenländern ein. Die Analysten begannen mit den zunehmend

positiven Konjunkturdaten ihre Gewinnerwartungen wieder nach oben zu revidieren. Zudem stützte die äußerst akkommodierende Geldpolitik die Kurse.

Die Zuspitzung der europäischen Staatsschuldenkrise in der zweiten Jahreshälfte 2011 hat diese Aufwärtsentwicklung nur kurzzeitig unterbrochen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik aller großen Zentralbanken und einer ausgeprägten „Suche nach Rendite“ erreichte der DAX im Juli 2014 neue Rekordstände, und das KGV stieg von niedrigem Niveau aus an.⁴⁾ Gestiegene geopolitische Spannungen sowie – damit wohl auch zusammenhängend – zuletzt teilweise schwächer als erwartet ausgefallene Konjunkturindikatoren, vor allem für den Euro-Raum, belasteten anschließend die Kurse.

⁴ Der Kursindex ohne die reinvestierten Dividenden liegt etwa ein Fünftel unterhalb seines historischen Höchststandes, den er im März des Jahres 2000 im Zuge des „New Economy“-Booms erreicht hatte.

denbestände.⁴⁾ Über 95% der gesamten Marktkapitalisierung deutscher Aktien sind darin enthalten und dem Meldeschema entsprechend einem inländischen privaten Haushalt, einem inländischen institutionellen Investor oder dem Ausland zugeordnet (siehe Tabelle auf S. 24). Damit ermöglicht WPIInvest eine detaillierte Analyse der Eigentümerstruktur börsennotierter, deutscher Aktiengesellschaften. Die Meldepflicht bezieht sich ausschließlich auf die im Inland ansässigen depotführenden Finanzinstitute. Knapp 5% der deutschen Marktkapitalisierung wird im Ausland verwahrt und deswegen nicht erfasst. Dieser Teil wird in den nachfolgenden Analysen gänzlich ausländischen Investoren zugerechnet. Bei der Bestandsangabe zu den Inländern handelt es sich damit um einen Mindestbestand, da die von Inländern im Ausland verwahrten deutschen Dividendenpapiere dem Ausland zugerechnet werden.

Mögliche Gründe für hohe Abdeckung des Auslandsanteils in der WPIInvest

Es mag zunächst überraschen, dass auch der überwiegende Teil der von Ausländern gehaltenen deutschen Dividendentitel in der WPIInvest ausgewiesen wird, obwohl nur inländische depotführende Institutionen meldepflichtig sind.⁵⁾ Dies könnte aber zum einen daran liegen, dass auch die ausländischen Investoren für Wertpapierkäufe die Nähe zum Haupthandelsplatz der jeweiligen Aktie suchen, da dort in der Regel die höchste Liquidität für das Wertpapier gewährleistet ist. Zum anderen dürfte die Abwicklung und Verwahrung im Emittentenland immer noch kostengünstiger sein als ein Übertrag in das Heimatland des jeweiligen Depotinhabers.⁶⁾

Auslandsbesitz

Anteil der Ausländer an deutscher Marktkapitalisierung bei gut 57%

Mit zuletzt 57,1% befand sich mehr als die Hälfte der Marktkapitalisierung deutscher Aktiengesellschaften in ausländischem Besitz (siehe Tabelle auf S. 24). Ende des Jahres 2007 war der ausländische Anteil sogar schon einmal etwas höher, bevor er dann nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers auf 51,6% zu-

rückging. In dieser Zeit hat weltweit eine Repatriierung von Vermögenswerten stattgefunden. Der längerfristige Trend zum grenzüberschreitenden Engagement setzte sich aber vergleichsweise rasch wieder durch und führte zu einem entsprechenden Anstieg des ausländischen Anteils.

Die weiteren Analysemöglichkeiten der ausländischen Deponentenstruktur auf der Basis von WPIInvest sind allerdings begrenzt. Nur rund 10% des ausländischen Besitzes werden direkt von ausländischen Privathaushalten, finanziellen und nichtfinanziellen institutionellen Investoren bei meldepflichtigen inländischen Banken oder Zentralverwahrern gehalten. Der restliche ausländische Anteil wird von ausländischen Zentralverwahrern und Banken bei meldepflichtigen inländischen depotführenden Institutionen verwahrt. Hier ist es nicht möglich – wie bei den inländischen Investoren – über die Meldungen weiter zwischen Eigen- und Fremdbestand aufzuschlüsseln. Es ist allerdings plausibel davon auszugehen, dass es sich bei den ausländischen Anlegern fast ausschließlich um institutionelle Investoren handelt.⁷⁾

Ausländische Deponenten in der WPIInvest nicht weiter kategorisierbar

Eigentümerstruktur inländischer Deponenten

Der Inlandsanteil der Marktkapitalisierung heimischer Aktiengesellschaften betrug Ende Mai 2014 42,9% und ist damit in den letzten Jahren – unter Schwankungen während der Finanzkrise – leicht um 2,6 Prozentpunkte gesunken (siehe Tabelle auf S. 24). Inländische ins-

Inländische Deponenten halten knapp 43% der heimischen Dividendenpapiere

⁴ Die Preisdaten werden durch die vom Eurosystem erstellte Wertpapierdatenbank CSDB (Centralized Securities Database) zugespielt; die Abgrenzung des inländischen Aktienuniversums erfolgt anhand der Kategorisierung von Thomson Reuters Datastream.

⁵ Für eine Vollerfassung fehlen lediglich die zuvor angesprochenen, nicht im Meldeschema erfassten knapp 5%.

⁶ Mit der Einführung von TARGET2-Securities soll ab Juni 2015 die grenzüberschreitende Abwicklungseffizienz im europäischen Wertpapiermarkt erhöht werden.

⁷ Vgl. dazu z. B.: M. Dahlquist und G. Robertsson (2001), Direct Foreign Ownership, Institutional Investors, and Firm Characteristics, *Journal of Financial Economics* 59, S. 1839–1885.

Eigentümerstruktur börsennotierter Aktiengesellschaften ^{*)}

in %

Eigentümer	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Inländer	45,5	46,4	41,2	48,4	45,4	44,9	45,8	44,6	42,8	42,9
darunter:										
Private Haushalte	13,3	11,2	10,0	10,3	12,6	12,8	13,1	12,2	11,4	11,8
Institutionelle Investoren	29,8	32,7	29,4	36,1	31,1	30,6	31,1	30,3	29,6	29,4
Nichtfinanzielle Investoren	12,7	16,1	15,8	22,9	19,4	19,2	18,7	18,3	18,9	18,3
Finanzielle Investoren	17,2	16,6	13,6	13,2	11,7	11,4	12,3	12,0	10,7	11,1
Banken	4,7	4,7	3,1	3,5	2,6	2,3	2,2	1,9	2,1	2,7
Investmentfonds	8,0	7,7	5,8	5,3	5,9	6,2	6,9	6,8	6,4	6,3
Versicherungen	2,6	2,5	2,5	2,1	2,1	1,9	1,5	1,6	0,8	0,9
Sonstige finanzielle Investoren	1,8	1,7	2,2	2,3	1,1	1,0	1,9	1,7	1,5	1,3
Ausländer	54,5	53,6	58,8	51,6	54,6	55,1	54,2	55,4	57,2	57,1

* Datenstand für 2014: Ende Mai 2014, sonst Jahresendstände. Gewichtung nach Marktkapitalisierung.

Deutsche Bundesbank

stitutionelle Investoren hielten zusammen zuletzt knapp ein Drittel aller heimischen Aktien (29,4%), wobei 18,3 Prozentpunkte auf nichtfinanzielle und 11,1 Prozentpunkte auf finanzielle Investoren entfielen. Zu den nichtfinanziellen Investoren zählen unter anderem alle Unternehmen, die hauptsächlich Waren und nichtfinanzielle Dienstleistungen produzieren, sowie Beteiligungsgesellschaften, die an anderen nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften beteiligt sind. Inländische Investmentfonds sind mit einer Quote von zuletzt 6,3% die wichtigste Eigentümergruppe des heimischen finanziellen Sektors, gefolgt von hiesigen Banken (2,7%) und sonstigen finanziellen Instituten (1,3%). Versicherungen, zu denen in dieser Klassifizierung auch die Pensionsfonds zählen, hielten zuletzt mit 0,9% einen vergleichsweise geringen Anteil an deutschen Aktien. Der Anteil der privaten Haushalte betrug Ende Mai 2014 11,8%.

Private Haushalte halten weniger Aktien

Der seit dem Jahr 2005 im Ergebnis rückläufige Wertanteil der Inländer basiert im Wesentlichen darauf, dass das Aktienvermögen der privaten Haushalte zurückgegangen ist. Der Wertanteil der institutionellen Investoren insgesamt hat sich dagegen über die Zeit kaum verändert. Innerhalb des Sektors kam es allerdings zu einer Verschiebung zugunsten der nichtfinanziellen Investoren.⁸⁾

Einflussfaktoren auf das Anlegerverhalten

Unternehmensgröße

Eine mögliche Determinante der Halterstruktur von Aktien ist die Größe der Aktiengesellschaft. Im Folgenden werden daher die Aktien der deutschen Unternehmen der Marktkapitalisierung nach sortiert und in fünf zahlenmäßig gleich große Gruppen (Quintile) aufgeteilt, um Zusammenhänge zwischen der Größe des Unternehmens und dem Interesse einzelner Investorengruppen näher zu beleuchten (siehe Tabelle auf S. 25). Beim Vergleich des ersten Quintils (kleinste Unternehmen) mit dem fünften Quintil (größte Unternehmen) zeigt sich, dass bei großen Unternehmen inländische institutionelle Investoren mit plus 15 Prozentpunkten und ausländische Eigner, die sich ebenfalls vor allem aus institutionellen Anlegern zusammensetzen, mit plus 17 Prozentpunkten mit der Größe des Unternehmens an Bedeutung gewinnen. In- und ausländische institutionelle Investoren konzentrieren sich vor allem auf große

Eigentümerstruktur abhängig von der Unternehmensgröße

⁸ Der starke Anstieg des nichtfinanziellen Sektors zwischen 2007 und 2008 ist zu wesentlichen Teilen auf eine Sonderbewegung der Stammaktie der Volkswagen AG zurückzuführen, die im Rahmen eines Übernahmeversuchs durch die Porsche AG kurzzeitig als die nach Marktkapitalisierung teuerste Aktie weltweit notierte.

Zusammenhang von Unternehmensgröße und Eigentümerstruktur⁹⁾

in %

Eigentümer	Quintil 1	Quintil 2	Quintil 3	Quintil 4	Quintil 5
Inländer	69,4	69,3	68,1	64,7	52,2
darunter:					
Private Haushalte	46,5	34,8	31,7	23,1	14,0
Institutionelle Investoren	21,8	33,4	35,7	40,3	36,8
Nichtfinanzielle Investoren	18,9	28,7	29,5	32,8	24,3
Finanzielle Investoren	2,9	4,6	6,2	7,5	12,5
Banken	0,7	0,8	0,9	0,9	3,2
Investmentfonds	0,3	0,9	1,6	2,8	4,6
Versicherungen	0,1	0,2	0,7	0,7	2,0
Sonstige finanzielle Investoren	1,7	2,8	3,0	3,1	2,6
Ausländer	30,6	30,7	31,9	35,3	47,8

* Aufteilung aller deutschen Unternehmen in fünf Größenquintile; kleinste Unternehmen in Quintil 1, größte Unternehmen in Quintil 5. Durchschnitt über den Zeitraum 2005 bis 2014. Datenstand für 2014: Ende Mai 2014, sonst Jahresendstände.
 Deutsche Bundesbank

Unternehmen. Im Gegenzug halten inländische Haushalte mit zunehmender Unternehmensgröße weniger Anteile. Ihr Anteil fällt im Quintilsvergleich kontinuierlich von 46,5% auf 14,0%.

*Präferenz
 privater Haushalte für lokale
 Unternehmen*

Ein Grund für die starke Übergewichtung kleinerer Unternehmen könnte die Präferenz privater Haushalte für lokale Aktien sein. So lässt sich für Deutschland nachweisen, dass private Anleger Aktien lokal ansässiger Unternehmen deutlich stärker gewichten, als dies gemäß eines entsprechend der Marktkapitalisierung diversifiziertem Portfolio eigentlich der Fall sein sollte.⁹⁾ Dabei ist das Ergebnis unabhängig von dem Besitz von Belegschaftsaktien, die aufgrund der üblichen Nähe des Wohnorts zum Arbeitsplatz auch in die Kategorie lokaler Aktien fallen würden.¹⁰⁾ Einige Beiträge zur einschlägigen Literatur sehen in der Übergewichtung lokaler Aktien durch die privaten Haushalte informierte (d. h. rationale) Anlageentscheidungen. Sie gehen von einem Informationsvorsprung bei der Bewertung lokaler Aktieninvestments aus, der sich in entsprechend höheren Renditen des lokalen Aktienengagements niederschlägt.¹¹⁾ Allerdings ist die empirische Evidenz für Informationsvorteile bei dem Investment in lokale Aktien nicht eindeutig. So zeigt eine Vielzahl anderer Studien, dass Anleger durch die Übergewichtung lokaler Unterneh-

men keine Renditevorteile erzielen oder sich sogar systematisch schlechter stellen.¹²⁾ Eine entsprechende Analyse für deutsche Privatanleger findet ebenfalls keine signifikanten Überrenditen für private Haushalte. Vielmehr ist die Übergewichtung lokal ansässiger Unternehmen in den Portfolios auf eine Präferenz der Anleger zurückzuführen, in das Bekannte und Vertraute zu investieren, ohne dass sich daraus ein messbarer Renditevorteil ergibt.¹³⁾ Offensichtlich spielt die Vertrautheitskomponente bei der Aktienportfoliozusammensetzung der privaten Haushalte eine wichtige Rolle. Dieses regional bezogene Anlegerverhalten erweist sich als stark ausgeprägt, da es sich interessanterweise

⁹ Vgl.: M. Baltzer, O. Stolper und A. Walter (2014), Homefield advantage or a matter of ambiguity aversion? Local bias among German individual investors, *The European Journal of Finance*, erscheint in Kürze.

¹⁰ Die Mitarbeiterbeteiligung in deutschen Unternehmen summiert sich auf meist nicht mehr als 1% des gesamten Aktienkapitals, sodass diese Begründung als mögliche Erklärung nur eine untergeordnete Rolle spielen kann, vgl.: Deutsches Aktieninstitut, Mitarbeiterbeteiligung mit Aktien: Eine Umfrage unter börsennotierten Unternehmen in Deutschland, November 2013.

¹¹ Vgl. z. B.: A. Bodnaruk (2009), Proximity Always Matters: Evidence from Swedish Data, *Review of Finance* 13, S. 629–656; oder Z. Ivkovic und S. Weisbenner (2005), Local Does As Local Is: Information Content of the Geography of Individual Investors' Common Stock Investments, *Journal of Finance* 60, S. 267–306.

¹² Vgl. etwa: M. Seasholes und N. Zhu (2010), Individual Investors and Local Bias, *Journal of Finance* 65, S. 1987–2010.

¹³ Vgl.: M. Baltzer, O. Stolper und A. Walter (2014), a. a. O.

Präferenz für größere Unternehmen vor allem bei finanziellen und ausländischen Investoren

auch über Ländergrenzen hinweg beobachten lässt.¹⁴⁾

Bei den inländischen finanziellen Investoren zeigt sich dagegen eine klare Präferenz für größere Unternehmen. Während bei den Größenquintilen eins bis vier in der Tabelle auf Seite 25 ein vergleichsweise moderater Anstieg des prozentualen Anteils zu beobachten ist, erfolgt zum fünften Quintil ein signifikanter Sprung auf 12,5%. Noch deutlich ausgeprägter verläuft diese Entwicklung bei den ausländischen Investoren. Auch bei dieser Investorengruppe nimmt der Eigentümeranteil bis zum vierten Quintil in etwa linear zu, bevor sich im Quintil mit den größten Unternehmen der Anteil stark auf 47,8% erhöht. Dieser Anstieg passt zu existierenden Forschungsergebnissen, die als treibenden Faktor für die Fokussierung der ausländischen Investoren auf die größeren heimischen Unternehmen geringere Informationsasymmetrien sehen.¹⁵⁾ In der Regel gibt es bei den größeren Unternehmen einen vergleichsweise starken Informationsfluss, was sich zum Beispiel in einem hohen Abdeckungsgrad durch Aktienanalysten widerspiegelt. Darüber hinaus werden Anteile großer Unternehmen, wie sich anhand des deutschen Marktes bestätigt, auch generell verstärkt von Investmentfonds und anderen institutionellen Anlegern gehalten und fortlaufend von den Medien beobachtet. Dadurch reduziert sich die Wahrscheinlichkeit, dass zusätzliche unternehmensrelevante Informationen existieren, auf die ein inländischer Investor leichter zugreifen kann als sein ausländisches Pendant. Darüber hinaus dürfte auch eine höhere Liquidität der Aktien großer Unternehmen ein wichtiger Beweggrund für ein Investment durch ausländische Investoren sein.¹⁶⁾

DAX-Zugehörigkeit

Starke Präferenz der ausländischen Investoren für DAX-Unternehmen

Die Präferenz ausländischer Investoren für Aktien großer Unternehmen mit geringer Informationsasymmetrie und hoher Liquidität zeigt sich insbesondere bei den DAX-Unternehmen, bei denen es sich um die 30 bedeutendsten

deutschen Aktiengesellschaften handelt. Neben dem zuvor genannten Argument zur Unternehmensgröße stellt die Zugehörigkeit zu einem bekannten nationalen Auswahlindex an sich einen zusätzlichen Anreiz für ausländische Investoren dar, in diese Unternehmen zu investieren.¹⁷⁾ Die stärkere Präsenz und Beachtung des DAX in der internationalen Öffentlichkeit führen umgekehrt dazu, dass die DAX-Unternehmen weniger als lokale Unternehmen wahrgenommen werden, sodass die zuvor beobachtete lokale Übergewichtung in diesen Unternehmen deutlich abnimmt.¹⁸⁾

Die im Folgenden genauer betrachteten DAX-Unternehmen stehen zusammen für knapp zwei Drittel der gesamten inländischen Marktkapitalisierung. Durch diese disaggregierte Analyse lassen sich zusätzliche Einsichten in das Anlageverhalten der unterschiedlichen Investorengruppen gewinnen.

Gemäß der Klassifizierung der WPIInvest entfallen 63,7% der Marktkapitalisierung der DAX-Unternehmen auf ausländische Halter (siehe Tabelle auf S. 27).¹⁹⁾ Somit ist das Interesse an den DAX-Unternehmen bei ausländischen Investoren nochmal deutlich größer als an dem durchschnittlichen Unternehmen im obersten Größenquintil.

Der Anteil der ausländischen Investoren am DAX ist seit Ende 2005 um 7,8 Prozentpunkte gestiegen. Angesichts der regelmäßig wech-

Anstieg des ausländischen Anteils seit 2005

¹⁴ Vgl.: M. Baltzer, O. Stolper und A. Walter (2013), Is local bias a cross-border phenomenon? Evidence from individual investors' international asset allocation, *Journal of Banking and Finance* 37, S. 2823–2835.

¹⁵ Vgl.: M. Dahlquist und G. Robertsson (2001), a. a. O.

¹⁶ Vgl.: L. L. Tesar und I. M. Werner (1995), Home Bias and High Turnover, *Journal of International Money and Finance* 14, S. 467–493.

¹⁷ Siehe auch die Argumentation zur Indexzugehörigkeit im Zusammenhang mit lokalen Investments bei: Z. Ivkovic und S. Weisbenner (2005), a. a. O.

¹⁸ Vgl.: M. Baltzer, O. Stolper und A. Walter (2014), a. a. O.

¹⁹ Wie zuvor im Rahmen der Sektorenunterscheidung bereits erwähnt, muss bei diesen Angaben berücksichtigt werden, dass es sich um einen oberen Grenzwert handelt. So werden bei dieser Erfassung auch diejenigen inländischen Marktteilnehmer dem Ausland zugeschlagen, die möglicherweise ihr Portfolio im Ausland führen oder durch einen ausländischen Zentralverwalter verwalten lassen.

Eigentümerstruktur der DAX-Unternehmen *)										
in %										
Eigentümer	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Inländer	44,1	41,9	35,1	43,9	36,9	36,5	38,1	36,6	35,4	36,3
darunter:										
Private Haushalte	14,4	12,2	10,6	11,5	13,7	13,9	14,3	13,7	12,7	12,9
Institutionelle Investoren	27,1	27,2	22,3	30,0	21,1	20,9	21,8	20,9	21,0	21,7
Nichtfinanzielle Investoren	7,6	8,8	9,3	17,8	10,1	10,2	10,2	9,6	9,7	9,8
Finanzielle Investoren	19,5	18,4	13,0	12,2	11,0	10,7	11,7	11,3	11,2	11,9
Banken	6,3	5,8	3,3	3,5	2,3	2,0	2,2	2,1	2,7	3,3
Investmentfonds	10,7	10,4	7,6	7,3	7,6	7,7	8,7	8,5	8,0	7,7
Versicherungen	1,7	1,6	1,7	1,0	0,9	0,8	0,7	0,6	0,4	0,5
Sonstige finanzielle Investoren	0,8	0,6	0,5	0,4	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3
Ausländer	55,9	58,1	64,9	56,1	63,1	63,5	61,9	63,4	64,6	63,7
darunter:										
EU (ohne Deutschland)	29,5	30,9	35,2	31,3	34,6	32,4	27,9	32,7	34,6	33,8
Schweiz	5,0	4,3	4,2	4,0	4,9	5,3	5,4	5,5	5,2	5,2
USA	13,1	15,0	16,8	14,2	15,9	18,6	20,7	16,9	16,4	16,5
Übriges Ausland	6,3	5,4	5,5	5,0	6,5	7,0	6,7	7,5	7,8	7,6

* Datenstand für 2014: Ende Mai 2014, sonst Jahresendstände. Gewichtung nach Marktkapitalisierung.
 Deutsche Bundesbank

selnden DAX-Zusammensetzung stellt sich die Frage, ob diese deutliche Veränderung möglicherweise auf rein konstruktionsbedingte Erklärungen zurückzuführen ist. So wäre es denkbar, dass die seit dem Jahr 2005 aus dem DAX ausgeschiedenen Unternehmen vor allem in den Depots inländischer Anleger zu finden waren, wohingegen die Eigentümerstruktur der nachrückenden Unternehmen stärker von ausländischen Investoren dominiert wurde.²⁰ Eine entsprechende Analyse zeigt aber, dass dies nicht der Fall ist. Wird die aktuelle Zusammensetzung des DAX bis 2005 zurückgerechnet, so ergibt sich sogar noch eine etwas stärkere Zunahme des Anteils der ausländischen Investoren. Die gleiche Veränderung lässt sich feststellen, wenn nur die DAX-Werte berücksichtigt werden, die seit dem Jahr 2005 dem DAX durchgängig angehört haben. Somit können konstruktionsbedingte Gründe beim DAX für die veränderte Eigentümerstruktur ausgeschlossen werden. Es handelt sich um eine bewusste Aufstockung durch die ausländischen Investoren, wobei das aktuell vergleichsweise hohe Niveau der Auslandsbeteiligung bereits vor der Finanz- und Staatsschuldenkrise Ende 2007 erreicht wurde, bevor der Anteil der ausländischen Investoren nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers Ende 2008 stark zurückging, dann aber auch schnell wieder aufgestockt wurde. Offenbar haben die rasche

Erholung der deutschen Wirtschaft nach dem Konjunkturunbruch 2008/2009 und die hohe Wettbewerbsfähigkeit der vorwiegend international ausgerichteten DAX-Unternehmen deren Aktien für ausländische Anleger attraktiv gemacht.

Bei einer regionenspezifischen Betrachtung zeigt sich, dass etwa ein Drittel der deutschen Aktien – gemessen an der Marktkapitalisierung – von Gebietsansässigen innerhalb der EU gehalten wird. In diesem Anteil schlagen allerdings auch die ausländischen Zentralverwahrer zu Buche, deren Bestände regional nicht eindeutig den Endinvestoren zuzuordnen sind. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die Bestände des Finanzzentrums London in dem EU-Anteil enthalten sind. Ob es sich dabei um Eigenbestände britischer Investoren oder um Kundenbestände aus aller Welt handelt, lässt sich den Daten nicht entnehmen. Der Anteil von Gebietsansässigen in den USA lag bei zuletzt 16,5%, wobei auch hier – ähnlich wie für London – eine Rolle spielen dürfte, dass in den USA verschiedene größere Investmentfonds und andere institutionelle Investoren ihre

Die größten internationalen Anlegergruppen kommen aus der EU und den USA

²⁰ Neben starken Rückgängen beim Marktwert und bei den Börsenumsätzen relativ zu anderen Unternehmen können auch ein Unternehmenszusammenschluss oder eine Übernahme zu einem Ausscheiden der entsprechenden Aktiengesellschaft aus dem DAX führen.

Aktienvermögen und Käufe beziehungsweise Verkäufe der heimischen privaten Investoren*)

Mrd €



* In dieser Abgrenzung sind neben den privaten Haushalten auch private Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten.
 Deutsche Bundesbank

betrachteten deutschen Aktienmarkt nachweisen (vgl. dazu die Erläuterungen auf S. 29 ff.).

Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit der Momentum-Effekt durch einzelne Investorengruppen am deutschen Aktienmarkt systematisch genutzt wurde. Eine entsprechende Analyse zeigt einen stark positiven Zusammenhang zwischen der Veränderung des ausländischen Eigentümeranteils und den vergangenen kumulierten Renditen, was darauf hindeuten könnte, dass die ausländischen Investoren eine Momentum-Strategie verfolgten. Dementsprechend bildeten die inländischen Anleger per Konstruktion im Aggregat den antizyklischen Gegenpart dieser Strategie. Bei der sektorenspezifischen Aufschlüsselung zeigt sich, dass für diesen Gegenpart allein die privaten Haushalte verantwortlich sind. Dagegen folgten insbesondere die finanziellen Investoren – und dort die Investmentfonds und Banken – ebenfalls einer Momentum-Strategie.

Ausländische Investoren und Investmentfonds Momentum-Händler

Heimat haben. Im Vergleich zu Ende 2005 haben sowohl die Investoren der EU als auch der USA ihre Anteile am DAX erhöht. Ungefähr ein Fünftel der Marktkapitalisierung des DAX wird von Anlegern aus dem Euro-Währungsgebiet gehalten, wobei insbesondere Investoren aus Luxemburg, aufgrund der dort ansässigen Fondsindustrie, und aus Frankreich herausstechen. Asien spielt als unmittelbarer Anlagestandort für DAX-Werte kaum eine Rolle; ohne die Eignergruppen aus der EU (einschl. Deutschland), der Schweiz und den USA gerechnet entfiel Ende Mai 2014 auf die Ansässigen aller übrigen Länder inklusive Asien lediglich ein Anteil von 7,6%.

Vergangene Renditen (Momentum-Effekt)

Der Momentum-Effekt besagt, dass Aktien, deren Kurse in der Vergangenheit überdurchschnittlich zugelegt haben, auch weiterhin besser abschneiden als die vergangenen „Verlierer“. Diese Anomalie lässt sich auch für den hier

Momentum-Effekt auch für den deutschen Markt nachweisbar

Präferenz für „sichere“ Werte im Rahmen der Finanzkrise

Betrachtet man das Aktienengagement inländischer Privatinvestoren über einen längerfristigen Zeitraum fallen starke zyklische Schwankungen auf.²¹⁾ Die Entwicklung des direkten Aktienvermögens der privaten Investoren wurde stark durch die jeweilige Aktienkursentwicklung geprägt (siehe oben stehendes Schaubild).²²⁾ So spiegeln sich im Aktienvermögen die Kursaufschwünge im Zuge des „New Economy“-Booms um das Jahr 2000 sowie der sich anschließende starke Einbruch wider. In den darauf folgenden

Aktienvermögen der privaten Haushalte starken Schwankungen unterworfen

²¹ Das betrachtete Aktienuniversum wird auf den gesamten direkten Aktienbesitz der privaten Haushalte erweitert, also auch auf die ausländischen Aktien. Um eine etwas längere Entwicklung beobachten zu können, wird auf die aggregierten Daten der Finanzierungsrechnung zurückgegriffen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die zugrunde liegende Sektorenabgrenzung etwas weiter gefasst ist als in der WPInvest. Neben den privaten Haushalten sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in der Kategorie „private Investoren“ enthalten, die zuletzt ungefähr einen Anteil von knapp einem Viertel am gesamten Aktienvermögen der privaten Investoren ausmachen.

²² Daneben halten die privaten Haushalte Aktien indirekt über ihre Beteiligungen an Investmentfonds.

Momentum-Strategie am deutschen Aktienmarkt

Der Momentum-Effekt besagt, dass Aktien, deren Kurse in der Vergangenheit überdurchschnittlich gestiegen sind, auch weiterhin besser abschneiden als die vergangenen „Verlierer“. Dieser zuerst von Jegadeesh und Titman (1993) für den US-Aktienmarkt dokumentierte Effekt widerspricht der auf Fama (1970) zurückgehenden Effizienzmarkthypothese, wonach aus den Aktienkursverläufen der Vergangenheit nicht auf Kurse der Gegenwart und Zukunft geschlossen werden kann.¹⁾ Im Gegensatz zu anderen Anomalien am Aktienmarkt konnte dieser Effekt auch nach seiner ersten Beschreibung weiterhin nachgewiesen und zudem auch außerhalb des US-Aktienmarkts sowie in anderen Anlageklassen gefunden werden.²⁾ Anhand der Quartalsdaten aus der Statistik für Wertpapierinvestments (WPIInvest) zum deutschen Aktienmarkt von Ende 2005 bis Ende 2012 wird untersucht, inwieweit sich ein Momentum-Effekt auch für deutsche Aktien feststellen lässt, und welche Investorengruppen einer solchen Strategie folgen.³⁾ Die WPIInvest erfasst den deutschen Aktienmarkt nahezu vollständig und bietet deshalb gegenüber anderen bislang für international vergleichbare Studien benutzten Datensätzen den Vorteil, dass die Handelstrategien verschiedener Investorengruppen gleichzeitig analysiert werden können. Wenn eine Anlegergruppe Aktien mit überdurchschnittlich hohen vergangenen Renditen kauft beziehungsweise Werte mit überdurchschnittlichen Verlusten verkauft, dann muss es mindestens eine andere Anlegergruppe geben, die genau entgegengesetzt handelt. Mithilfe der WPIInvest können also nicht nur die Momentum-Investoren identifiziert werden, sondern auch die Gruppe der Handelspartner. Das detaillierte Meldeschema erlaubt zudem eine tiefere Aufgliederung der institutionellen Investoren, als dies in der internationalen Forschungsliteratur bislang der Fall gewesen ist.⁴⁾

Momentum-Strategie für deutsche Aktien

Für die Analyse werden zunächst alle deutschen Aktien nach ihrer Renditehöhe über einen vorgegebenen Zeitraum – die sogenannte Formationsperiode – geordnet.⁵⁾ Die 30% der Aktien mit den höchsten Renditen werden dann in ein Gewinner- und die 30% der Aktien mit den niedrigsten Renditen in ein Verlierer-Portfolio eingeteilt.⁶⁾ Als nächster Schritt wird ein Portfolio

¹ Vgl.: N. Jegadeesh und S. Titman (1993), Returns to Buying Winners and Selling Losers: Implications for Stock Market Efficiency, *Journal of Finance* 48, S. 65–91; E. F. Fama (1970), Efficient Capital Markets, A Review of Theory and Empirical Work, *Journal of Finance* 25, S. 383–417.

² N. Jegadeesh und S. Titman (2001, Profitability of momentum strategies: An evaluation of alternative explanations, *Journal of Finance* 56, S. 699–720) zeigen, dass die Momentum-Strategie auch nach Veröffentlichung des Originalpapiers immer noch nachgewiesen werden kann. K. G. Rouwenhorst (1998, International Momentum Strategies, *Journal of Finance* 53, S. 267–284) und J. M. Griffin, X. Ji und J. S. Martin (2003, Momentum Investing and Business Cycle Risk: Evidence from Pole to Pole, *Journal of Finance* 58, S. 2515–2547) liefern den Nachweis für Momentum-Effekte in den internationalen Aktienmärkten (in Asien ist der Effekt am schwächsten, insbesondere in Japan). C. S. Asness, T. J. Moskowitz und L. H. Pedersen (2013, Value and Momentum Everywhere, *Journal of Finance* 68, S. 929–985) dokumentieren, dass der Momentum-Effekt nicht nur in Aktien vorhanden ist, sondern auch in anderen Anlageklassen.

³ Die hier angeführten Ergebnisse zum deutschen Aktienmarkt basieren auf dem in Kürze als Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank erscheinenden Forschungspapier von M. Baltzer, S. Jank und E. Smajlbegovic, *Who Trades on Momentum?*

⁴ Die institutionellen Investoren können in nichtfinanzielle und finanzielle Investoren aufgeschlüsselt werden und die Gruppe der finanziellen Investoren nochmal in Banken, Investmentfonds, Versicherungen und sonstige finanzielle Investoren. Der in der US-Literatur bislang üblicherweise verwendete „13-F SEC Filings“-Datensatz beinhaltet lediglich die großen institutionellen Investoren, die nicht weiter unterschieden werden können.

⁵ Üblicherweise beträgt eine Formationsperiode ein bis vier Quartale. Für die vorliegende Untersuchung werden vier Quartale zugrunde gelegt, wobei sich die Ergebnisse unabhängig von der Länge der Formationsperiode als robust erweisen.

⁶ Diese Einteilung geht zurück auf E. F. Fama und K. R. French (1993), Common Risk Factors in the Returns on Stocks and Bonds, *Journal of Financial Economics* 33, S. 3–56.

gebildet, für das die Aktien des Sieger-Portfolios zu jeweils gleichen Gewichten gekauft und die des Verlierer-Portfolios ebenfalls zu gleichen Gewichten leerverkauft werden („zero-cost“-Strategie). Nun wird die Entwicklung der Portfolios für einen zweiten Zeitraum, die sogenannte Halteperiode, analysiert.⁷⁾ Es zeigt sich, dass diese Winner-Minus-Loser(WML)-Strategie für Deutschland wie auch schon für die USA und andere Länder hoch profitabel ist. Für Deutschland ergibt sich eine ökonomisch und statistisch signifikante annualisierte Renditedifferenz von Sieger- zu Verlierer-Portfolio von über 11%. Auch wenn sich die WML-Strategie im Durchschnitt über den betrachteten Zeitraum als profitabel erweist, so gibt es auch einzelne starke Verlustquartale. Insbesondere im zweiten und dritten Quartal 2009, als sich die Märkte von den drastischen Einbrüchen seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers zu erholen begannen, brachte die WML-Strategie starke Verluste. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Verlierer-Aktien zwar besonders sensitiv auf den Finanzmarktschock reagiert hatten. Nach Abklingen der Spannungen erholten diese sich aber dann auch wieder schneller als die Gewinner-Aktien.⁸⁾

Unterschiedliche Strategien einzelner Investorengruppen

Um der oben aufgeworfenen Frage nachzugehen, inwieweit einzelne Investorengruppen die WML-Strategie am deutschen Markt genutzt haben, wird zunächst für jede Aktie i der prozentuale Eigentümeranteil $OS_{i,j,t}$ der Investorengruppe j zum Zeitpunkt t ermittelt:

$$OS_{i,j,t} = \frac{\text{Anzahl Aktien}_{i,j,t}}{\text{Ausstehende Aktien}_{i,t}}$$

Für die Aktien des Gewinner- (Verlierer-) Portfolios wird die durchschnittliche Veränderung im Vergleich zum Vorquartal des Anteils für jeden Investorensektor berechnet.⁹⁾ Eine positive (negative) Differenz in der Veränderung des Investorenanteils zwi-

schen dem Gewinner- und dem Verlierer-Portfolio deutet darauf hin, dass die Investorengruppe einer WML-Strategie („contrarian“-Strategie) folgt.

Um für andere mögliche Effekte zu bereinigen wird in einer Paneldatenregression für jede Investorengruppe nicht nur die Veränderung des Eigentümeranteils $\Delta OS_{i,j,t}$ auf die Renditen der Formationsperiode ($ret_{i,(t-4,t-1)}$) regressiert, sondern zusätzlich um unternehmensspezifische Variablen ($controls_{i,t-1}$) kontrolliert:¹⁰⁾

$$\Delta OS_{i,j,t} = \alpha_t + \beta \cdot ret_{i,(t-4,t-1)} + \gamma \cdot controls_{i,t-1} + \varepsilon_{i,j,t}$$

Die Ergebnisse zeigen einen signifikant positiven Einfluss der Renditen der Formationsperiode auf den ausländischen Anteil, was existierende Forschungsergebnisse bestätigt, dass ausländische Investoren eine WML-Strategie verfolgen.¹¹⁾ Dementsprechend stellen inländische Anleger per Konstruktion im Aggregat die Kontrahenten, die einer „contrarian“-Strategie folgen. Bei einem sektorenspezifischen Blick auf die inländischen Investoren zeigt sich allerdings, dass diese entgegengesetzte Strategie allein auf die privaten Haushalte zurückzuführen

7 Bei der vorliegenden Untersuchung wird ein Quartal zugrunde gelegt. Es ergeben sich allerdings positive Momentum-Profite bis zu einer Halteperiode von vier Quartalen.

8 Diese Entwicklung lässt sich auch an anderen Märkten beobachten, vgl.: K. Daniel und T. Moskowitz (2013), Momentum Crashes, Swiss Finance Institute Working Paper.

9 Um die Nachfrage nach bestimmten Aktien um mögliche Trends in der Aktienmarktteilnahme zu bereinigen, wird für jeden Investorensektor die spezifische Nachfrage nach einer Aktie um die durchschnittliche Nachfrage zu dem jeweiligen Zeitpunkt korrigiert.

10 Zu diesen unternehmensspezifischen Faktoren zählen: Größe, Verhältnis Buch- zu Marktwert, Volatilität, Betafaktor, Alter, Dividendenrendite, Indexzugehörigkeit und Börsenumsatz.

11 M. Grinblatt und M. Keloharju (2000), The investment behaviour and performance of various investor types: a study of Finland's unique data set, Journal of Financial Economics 55, S. 43–67) identifizieren ebenfalls ausländische Investoren als Momentum-Händler. Dies wird in erster Linie damit begründet, dass es sich bei den Ausländern in erster Linie um institutionelle Investoren handelt.

ist, was ebenfalls internationalen Forschungsergebnissen für die USA entspricht.¹²⁾ Die inländischen institutionellen Investoren, und dort insbesondere die Investmentfonds, verfolgen dagegen ebenfalls eine WML-Strategie.¹³⁾

Mögliche Erklärungsansätze

Mögliche Gründe für das Auftreten des Momentum-Effekts werden in der Literatur kontrovers diskutiert. Dahinter steht die zentrale Frage, ob es sich bei der beobachteten Kursbewegung um eine Unter- oder Überreaktion handelt. Als Gründe für eine Überreaktion argumentieren Daniel et al. (1998), dass (institutionelle) Investoren sich zu sicher sind in ihrer eigenen Einschätzung zu einer Aktie und darüber hinaus dazu neigen, in neuen Informationen vor allem ihre eigenen Entscheidungen und Einschätzungen bestätigt zu sehen („overconfidence bias“).¹⁴⁾ Erfolgreiche Anlageentscheidungen werden somit auf die eigenen Fähigkeiten zurückgeführt, während für die anderen ein Mangel an Glück verantwortlich gemacht wird. Bei einem erfolgreich prognostizierten Kursanstieg werden so die Positionen in den jeweiligen Wertpapieren erhöht, was den Kurs steigen lässt und ihn weiter von seinem Fundamentalwert entfernt. Negative Informationen haben dagegen zunächst keinen Einfluss auf das Verhalten, was entsprechend zu einem positiven Momentum-Effekt führt.

Während die „overconfidence“-Hypothese von den Momentum-Händlern ausgeht, setzen Grinblatt und Han (2005) mit dem sogenannten Dispositionseffekt bei den Investoren der Gegenpartei an, bei denen sie eine zu langsame Anpassung an neue Fundamentaldaten ausmachen, was zu einer entsprechenden Unterreaktion führt.¹⁵⁾ Danach halten Investoren ihre Verlierer-Aktien zu lange, während sie andererseits ihre Gewinner-Aktien zu schnell veräußern. Dies bedeutet zum Beispiel, dass bei guten Nachrichten für eine Aktie nur eine allmähliche Anpassung an den neuen (höheren) Fundamentalwert erfolgt.

Durch eine Interaktion heterogener Investorengruppen vereint der Ansatz von Hong und Stein (1999) Unter- und Überreaktion. Die eine Gruppe („newswatcher“) handelt aufgrund von fundamentalen Informationen, wobei die Neuigkeiten erst allmählich verarbeitet werden. Die andere Gruppe („momentum traders“) beobachten die früheren Preissignale und steigen bei steigenden Kursen in den Markt ein, wodurch der neue Fundamentalwert erreicht wird. Allerdings kennen die Momentum-Händler diesen Fundamentalwert nicht, sodass sie aufgrund der weiterhin gültigen positiven Preissignale weiter investieren, was dann zu einem Überschießen des Aktienkurses führt. Entsprechendes gilt bei negativen Informationen über das Unternehmen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass ein Dispositionseffekt der privaten Haushalte, der institutionellen und ausländischen Anlegern die Möglichkeit gibt, eine gewinnbringende WML-Strategie umzusetzen, mit dem untersuchten Datensatz in Einklang gebracht werden kann. Die Daten zeigen aber auch, dass insbesondere in unsicheren Zeiten eine Momentum-Strategie verlustreich sein kann. Innerhalb des Erklärungsansatzes wäre das dann der Fall, wenn die entsprechenden Aktienkurse aufgrund eines verstärkten Preisdrucks der Momentum-Händler zunächst überreagierten und dann in der Folge korrigiert würden.

¹² Vgl.: T. Odean (1998), Are Investors Reluctant to Realize their Losses?, *Journal of Finance* 53, S. 1279–1298.

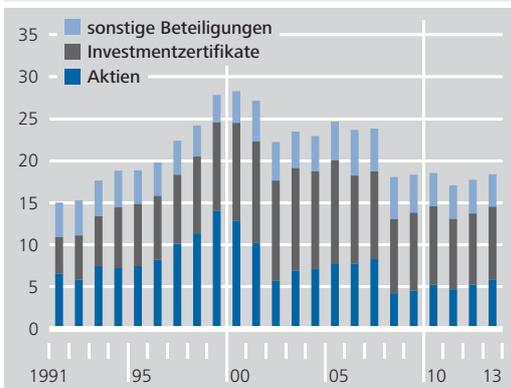
¹³ Vgl.: M. Grinblatt, S. Titman und R. Wermers (1995), Momentum Investment Strategies, Portfolio Performance, and Herding: A Study of Mutual Fund Behavior, *American Economic Review* 85, S. 1088–1105; und S.G. Badrinath und S. Wahal (2002), Momentum Trading by Institutions, *Journal of Finance* 57, S. 2449–2478.

¹⁴ Vgl.: K. Daniel, D. Hirshleifer und A. Subrahmanyam (1998), Investor Psychology and Security Market Under- and Overreactions, *Journal of Finance* 53, S. 1839–1885.

¹⁵ Vgl.: M. Grinblatt und B. Han (2005), Prospect Theory, Mental Accounting, and Momentum, *Journal of Financial Economics* 78, S. 311–339.

Aktienanteil am Geldvermögen der privaten Investoren¹⁾

in %, Jahresendstände



* In dieser Abgrenzung sind neben den privaten Haushalten auch private Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten.
 Deutsche Bundesbank

Jahren nahm das Aktienvermögen kontinuierlich zu, bevor es dann in der Finanzkrise 2008 erneut zu einem starken Rückgang kam. Der Effekt der Kursbewegungen auf das Vermögen wird durch ein prozyklisches Kauf- und Verkaufsverhalten der Anleger verstärkt, das insbesondere in Krisenzeiten sehr ausgeprägt zu sein scheint. In den Jahren 2001/2002 sowie 2008 mit jeweils kräftigen Kurseinbrüchen kam es zu starken Verkäufen. So reduzierte sich beispielsweise das Aktienvermögen der privaten Investoren im Jahr 2008 insgesamt um 188½ Mrd € oder knapp 51%, wovon lediglich 9½ Mrd € (entspricht 2,6% des Aktienvermögens Ende 2007) auf Nettoverkäufe zurückzuführen sind.

Rückgang des Aktienbesitzes während der Krise insgesamt, ...

Eine Analyse des Geldvermögens der privaten Investoren bestätigt, dass der prozentuale Anteil von Aktien, Investmentzertifikaten und sonstigen Beteiligungen am Geldvermögen insbesondere im Jahr 2008 deutlich zurückgegangen ist (siehe oben stehendes Schaubild). Am stärksten ausgeprägt war der Rückgang des direkten Aktienbesitzes, der danach nur noch 4,2% des Gesamtvermögens entsprach und damit einen historischen Tiefststand markierte.²³⁾ Seitdem hat sich der Anteil an Dividendenpapieren wieder kontinuierlich erhöht, was allerdings zu mehr als zwei Dritteln auf Kurssteigerungen zurückzuführen ist; Ende 2013 lag der Aktien-

anteil bei 5,8%. Offensichtlich haben private Investoren also auf dem Höhepunkt der Finanzkrise ihr Vermögen umgeschichtet, indem sie Aktien gegen andere, risikoärmere Anlagen eingetauscht haben.

Bei einem Blick auf die Bestandsveränderungen der inländischen Aktien anhand der detaillierten Angaben aus der WPIInvest ergibt sich für die privaten Haushalte ein differenzierteres Bild. Zwar bestätigt sich auch hier, dass – gemessen an der Marktkapitalisierung aller inländischen Dividentitel – der Depotanteil der Privathaushalte von 2005 bis 2007 stetig von 13,3% auf 10,0% zurückgegangen ist (siehe Tabelle auf S. 24). Im Krisenjahr 2008 jedoch erhöhte sich der Anteil an den heimischen Titeln leicht auf 10,3%. Interessanterweise sind dafür allein die DAX-Titel verantwortlich, für die sich ein vergleichsweise deutlicher Anstieg von 10,6% auf 11,5% ergibt (siehe Tabelle auf S. 27).

... aber Aufstockung bei DAX-Titeln

Das Anlegerverhalten der privaten Haushalte während der Finanzkrise zeigt, dass sie nicht nur von einer Anlageklasse in eine andere umgeschichtet haben, sondern auch innerhalb einer Anlageklasse differenziert haben. Während sie sich von ausländischen Dividendenpapieren trennten, wurden inländische Titel sogar netto gekauft. Eine entscheidende Rolle dürfte dabei die Vertrautheit der Anleger mit den großen inländischen Unternehmen gespielt haben, die insbesondere in einer Krisensituation relevant wird.²⁴⁾ Ebenso könnte ein abnehmender Risikoappetit (oder zunehmende Risikoaversion) einen entscheidenden Einfluss auf eine kurzfristige Verlagerung der Aktienanlage vom Ausland ins Inland ausüben.²⁵⁾

In der Finanzkrise auch Umschichtungen innerhalb einer Anlageklasse

²³ Der höchste Aktienanteil am Geldvermögen der privaten Haushalte wurde im Zuge des „New Economy“-Booms im Jahr 1999 gemessen; er betrug mit 14,0% mehr als das Dreifache des heutigen Wertes.

²⁴ Vgl.: G. Huberman (2001), Familiarity Breeds Investment, *Review of Financial Studies* 14, S. 659–680.

²⁵ Vgl.: S. Babilis und V. Fitzgerald (2005), Risk Appetite, Home Bias and the Unstable Demand for Emerging Market Assets, *International Review of Applied Economics* 19, S. 459–476.

■ Fazit

Über die Hälfte der Marktkapitalisierung deutscher Aktien wird vom Ausland gehalten, was als Ausdruck der zunehmenden internationalen Verflechtung gesehen werden kann. Auch wenn im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ein deutlicher Rückgang des Auslandsanteils zu beobachten war, so setzte sich doch der Trend zum grenzüberschreitenden Wertpapierengagement vergleichsweise rasch wieder durch. Inländische Banken und finanzielle institutionelle Anleger im Allgemeinen haben im Laufe der Krise ihr Aktienengagement reduziert. An ihre Stelle traten nichtfinanzielle institutionelle Investoren, wie zum Beispiel Beteiligungsgesellschaften. Private Haushalte halten gut 12% der inländischen

Marktkapitalisierung. Es zeigt sich, dass größere Unternehmen von Ausländern und finanziellen Investoren bevorzugt werden. Anteile kleinerer Unternehmen werden dagegen vor allem von privaten Haushalten gehalten. Auch lassen sich unterschiedliche Handelsstrategien der Sektoren ausmachen. Während ausländische Investoren und besonders die Investmentfonds eine Momentum-Strategie verfolgen, bilden die privaten Haushalte die Gegenpartei. Außerdem zeigt sich, dass Vertrautheit zu den investierten Aktien insbesondere für die privaten Haushalte eine Rolle spielt. So schichteten sie im Rahmen der Finanzkrise nicht nur von einer Anlageklasse (Aktien) in eine andere Anlageklasse (Anleihen) um, sondern erhöhten auch leicht ihr Engagement in DAX-Werten.

Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen

Die deutsche Finanzpolitik steht vor der Aufgabe, bis 2020 eine Reform der komplexen innerstaatlichen Finanzverteilung zu beschließen. Der bestehende bundesstaatliche Finanzausgleich einschließlich der Sondertransfers für die neuen Länder ist bis 2019 befristet. Bei der Reform gilt es einerseits, der Eigenverantwortung gerecht zu werden, die mit der Haushaltsautonomie der Länder einhergeht. Andererseits sieht das Grundgesetz eine angemessene Angleichung der Länderfinanzkraft vor.

Bis 2020 ist von den Ländern zudem die Schuldenbremse umzusetzen, die eine übermäßige Verschuldung einzelner Länder stoppen oder verhindern soll. Die bisherigen Regelungen mit einer weichen Schuldenbegrenzung und einem faktischen gesamtstaatlichen Haftungsverbund haben sich nicht bewährt. Dabei stehen einige Länder noch vor erheblichen Herausforderungen, um einen (strukturellen) Haushaltsausgleich bis 2020 erreichen und danach halten zu können.

Vor dem Hintergrund strenger Schuldenregeln und der finanziellen Eigenverantwortung scheint es naheliegend, neben den bereits vergrößerten ausgabenseitigen Handlungsspielräumen der Länder auch deren Steuerautonomie etwa durch begrenzte individuelle Zu- und Abschläge bei einzelnen Steuerarten auszuweiten. So kann zudem unterschiedlichen Präferenzen besser Rechnung getragen und der Zusammenhang zwischen Steuern und Ausgaben in der Wahrnehmung gestärkt werden. Dies kann zu einer wirtschaftlicheren und stärker zielgerichteten Staatstätigkeit führen. Um Ländern mit einer sehr schwierigen Haushaltssituation den Übergang zu erleichtern, werden verschiedentlich bundesstaatliche Hilfen vorgeschlagen. Falls eine solche Unterstützung eingeführt würde, sollte ihre Gewährung an die strikte Umsetzung der Schuldenbremse gebunden werden. Über das gewünschte Angleichungsniveau im Finanzausgleich ist letztlich politisch zu entscheiden. Im Hinblick auf Kostenunterschiede und Eigenanreize der Länder zur Stärkung ihrer Finanzkraft erscheint eine Absenkung erwägenswert. Wird das Ausgleichsniveau weitgehend beibehalten, könnte eine Bundessteuerverwaltung dazu beitragen, negative Anreizeffekte bei der Steuererhebung einzuschränken. In jedem Fall scheint es wünschenswert, den Finanzausgleich auf eine transparentere und besser nachvollziehbare Basis zu stellen.

Grundlagen der Finanzbeziehungen im deutschen Föderalstaat

Mehrere Staatsebenen mit Haushaltsautonomie von Bund und Ländern

Deutschland ist ein Föderalstaat mit mehreren Ebenen, auf die die Wahrnehmung der Staatsaufgaben aufgeteilt ist. Dabei sind Bund und Länder hinsichtlich ihrer Haushalte eigenverantwortlich (Art. 109 I GG), wobei einige gemeinschaftlich festgelegte Prinzipien gewahrt werden müssen. Dagegen können die einzelnen Länder für die Haushaltsführung ihrer Gemeinden detaillierte Regeln vorgeben und sich sogar Genehmigungsrechte für die Haushalte vorbehalten.

Unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte der Staatsebenen

Die Aufgabenschwerpunkte liegen – gemessen an den Ausgaben in den Haushalten – beim Bund in den Bereichen Sozialversicherungen, Arbeitsmarktpolitik und Verteidigung. Bei den Ländern dominieren die Aufwendungen für Bildung (einschl. Forschung), innere Sicherheit und Justiz sowie Verwaltungstätigkeiten (einschl. der Steuerverwaltung). In den Gemeindehaushalten schlagen Sozialleistungen (einschl. Jugendhilfe und Kleinkinderbetreuung), Mittel für Kultur, Sport und Erholung sowie lokale Ver- und Entsorgungsleistungen (einschl. Infrastrukturinvestitionen) besonders zu Buche.

Finanzbeziehungen Folge der Kompetenzaufteilung, aber auch des Zieles gleichwertiger Lebensverhältnisse und des bündischen Prinzips

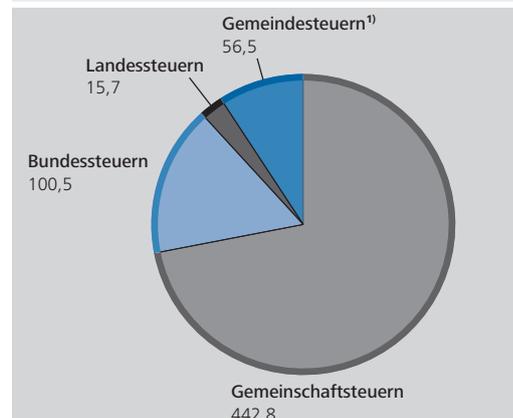
Die Finanzierung von Aufgaben obliegt grundsätzlich den ausführenden Einheiten (Art. 104 a GG), auch wenn eine andere Ebene für die Gesetzgebung zuständig ist. Die Rechtssetzungskompetenz ist dabei faktisch in hohem Maße auf der Bundesebene angesiedelt, wobei zu meist die Länder koordiniert über den Bundesrat Einfluss nehmen können. Bei der Ausgestaltung der an die Aufgabenverteilung anknüpfenden föderalen Finanzbeziehungen spielt zudem das grundgesetzliche Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet eine Rolle. Darüber hinaus ist in der Verfassung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch das bündische Prinzip verankert, das ein Bestandsgebot in schweren finanziellen Notlagen und damit Elemente gemeinschaftlicher Haftung enthält.

Die Finanzierung der Haushalte erfolgt überwiegend über Steuern. Dabei dominieren Gemeinschaftsteuern (Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer), die mehreren Ebenen zufließen. Daneben existieren Bundessteuern (v. a. spezielle Verbrauchsteuern, Solidaritätszuschlag), aber auch einige Landessteuern (v. a. Grunderwerbsteuer, Erbschaftsteuer), die hinsichtlich des Aufkommens allerdings weit weniger gewichtig sind, und Gemeindesteuern (v. a. Gewerbesteuer, Grundsteuern). Bei der Aufteilung der Gemeinschaftsteuern auf die Ebenen des Staates sind grundsätzlich feste Quoten vorgegeben, wobei die Verteilung der Umsatzsteuer gemäß Grundgesetz die Stellschraube ist, die gewährleisten soll, dass Bund und Länder ihre notwendigen Ausgaben in einem ausgewogenen Verhältnis finanzieren können. Insofern wäre es naheliegend, eine etwaige Schieflage bei der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern an dieser Stelle zu korrigieren. (Im Folgenden bleiben aber Verteilungsfragen zwischen diesen Ebenen und beispielsweise die Diskussion über den Solidaritätszuschlag ausgeblendet.) Darüber hinaus gibt es vielfältige Arten von Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, die im Regelfall entweder einem spezifischen Finanzbedarf einzelner Länder Rechnung tragen oder die Wirkungen bundesgesetzlicher Vorgaben auf die nach-

Dominierende Rolle der Gemeinschaftsteuern, dabei Umsatzsteuer-Verteilung als Stellschraube

Steueraufkommen 2013

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt. ¹ Ohne Absetzung der Gewerbesteuerumlage.

Deutsche Bundesbank

geordneten Ebenen zumindest teilweise ausgleichen sollen.¹⁾

2020 wird Neuregelung des Finanzausgleichs notwendig, und Schuldenbremse für Länder tritt in Kraft

Bei der Finanzverteilung innerhalb der Ländergemeinschaft ist ein sehr komplexes System der Aufteilung der Steuereinnahmen und der Umverteilung untereinander zur weitgehenden Annäherung unterschiedlicher Finanzkraft entstanden (horizontaler Finanzausgleich). Dabei bestehen erwartungsgemäß sehr verschiedene Interessen zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern. Wiederholt wurde das Bundesverfassungsgericht angerufen, um die Verfassungskonformität einzelner Regelungen überprüfen zu lassen. Im Gefolge eines Urteils aus dem Jahr 1999 trat im Jahr 2005 eine Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes in Kraft. Die nach längeren Verhandlungen einvernehmlich beschlossenen Neuregelungen einschließlich der degressiv gestalteten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (So-BEZ) zum Aufbau Ost wurden aber bis Ende 2019 befristet, und für die Zeit ab 2020 ist eine Nachfolgeregelung für den Finanzausgleich erforderlich. Zudem tritt spätestens 2020 die nationale Schuldenbremse (Art. 109 III GG) für die Länder in Kraft, die die Kreditfinanzierung von Ausgaben weitestgehend unterbindet.

Grundlegende Reform erwägenswert

Die Finanzminister des Bundes und der Länder haben zur Jahresmitte 2014 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Ansätze für eine Reform der föderalen Finanzbeziehungen erörtern soll. Dabei wären auch umfassendere Veränderungen möglich. Dass durchaus grundlegender Reformbedarf gesehen werden kann, zeigt eine nähere Betrachtung der gegenwärtigen Regelungen.

Haushaltsautonomie und Gestaltungsmöglichkeiten

Ausgabenseitige Spielräume für Länder ungeachtet bundesrechtlicher Vorgaben und struktureller Besonderheiten

Das Grundgesetz sichert Bund und Ländern Unabhängigkeit in der Haushaltswirtschaft zu. Damit verbunden ist die Verantwortung der einzelnen Gebietskörperschaften für ihre eigenen Finanzen. So sind Entscheidungen über den Mitteleinsatz für die verschiedenen Aufgaben-

bereiche von den Gebietskörperschaften selbstständig zu treffen. Dabei wird vielfach insbesondere von politischer Seite ein lediglich geringer Handlungsspielraum beklagt. So spielen zumeist nur begrenzt landespolitisch zu beeinflussende Strukturmerkmale wie etwa die Zahl schulpflichtiger Kinder oder auch mit regionalen Preisniveaudivergenzen verbundene Kostenunterschiede eine wichtige Rolle bei der Höhe der Ausgaben für einzelne Aufgabenbereiche. Zudem greifen an zahlreichen Stellen bundesgesetzliche Regelungen – wobei die Länder hier über den Bundesrat in erheblichem Maße mitwirken. So gibt es bundeseinheitliche Sozialleistungen, und noch immer wirkt offenbar der bis zur Föderalismusreform von 2006 einheitliche Besoldungsrahmen für die Landesbeamten und Versorgungsempfänger teilweise nach. Allerdings ist hier der Anpassungsspielraum seitdem deutlich größer geworden.²⁾ Auch bei den Tarifangestellten kann grundsätzlich landesspezifischen Aspekten Rechnung getragen werden. Zudem besteht ein weitgehender Entscheidungsspielraum nicht zuletzt hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Aufgabenerfüllung und beispielsweise des jeweiligen Personaleinsatzes in einem Aufgabengebiet. Dieser kann auch über Arbeitszeitregelungen zumindest für die Beamten gesteuert werden.

Auf der Einnahmenseite dominieren bei den Ländern die Steuererträge und damit in Verbindung stehende Zuweisungen. Die einzelnen Länder besitzen aber nur sehr begrenzte Möglichkeiten, das Steuerrecht so anzupassen, dass sie einen speziellen Finanzmittelbedarf auf diesem Wege decken könnten. Zwar besteht seit der Föderalismusreform 2006 die Möglichkeit,

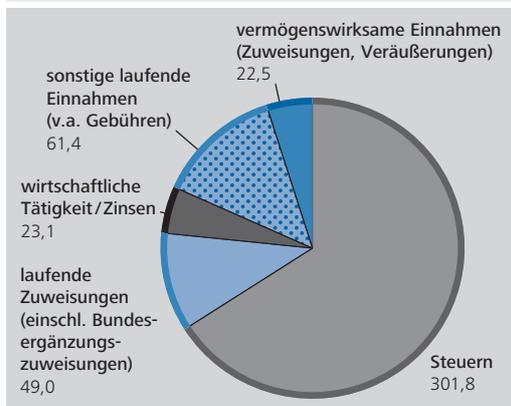
Länderkompetenz im Steuerrecht zwar beschränkt, aber Einfluss auf das Aufkommen und den Kostendeckungsgrad von Entgelten

¹ Zu erwähnen sind hier die Gemeinschaftsaufgaben wie etwa der Hochschulbau oder Geldleistungsgesetze wie bislang das BAföG, bei denen der Bund einen bestimmten Kostenanteil trägt. Auch kann der Bund Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen an die Länder leisten.

² Freilich bilden die Vorgaben aus Art. 33 GG mit einem Anspruch auf amtsangemessene Alimentierung und Besoldungsanpassungen grundsätzlich im Rahmen der allgemeinen Einkommensentwicklung weiterhin Grenzen. Vgl. dazu etwa das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen vom 1. Juli 2014.

Einnahmen von Ländern und Gemeinden 2013^{*)}

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt. * Einschl. Extrahaushalte.
Deutsche Bundesbank

den Steuersatz der Grunderwerbsteuer länderweise zu modifizieren.³⁾ Bei den anderen Steuerarten mit einer teilweisen oder vollständigen Ertragskompetenz der Länder müssen Änderungen aber für das ganze Bundesgebiet über Bundesgesetze herbeigeführt werden. Ungeachtet dessen haben die Länder Einflussmöglichkeiten auf das in ihrem Bereich insgesamt anfallende Aufkommen an Gemeinschafts- sowie Landes- und Gemeindesteuern. So besteht etwa ein Zusammenhang mit der örtlichen Wirtschaftskraft, deren Entwicklung durch die Landespolitik (etwa über Infrastruktur- oder auch Bildungsleistungen) beeinflusst werden kann. Zudem ist die Zuständigkeit für die Steuerverwaltung den Ländern zugeordnet. Zwar bestehen bundeseinheitliche Durchführungsbestimmungen, gleichwohl kann die für die örtliche Steuererhebung bedeutsame Personalstärke ebenso angepasst werden wie die Intensität der Kontrollen.⁴⁾ Je stärker die Länderhaushalte vom örtlichen Steueraufkommen profitieren, desto größer sind die Anreize zur Förderung der regionalen Wirtschaftskraft und effektiven Steuererhebung. Darüber hinaus werden auch nichtsteuerliche Einnahmen erzielt, die zum großen Teil auf Gebühren oder andere Leistungsentgelte entfallen und damit grundsätzlich an konkrete Gegenleistungen geknüpft sind. Die Höhe dieser Entgelte wird durch die umlagefähigen Kosten nach oben begrenzt. Regel-

mäßig zu entscheiden ist letztlich darüber, inwieweit diese Grenze unterschritten wird und damit andere Finanzierungsquellen benötigt werden (z. B. bei Hochschulgebühren).

Mangelnde Schuldenbegrenzung und Beistandsgebot

In der Vergangenheit wurde nicht gewährleistet, dass alle Länder (und deren Kommunen) solide Finanzen bewahrten. Offenbar bestand auch in der Öffentlichkeit nur ein begrenztes Bewusstsein, dass unterschiedliche Ausgaben-niveaus grundsätzlich mit unterschiedlichen Steuerbelastungen zu verbinden sind. Der mit der Haushaltsautonomie verbundenen Eigenverantwortung wurde insoweit nicht ausreichend Rechnung getragen. So wurden Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben regelmäßig durch Nettokreditaufnahmen geschlossen. Die Verfassungen der einzelnen Länder setzen dafür zwar prinzipiell Grenzen, diese waren aber offensichtlich unzureichend. Sie waren im Regelfall an das – weit gefasste – Investitionsvolumen gebunden. Abschreibungen und Vermögensverwertungen wurden nicht berücksichtigt. Diese Grenzen konnten zudem durch Rückgriff auf eine Ausnahmeklausel zur Überwindung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch deutlich und ohne nachfolgende Tilgungspflicht überschritten werden.

Von der Kreditfinanzierung wurde allerdings in sehr unterschiedlichem Maße Gebrauch ge-

Bisher unzureichende Kreditgrenzen

³ Allerdings trug diese Abgabe 2013 trotz einiger Anhebungen in den letzten Jahren nur 3½% zum Steueraufkommen der Länder bei.

⁴ Die empirische Studie von C. Baretta, B. Huber und K. Lichtblau (2002, A tax on tax revenue: the incentive effects of equalizing transfers. Evidence from Germany, International Tax and Public Finance 9(6), S. 631–649) deutet darauf hin, dass die – seitdem kaum verringerten – hohen Abschöpfungsraten des Finanzausgleichs einen negativen Einfluss auf die Steuereinnahmen der Länder hatten. Dies wird als Indiz gewertet, dass die Steuerverwaltungen der einzelnen Länder die Steuern (aus gesamtstaatlicher Sicht) in unzureichendem Maße erheben. Der Bayerische Rechnungshof etwa weist in seinem Jahresbericht 2012 (S. 51–61) auf zunehmende Defizite beim Personaleinsatz in der Steuerverwaltung und auf damit verbundene Mindereinnahmen hin.

Aussicht auf Notlagenhilfen widerspricht Haushaltsautonomie und senkt Anreize zur soliden Haushaltsführung

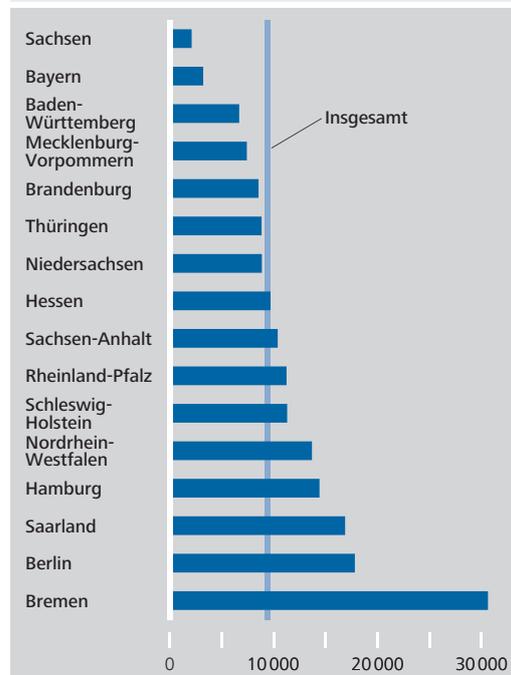
macht. Bereits in den neunziger Jahren hatten Bremen und das Saarland angesichts ihrer gemessen an der Einwohnerzahl sehr hohen Defizite und Belastungen durch Schulden vor dem Bundesverfassungsgericht Notlagenhilfen von der bundesstaatlichen Gemeinschaft erstritten, die dann über ein Jahrzehnt lang in beträchtlicher Höhe gewährt wurden, ohne dass sich die Haushaltslage danach klar verbessert dargestellt hätte. Zwar wurde ein Hilfeantrag des ebenfalls sehr hoch verschuldeten Landes Berlin im Jahr 2006 vom Bundesverfassungsgericht nicht zuletzt wegen noch nicht ausgeschöpfter eigener Haushaltsentlastungsmöglichkeiten zurückgewiesen. Dennoch können sich Länder weiter Hoffnung auf Unterstützung durch die bundesstaatliche Gemeinschaft machen, wenn ihre Finanzlage außer Kontrolle geraten ist. Hierdurch wird das Grundprinzip der Haushaltsautonomie letztlich an einer wichtigen Stelle infrage gestellt, indem Haftung und Kontrolle auseinanderfallen. Damit besteht die Gefahr, dass im Falle hoher Defizite in einzelnen Ländern nicht frühzeitig und nicht entschieden genug Schritte zur Haushaltssanierung ergriffen werden. Die Kapitalgeber verlangen dabei auch bei angespanntem Landeshaushalt kaum Risikoaufschläge, weil über das verfassungsrechtlich verankerte bündische Prinzip wohl letztlich eine Haftungsgemeinschaft unterstellt wird. So werden Konsolidierungsaufschübe begünstigt, die landespolitisch in der kurzen Frist attraktiv erscheinen.

Schuldenbremse als Korrekturinstrument zielt auf umfassende Defizitbegrenzung

Um das Problem übermäßiger Verschuldung im Bundesstaat zu entschärfen, wurde im Jahr 2009 eine Schuldenbremse für Bund und Länder im Grundgesetz verankert. Aufgrund der schwierigen Ausgangslage in einzelnen Ländern⁵⁾ und auch wegen erwarteter sehr hoher Haushaltsdefizite im Umfeld der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise wurden lange Übergangsfristen eingeräumt. So gelten die dauerhaften strikten Defizitgrenzen der Schuldenbremse für den Bund erst ab 2016 und für die Länderhaushalte sogar erst ab 2020 (Art. 143 d GG). Auch wenn ein gewisser Gestaltungsspielraum bei der jeweiligen landesrecht-

Schulden von Ländern und Gemeinden 2013^{*)}

€ je Einwohner



Quelle: Statistisches Bundesamt. * Einschl. Extrahaushalte. Ohne Schulden beim öffentlichen Bereich (zur Abgrenzung siehe: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5). Deutsche Bundesbank

lichen Umsetzung gesehen werden könnte, dürfte die Schuldenbegrenzung damit im Vergleich zur vorherigen Regelung nicht nur ambitionierter, sondern auch deutlich verbindlicher sein und ein frühzeitiges Gegensteuern bei entstehenden Ungleichgewichten erforderlich machen. Anders als zuvor sollten künftig Defizite, die die vorgegebenen Grenzen überschreiten, mit spürbaren politischen Kosten verbunden sein. Zum einen sind in solch einem Fall kurzfristig unbequeme Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Zum anderen wurden mit der Schuldenbremse bei Überschreitungen der Kreditgrenzen Tilgungspflichten verankert, die von den einzelnen Ländern allerdings (insbesondere im Hinblick auf den Zeithorizont) selbst zu spezifizieren sind.

⁵⁾ Vgl. dazu den Bericht der AG Haushaltsanalyse für Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein (2008), Drucksache 102 der Föderalismuskommission II.

Stabilitätsrat als Überwachungsgremium, aber ohne wesentliche Sanktionsmöglichkeiten

Mit dem Beschluss über die Schuldenbremse wurde in Artikel 109 a GG auch der Stabilitätsrat als Überwachungsgremium für die Haushaltspolitik eingerichtet. Der Stabilitätsrat hat bereits im Jahr 2012 in den vier Fällen Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein drohende Haushaltsnotlagen festgestellt und im Rahmen von Sanierungsverfahren mit den betroffenen Ländern mehrjährige Konsolidierungspläne vereinbart, deren Konkretisierung und Umsetzung regelmäßig überprüft wird. Dabei wurden von den Ländern Bremen und Saarland Nachbesserungen hinsichtlich der geplanten Haushaltsentlastungsmaßnahmen eingefordert. Wenn dem Stabilitätsrat die in Aussicht gestellten Konsolidierungsmaßnahmen unzureichend erscheinen, kann er durch Veröffentlichungen politischen Druck ausüben. Abgesehen von Entscheidungen über die Übergangshilfen gemäß Artikel 143 d GG verfügt er aber nicht über gewichtige (finanzielle) Sanktions- oder gar Eingriffsmöglichkeiten.⁶⁾

Steueraufteilung und bundesstaatlicher Finanzausgleich

Grundgesetz schreibt weitgehenden Finanzkraftausgleich unter den Ländern vor

Die Verteilung der Steuereinnahmen als wichtigste Einnahmenquelle der Gebietskörperschaften in Deutschland ist von besonderer Bedeutung. Im Grundgesetz kommt dem Ziel einer Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet eine wichtige Rolle zu. In Artikel 107 GG ist festgeschrieben, dass die „Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird“. Im Ergebnis sollen offenbar die einzelnen Länder, die hier einschließlich ihrer Gemeinden angesprochen sind, grundsätzlich in die Lage versetzt werden, wichtige Leistungen ohne größere Abschläge gegenüber der im Bundesdurchschnitt üblichen Qualität und Quantität anbieten zu können.

Örtliche Steuereinnahmen nach Wohn- und Betriebsstandorten verteilt

Das Aufkommen der einzelnen Steuerarten wird nach unterschiedlichen Regeln unter den Ländern aufgeteilt. So ist bei den Landes- und Gemeinschaftsteuern mit Ausnahme der Umsatz-

steuer das örtliche Aufkommen ausschlaggebend. Dieses bemisst sich bei der Einkommensteuer nach dem Wohnsitz des jeweiligen Abgabepflichtigen, während bei der Körperschaftsteuer (und analog bei der kommunalen Gewerbesteuer) der zu besteuernde Gewinn im Regelfall anhand der Anteile der jeweiligen Arbeitslöhne an der Gesamtsumme auf die Betriebsstandorte aufgeschlüsselt wird. Schon auf dieser Stufe ist umstritten, ob die Verteilungsmaßstäbe sachgerecht sind, indem sie beispielsweise in einem hinreichend engen Bezug zur Inanspruchnahme der örtlich bereitgestellten staatlichen Leistungen stehen. So sehen sich etwa Stadtstaaten benachteiligt, wenn ihre Leistungen durch Pendler aus Umlandgemeinden genutzt werden, die Erträge aus der Einkommensteuer aber an deren Wohnsitz anfallen. Insgesamt scheint es unter Anreizgesichtspunkten in der Tat erwägenswert, dem Standort der Wertschöpfung mehr Gewicht einzuräumen.

Die noch schwerer regional zuzuordnenden Umsatzsteuereinnahmen werden zwar grundsätzlich nach der Einwohnerzahl unter den Ländern verteilt. Bei Bedarf wird allerdings in einer ersten Stufe des Finanzausgleichs vorab bis zu ein Viertel des Länderanteils am Gesamtaufkommen zum Ausgleich unterschiedlicher Finanzkraft – der um landesspezifische Steuer- und landesdurchschnittliche Hebesatzunterschiede bereinigten steuerlichen Einnahmen je Einwohner – eingesetzt. Ziel ist dabei, alle Länder auf eine Mindestfinanzkraft von 94½% des bundesweiten Niveaus bezogen auf die Landessteuern und die Anteile an den Gemeinschaftsteuern (ohne weitere Einrechnung von Umsatzsteuermitteln) anzuheben. Im Jahr 2013 war damit gegenüber der reinen Zuordnung des gesamten Länderanteils am Umsatzsteueraufkom-

Ergänzungsanteile aus der Umsatzsteuer als erste Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs

⁶⁾ Bei den Ländern, für die wegen hoher Schuldenlasten bis einschl. 2019 grundsätzlich Konsolidierungshilfen vorgesehen sind, können diese bei Nichteinhaltung der vereinbarten Anpassungspfade gestrichen werden. Dies betrifft Berlin, Bremen, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Für eine kritische Erörterung der Ausgestaltung des Stabilitätsrates vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Rolle des Stabilitätsrates, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 20–23.

men nach der Einwohnerzahl bereits eine Umverteilung von 7 ½ Mrd € verbunden. Neben den stark begünstigten neuen Ländern (ohne Berlin) profitierten per saldo auch das Saarland, Niedersachsen und Bremen.⁷⁾

*Länderfinanz-
 ausgleich unter
 Einrechnung von
 (Teilen der)
 Gemeinde-
 steuern und mit
 „Einwohner-
 veredelung“*

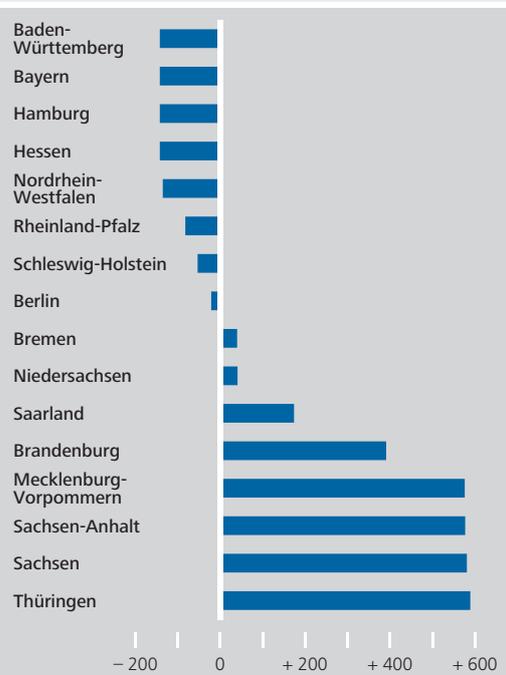
Auf der nächsten Stufe, dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne (LFA), werden neben den Steuererträgen eines Landes⁸⁾ auch die Steuereinnahmen der Gemeinden einbezogen. Allerdings wird dabei (ähnlich wie bei der Grunderwerbsteuer) nicht deren tatsächliches örtliches Aufkommen zugrunde gelegt, sondern es werden Bereinigungen um unterschiedliche kommunale Hebesätze bei der Gewerbe- und den Grundsteuern vorgenommen. Zudem wird nicht der volle Betrag der Gemeindesteuerkraft, sondern nur ein Anteil von 64% eingerechnet. Über alle im LFA berücksichtigten Einnahmen hinweg werden die Einwohner von Stadtstaaten mit einem Aufschlag von 35% angerechnet, um strukturelle Sonderbelastungen etwa durch agglomerationsbedingt höhere Kosten oder die Bereitstellung von Leistungen auch für Einwohner anderer Länder auszugleichen. Bei den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt werden dagegen leichte Aufschläge bei der Gewichtung der Einwohnerzahlen allein im Hinblick auf die Gemeindesteuern vorgenommen, um höhere Kosten für die Versorgung mit staatlichen Leistungen in besonders dünn besiedelten Regionen zu kompensieren. Gemessen im Verhältnis zur Ausgleichsmesszahl⁹⁾ reichte die Spannweite der Finanzkraft 2013 vor dieser Ausgleichsstufe von 69% in Ber-

7 Vgl. zu den Ergebnissen der vorläufigen Abrechnung: Bundesministerium der Finanzen, Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2013, Monatsbericht, Februar 2014, S. 31. 8 Dabei sind auch bergrechtliche Förderabgaben eingerechnet.

9 Diese Größe gibt an, welches Steueraufkommen in der Abgrenzung des LFA ein Land benötigt, um eine durchschnittliche Finanzkraft aufzuweisen. Die länderspezifische Messzahl ergibt sich dabei aus den zu berücksichtigenden Steuereinnahmen von Ländern und Gemeinden je Einwohner der Ländergesamtheit, vervielfacht mit der Einwohnerzahl (wobei die Kopffzahlen hier jeweils wie dargelegt „veredelt“ werden). Gegenüber der im Umsatzsteuervorwegausgleich angestrebten Mindestfinanzkraft sind zusätzlich Umsatzsteueranteile, Förderabgaben und die Gemeindesteuerkraft (mit einem Abschlag) einbezogen und nunmehr in Relation zu „veredelten“ Einwohnerzahlen gesetzt.

Umverteilung im Umsatzsteuervorwegausgleich 2013^{*)}

€ je Einwohner



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. * Umverteilung gegenüber einer reinen Verteilung nach der Einwohnerzahl, gemäß der vorläufigen Abrechnung. Deutsche Bundesbank

Umverteilung im Länderfinanzausgleich 2013^{*)}

€ je Einwohner



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. * Vorläufige Abrechnung. Deutsche Bundesbank

lin (bzw. 86½% im Falle des finanzschwächsten Flächenlandes Mecklenburg-Vorpommern) bis zu 116% in Bayern.¹⁰⁾ Nach dieser Stufe mit einem Umverteilungsvolumen von insgesamt 8½ Mrd € waren die Finanzkraftunterschiede bereits recht weitgehend abgebaut. Bezogen auf die Ausgleichsmesszahl wurde im Jahr 2013 nur noch eine Spannweite von 90½% im Falle Berlins, das in dieser Stufe fast 3½ Mrd € erhielt, (bzw. unter den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern mit gut 95%) bis 105½% im Falle Bayerns (das fast 4½ Mrd € in den Finanzausgleich gezahlt hat) verzeichnet.¹¹⁾

*Hohe Abschöpfungs-
raten und
Fehlansätze im
Finanzausgleich
durch „Prämie“
für überproportio-
nale Aufkommens-
zuwächse
kaum relativiert*

Ein für angemessen befundenes Angleichungsniveau ist letztlich vor dem Hintergrund der grundgesetzlichen Vorgaben in politischen Verhandlungen zu bestimmen. Dabei sind allerdings nicht zuletzt die damit einhergehenden Anreizwirkungen zu beachten, und hier setzt vielfach Kritik an. So muss ein Land seine Bemühungen um eine langfristige Stärkung der örtlichen Wirtschaftskraft und damit des Steueraufkommens wie auch die Steuerverwaltung weitgehend allein finanzieren, während die Einnahmen im Finanzausgleich geteilt werden. Über alle Stufen des Finanzausgleichs hinweg gerechnet, wären so von einem Mehraufkommen bei der Einkommensteuer im Jahr 2013 beispielsweise im einwohnerstärksten Land Nordrhein-Westfalen nur 18½% verblieben (bzw. 32% des Länder- und Gemeindeanteils).¹²⁾ Dabei hat Nordrhein-Westfalen wegen seiner hohen Einwohnerzahl und mäßiger Abweichungen von der Ausgleichsmesszahl (d. h. nahezu durchschnittlicher Finanzkraft je „veredeltem“ Einwohner) unter den Empfängerländern mit Anspruch auf ergänzende Bundeshilfen im Regelfall noch die geringsten Abtretungen in den Finanzausgleich zu leisten, während die Abschöpfungsrate in kleinen, ausgeprägt finanzschwachen Ländern deutlich höher ist.¹³⁾ Um diesem Aspekt stärker Rechnung zu tragen, war bei der letzten Reform des Länderfinanzausgleichs ab 2005 ein Einbehalt von 12% des überproportionalen Aufkommenszuwachses je Einwohner auf der Landesebene eingeführt worden (der im beispielhaft genannten Nord-

rhein-Westfalen 2013 nicht zum Tragen gekommen ist). Im letzten Jahr wurden aufgrund dieser Regelung („Prämienmodell“) aber nur ¼ Mrd € aus dem Finanzausgleich herausgerechnet (mit den größten Einzelbeträgen in Bayern, Hessen und Berlin), und gemessen an der berücksichtigten steuerlichen Leistungskraft auf der Landesebene blieben die Herausrechnungen mit maximal ¼% sehr eng beschränkt. Mit dem „Prämienmodell“ scheint somit kein merklicher finanzieller Anreiz verbunden zu sein, die eigene Steuerkraft zu pflegen.¹⁴⁾

Mit den anschließenden allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) wird auf der letzten Stufe eine noch weitere Annäherung der Finanzkraft erreicht. Den Ländern, deren Finanzkraft einschließlich der Ausgleichszuweisungen noch unter 99,5% der Ausgleichsmesszahl liegt, werden 77,5% dieser Differenzen vom Bund gezahlt. Mit diesen Mitteln von zuletzt gut 3 Mrd € wird die Finanzkraft der Empfängerlän-

*Allgemeine
Bundes-
ergänzungszuweisungen
zur weiteren
Finanzkraft-
angleichung*

¹⁰ Bei Vollanrechnung der Gemeindesteuerkraft und ohne „Einwohnerveredelung“ reichte die Spannweite pro Einwohner von 82½% in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 130½% in Hamburg.

¹¹ Bei Vollanrechnung der Gemeindesteuerkraft und ohne „Einwohnerveredelung“ wurden die Extremwerte von 89½% in Thüringen und 132% in Hamburg verzeichnet.

¹² Bei Ausblendung des Gemeindeanteils von 15% (d. h. Landeshaushalt isoliert) wären es sogar nur 3½% des gesamten Mehraufkommens, wovon im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sogar noch knapp ein Viertel an die Gemeinden weiterzugeben wäre.

¹³ In Bremen etwa wäre die Abschöpfung noch deutlich höher, da nur ein Rest von 6½% des zusätzlichen Gesamtaufkommens nicht an anderer Stelle abgezogen würde. Bei Ausblendung des Gemeindeanteils ergäbe sich für den Landeshaushalt damit sogar eine Kürzung der Finanzmasse. Vgl. hierzu auch die Berechnungen zu Grenzabschöpfungsraten und Verbleibsquoten im Finanzausgleich bei: B. Huber und K. Lichtblau (1998), Konfiskatorischer Finanzausgleich verlangt eine Reform, Wirtschaftsdienst 78(3), S. 142–147; H. Fehr und M. Tröger (2003), Die Anreizwirkungen des Länderfinanzausgleichs: Reformanspruch und Wirklichkeit, DIW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 72(3), S. 391–406; C. Fuest und M. Thöne (2009), Reform des Finanzföderalismus in Deutschland, Stiftung Marktwirtschaft, Band 37, insbes. S. 51–56; J. Ragnitz (2013), Wie funktioniert eigentlich der Länderfinanzausgleich?, ifo Dresden berichtet, 6/2013, S. 5–19; und I. Deubel (2013), Schuldenbremse und Finanzausgleich – Wie stark muss der Finanzausgleich im Jahr 2020 ausgleichen, damit (fast) alle Länder die Schuldenbremse einhalten können?, ifo Dresden berichtet, 6/2013, S. 20–34.

¹⁴ Stattdessen könnten eher zeitliche Aufkommensverschiebungen bewirkt werden, um in einzelnen Jahren von der Regelung zu profitieren.

der bis auf mindestens 97½% der Ausgleichsmesszahl angehoben, und die Spannweite verringert sich folglich noch einmal spürbar.¹⁵⁾

Sonderbedarfs-BEZ für höhere Kosten politischer Führung, Lasten aus Langzeitarbeitslosigkeit ...

Darüber hinaus werden noch BEZ zum Ausgleich für Sonderbedarfe (So-BEZ) geleistet, mit denen sich sogar die Finanzkraftreihenfolge der Länder (bezogen auf die Ausgleichsmesszahl) verändern kann. Während für den horizontalen Finanzausgleich unter den Ländern und die allgemeinen BEZ solche Rangänderungen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht zulässig sind, gilt dies nicht bei Zuweisungen für Sonderbedarfe. Allerdings müssen diese dann konkret begründet und ohne Diskriminierung zwischen den Ländern gewährt werden. Derzeit werden insgesamt ½ Mrd € wegen „überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung“ in kleineren Ländern und gut ½ Mrd € den neuen Ländern (ohne Berlin) wegen höherer Lasten durch strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform gewährt.¹⁶⁾

... und vor allem für Teilungsfolgen, aber Mittelverwendung hier teilweise nicht zielkonform

Zum dritten werden So-BEZ zum Ausgleich von teilungsbedingten Sonderlasten (hinsichtlich Infrastruktur und unterproportionaler kommunaler Finanzkraft) in den neuen Ländern und Berlin gewährt. Diese haben unter den So-BEZ das mit Abstand größte Gewicht, sie schmelzen aber sukzessiv bis 2019 ab. Ausgehend von 10½ Mrd € im Jahr 2005 wurden im letzten Jahr noch 6½ Mrd € gezahlt, von denen nahezu die Hälfte auf Sachsen und Berlin entfiel. Über die Verwendung der Mittel wird von den Empfängern im Stabilitätsrat jährlich Rechenschaft gelegt. Allerdings konnte der geforderte rechnerische Nachweis einer ausreichenden investiven Verwendung in der Vergangenheit vielfach nicht erbracht werden.¹⁷⁾ Insofern werden die bei

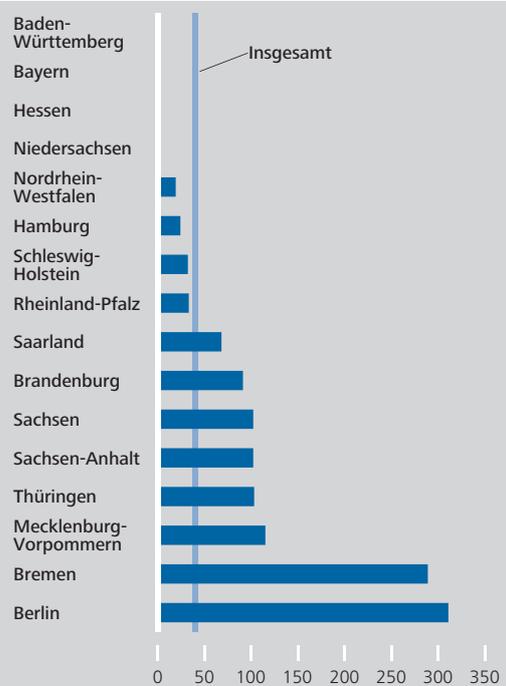
¹⁵ Bei Vollanrechnung der Gemeindesteuerkraft und Hinzurechnung der allgemeinen BEZ (in Zähler und Nenner) reichte die Spannweite von 91½% in Thüringen bis 131% in Hamburg (ohne „Einwohnerveredelung“).

¹⁶ Die Voraussetzungen für Erstere werden alle fünf Jahre überprüft, für Letztere ist alle drei Jahre eine bedarfsbezogene Überprüfung vorgesehen.

¹⁷ Vgl. dazu die Stellungnahmen der Bundesregierung zu den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ unter www.stabilitaetsrat.de.

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen 2013^{*)}

€ je Einwohner



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. * Vorläufige Abrechnung.
 Deutsche Bundesbank

Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen 2013

€ je Einwohner



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Finanzierungssalden der Länder und Gemeinden 2013

€ je Einwohner



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Einschl. der Extrahaushalte und mit dem Ergebnis der vorläufigen Abrechnung des Finanzausgleichs 2013. **2** Abzüglich Finanztransaktionen, Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen Aufbau Ost und Konsolidierungshilfe.

Deutsche Bundesbank

Festlegung der Zahlungen unterstellten Infrastrukturversorgungslücken hier nicht wie geplant durch die Bundeshilfen geschlossen.¹⁸⁾ Auch wird kritisiert, dass in anderen Ländern teilweise erhebliche Defizite hinsichtlich der Infrastruktur bestehen, die nicht analog berücksichtigt werden.

Ansatzpunkte für eine Reform der föderalen Finanzbeziehungen¹⁹⁾

Eigenverantwortung und Schuldenbremse legen erweiterte Steuerautonomie nahe

Schuldenbremse erfordert unterschiedlich starke Anpassungen in den einzelnen Ländern

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Verschuldung etlicher Länder stark erhöht. Dies wurde durch eine umfängliche (vor allem ausgabenseitige) Haushaltsautonomie in Verbindung mit wenig stringenten Kreditgrenzen und

einer faktischen bundesstaatlichen Haftungsgemeinschaft begünstigt. Durch die Einführung der Schuldenbremse im Grundgesetz, die 2020 auch in den Ländern vollständig in Kraft tritt, ist eine wichtige Verbesserung erreicht worden. Allerdings sind im Einzelfall noch erhebliche Herausforderungen zu bewältigen, um die Vorgaben bis 2020 und danach verlässlich einzuhalten. Der Umfang der notwendigen Anpassungsmaßnahmen differiert sehr stark.²⁰⁾ Unterschiede liegen unter anderem in der Höhe der aktuellen Haushaltsdefizite, der Vorbelastung der Haushalte durch Schuldendienst, dem Niveau und der Entwicklung von Versorgungsleistungen für Landesbeamte und dem perspektivischen Wegfall von So-BEZ und Konsolidierungshilfen begründet. Im Hinblick auf die anstehende Reform der föderalen Finanzbeziehungen ist außerdem neben der Eigenverantwortlichkeit der Länder (auch für die in der Vergangenheit aufgelaufenen Schulden) und der damit verbundenen notwendigen Flexibilität die grundsätzliche Zielsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu beachten.

Auf der Einnahmenseite besitzen die einzelnen Länder derzeit nur wenig Spielraum für Steuerrechtsänderungen zur Deckung ihres jeweiligen Finanzbedarfs. So wurden bisher höhere länderspezifische Ausgabenpräferenzen oder sonstige Sonderbedarfe vielfach über Kreditaufnahmen finanziert und damit die nachhaltige Anspannung des Haushalts weiter erhöht. Im Rahmen der Schuldenbremse sollte dieser Weg nunmehr verstellt sein, und spezifische Präferenzen für

Ausweitung der einkommenseitigen Spielräume liegt nahe

¹⁸ Bei der genannten Nachweisrechnung werden allerdings auch Tilgungen einbezogen. Insoweit wäre der Aufholprozess weniger stark vorangeschritten oder aber der Nachholbedarf überschätzt worden.

¹⁹ Eine umfassende Reformdiskussion der föderalen Finanzbeziehungen würde auch Aspekte wie den Solidaritätszuschlag, die Aufteilung der Umsatzsteuereinnahmen zwischen den Ebenen, die Mischfinanzierung von Bund und Ländern sowie die Aufgabenverteilung im Bundesstaat einbeziehen. Auf diese Fragen eines vertikalen Finanzausgleichs wird hier aber nicht weiter eingegangen.

²⁰ Dies betrifft jeweils auch die (nicht zuletzt im Zusammenhang mit den europäischen Haushaltsregeln einzubeziehende) kommunale Ebene, für die die einzelnen Länder eine Mitverantwortung haben.

zusätzliche öffentliche Leistungen müssen entweder durch Umschichtungen bei den Ausgaben oder über höhere Einnahmen finanziert werden. Damit rücken ausgeweitete Möglichkeiten zur Variation des Steuerrechts verstärkt in den Blickpunkt. Die von einigen Seiten vorgeschlagenen begrenzten landesindividuellen Zu- und Abschläge auf einzelne Steuerarten wie die Einkommen- und Körperschaftsteuer könnten dem Rechnung tragen. Unterschiede in der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder haben dabei zur Folge, dass beispielsweise mit gleichen Zuschlagssätzen unterschiedliche zusätzliche Einnahmen und Haushaltsspielräume je Einwohner geschaffen werden können. Im Finanzausgleich könnten solche Unterschiede aber ein Stück weit korrigiert werden (vgl. die Erläuterungen auf S. 46 ff.). Die Schweiz ist ein Beispiel dafür, dass Differenzierungsmöglichkeiten trotz sehr unterschiedlich wirtschaftsstarker Kantone keinen Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze mit der Folge erheblicher Leistungskürzungen (ruinöser Steuerwettbewerb) zur Folge haben müssen.

Erweiterte Steuerautonomie stärkt effiziente Bereitstellung staatlicher Leistungen und finanzielle Eigenverantwortung

Eine solche erweiterte Steuerautonomie schafft eine aus ökonomischer Sicht wünschenswerte Verbindung zwischen Leistungsangeboten und Abgabenhöhe in den einzelnen Ländern. Die Bürger sowie die Unternehmen können letztlich entscheiden, ob sie bereit sind, die höheren Kosten für zur Wahl gestellte bessere Leistungen zu tragen. Gleichzeitig erhöht sich durch die klarere Verbindung von Einnahmen und Ausgaben der Druck, die Wirtschaftlichkeit staatlichen Handelns zu stärken, um die Abgabenbelastung in möglichst engen Grenzen zu halten und so auch die Attraktivität des Landes nicht zu beeinträchtigen. So würde die finanzielle Eigenverantwortung nachhaltig gestärkt und zugleich den mit der Schuldenbremse deutlich eingeschränkten Kreditspielräumen Rechnung getragen. Andernfalls müssten fast sämtliche Anpassungen auf der Ausgabenseite erfolgen.

Transparenz und Ausgleichsintensität des Finanzausgleichs

Die deutlichen Unterschiede in der regionalen Wirtschaftskraft innerhalb Deutschlands führen bei einer Aufteilung der Steuereinnahmen nach dem örtlichen Aufkommen zu einer relativ starken Streuung der Finanzkraft unter den Ländern einschließlich ihrer Gemeinden. Das konkrete Ausmaß von deren Begrenzung ist unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben politisch zu bestimmen.

Finanzkraftunterschiede zwar zu begrenzen, Angleichungsgrad aber politisch zu entscheiden

Dabei wird derzeit durch die verschiedenen Ausgleichsmechanismen ein maximaler Abstand der Länderfinanzkraft²¹⁾ von etwa 15 Prozentpunkten bewirkt. Dies stellt eine relativ enge Spanne dar. Für eine Differenzierung spricht grundsätzlich, dass in Ländern mit hoher Wirtschaftskraft, hohen Lohnniveaus und daran angelehnt überdurchschnittlicher Finanzkraft tendenziell auch höhere Preisniveaus und damit höhere (nominale) Finanzbedarfe bestehen. Zwar dürften bei den Preisniveauunterschieden Stadt-Land-Divergenzen eine zentrale Rolle spielen,²²⁾ doch spiegeln sich Unterschiede auch auf der Landesebene spürbar wider.²³⁾

Finanzkraftunterschiede spiegeln auch regionale Preisunterschiede wider, ...

Grundsätzlich wäre keinerlei Ausgleich auf der Einnahmenseite gerechtfertigt, wenn die Unterschiede dort ausschließlich aus divergierenden Preisniveaus resultieren würden und sich diese

... sodass sehr weitgehende Angleichung problematisch erscheint

²¹ Bezogen auf die nach den geltenden Regeln gewichteten Einwohner unter Einrechnung der gesamten Gemeindesteuerkraft, aber ohne So-BEZ, die wie die „Einwohnerveredelungen“ Sonderbedarfe widerspiegeln und damit keine höhere allgemeine Finanzkraft implizieren sollen. Auf diese Weise kann der Gesamteffekt des Finanzausgleichs auf die relative Finanzkraft besser abgeschätzt werden.

²² Vgl. dazu: iw-dienst Nr. 35 vom 28. August 2014, S. 4 f.

²³ Gemäß den auf Basis vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), Regionaler Preisindex, Bonn 2009, ermittelten Kaufkraftindizes der Länder könnten sich die Differenzen auf eine Größenordnung von bis zu 15 Prozentpunkten belaufen. Dabei gibt es einen Zusammenhang zwischen der Finanzstärke eines Landes und dem dortigen Preisniveau. Insbesondere die neuen Länder weisen unterdurchschnittliche Werte auf. Auch wenn der Datenstand nicht ganz aktuell ist, dürfte sich am grundlegenden Bild nichts Wesentliches geändert haben. Vgl. auch: J. Zimmer (2014), The German Financial Equalisation System: Taking Account of Differences in Governmental Purchasing Powers, Mimeo.

Zur Einführung von Steuerzu- und -abschlägen der Länder

Allgemeine Aspekte

Grundsätzlich bestehen verschiedene Möglichkeiten, die Steuerautonomie der Länder zu erweitern. Ein umfassendes Trennsystem würde einen sehr grundlegenden Wandel bedeuten, der aber nicht auf der finanzpolitischen Agenda steht. Dabei würde jedes Land neben dem Bund eigene Steuern erheben (möglicherweise auch Steuerarten, die bereits auf Bundesebene existieren, wie in den USA und der Schweiz).

Ein deutlich weniger weitreichender Ansatz wäre die Übertragung der Gesetzgebung für die bestehenden Landessteuern auf die einzelnen Länder¹⁾ oder die Berechtigung zur Erhebung von Zuschlägen auf einen Teil der Gemeinschaftsteuern. Erstere sind nicht besonders aufkommensstark, und bei der Umsatzsteuer wären im Falle einer regionalen Differenzierung von Steuersätzen neben stärkeren Verlagerungen auch größere Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Vorsteuerabzug absehbar. Daher steht hier zumeist ein Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer²⁾ zur Debatte.³⁾ Dabei wäre zusätzlich zur Schaffung einer Rechtssetzungskompetenz für landesspezifische Zu- oder Abschläge auch die Zuordnung der Ertragshoheit zu regeln, um das Aufkommen dem Landeshaushalt zufließen zu lassen. Insgesamt dürfte die praktische Umsetzung bei der Körperschaftsteuer aufgrund von Schwierigkeiten bei der bereits vor der Steuerfestsetzung fälligen regionalen Zerlegung der Gewinne gemäß dem Betriebsstättenprinzip mit höherem Aufwand verbunden sein als bei der Einkommensteuer. Allerdings wird in ähnlicher Form bereits die Gewerbesteuer mit unterschiedlichen Hebesätzen in den einzelnen Gemeinden erhoben. Länderspezifische pro-

portionale Zu- oder Abschläge auf eine einheitliche Bemessungsgrundlage, etwa auf die festgesetzte Steuerschuld (vor Abzug von Transferkomponenten beim Kindergeld) scheinen am einfachsten umsetzbar. Infolge der unterschiedlichen Steuerkraft würden die einzelnen Länder bei gleichen Zuschlägen unterschiedliche Aufkommen erzielen. Die Festlegung von Ober- und Untergrenzen für die Zuschläge könnte Vorbehalte entschärfen. Ergänzend wäre bei einer solchen Reform auch die Einführung eines in Artikel 106 V Satz 3 GG bereits angelegten kommunalen Hebesatzrechts auf den jeweiligen Einkommensteueranteil vorstellbar.

1 Diese betrifft insbes. die Erbschaft- und Schenkungsteuer, die Biersteuer, die Rennwett-, Lotterie- und die Sportwettsteuer (insgesamt gut 3% der Ländersteuereinnahmen). Bei der Grunderwerbsteuer wurde die Gesetzgebung für den Steuersatz bereits auf die Länder übertragen.

2 Grundsätzlich erscheint es ratsam, die Besteuerung von Kapitalerträgen aufgrund der mutmaßlich hohen Mobilität der Bemessungsgrundlage von einem länderspezifischen Zuschlagsrecht auszunehmen. Steuertechnisch ist dies aber im derzeitigen System nicht vollständig möglich. Hilfsweise bleiben im Folgenden neben der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge noch die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (im Wesentlichen die Kapitalertragsteuer auf Dividenden) ausgeklammert.

3 Vgl. etwa: T. Büttner und R. Schwager (2003), Länderautonomie in der Einkommensteuer: Konsequenzen eines Zuschlagmodells, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 223/5, S. 532–555; T. Mudrack (2010), Länderzuschläge auf die lokale Einkommen- und Körperschaftsteuer – Wirkung auf den Länderfinanzausgleich und Optionen für eine aufkommensneutrale Implementierung, *Schmollers Jahrbuch* 130, S. 513–540; Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (1992), Gutachten zum Länderfinanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des BMF, Heft 47; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2001/02 und 2004/05; C. Fuest und M. Thöne (2009), Reform des Finanzföderalismus in Deutschland, *Stiftung Marktwirtschaft*, Band 37; sowie L. Feld, H. Kube und J. Schnellenbach (2013), Optionen für eine Reform des bundesdeutschen Finanzausgleichs, Gutachten im Auftrag der FDP-Landtagsfraktionen der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, S. 49–53.

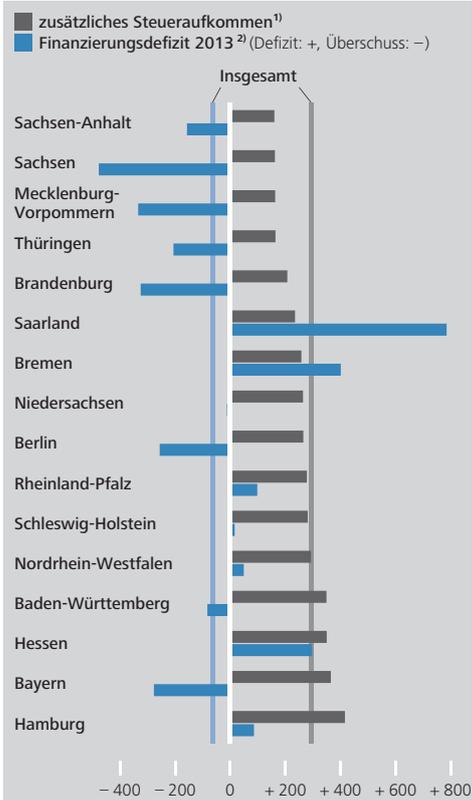
Reaktion der Steuerbemessungsgrundlage und Finanzausgleich

Die Wahl von Zu- und Abschlägen und die damit verbundenen Aufkommenseffekte hängen auch davon ab, wie die Steuerbemessungsgrundlage reagiert und inwiefern die Aufkommenswirkungen der Zu- und Abschläge in den Finanzausgleich einbezogen werden. So kann es durch Steuersatzunterschiede durchaus zu Wanderungsbewegungen kommen. Dabei ist zu erwarten, dass bei kleineren Ländern und in Grenzregionen die Abgabepflichtigen eher mit Umzügen auf Steuersatzänderungen reagieren könnten. Zu bedenken ist indes auch, dass eine Abwanderung mit erheblichen Kosten verbunden sein kann, wenn beispielsweise bei starken Zuzügen an einem steuerattraktiveren Standort die Immobilienpreise und Mieten tendenziell steigen, während sie am Fortzugsort sinken. Bei unverändertem Arbeitsort dürften bei einem Umzug zudem in der Regel die Wegekosten höher ausfallen. Somit würden also auch spürbare gegenläufige Effekte wirken, die die Mobilität der Steuerbasis begrenzen sollten. Schließlich sind nicht nur die Steuerlasten in einem Land relevant, sondern auch eine Vielzahl weiterer Faktoren wie die damit finanzierten öffentlichen Leistungen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Interaktion zwischen Ländersteuerautonomie und Finanzausgleich. Würden im Falle einer vollständigen Einbeziehung des Aufkommens aus einem Landeszuschlag in den Finanzausgleich auch die allein steuersatzbedingten Aufkommensunterschiede ausgeglichen, entstünde ein unerwünschter Anreiz, den eigenen Zuschlagssatz zulasten der anderen Länder zu reduzieren. Aus diesem Grunde darf nicht das tatsächlich in einem Land erzielte Aufkommen, sondern muss ein um Steuersatzunterschiede bereinigtes Aufkommen bei der Finanzkraft ein-

Aufkommenseffekt eines 10%-Landeszuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer 2013

€ je Einwohner



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.
¹ Zuschlag auf landesbezogenes, um Kindergeldtransfers bereinigtes Gesamtaufkommen aus Lohn-, veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer, keine Berücksichtigung der Zuschläge im Finanzausgleich. ² Land und Gemeinden (einschl. Extrahaushalte) mit vorläufiger Abrechnung des Finanzausgleichs, ohne finanzielle Transaktionen.
 Deutsche Bundesbank

bezogen werden – ähnlich wie derzeit bei der Grunderwerbsteuer sowie der Gewerbesteuer und den Grundsteuern. Je nach Ausgestaltung des Finanzausgleichstarifs und der bundesweiten Verbreitung von Zu- oder Abschlägen kann dies dazu führen, dass ein gegenüber dem jetzigen Finanzausgleich größerer Teil der dem Zuschlag zugrunde

liegenden unterschiedlichen Steuerkraft ausgleichlichen wird.⁴⁾

Mögliche Aufkommenseffekte eines begrenzten Zuschlags

Im Folgenden werden Beispielrechnungen für Aufkommenswirkungen länderspezifischer Zu- oder Abschläge dargestellt. Dabei werden im Rahmen eines Status-quo-Szenarios keine Wanderungen oder sonstigen Veränderungen der Steuerbasis und auch keine Auswirkungen im Finanzausgleich berücksichtigt.⁵⁾ Würde beispielsweise ein maximaler Zu- oder Abschlag von 10% auf die Steuerschuld als hinnehmbar angesehen, ergäben sich auf der Basis der Steuererträge 2013 maximale Mehr- beziehungsweise Mindereinnahmen von rund 24 Mrd €. Die Streubreite der Aufkommenseffekte je Einwohner in den einzelnen Ländern wäre beträchtlich. In den neuen Ländern wären diese bei Werten von zumeist etwa 160 € am geringsten, die Unterschiede mit einer Einschränkung hinsichtlich Brandenburgs aber gering. Der bundesweite Mittelwert von etwa 290 € würde dagegen in Hamburg mit einem Spitzenwert von fast 420 €, aber auch in Hessen und Baden-Württemberg noch um jeweils ein Fünftel und in Bayern um ein Viertel übertroffen.⁶⁾

Gemessen an den Defiziten des Jahres 2013⁷⁾ würden allein die möglichen Zusatzeinnahmen aus Zuschlägen etwa für die Länder Bremen und Saarland – trotz der dabei berücksichtigten beträchtlichen Konsolidierungshilfen auf der Grundlage des Artikel 143 d GG – nicht ausreichen, um eine Neuverschuldung zu vermeiden. Hier könnten lediglich rund zwei Drittel beziehungsweise sogar nur ein knappes Drittel der Lücke geschlossen werden. Somit wären ausgaben- seitige Konsolidierungsmaßnahmen weiter unausweichlich. Hessen könnte sein hohes Defizit dagegen allein durch einen Zuschlag

gut ausgleichen. In Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz lägen die bestehenden Defizite deutlich unter den maximalen Mehreinnahmen. In anderen Ländern wie Bayern oder auch in Ostdeutschland werden aktuell Überschüsse erzielt, die grundsätzlich eine weitgehende Ausschöpfung der Abschlagsmöglichkeit erlauben würden. Allerdings werden sich in den neuen Ländern Belastungen aus dem Auslaufen der ihnen bis zum Jahr 2019 gewährten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ergeben, und bei allen Ländern wäre auch der projizierte deutliche Anstieg der Versorgungsaufwendungen zu berücksichtigen.

4 Das Gesamtaufkommen aus Zu- und Abschlägen im Bundesgebiet würde – bei Anwendung der derzeitigen Regeln für Steuern mit landes- oder gemeindespezifischen Abgabesätzen – im Finanzausgleich den einzelnen Ländern im Verhältnis ihrer Steuerbemessungsgrundlagen zugerechnet. Falls alle Länder den gleichen Zuschlag erheben sollten, würde so ein Ausgleich unterschiedlicher Aufkommen bezüglich des Aufschlags wie bei den anderen steuerlichen Einnahmen im herkömmlichen Finanzausgleich erreicht. Falls sich der Aufschlag aber bspw. auf wenige kleinere Länder beschränkt, bleibt das den finanzstarken Ländern zugerechnete Zusatzaufkommen eng begrenzt. Somit verschafft der Finanzausgleich selbst bei extrem unterdurchschnittlicher Finanzkraft der den Zuschlag erhebenden Länder diesen kaum zusätzliche Einnahmen. Wählt ein größeres ausgeprägt finanzstarkes Land einen Abschlag, wird der Großteil der Steuersenkung den anderen Ländern im Finanzausgleich angerechnet, sodass letztlich nur ein kleiner Teil der Haushaltsbelastung im Finanzausgleich berücksichtigt wird.

5 Bei der Abschätzung erfolgt eine pauschale Korrektur um Absetzungen von Kindergeldtransfers vom Lohnsteueraufkommen.

6 Im derzeitigen Finanzausgleich mit einer Einrechnung der Zuschläge analog zur Grunderwerbsteuer würde die Spannweite über alle Umverteilungsstufen gerechnet erheblich verengt, wenn der Zuschlag in allen Ländern in voller Höhe erhoben würde. Die neuen Länder lägen wie die finanzschwachen westdeutschen Länder bei Mehreinnahmen von rd. 280 € je Einwohner, die Ergebnisse in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg lägen nur noch etwa ein Zehntel darüber. Durch die „Einwohnerveredelung“ erhielten alle Stadtstaaten Zusatzerträge von mindestens etwa 380 € je Einwohner.

7 Jeweils einschl. Gemeinden und Extrahaushalten sowie mit der vorläufigen Abrechnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und ohne finanzielle Transaktionen.

auch entsprechend in den Ausgaben (Kosten) des Landes niederschlagen würden. Im Fall der Länder spielen sicherlich auch zahlreiche andere Faktoren eine Rolle, allerdings sollten Unterschiede in ihrer Finanzkraft und ihren Kosten nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein. So sind beispielsweise bei dem für die Länder zentralen Kostenfaktor Beamtenbesoldung (und Versorgungsleistungen) aus gutem Grund regionale Differenzierungsmöglichkeiten vorgesehen, die künftig auch verstärkt genutzt werden dürften. Dies könnte auch im Hinblick auf die Tarifbeschäftigten eine größere Rolle spielen, um regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen, und auch in der Vergangenheit haben einzelne Länder nicht an der Tarifgemeinschaft teilgenommen. Hierdurch kann länderspezifisch dem Entgeltniveau und der Entgeltentwicklung im privaten Sektor vor Ort Rechnung getragen werden. Dabei würde ein unterschiedliches Preisniveau (z. B. im Zusammenhang mit regionalen Mieten) auch nominale Entgeltunterschiede zwischen den Ländern ermöglichen, ohne dass dies systematische Unterschiede in der Kaufkraft der Beschäftigten begründen würde. Aufgrund der derzeit relativ geringen Streubreite der Verdienste grundsätzlich vergleichbarer Beschäftigter im öffentlichen Dienst unter den Ländern dürften finanzschwache Länder angesichts geringerer regionaler Preisniveaus tendenziell besonders hohe reale Vergütungen leisten. Insgesamt schlägt sich bisher die Bedeutung regionaler Preisunterschiede für den bundesstaatlichen Finanzausgleich in der Reformdiskussion kaum nieder. Eine umfassende Berücksichtigung wäre auch mit Schwierigkeiten verbunden. Die spürbaren Unterschiede hinsichtlich der regionalen Preisniveaus sprechen gleichwohl dafür, die bestehende Differenzierung der (nominalen) Finanzkraft zumindest zu erhalten oder eher weiter zu erhöhen, um nicht eventuell sogar eine Umkehr der realen Finanzkraftreihenfolge zu bewirken.²⁴⁾

und vertikalen Finanzausgleichs einbeziehen.²⁵⁾ Dabei könnte der vorgelagerte, an einer engeren Definition der Finanzkraft ansetzende Vorwegausgleich bei der Umsatzsteuer (d. h. die Ergänzungsanteile) gestrichen werden. Das Aufkommen aus dieser Steuer würde dann vollständig nach der Einwohnerzahl verteilt, und die Umverteilung unter den Ländern könnte vollständig in den LFA verlagert werden.

Um die hohen, länderweise stark divergierenden Grenzabschöpfungsquoten und die damit verbundenen Fehlanreize zu mindern, könnte im nächsten Schritt der Ausgleichstarif proportional (mit einheitlichen Abschöpfungs- und Auffüllungsraten) ausgestaltet und zumindest im Durchschnitt etwas abgesenkt werden²⁶⁾ (vgl. die Erläuterungen auf S. 50 ff.). Gleichzeitig wäre aus ökonomischer Sicht eine vollständige Einbeziehung der Gemeindesteuerkraft angezeigt.²⁷⁾ Das Land und seine Gemeinden stellen eine wirtschaftliche Einheit dar, und das

... Streichung des Umsatzsteuervorwegausgleichs, ...

... proportionalen LFA-Ausgleichstarif bei insgesamt verringerter Ausgleichsquote, volle Einbeziehung der Gemeindesteuerkraft, ...

²⁴ Vgl.: J. Zimmer (2014), a.a.O.

²⁵ Für ähnliche Reformvorschläge vgl. z. B.: L. Feld, H. Kube und J. Schnellenbach (2013), Optionen für eine Reform des bundesdeutschen Finanzausgleichs, Gutachten im Auftrag der FDP-Landtagsfraktionen der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen; C. Fuest und M. Thöne (2009), Reform des Finanzföderalismus in Deutschland, Stiftung Marktwirtschaft, Band 37; W. Kitterer und R. C. Plachta (2008), Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs als Kernelement einer Modernisierung des deutschen Föderalismus; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2001/02, S. 211–215; und Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (1992), Gutachten zum Länderfinanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des BMF, Heft 47. Neuere Simulationen von Verteilungswirkungen liefern auch M. Broer (2014), Reformoptionen des Länderfinanzausgleichs unter politökonomischer Betrachtung, Wirtschaftsdienst 2014/4, S. 258–266; und M. Bickmann und K. van Deuverden (2014), Länderfinanzausgleich vor der Reform: Eine Bestandsaufnahme, DIW Wochenbericht 28, S. 671–682.

²⁶ Dafür könnte dann auf das intransparente und auch nur begrenzt wirksame Prämienmodell einer Teilherausrechnung überproportionaler Steuereinnahmewachse auf der Landesebene verzichtet werden.

²⁷ Das Bundesverfassungsgericht befand in seinen Urteilen von 1992 (BVerfGE 86, 148) und 1999 (BVerfGE 101, 158), dass bei den kommunalen Realsteuern aufgrund des Zusammenhangs zwischen Steuerzahlung und Nutzen öffentlicher Leistungen vor Ort ein Abschlag von der Finanzkraft vertretbar wäre, während dies für die Anteile an den Gemeinschaftsteuern nicht zwingend wäre. Ein systematischer LFA sollte indes die Gemeindesteuerkraft vollständig einbeziehen. Für notwendig befundene Korrekturen wären detailliert zu begründen.

Finanzielle Auswirkungen einer Vereinfachung und Begrenzung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs

Die Umverteilung steuerlicher Einnahmen unter den Ländern wird – wie die Aufteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen Bund und Ländern sowie die den eigentlichen Länderfinanzausgleich (LFA) ergänzenden Zuweisungen des Bundes – im Finanzausgleichsgesetz vor dem Hintergrund der grundgesetzlichen Vorgaben geregelt. Die Frage nach dem angemessenen Ausgleich der Finanzkraft wird traditionell in langwierigen und komplizierten politischen Verhandlungen beantwortet. Bei einer Reform des Finanzausgleichs ist zu bedenken, dass die Einnahmen und Ausgaben eines Landes einschließlich seiner Gemeinden kurzfristig nur recht eingeschränkt disponibel sind. Bei längerer Vorlaufzeit sind dagegen auch umfangreichere Korrekturen möglich, die aber letztlich die grundgesetzliche Zielsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu beachten haben. Parallel zur Reform des Finanzausgleichs müssen die Länderhaushalte spätestens ab dem Haushaltsjahr 2020 die strikten Vorgaben der Schuldenbremse gemäß Artikel 109 III GG einhalten. Im Folgenden werden beispielhaft auf der Grundlage der Daten aus der vorläufigen Abrechnung für den bundesstaatlichen Finanzausgleich 2013 die Auswirkungen von verschiedenen Reformoptionen bebildert.

Der aktuelle Finanzausgleich ist äußerst kompliziert, und hier wäre eine spürbare Vereinfachung und Verbesserung der Transparenz zu begrüßen. Dazu könnte die Streichung des Umsatzsteuervorgewegausgleichs (bei vollständiger Verteilung der Umsatzsteueranteile nach der Einwohnerzahl) ebenso beitragen wie die volle Einbeziehung der – um Hebesatzunterschiede bereinigten – Gemeindesteuern, ein proportionaler

Ausgleichstarif (mit konstanter Abschöpfungs- und Auffüllungsrate) sowie die Streichung der nur wenig wirkungsvollen Teilerhebung überproportionaler Zuwächse bei den Ländersteuereinnahmen. Der gleiche proportionale Tarif könnte auch für die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) angewendet werden, die weiterhin auf einen zusätzlichen partiellen Ausgleich für Länder mit einer Finanzkraft von unter 99,5% der Ausgleichsmesszahl¹⁾ zielen könnten.

Das derzeitige Ergebnis im bundesstaatlichen Finanzausgleich ließe sich in dem dargelegten Rahmen mit einer konstanten Abschöpfungs- und Auffüllungsrate von 60% annähernd erreichen (Reformmodell 1). Diese Rate liegt für ein Land mit einer Finanzkraft in der Nähe der Ausgleichsmesszahl über der derzeitigen Rate im progressiven Tarif. Das Umverteilungsvolumen im LFA würde auf 13 Mrd € steigen und damit den sich im derzeitigen System ergebenden Wert um 4½ Mrd € deutlich überschreiten. Bei Einrechnung der – freilich etwas anders verlaufenden – Umverteilung im Umsatzsteuervorgewegausgleich ergäbe sich aber per saldo eine (begrenzte) Entlastung der ausgleichspflichtigen Länder. Dagegen wäre die Belastung des Bundes durch allgemeine BEZ um etwa 1½ Mrd € höher (zuletzt gut 3 Mrd €). Hinsichtlich der Abschöpfung zusätzlicher Steuereinnahmen würden zumeist nur mäßige Minderungen eintreten.

Eine Senkung der Abschöpfungs- und Auffüllungsrate auf 50% (Reformmodell 2) würde die Anreize zur Steigerung der Steuer-

¹⁾ Zur Definition der Ausgleichsmesszahl siehe Fußnote 9 auf S. 41.

kraft erhöhen. Von in den Finanzausgleich einbezogenen zusätzlichen Steuereinnahmen würde dann Ländern mit überdurchschnittlicher Finanzkraft tatsächlich insgesamt etwas mehr als die Hälfte verbleiben,²⁾ bei Ländern mit unterdurchschnittlicher Finanzkraft bliebe die Abschöpfung aufgrund von Anrechnungen bei den BEZ weiter relativ hoch. Im einwohnerstärksten Land, Nordrhein-Westfalen, (das bei Abschaffung des Umsatzsteuervorgausgleichs eine überdurchschnittliche Finanzkraft aufweisen und keine BEZ mehr erhalten würde) ergäbe sich dabei beispielsweise noch eine Abschöpfung des zusätzlichen Aufkommens in Höhe von etwas weniger als 40%, gegenüber 68% im jetzigen System. Im kleinsten Land, Bremen, das weiterhin Anrechnungen bei den BEZ erfahren würde, lägen die gesamten Abzüge dagegen bei annähernd 75% gegenüber fast 89% im jetzigen System.

Mit der verringerten Abschöpfungsrate wäre aber eine gewisse Vergrößerung der verbleibenden Finanzkraftunterschiede nach den allgemeinen BEZ verbunden. Das Umverteilungsvolumen im LFA läge bei knapp 11 Mrd €, und über die allgemeinen BEZ würde der Bund 5 Mrd € beitragen. Während im jetzigen System die Spannweite der Finanzkraft in Euro je „unveredeltem“ Einwohner (bei Anrechnung der vollen Gemeindefinanzkraft) unter den Flächenländern von 91½% des bundesweiten Durchschnitts im Falle Thüringens bis 104% im Falle Bayerns reicht, öffnet sich bei der skizzierten Reform der Abstand zwischen diesen beiden Ländern etwas auf Werte von 88½% und 105½%. Während deutliche Finanzkraftgewinne in einer Spanne von rund 50 € bis 100 € je Einwohner in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und vor allem Bayern anfielen, würde der Verlust in Thüringen etwa 100 € je Einwohner betragen – wie auch in Sach-

Finanzkraft der Länder bei unterschiedlichen Finanzausgleichssystemen 2013^{*)}

Angaben in % des bundesweiten Durchschnitts in € je Einwohner



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. * Ausgewiesene Werte ohne Einwohnergewichtung, mit voller Einrechnung der Gemeindesteuerkraft. 1 Umsatzsteueranteile der Länder vollständig nach Einwohnerzahl verteilt. 2 Nach den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen, gemäß der vorläufigen Abrechnung im Status quo. 3 Volle Einrechnung der Gemeindesteuerkraft, ohne Umsatzsteuervorgausgleich, 60% (Reformmodell 1) bzw. 50% (Reformmodell 2) Ausgleich von Differenzen im Länderfinanzausgleich, 60% bzw. 50% Auffüllung im Rahmen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen.

Deutsche Bundesbank

sen und Sachsen-Anhalt. Bei den Stadtstaaten wäre für Berlin der Mittelverlust ähnlich groß, in Bremen läge er bei einer Größenordnung von 130 € je Einwohner. Die Ent-

2 Der Grund für den gegenüber der Restgröße nach Anwendung der Abschöpfungsrate höheren Mittelverlust im steuererhebenden Land ist, dass die insgesamt zu verteilenden Einnahmen (und damit für alle Länder gemäß ihren Anteilen an den gewichteten Einwohnern auch die Ausgleichsmesszahlen) höher lägen. Die Berechnungen hier beziehen sich nur auf den Teil des Aufkommens, der den Ländern und Gemeinden zusteht (der Bundesanteil bei Gemeinschaftsteuern wird nicht berücksichtigt). Im Hinblick auf die Frage, wie viel einem Land von den gesamten von ihm zusätzlich erhobenen Steuereinnahmen (z. B. durch intensivere Steuerprüfungen) verbleibt, wären die zusätzlich an den Bund abzuführenden Anteile einzubeziehen.

Finanzkraft der Länder 2013 ^{*)}

in Euro je Einwohner

Land	vor Finanzausgleich ¹⁾	Status quo nach Finanzausgleich ²⁾	Reformmodell 1	Reformmodell 2
Hamburg	5 180	5 110	5 110	5 120
Bremen	3 590	4 820	4 820	4 690
Berlin	3 490	4 760	4 800	4 660
Bayern	4 530	4 040	4 060	4 140
Hessen	4 460	4 030	4 040	4 110
Baden-Württemberg	4 370	4 000	4 000	4 060
Niedersachsen	3 680	3 730	3 730	3 730
Nordrhein-Westfalen	3 810	3 730	3 780	3 780
Rheinland-Pfalz	3 700	3 710	3 740	3 730
Schleswig-Holstein	3 650	3 690	3 730	3 720
Saarland	3 260	3 640	3 670	3 620
Brandenburg	2 930	3 620	3 640	3 560
Sachsen-Anhalt	2 650	3 580	3 590	3 490
Mecklenburg-Vorpommern	2 600	3 580	3 600	3 500
Sachsen	2 630	3 560	3 560	3 470
Thüringen	2 610	3 560	3 560	3 460
Insgesamt	3 850	3 890	3 910	3 920

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. * Mit voller Einrechnung der Gemeindesteuerkraft in den ausgewiesenen Kennzahlen. **1** Verteilung der Umsatzsteueranteile nach der Einwohnerzahl. **2** Finanzausgleich: Umsatzsteuervorwegausgleich, LFA und allgemeine BEZ.

Deutsche Bundesbank

scheidung, ob diese finanziellen Einbußen höher zu gewichten sind als die positiven Anreize zur Pflege der örtlichen Steuerkraft,

obliegt der Politik, die zur Abfederung von Übergangsproblemen auch befristete Hilfen beschließen könnte.

Land steht letztlich in der Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung seiner Gemeinden.

Änderung der Lohnsteuererlegung (im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung des Betriebsstättenprinzips) zu kompensieren und nicht im Rahmen eines Länderfinanzausgleichs mit bundesweiten Umverteilungswirkungen.

... Überprüfung der „Einwohnerveredelung“, ...

Überprüfungsbedürftig erscheinen auch die pauschalen „Einwohnerveredelungen“ bei den Stadtstaaten und bei dünn besiedelten Ländern bei der Bestimmung ihrer Finanzbedarfe. Hier wären Mehrbelastungen konkreter zu belegen. Tatsächlich scheinen die Stadtstaaten mit agglomerationsbedingt höheren Kosten (etwa infolge höherer Grundstückspreise, Baukosten oder Löhne) insbesondere bei der Bereitstellung kommunaler öffentlicher Leistungen konfrontiert.²⁸⁾ Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass ihre Mehrbedarfe bei Sozialleistungen infolge zunehmender Entlastungen durch den Bund sinken sollten. Zudem läge es näher, die oft als Argument für die „Einwohnerveredelung“ angebrachten „Spillover“ aus der Nutzung öffentlicher Leistungen der Stadtstaaten durch das Umland durch eine bessere Koordinierung mit den Nachbarländern oder eine

Auch die So-BEZ erscheinen reformbedürftig. So erhalten derzeit zehn der 16 Länder Hilfen wegen „überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung“ in kleineren Ländern, wobei der zwar ebenfalls kleine, aber relativ finanzstarke Stadtstaat Hamburg unberücksichtigt bleibt. Neben dieser unsystematischen Ausgestaltung erscheint aber auch die Begründung

... Überprüfung der So-BEZ ...

²⁸ Vgl. etwa: T. Büttner, R. Schwager und D. Stegarescu (2004), Agglomeration, population size and the cost of providing public services: an empirical analysis for German states, *Public Finance and Management* 4(4), S. 496–520. Diese Studie findet demgegenüber in Bereichen, die typischerweise allein in der Zuständigkeit der Landesebene sind (z. B. politische Führung, Finanzverwaltung, Rechtsschutz und öffentliche Ordnung und Sicherheit) keine signifikanten agglomerationsbedingten Mehrkosten, die eine „Einwohnerveredelung“ bei den Ländersteuereinnahmen rechtfertigen würden.

dieser Zahlungen nicht überzeugend. Empirische Studien deuten an, dass derartige Kosten der Kleinheit nur in begrenztem Umfang anfallen.²⁹⁾ Zudem schiene es naheliegend, bei etwaigen Kostennachteilen kleinerer Länder eher Länderzusammenschlüsse zu erwägen oder bei einer Präferenz der Bevölkerung für kleinere Strukturen diese auch mit den entsprechenden Kosten zu belasten. Außerdem werden den neuen Ländern (ohne Berlin) wegen höherer Lasten durch strukturelle Arbeitslosigkeit Sonderzuweisungen gewährt. Hier gibt es Kritik, dass andere Länder mit zumindest ähnlich hoher Arbeitslosigkeit keine entsprechenden Ausgleichsleistungen erhalten. Hinsichtlich der den eigentlichen Finanzkraftausgleich abschließenden allgemeinen BEZ wäre die verfassungsrechtliche Vorgabe zu berücksichtigen, dass die gegenüber dem eigentlichen LFA nachrangige Rolle gewährt bleibt.

... und Wahrung der lediglich ergänzenden Rolle allgemeiner BEZ

Bei nur begrenzter Absenkung der Ausgleichsintensität Bundessteuerverwaltung erwägenswert

Die Umverteilungsintensität des Finanzausgleichs wird in den anstehenden Verhandlungen zu bestimmen sein. Sollten am Ende wieder ein relativ umfassender Ausgleich der Finanzkraftunterschiede und damit allenfalls mäßige finanzielle Eigenanreize verbleiben, die Steuergesetze möglichst effektiv umzusetzen, wäre die Übertragung der Steuerverwaltung auf den Bund zu erwägen.³⁰⁾ Damit könnten die wünschenswerte einheitliche Rechtsanwendung im Bundesgebiet erleichtert und potenzielle anreizbedingte Vollzugsdefizite begrenzt werden.

Mögliche Entlastung hoch verschuldeter Länder und Absicherung solider Haushalte

In der Diskussion stehende Übergangshilfen bei Systemwechsel ...

Bei der Umsetzung der Schuldenbremse muss es in den Ländern mit sehr hohen Schulden entweder geringere Primärausgaben als im Bundesdurchschnitt oder – falls diese eingeführt werden – gegenüber den Niveaus der anderen Länder spürbare Steuerzuschläge geben. Dabei wird die Belastung aus dem Schuldendienst durch das außerordentlich niedrige Zinsniveau gegenwärtig sehr stark gedämpft, und die

Durchschnittsverzinsung ist für die Länder von 2007 bis 2013 um ein Drittel von fast 4½% auf knapp 3% gesunken. Im Hinblick auf die Zinslasten spricht die Haushaltsautonomie mit Eigenverantwortung dafür, dass die Länder diese selbst tragen sollten und es insbesondere nicht möglich sein sollte, sie auf andere Länder abzuwälzen. Andererseits wurde gerade für eine umfanglichere Reform der Finanzverfassung vorgeschlagen, besonders mit Schulden belastete Länder beim Systemwechsel zu unterstützen. Diesbezüglich werden verschiedene Möglichkeiten diskutiert. So könnten mit Mitteln der bundesstaatlichen Gemeinschaft für einen gewissen Zeitraum ein Teil der Zinsausgaben übernommen oder Zahlungen analog zu den bestehenden Übergangshilfen gewährt werden. Als Voraussetzung dafür wäre aber zumindest eine Sanierung des Haushalts zu erreichen und in der Folge abzusichern.

... nur bei Absicherung der Haushalts-sanierung

Die begleitende Überwachung entsprechender Verpflichtungen könnte durch den Stabilitätsrat erfolgen. Dabei wäre darauf zu achten, dass die verwendeten Datengrundlagen hinreichend aussagekräftig sind. Dazu erscheint es insbesondere erforderlich, für alle Länder einen zum Stichtag aktualisierten Datenstand der Haushalts- und Finanzplanung zu verwenden (auch hinsichtlich der Steuerschätzung), Extrahaushalte einzubeziehen sowie den Saldo finanzieller Transaktionen, noch nicht konkretisierte Globaltitel und einmalige Be- und Entlastungen transparent auszuweisen. Es wäre grundsätzlich

Stabilitätsrat als Überwachungs-institution und Sanktionierungsmöglichkeiten bei Regelverletzungen

²⁹ Vgl. z. B. M. Reiter und A. Weichenrieder (1997), Are public goods public? A critical survey of the demand estimates for local public services, Finanzarchiv 54(3), S. 374–408 für eine Übersicht über die empirische Literatur. Für die Schweizer Kantone konnte C. A. Schaltegger (2001), Ist der Schweizer Föderalismus zu kleinräumig?, Swiss Political Science Review 7(1), S. 1–18 keine Größenvorteile in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen feststellen.

³⁰ Eine Studie im Auftrag des Bundesfinanzministeriums bezifferte die möglichen gesamtstaatlichen Effizienzgewinne einer Bundessteuerverwaltung auf 11½ Mrd € jährlich (vgl.: Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht, März 2007, S. 75–86). Alternativ könnten die Kosten der Steuereintreibung aus einem nach dem Steueraufkommen oder der Einwohnerzahl der einzelnen Länder zu dotierenden gemeinschaftlichen Haushalt der Länder getragen werden. Ob die tatsächliche Steuereintreibung damit effektiver würde, scheint indes nicht gesichert. Hier wären wohl weitgehende Erfolgskontrollen notwendig.

naheliegender, dass die Haushaltsüberwachung im deutschen Föderalstaat strenger ausfällt als auf der europäischen Ebene. Sollten Kontrollen der Länder mit Übergangshilfen Gefahren einer Verletzung der Schuldenbremse aufzeigen, wären diese der Öffentlichkeit darzulegen und umgehende Korrekturmaßnahmen anzumahnen. Sofern keine hinreichenden Verbesserungen erzielt werden, könnten Hilfsleistungen ausgesetzt werden.³¹⁾ Darüber hinaus könnte beispielsweise auch als Voraussetzung für Hilfen auf landesgerichtlicher Ebene ein Antragsrecht der Bundesregierung oder von anderen Landesregierungen zur Klärung der Verfassungskonformität umstrittener Haushaltsgesetze eingeräumt werden.

Strikte Einhaltung der Schuldenbremse mit erweiterter Steuerautonomie vereinfacht

Insgesamt ist es von großer Bedeutung, dass die Schuldenbremse des Grundgesetzes in allen Ländern konsequent umgesetzt wird. Dazu zählt auch, die Möglichkeiten zur Umgehung³²⁾ so eng wie möglich zu begrenzen. Da die Schuldenbremse ein schnelles wirksames Gegen-

steuern bei Defiziten erforderlich macht, scheint es ratsam, die finanzpolitischen Anpassungsmöglichkeiten der einzelnen Länder zu erweitern. Auch in diesem Zusammenhang wären begrenzte landesspezifische Zu- und Abschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer geeignet. Um ein potenziell prozyklisches Gegensteuern im Falle negativer Überraschungen grundsätzlich vermeiden zu können, wäre es zudem – wie beim Bund – sinnvoll, Sicherheitsabstände zu den Obergrenzen anzustreben.

31 Noch wirksamer erschiene die Einführung von automatisch in Kraft tretenden Steuerzuschlägen und/oder pauschalen Ausgabenkürzungen in Bereichen mit Rechtssetzungskompetenz des Landes. Allerdings könnte die Umsetzung mit größeren Problemen verbunden sein.

32 Hierzu zählen bspw. die Nutzung von Extrahaushalten, die Festlegung von extrem langgestreckten Tilgungsplänen bei Inanspruchnahmen von Ausnahmeregelungen (Not-situationen), unsachgemäße Konjunkturbereinigungsverfahren oder eine Herausrechnung von Haushaltsbelastungen aus dem strukturellen Defizit über eine Klassifizierung als finanzielle Transaktionen. Im Hinblick auf die berücksichtigten Konjunkturkomponenten wäre ein Kontrollkonto empfehlenswert, das über den Zeitverlauf prinzipiell auszugleichen wäre.

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013

Das deutsche Kreditgewerbe hat im Berichtsjahr 2013 bei einem rückläufigen bilanziellen Geschäftsvolumen das operative Ertragsniveau des Vorjahres deutlich unterschritten; es erreichte mit 120 Mrd € zudem den niedrigsten Stand seit dem Krisenjahr 2008. Dieser Ergebnismrückgang war eingebettet in ein weiterhin herausforderndes Umfeld, geprägt von einem historisch niedrigen Zinsniveau sowie einer insgesamt verhaltenen Nachfrage nach bankspezifischen Produkten und fortbestehenden regulatorischen Anpassungsnotwendigkeiten. Dem standen allerdings eine Stärkung der kapitalbezogenen Risikotragfähigkeit sowie Fortschritte bei der Umstrukturierung der Kerngeschäftsfelder gegenüber.

Mit Ausnahme des Provisionsergebnisses waren bei allen Hauptkomponenten des operativen Geschäfts Einbußen zu verzeichnen. Dabei ging der Zinsüberschuss, die mit Abstand wichtigste Ertragsquelle der Banken, um fast 6 Mrd € beziehungsweise 6,4% zurück. Das Ergebnis aus dem klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft blieb hingegen bei weitgehend unveränderten Margen vergleichsweise stabil. Aufgrund einer stark verkürzten Bilanzsumme infolge eines weiteren Abbaus des Bestandes an Handelsderivaten konnte die (unbereinigte) Zinsspanne ihren sehr niedrigen Vorjahreswert etwas übertreffen. Der Nettoertrag im typischerweise sehr volatilen Handelsergebnis verringerte sich im Berichtsjahr erheblich um 1,3 Mrd € beziehungsweise um 18%, wobei hier Sonder- und Bewertungseffekte zu Buche schlugen. Beim sonstigen betrieblichen Ergebnis fiel der Saldo mit – 0,9 Mrd € sogar auf den niedrigsten Wert seit dem Jahr 1993.

Infolge einer verschlechterten Aufwand/Ertrag-Relation bei nahezu unveränderten Betriebskosten reduzierte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung beträchtlich um 9,1 Mrd € auf 37,1 Mrd €. Dank eines immer noch sehr moderat ausgefallenen Bewertungsergebnisses (– 6,5 Mrd €) bewegte sich das Betriebsergebnis nach Bewertung (Betriebsergebnis) mit 30,6 Mrd € trotzdem noch deutlich oberhalb des längerfristigen Durchschnitts von 22,8 Mrd €.

Von dem Jahresüberschuss nach Steuern sind im Rahmen der Ergebnisverwendung auf aggregierter Ebene 7,9 Mrd € zur weiteren Stärkung der bilanziellen Eigenkapitalbasis vorgesehen. Unter Berücksichtigung erneut gestiegener Netto-Verlustvorträge von 8,1 Mrd € verblieb auch im Jahr 2013 – wie in den vorhergehenden fünf Jahren – ein Bilanzverlust, der mit 1,7 Mrd € höher ausfiel als im Vorjahr.

■ Geschäftsumfeld der Banken

*Finanzielle
und monetäre
Rahmen-
bedingungen*

Das makrofinanzielle Umfeld für die Geschäftstätigkeit der inländischen Banken zeigte im Berichtsjahr Entspannungstendenzen, blieb aber schwierig und störanfällig. An den Aktienmärkten und den Märkten für Anleihen nichtfinanzieller Unternehmen trugen aufgrund einer intensiven „Suche nach Rendite“ in einem ausgeprägten Niedrigzinsumfeld rückläufige Risikoprämien zu beträchtlichen Kursgewinnen bei. Demgegenüber sorgte der Zinsverbund mit den USA vor allem am langen Ende des Fristigkeitsspektrums von Staatsanleihen im Jahresverlauf für ein ausgeprägtes Auf und Ab. Im Mai und im November 2013 wurde der Hauptrefinanzierungssatz des Eurosystems gesenkt. Bei gleichzeitig unverändertem Einlagensatz gingen jedoch die Geldmarktsätze im Jahresverlauf nicht weiter zurück. Im Vorjahresvergleich (Jahresdurchschnitt) fiel der Geldmarktzinssatz im Dreimonatsbereich aber um 0,35 Prozentpunkte auf 0,22%. Obwohl die geldpolitischen Geschäftspartner des Eurosystems im Jahresverlauf etwa 450 Mrd € der beiden ausstehenden dreijährigen Refinanzierungsgeschäfte aus den Jahren 2011 und 2012 vorzeitig zurückzahlten, blieb die Liquiditätsausstattung des inländischen Bankensystems weiterhin großzügig bemessen.

*Regulatorische
Anforderungen*

Vielfältige Aktivitäten der Banken waren im Jahr 2013 darauf ausgerichtet, die neuen aufsichtsrechtlichen Standards nach dem Regelwerk von Basel III frühzeitig umzusetzen. Im Vordergrund standen die Stärkung des bankaufsichtlich anerkannten Eigenkapitals sowie der Rückzug aus nicht zum Kerngeschäft zählenden Bereichen und die Reduzierung von ausländischen Engagements beziehungsweise risikotragenden Aktiva.

*Realwirtschaftliches
Umfeld*

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat den Geschäfts- und Ertragsverlauf der Kreditinstitute weiterhin positiv beeinflusst. Dabei kam ihnen vor allem zugute, dass die Konjunktur im Jahr 2013 zunehmend von den inländischen Nachfragekräften getragen wurde und die Wirtschaft bei hohem Beschäfti-

gungsgrad und günstigem Preisklima mit einem stabilen Grundtempo im Einklang mit der Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wuchs.

Die vorliegenden Ergebnisse der Statistik über die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken (GuV-Statistik) beruhen auf den veröffentlichten Jahresabschlüssen gemäß den im Jahr 2010 in Kraft getretenen Bilanzierungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG)¹. Berücksichtigt werden dabei sämtliche Banken im Sinne des Kreditwesengesetzes, die Monetäre Finanzinstitute sind und ihren Sitz in Deutschland haben. Bausparkassen, Institute in Liquidation sowie Institute mit Rumpfgeschäftsjahr bleiben bei dieser Ertragsanalyse unberücksichtigt. Der Berichtskreis für das Jahr 2013 umfasst 1 726 Institute; das sind 28 Banken weniger als im Vorjahr und 177 Banken weniger als 2007, dem letzten Jahr vor der Finanzkrise.

Die hier zugrunde gelegten HGB-Einzelabschlüsse unterscheiden sich sowohl hinsichtlich Konzeption als auch Ausgestaltung und Abgrenzung von den international üblichen IFRS-Rechnungslegungsstandards² für kapitalmarkt-orientierte Bankengruppen, sodass eine (direkte) Vergleichbarkeit der jeweiligen Geschäftsergebnisse oder bestimmter Bilanz- und GuV-Positionen aus methodischen Gründen nicht möglich ist. Aus Gründen der Vergleichbarkeit empfiehlt sich für Zwecke der Ertragsanalyse der deutschen Kreditwirtschaft die Betrachtung der Einzelabschlüsse. Ein Abstellen auf Konzernabschlüsse würde eine aussagekräftige Analyse erschweren, da zum einen ein Großteil der Banken nicht Teil eines Konzerns ist – diese müssten weiterhin mit ihren HGB-Einzelabschlüssen

*Methodische
Grundlagen*

¹ Vgl. hierzu ausführlich: Deutsche Bundesbank, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2010, Monatsbericht, September 2011, Anhang, S. 39 ff.

² IFRS-basierte Abschlüsse sind z. B. für Fragestellungen der makroprudenziellen Analyse und Überwachung von Relevanz, die sich auf systemisch relevante Banken und deren internationale Geschäftsaktivitäten (einschl. der Auslandsstöchter) konzentrieren. Vgl. hierzu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht 2013, November 2013.

berücksichtigt werden – und zum anderen nicht alle Konzernabschlüsse unter Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards erstellt werden.

Wenn nicht explizit ein anderer Zeitraum erwähnt ist, beziehen sich die Berechnungen zum langfristigen Durchschnitt auf Jahresdaten für den Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2013.³⁾

Rückläufiger Zinsüberschuss bei unveränderten Margen

Ergebniskomponenten des Zinsüberschusses

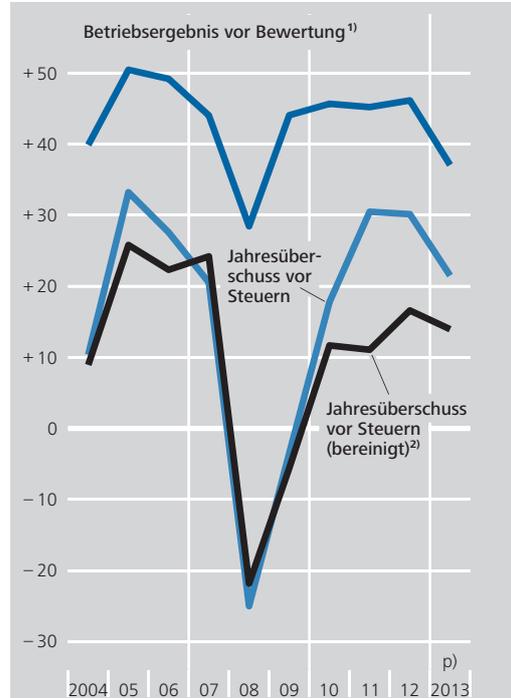
Der Zinsüberschuss blieb mit 86,4 Mrd € beziehungsweise 71,9% der operativen Erträge⁴⁾ die mit Abstand wichtigste Einkommensquelle im deutschen Bankensektor. Als Sammelposten umfasst er sowohl das Zinsergebnis im engeren Sinne als auch die sonstigen zinsbestimmten Ertragskomponenten. Das Zinsergebnis im engeren Sinne, das die Zinsaufwendungen und -erträge aus dem klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft⁵⁾ beinhaltet, belief sich auf 72 Mrd € (60% der operativen Erträge). Zu den sonstigen Ertragskomponenten des Zinsüberschusses zählen laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Erträge aus Gewinnabführungen⁶⁾. Diese Ertragskomponenten führten dem Zinsüberschuss im Berichtsjahr 14,4 Mrd € (12,0% der operativen Erträge) zu. Davon entfielen 7,5 Mrd € auf den Großbankensektor. Ein Betrag in Höhe von 3,8 Mrd € schlug bei den Verbundinstituten⁷⁾ zu Buche. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Hier dürfte sich das Engagement in Spezialfonds⁸⁾ widerspiegeln, das in diesen Bankengruppen als Wertpapierersatzgeschäft dient.

Zinsergebnis auch durch Sonderfaktoren geprägt

Bei gesunkenen Zinserträgen und -aufwendungen reduzierte sich der Zinsüberschuss zum Vorjahr stark um 5,9 Mrd € auf 86,4 Mrd €. Das Gros der Verschlechterung entfiel dabei auf die sonstigen Ertragskomponenten und betraf nicht

Ertragslage der Kreditinstitute

Mrd €



1 Operative Erträge abzüglich Verwaltungsaufwendungen.
2 Gemindert um Nettozuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken.
 Deutsche Bundesbank

3 PDF-Tabellen mit Zeitreihen zur Ertragslage deutscher Banken sind auf der Internetseite der Deutschen Bundesbank veröffentlicht (http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Banken_und_andere_finanzielle_Institute/Banken/GuV_Statistik/Tabellen/tabellen.html): Die Zeitreihen reichen zum großen Teil zurück bis zum Jahr 1968. Mit Umsetzung des neuen Bilanzierungsrechts für Kreditinstitute ab 1993 sind neue Zeitreihen eingeführt sowie einige Begriffe neu definiert und abgegrenzt worden. Dies erschwert einen Vergleich der Ertragslagedaten ab 1993 mit früheren Angaben (vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Das neue Bilanzierungsrecht für Kreditinstitute ab 1993 und seine Auswirkungen auf die Monatliche Bilanzstatistik, Monatsbericht, Mai 1992, S. 39 ff.).

4 Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestandes und sonstigem betrieblichen Ergebnis.

5 Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen.

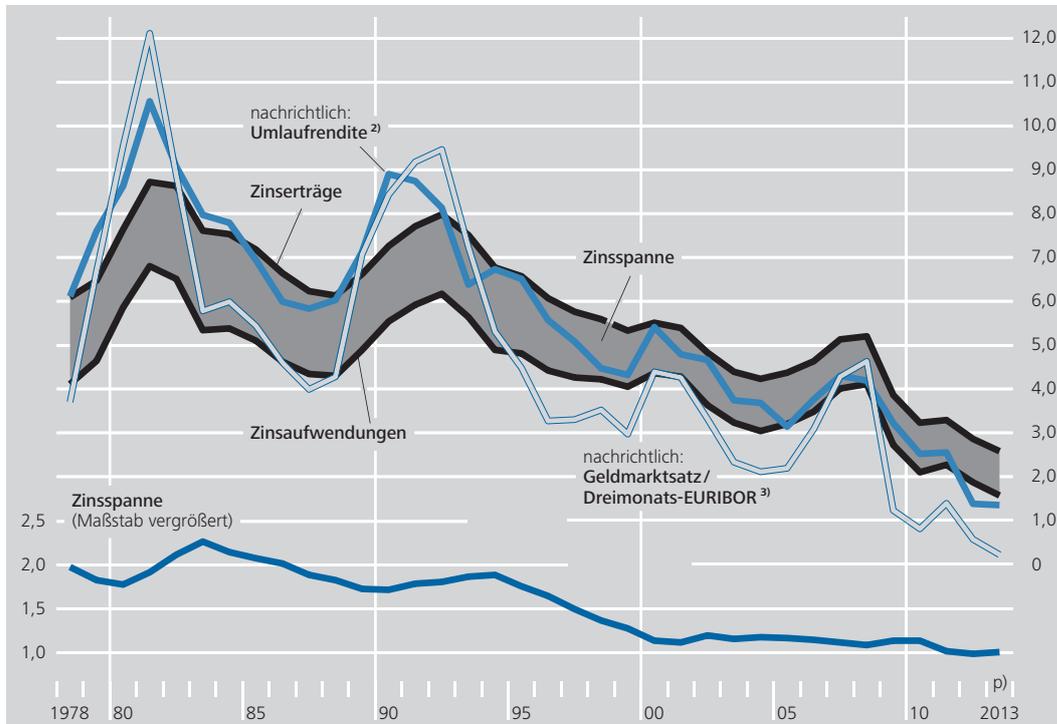
6 Erträge aus Gewinnabführungen umfassen Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen.

7 Zu den Verbundinstituten gehören die Bankengruppen der Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

8 Im Gegensatz zu Publikumsfonds werden Spezialfonds im Wesentlichen für institutionelle Anleger aufgelegt und sind auf deren Anlagewünsche zugeschnitten. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwaltung alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz: AIFM-UmsG) vom 4. Juli 2013 werden Spezialfonds nunmehr unter dem Begriff der Spezial-AIF geführt.

Zinserträge und Zinsaufwendungen der Kreditinstitute im Zinszyklus

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme¹⁾



1 Bis einschl. 1998 in % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens. **2** Durchschnittliche Rendite inländischer Inhaberschuldverschreibungen. **3** Bis einschl. 1998 Geldmarktsatz für Dreimonatsgeld in Frankfurt.
 Deutsche Bundesbank

unwesentlich Erträge aus Gewinnabführungen im Großbankensektor. Dort war die rückläufige Entwicklung praktisch das Ergebnis einer Gegenbewegung zu einem positiven Einmaleffekt, der für den kräftigen Anstieg im Vorjahr mitverantwortlich war. Zudem lag das Zinsergebnis im engeren Sinne mit 72 Mrd € um 2,1 Mrd € unter seinem Vorjahreswert. Hierbei spielte als buchungstechnischer Sondereffekt die Umstellung der Bilanzierung der Förderkredite bei einem Förderinstitut eine maßgebliche Rolle.

Die im statistischen Ausweis vergleichsweise stabile Ertragssituation beim Zinsergebnis im engeren Sinne ist zu einem Gutteil auf die im Jahresverlauf steiler werdende Zinsstrukturkurve zurückzuführen. Dies dürfte den Ertrag aus der Fristentransformation, mit dem im Jahr 2012 rund ein Drittel des gesamten Zinsergebnisses der Universalbanken⁹⁾ erwirtschaftet wurde, erheblich verbessert haben (vgl. Erläuterungen auf S. 60 f.). In die gleiche Richtung wirkten eine hohe Liquiditätspräferenz der privaten

Haushalte und eine niedrige nominale Verzinsung längerfristiger Anlagen. Die hierdurch induzierte Umschichtung von Einlagen längerer Laufzeiten in Sichteinlagen hat die Finanzierungskosten der Banken erheblich entlastet und damit einem sich verschärfenden Margendruck entgegengewirkt. Die rückläufigen Einlagenzinsen und die Seitwärtsbewegung der Kreditzinsen bewirkten im Jahresverlauf in der Tendenz wieder eine leichte Ausweitung der Brutto-Zinsmarge¹⁰⁾ sowohl im Bestands- als auch im Neugeschäft, nachdem diese im Vorjahr besonders im Neugeschäft noch spürbar geschrumpft war.

Weiter rückläufige Finanzierungskosten und anhaltender Margendruck

⁹ Deutsche Universalbanken umfassen folgende Banken­gruppen: Kreditbanken, Landesbanken, genossenschaftliche Zentralbanken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

¹⁰ Die Brutto-Zinsmarge, die insbesondere bei den Verbundinstituten einen Hinweis auf die Entwicklung des Zinsüberschusses gibt, wird als Differenz aus den volumengewichteten Durchschnittszinssätzen für Kredite und Einlagen des nichtfinanziellen Privatsektors des Euro-Raums berechnet. Vgl. hierzu ausführlich: Deutsche Bundesbank, Die erweiterte MFI-Zinsstatistik: Methodik und erste Ergebnisse, Monatsbericht, Juni 2011, S. 49 ff.

Wichtige Ertrags- und Aufwandspositionen für einzelne Bankengruppen 2013 *)

in % der operativen Erträge

Position	Alle Banken- gruppen	Groß- banken	Regio- nal- banken	Landes- banken	Spar- kassen	Ge- nos- sen- schaft- liche Zentral- banken	Kreditge- nos- sen- schaften	Real- kredit- institute	Banken mit Sonder- auf- gaben
Zinsüberschuss	71,9	60,7	66,8	78,5	80,0	68,1	78,5	104,2	63,0
Provisionsüberschuss	23,9	33,8	26,0	6,9	21,6	16,9	19,5	3,3	36,6
Nettoergebnis des Handels- bestandes	4,9	12,1	1,5	12,5	0,1	16,0	0,0	0,1	0,2
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	- 0,7	- 6,6	5,7	2,1	- 1,6	- 1,0	2,0	- 7,6	0,1
Operative Erträge	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen	- 69,1	- 78,3	- 64,8	- 61,8	- 67,1	- 52,3	- 64,6	- 75,4	- 89,0
davon:									
Personalaufwand	- 35,9	- 35,3	- 28,5	- 30,0	- 41,8	- 27,1	- 38,6	- 29,9	- 46,5
Andere Verwaltungs- aufwendungen	- 33,2	- 43,0	- 36,2	- 31,9	- 25,4	- 25,1	- 26,0	- 45,4	- 42,5
Bewertungsergebnis	- 5,4	- 3,0	- 5,3	- 31,1	0,3	- 15,2	1,5	- 23,1	- 26,2
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 7,6	- 7,5	- 17,2	- 11,6	- 3,5	- 7,9	- 1,3	5,1	- 23,9
Nachrichtlich:									
Jahresüberschuss vor Steuern	17,9	11,2	12,7	- 4,5	29,7	24,6	35,6	6,7	- 39,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 6,0	- 3,3	- 3,5	- 4,4	- 9,2	- 5,7	- 9,1	- 5,0	- 2,2
Jahresüberschuss nach Steuern	11,9	7,9	9,2	- 8,9	20,5	19,0	26,5	1,7	- 41,3

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Deutsche Bundesbank

So erreichten im Jahr 2013 die Zinsen für Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften in fast allen Laufzeitbereichen neue historische Tiefstände.

Die moderate Grundtendenz des Zinsüberschusses der letzten Jahre ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Banken schon seit einiger Zeit ihre risikotragenden, höher verzinslichen Aktiva tendenziell zurückgeführt haben. Im Übrigen waren die Banken aufgrund der hohen beziehungsweise steigenden Einlagen/Kredit-Relation in der Lage, ihre Kapitalmarktverschuldung zu reduzieren. Insbesondere im Jahr 2013 nahmen die Verbindlichkeiten aus be-

gebenen Schuldverschreibungen im Vorjahresvergleich kräftig ab, was für sich betrachtet die Refinanzierungskosten entlastet hat.

Der Spielraum für zukünftige Margenverbesserungen dürfte jedoch aufgrund des in den kurzfristigen Einlagen erreichten niedrigen Niveaus zunehmend begrenzt sein. Zudem wirken in der jetzigen Zinsphase aufgrund der langen Bindungsfristen auf der Aktivseite die aus Sicht der Banken günstigeren Konditionen der vergangenen Jahre immer noch nach. In zunehmendem Maße werden diese Effekte aber abschmelzen, sofern sich die Zinskonditionen

Bestimmungsfaktoren des Zinsergebnisses deutscher Universalbanken

Indem Banken als Vermittler zwischen Kapitalgeber und Kapitalnehmer treten (Finanzintermediation), leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Informationsasymmetrien und Transaktionskosten. Banken tragen somit zur kosteneffizienten Abwicklung von Zahlungs- und Finanzierungsströmen in einer Volkswirtschaft bei.

Die Entlohnung für diese Funktionen spiegelt sich unter anderem im Zinsergebnis wider, das traditionell die wichtigste Einkommensquelle von Banken darstellt. Dementsprechend können folgende Funktionen unterschieden werden:¹⁾

- Übernahme von Kreditrisiken: Aufgrund des zeitlichen Auseinanderfallens von Leistung (Kreditgewährung) und Gegenleistung (Zins und Tilgung) entsteht bei jedem Finanzkontrakt Unsicherheit bezüglich der Einhaltung der Rückzahlungsverpflichtung. Für die Übernahme dieses Risikos verlangt die Bank eine entsprechende Prämie.
- Fristentransformation: Banken wandeln kurzfristige Einlagen in längerfristige Ausleihungen um. Hat die Zinsstrukturkurve, wie im Normalfall, eine positive Steigung, erzielt die Bank aus der Übernahme der damit verbundenen Zinsänderungsrisiken eine Prämie.
- Zahlungs- und Liquiditätsmanagement für die Kunden: Die seitens der Bank für die Kunden übernommene Funktion des Zahlungs- und Liquiditätsmanagements spiegelt sich als Prämie in Form von Aufschlägen auf Sollzinsen oder Abschlägen auf Habenzinsen wider.

Die oben beschriebenen Funktionsbeiträge und deren positiver Einfluss auf die Zins-

marge einer Bank sind in der empirischen Literatur gut dokumentiert. Wenig allerdings ist über die konkrete Höhe dieser Beiträge bekannt. In einer Studie haben Busch und Memmel (2014) für das Jahr 2012 eine quantitative Zerlegung des Zinsüberschusses für deutsche Banken durchgeführt.²⁾ Dabei wurden funktionsbezogen die jeweiligen Kosten geschätzt. Hierin eingeschlossen sind jene Kosten, die daraus entstehen, eine Alternative nicht gewählt zu haben (Opportunitätskosten).

Die Kosten für das Zahlungs- und Liquiditätsmanagement werden berechnet, indem derjenige Teil der administrativen Kosten einer Bank, der auf das Zinsgeschäft entfällt, abgeschätzt wird. Zur Abschätzung des relevanten Kostenanteils im Rahmen des Zinsgeschäfts wurden umfangreiche Datensätze zur Zahl der Geldautomaten, der ausgegebenen Karten und der Kundentransaktionen genutzt. Das Kreditrisiko wird anhand von Daten zur Zusammensetzung der Kreditportfolios der einzelnen Banken ermittelt; daraus kann dann eine Vorstellung entwickelt werden, wie hoch die Bank ihre Kreditzinsen gesetzt haben müsste, um die erwarteten Verluste und eine Risikoprämie abzudecken.

¹ Vgl. Kreditrisiko: L. Angbazo (1997), Commercial bank net interest margins, default risk, interest-rate risk, and off balance sheet banking, *Journal of Banking & Finance*, Vol 21, S. 55–87; Fristentransformationsrisiko: O. Entrop, C. Memmel, B. Ruprecht und M. Wilkens, Determinants of bank interest margins: impact of maturity transformation, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, Nr. 17/2012; Administrative Kosten aus dem Zahlungs- und Liquiditätsmanagement: A. Saunders und L. Schumacher (2000), The determinants of bank interest rate margins: an international study, *Journal of International Money and Finance*, Vol 19, S. 813–832.

² Vgl.: R. Busch und C. Memmel (2014), Quantifying the components of the banks' net interest margin, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, Nr. 15/2014.

In der nebenstehenden Tabelle sind die Ergebnisse für eine „durchschnittliche“ Universalbank aufgeführt, die dem Papier von Busch und Memmel (2014) entnommen wurden. Demnach entfällt auf das Zahlungs- und Liquiditätsmanagement für die Kunden fast die Hälfte des Zinsüberschusses (47%). Aus der Fristentransformation stammt im Jahr 2012 gut ein Drittel des Zinsüberschusses (35%) und aus dem Übernehmen von Kreditrisiken nur 16% des Zinsüberschusses. Unter der Position „Anderes“ sind Beiträge zum Zinsüberschuss aufgeführt, die dadurch entstehen, dass sich zinstragende Aktiva und zinstragende Passiva nicht genau entsprechen.

Bestimmungsfaktoren des Zinsergebnisses deutscher Universalbanken *)

Bestimmungsfaktor	Einkommen in Bezug auf ...	
	... die Bilanzsumme (in Basispunkten je Jahr)	... den Zinsüberschuss (in %)
Kreditrisiko	34,0	15,9
Fristentransformation	77,0	34,9
Zahlungs- und Liquiditätsmanagement	103,8	47,3
Anderes	1,9	0,8
Summe	219,9	99,5

* Aufteilung des Zinsüberschusses (Median) der Universalbanken in Deutschland für das Jahr 2012.
 Deutsche Bundesbank

Die Summe der Komponentenbeiträge muss nicht dem Zinsüberschuss entsprechen. Im Gegenteil: Ein Wert um 100% deutet darauf hin, dass kaum Spielraum bleibt für andere Komponenten, wie zum Beispiel die relative

Marktstellung einer Bank, die es ihr erlauben könnte, Erträge über den (Grenz-)Kosten durchzusetzen oder einen Beitrag zur Entlohnung der Kapitaleigner zu erwirtschaften.

auch im Aktivgeschäft sukzessive an das neue, niedrige Marktzinzniveau anpassen werden.

Die Zinsspanne, üblicherweise als Zinsüberschuss im Verhältnis zur jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme berechnet, gibt vor allem bei Kreditinstituten, die schwerpunktmäßig im klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft tätig sind, einen wichtigen Hinweis auf die Ertragskraft aus dem zinstragenden Geschäft. Mit 1,01% blieb sie im unteren Bereich des Korridors zwischen 0,99% und 1,28%, in dem sie sich seit Beginn der Europäischen Währungsunion im Jahr 1999 bewegt. Gleichwohl nahm sie zum Vorjahr betrachtet leicht um 0,02 Prozentpunkte zu. Zwar ist der Zinsüberschuss 2013 beträchtlich gesunken, dem stand aber ein ebenfalls erheblicher Rückgang bei der Bilanzsumme nicht zuletzt durch den im Jahresverlauf deutlich abgebauten Bestand an Handelsderivaten¹¹⁾ gegenüber. Die bereinigte Zinsspanne, berechnet als Relation aus Zinsergebnis

Zinsspanne weiterhin niedrig

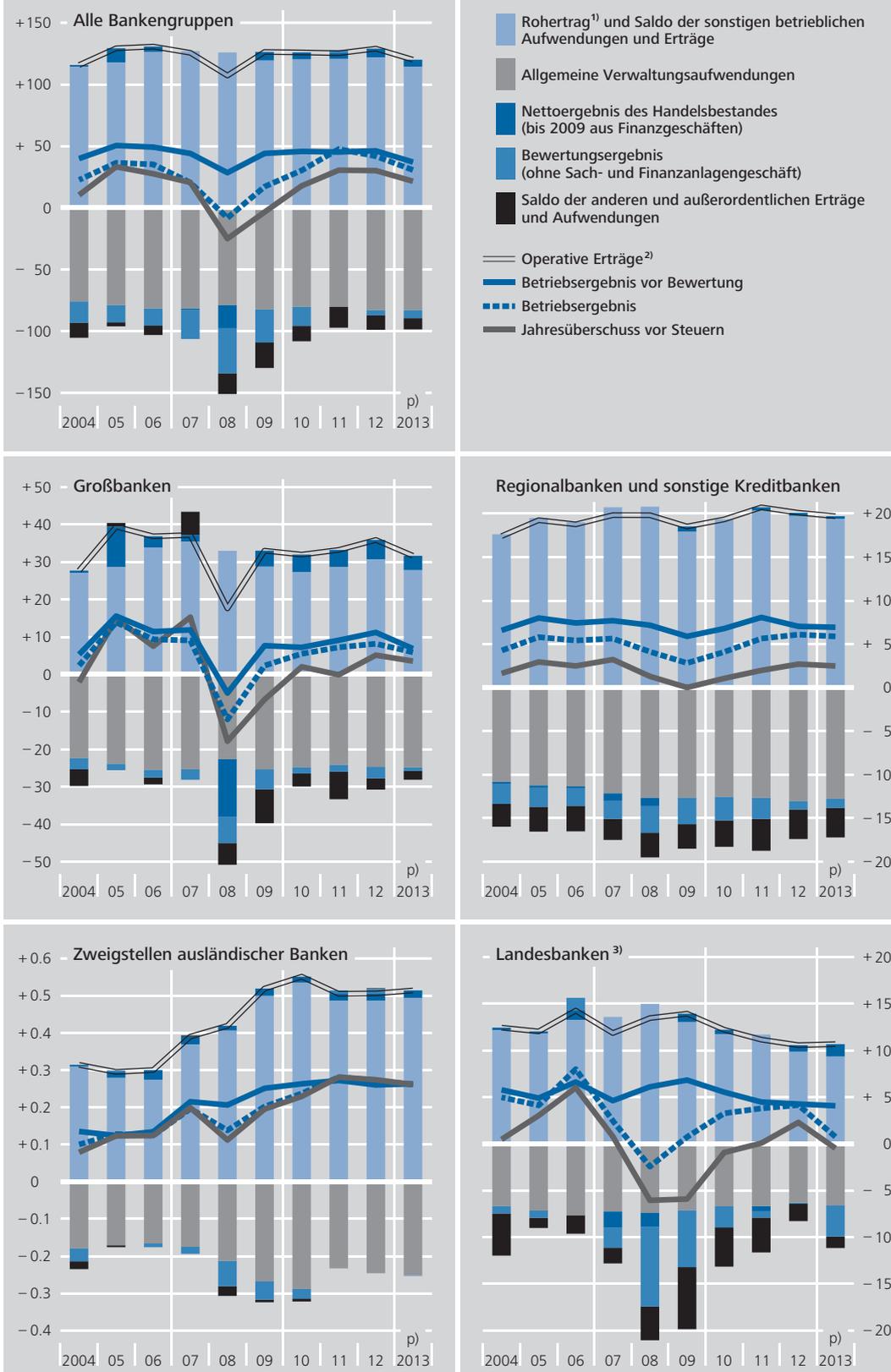
Günstiges Zinsaufwands- und Zinsertragsverhältnis im Kreditgeschäft

Die bislang günstige Refinanzierungssituation spiegelte sich auch im Verhältnis von Zinsaufwendungen zu -erträgen aus dem klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft wider. Diese Relation lag 2013 bei nur 65,1% verglichen mit 76,8% im langfristigen Durchschnitt. Am günstigsten fiel sie bei den Verbundinstituten aus, die als Folge ihres Geschäftsmodells von dem Umschichtungseffekt zugunsten der Sichteinlagen profitierten. Am wenigsten erkennbar war dieser Einflussfaktor bei den Realkreditinstituten, die sich traditionell über die Ausgabe langfristiger gedeckter Schuldverschreibungen finanzieren. Über die letzten Jahre hat in dieser Bankengruppe aber die Bedeutung der Refinanzierung über längerfristige Einlagen institutioneller Anleger wie Versicherungsunternehmen zugenommen und erreichte im Jahr 2013 eine ähnliche Bedeutung wie die Begebung gedeckter Schuldverschreibungen.

¹¹ Mit dem Inkrafttreten des BilMoG 2010 werden derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes über dem Bilanzstrich gezeigt, was eine zeitliche Vergleichbarkeit der Angaben zur Zinsspanne erschwert.

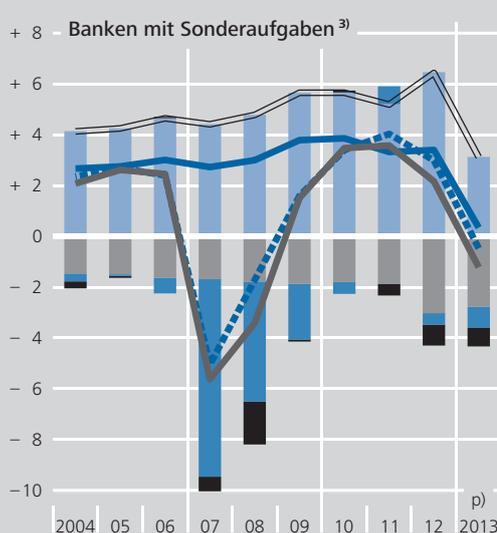
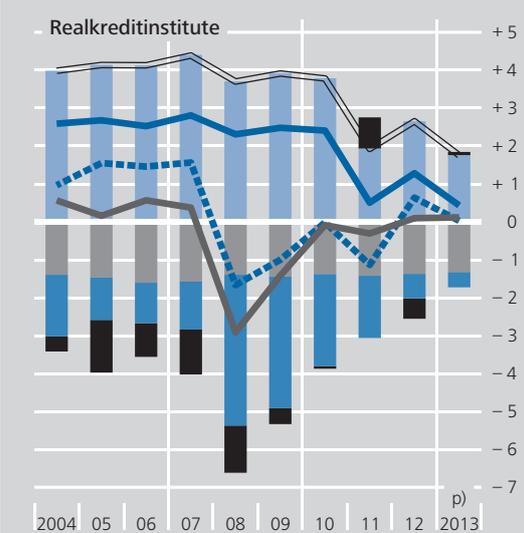
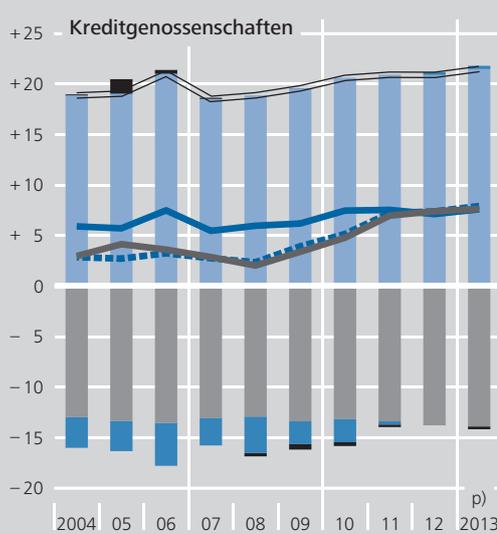
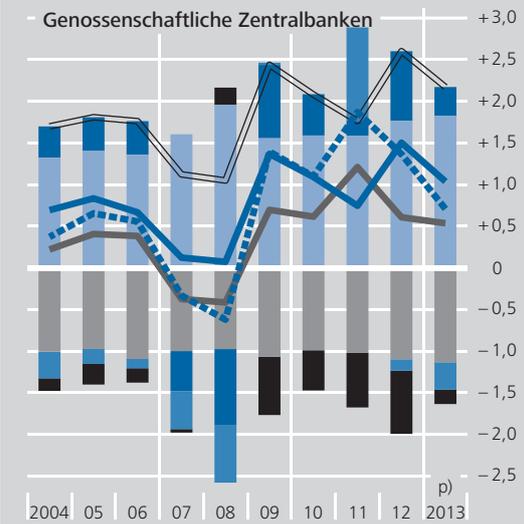
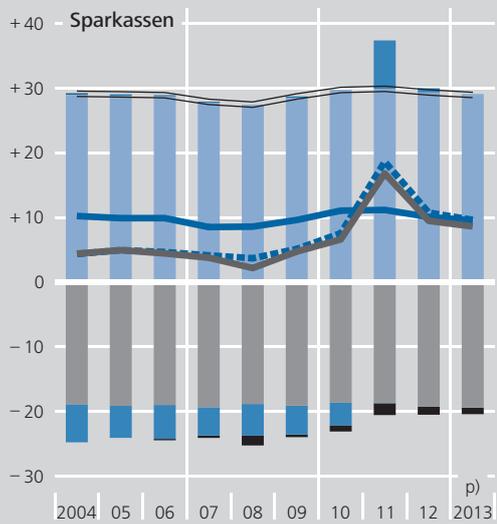
Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen

Mrd €, unterschiedliche Maßstäbe in den folgenden Grafiken



1 Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss. **2** Rothertrag zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes (bis 2009 aus Finanzgeschäften) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. **3** Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“.

Mrd €, unterschiedliche Maßstäbe in den folgenden Grafiken



*Insgesamt eher
verhaltene
Kreditnachfrage*

im engeren Sinne und Bilanzsumme ohne zinsüberschussneutrales Interbankengeschäft und ohne Bestand an Handelsderivaten, betrug im Berichtsjahr 1,32%, verglichen mit 1,34% im Vorjahr (vgl. Erläuterungen auf S. 65 f.).

Eingebettet in ein insgesamt günstiges realwirtschaftliches Umfeld sind die ausgereichten Wertpapierkredite und die um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Bewertungseffekte bereinigten, ausgereichten Buchkredite gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,1% geschrumpft. Insofern waren für das Bankgewerbe als Ganzes betrachtet der Möglichkeit, eine Ergebnisverbesserung durch eine Volumenausweitung im Kreditgeschäft zu erreichen, Grenzen gesetzt.

Moderate positive Impulse gingen angesichts der lebhaften Immobiliennachfrage der privaten Haushalte vom inländischen Wohnungsmarkt aus. Neben einer allgemein erhöhten Präferenz für die Sachvermögensbildung dürften hierfür die sehr niedrigen Kreditzinsen bei weitgehend unveränderten Kreditstandards der Banken, stabile Einkommenserwartungen sowie die eher geringen Renditen auf Finanzaktiva treibende Faktoren gewesen sein. Zudem spiegelte das Kreditwachstum in diesem Geschäftsbereich auch die unverändert kräftigen Preissteigerungen wider, die Käufer von Bestandsobjekten zu tragen hatten. Dass die Netto-Kreditvergabe mit einem Zuwachs von 2,0% gleichwohl eher moderat ausfiel, dürfte damit zusammenhängen, dass die privaten Haushalte gemäß den Angaben aus der Finanzierungsrechnung den Eigenmittelanteil an der Finanzierung von Immobilien erhöht und somit Teile ihres Geldvermögens für den Erwerb von Immobilien umgeschichtet haben.

Das Firmenkundengeschäft zeigte vor dem Hintergrund einer weiterhin gedämpften Investitionstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft hingegen eine leicht rückläufige Tendenz. Außerdem konnte aufgrund einer guten Ertragslage der überwiegende Teil des Gesamtfinanzierungsbedarfs der Unternehmen aus erwirtschafteten

Eigenmitteln bestritten werden. Im Übrigen griffen die nichtfinanziellen Unternehmen auch weiterhin auf alternative Finanzierungsquellen zurück. Damit setzte sich eine Tendenz fort, die bereits seit einigen Jahren zu beobachten ist. So hat sich im Ergebnis der Anteil der Buchkredite der gewerblichen Unternehmen an ihren Gesamtverbindlichkeiten auf nunmehr 16% reduziert, verglichen mit 23% in der ersten Hälfte und 20% in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts.

Für die insgesamt verhaltene Kreditnachfrage der inländischen öffentlichen Haushalte bei heimischen Instituten war bestimmend, dass der Staatssektor dank konjunkturell wachsender Steuereinnahmen und rückläufiger Zinsausgaben aufgrund einer geringeren Durchschnittsverzinsung das Finanzjahr 2013 mit einem insgesamt ausgeglichenen Budgetsaldo (VGR-Abgrenzung) abschloss.

Bei den Realkreditinstituten, bei denen der Zinsüberschuss mit einem Anteil an den operativen Erträgen von 98,8% im langfristigen Durchschnitt praktisch die einzige Ertragsquelle darstellt, hat das Zinsergebnis um 0,6 Mrd € auf 1,8 Mrd € abgenommen. Diese Bankengruppe, die in den vergangenen Jahren besonders von Restrukturierungsmaßnahmen betroffen war, hatte zinstragende Aktiva in hohem Umfang abgebaut. Wegen des ausgeprägten Negativsaldos im sonstigen betrieblichen Ergebnis stieg der Anteil des Zinsergebnisses an den operativen Erträgen in dieser Bankengruppe trotzdem um 13,2 Prozentpunkte auf 104,2% (vgl. hierzu auch Tabelle S. 59).

Die Sparkassen verfehlten mit einem Zinsüberschuss von 23,1 Mrd € nur knapp ihren Vorjahreswert, die Bedeutung für das operative Geschäft erreichte mit 80% fast das Niveau des langfristigen Durchschnitts. Bei den Kreditgenossenschaften erhöhte sich der Zinsüberschuss, dessen Anteil an den operativen Erträgen mit 78,5% leicht über dem langfristigen Durchschnittswert lag, erkennbar um 0,5 Mrd € auf 16,9 Mrd €. Dies war im Wesentlichen auf

*Zinsüberschuss
nach Banken-
gruppen*

Zinsspannen- und Zinsmargenkonzepte im Vergleich

Der Zinsüberschuss ist die mit Abstand wichtigste Ertragskomponente des deutschen Bankensektors. Im langfristigen Durchschnitt stellt er knapp drei Viertel der gesamten operativen Erträge; bei Kreditinstituten, die schwerpunktmäßig das klassische Einlagen- und Kreditgeschäft betreiben, liegt dieser Anteil sogar strukturell noch höher. Um diese Kennziffer als Indikator für die Rentabilität einer Bank im zeitlichen und zwischenbetrieblichen Vergleich zu verwenden, wird der Zinsüberschuss üblicherweise mit dem jahresdurchschnittlichen bilanziellen Geschäftsvolumen normiert. Die so ermittelte Zinsspanne gibt den relativen Netto-Zinsertrag einer bestimmten Berichtsperiode wieder. Im Durchschnitt aller in der GuV-Statistik erfassten deutschen Kreditinstitute lag sie im Jahr 2013 bei 1,01%, verglichen mit 1,12% im Jahr 2007, dem letzten Jahr vor Ausbruch der jüngsten Finanzkrise (vgl. unten stehendes Schaubild).

Zinsüberschuss und Bilanzsumme unterliegen je nach Geschäftsmodell und Bankengruppe unterschiedlichen Einflussfaktoren, was die Vergleichbarkeit erschwert. Daher empfiehlt es sich, beide Kennzahlen um bestimmte Komponenten zu bereinigen:

- Der Zinsüberschuss als statistische Sammelgröße aller ertragsrelevanten, zinsbeeinflussten Faktoren umfasst auch die laufenden Erträge sowie die Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen. Liegt der Fokus aber auf den zins-

abhängigen Kerngeschäftsfeldern, sollte auch nur das Zinsergebnis aus dem klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft, das heißt das Zinsergebnis im engeren Sinne, herangezogen werden.

- Bei der Bilanzsumme sollte insbesondere bei einem langfristigen Vergleich das zinsüberschussneutrale Interbankengeschäft sowie das mit Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes im Jahr 2010 zu bilanzierende Volumen an Handelsderivaten herausgerechnet werden. Letzteres hat die jahresdurchschnittliche Bilanzsumme des deutschen Bankensektors ab dem Jahr 2011 erheblich aufgebläht und damit die Zinsspanne deutlich reduziert, ohne dass damit ein wirtschaftlicher Ergebniseffekt verbunden war; im Wesentlichen waren davon die Großbanken betroffen.

Im Jahr 2013 lag die bereinigte Zinsspanne berechnet als Relation aus Zinsergebnis im engeren Sinne und Bilanzsumme ohne zinsüberschussneutrales Interbankengeschäft und ohne Bestand an Handelsderivaten bei 1,32%.¹⁾ In dieser Abgrenzung lag die Zins-

¹ Bei einem Vergleich der Ertragsposition verschiedener Banken bzw. Bankengruppen ist auch der Umstand zu bedenken, dass die diversen Zinsgeschäfte mit einem unterschiedlichen Risikogehalt behaftet sind. Folgt man dem Grundgedanken risikoadjustierter Performance-Maße, so wären die Kosten der Risikoübernahme dem Zinsergebnis gegenüberzustellen und das adjustierte Ergebnis auf das eingesetzte Risikokapital zu beziehen.





spanne um 0,28 Prozentpunkte höher als im Referenzjahr 2007 (vgl. Schaubild auf S. 65).

Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass der Zinsüberschuss auch durch die bilanzielle Eigenkapitalquote beeinflusst wird. Je höher diese ist, umso geringer fällt unter sonst gleichen Bedingungen der Kostenblock der Zinsaufwendungen für den Fremdkapitaleinsatz aus und vice versa. Dieser auf unterschiedliche Kapitalstrukturen zurückzuführende Effekt – obgleich mit dem vorliegenden bilanziellen Datenmaterial nicht näher quantifizierbar – verdient besondere Beachtung bei einer Gegenüberstellung von Zinsspannenberechnungen unterschiedlicher Bankengruppen sowie in Phasen veränderter Eigenmittelanforderungen.

Die Zinsspanne als statistisches Messkonzept gibt im Übrigen keine Hinweise auf marktrelevante Faktoren, die auf die Gesamtertragslage einwirken. Ergänzende Informationen liefert zum Beispiel der so genannte Lerner-Index, ein Indikator für die Preissetzungsspielräume beziehungsweise die Wettbewerbsintensität im Bankensektor. So gibt es empirische Evidenz dafür, dass die Ertrags-Grenzkosten-Verhältnisse trotz tendenziell sinkender Zinsspanne in den neunziger Jahren relativ stabil gewesen sind. Danach setzte sogar eine Zunahme des Lerner-

Index ein. Letzteres kann auch auf sehr günstige Refinanzierungsbedingungen im Bereich der Primärbanken im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Finanzkrise beziehungsweise auf „Safe Haven“-Effekte zurückgeführt werden.²⁾

Neben der bereinigten Zinsspanne ist die durchschnittliche Brutto-Zinsspanne ein weiterer Indikator für den Ergebnisbeitrag aus dem Kerngeschäftsfeld. Während allerdings die Zinsspanne auf die Gewinn- und Verlustrechnung (Vollerhebung) im Zinsgeschäft auf Jahresbasis abstellt, ist die Brutto-Zinsspanne als Differenz zwischen den volumengewichteten Durchschnittszinssätzen für Kredite und Einlagen im Bestandsgeschäft mit privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen konzipiert. Diese Angaben basieren auf der im Euro-Raum harmonisierten MFI-Zinsstatistik, die in Deutschland seit 2003 als repräsentative Stichprobenerhebung bei derzeit 236 Kreditinstituten erhoben wird.³⁾ Die Brutto-Zinsspanne ist für Deutschland insgesamt aussagekräftig. Vergleiche zwischen Bankengruppen sowie die Analyse der Ertragssituation einzelner Banken sind jedoch nur bedingt möglich. Im Jahresdurchschnitt 2013 lag die Brutto-Zinsspanne bei 3,26% moderat um 0,31 Prozentpunkte höher als im Referenzjahr 2007. Ergänzend zur durchschnittlichen Zinsspanne stellt die ebenfalls monatlich berechnete marginale Zinsspanne auf die durchschnittliche Effektivverzinsung der Kredite und Einlagen im Neugeschäft des jeweiligen Berichtsmonats ab. Insofern kommt der marginalen Zinsspanne auch eine Frühindikatorfunktion für preisbedingte Veränderungen im Zinsergebnis zu.

² Vgl. hierzu ausführlich: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2013/14, insbesondere S. 227 ff.

³ Vgl. zur Darstellung der Methodik: Deutsche Bundesbank, Die erweiterte MFI-Zinsstatistik: Methodik und erste Ergebnisse, Monatsbericht, Juni 2011, S. 49 ff.

eine Verbesserung des Zinsergebnisses aus dem Einlagen- und Kreditgeschäft zurückzuführen. Die Landesbanken verringerten ihren Zinsüberschuss um 0,3 Mrd € auf 8,4 Mrd €, sein Anteil an den operativen Erträgen unterschritt mit 78,5% nur geringfügig den langfristigen Mittelwert. Bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken war neben dem um 0,1 Mrd € auf 1,5 Mrd € gestiegenen Zinsüberschuss vor allem das zum Vorjahr deutlich rückläufige Handelsergebnis dafür ausschlaggebend, dass die Bedeutung des Zinsüberschusses für die operative Ertragslage sprunghaft anstieg. So näherte sich der Anteil des Zinsüberschusses an den operativen Erträgen mit 68,1% (nach 53,9% im Vorjahr) wieder dem langfristigen Durchschnittswert von 71,2% an.

Die Regionalbanken steigerten ihren Zinsüberschuss leicht um 0,5 Mrd € auf 13,2 Mrd €, sein Anteil an den operativen Erträgen betrug 66,8% (68,0% im langfristigen Durchschnitt). Im Großbankensektor war bei gleichzeitiger Verbesserung des Zinsergebnisses im engeren Sinne (um 0,5 Mrd € auf 11,7 Mrd €) der massive Rückgang der sonstigen im Zinsüberschuss berücksichtigten Ertragskomponenten (um 3,3 Mrd € auf 7,5 Mrd €) ausschlaggebend für die beträchtliche Verringerung des Zinsüberschusses. In dieser Gruppe ist aber die Bedeutung des Zinsüberschusses, der im Berichtsjahr 60,7% und im langfristigen Durchschnitt 63,7% der operativen Erträge ausmachte, im Bankengruppenvergleich mit am niedrigsten.

Provisionsergebnis leicht verbessert

Das Provisionsgeschäft, die zweitwichtigste Einnahmequelle deutscher Banken, umfasst maßgeblich die Vergütung für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf, der Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, dem Kreditgeschäft, dem Emissionsgeschäft oder auch der Vermögensberatung und -verwaltung erbracht werden. Im Gegen-

satz zu den anderen Hauptkomponenten des operativen Geschäfts, bei denen Einbußen zu verzeichnen waren, hat sich der Provisionsüberschuss zum Vorjahr um 0,6 Mrd € auf 28,7 Mrd € verbessert. Im Berichtsjahr lag sein Anteil an den operativen Erträgen mit 23,9% um 2,7 Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt.

Das Provisionsergebnis profitierte dabei von wichtigen Impulsen für die Aktienmärkte, die von den erzielten beziehungsweise erwarteten Fortschritten in den Krisenstaaten sowie der stark akkommodierenden Geldpolitik ausgingen. So schloss der DAX zum Jahresende 2013 mit einem deutlichen Kursgewinn von 25% im Vergleich zum Jahresende 2012 und notierte bei 9 552 Punkten. Trotzdem blieb das Transaktionsvolumen an den deutschen Aktienbörsen nicht zuletzt durch die weiterhin risikoaverse Haltung im Kundengeschäft mit 1 Billion € immer noch sehr niedrig. Auch führten die Entspannungstendenzen an den internationalen Finanzmärkten und die nach wie vor sehr geringe Verzinsung festverzinslicher Anleihen guter Bonität zu weiter rückläufigen Umsätzen am deutschen Rentenmarkt. Nachdem die Börsenumsätze schon im Jahr 2012 um 71% eingebrochen waren, reduzierten sie sich im Berichtsjahr nochmals um 14,5% auf nur noch 83 Mrd €. Die ausgeprägte Präferenz für täglich fällige Einlagen als risikoarme und hochliquide Anlageform führte dem Provisionsergebnis praktisch keine Erträge aus direkten Wertpapiertransaktionen zu. Hingegen interessierten sich die Kapitalanleger erneut für Anlagen in Investmentfonds. Deren Nettoabsatz hat sich, nachdem schon im Vorjahr ein hoher Anstieg verzeichnet worden war, um fast 10% auf knapp 123 Mrd € vergrößert. Wieder waren schwerpunktmäßig die besonders für institutionelle Anleger interessanten Spezialfonds gefragt, die 67% des Gesamtabsatzes ausmachten. Im Bereich der Publikumsfonds richteten die Anleger ihren Blick vor allem auf Aktienfonds und gemischte Wertpapierfonds, bei denen der Nettoabsatz sprunghaft um 6,8 Mrd € angestiegen war. Insgesamt erhöhte sich der Nettoabsatz

... bei veränderten Anlageverhalten

Provisionsgeschäft leicht gestiegen ...

Strukturdaten der deutschen Kreditwirtschaft ^{*)}

Stand am Jahresende

Bankengruppe	Zahl der Institute ¹⁾			Zahl der Zweigstellen ¹⁾			Zahl der Beschäftigten ²⁾		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Alle Bankengruppen	1 899	1 869	1 844	36 027	34 571	34 531	637 700	633 650	630 350
Kreditbanken	299	294	296	10 725	9 610	10 143	³⁾ 176 500	³⁾ 172 900	³⁾ 170 700
Großbanken	4	4	4	8 012	7 041	7 610	.	.	.
Regionalbanken	179	177	178	2 595	2 444	2 402	.	.	.
Zweigstellen ausländischer Banken	116	113	114	118	125	131	.	.	.
Landesbanken ⁴⁾	10	9	9	463	451	434	37 750	34 000	33 400
Sparkassen	426	423	417	12 810	12 643	12 323	245 950	244 900	244 000
Genossenschaftliche Zentralbanken	2	2	2	11	11	11	5 000	5 150	5 250
Kreditgenossenschaften	1 124	1 104	1 081	11 938	11 778	11 541	⁵⁾ 158 250	⁵⁾ 159 750	⁵⁾ 160 100
Realkreditinstitute	18	17	17	51	49	50	.	.	.
Banken mit Sonderaufgaben ⁴⁾	20	20	22	29	29	29	⁶⁾ 14 250	⁶⁾ 16 950	⁶⁾ 16 900
Nachrichtlich: Bausparkassen	23	22	22	1 648	1 668	1 624	⁷⁾ 15 250	⁷⁾ 14 650	⁷⁾ 14 450

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Quelle: Bankstellenstatistik, in: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik, Statistisches Beiheft 1 zum Monatsbericht, S. 104. Kreditinstitutsbegriff auf KWG bezogen, insoweit Abweichungen zu Angaben in der „Bilanzstatistik“ und der „Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen“. **2** Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten, ohne Deutsche Bundesbank. Quellen: Angaben aus Verbänden sowie eigene Berechnungen. **3** Beschäftigte im privaten Bankgewerbe, einschl. der Realkreditinstitute in privater Rechtsform. **4** Ab 2012 Umgliederung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“. **5** Nur im Bankgeschäft hauptberuflich Beschäftigte. **6** Beschäftigte bei öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (Realkreditinstitute in öffentlicher Rechtsform) und bei öffentlich-rechtlichen Banken mit Sonderaufgaben. **7** Nur im Innendienst Beschäftigte.

Deutsche Bundesbank

bei den Publikumsfonds um 7,1 Mrd € auf 9,2 Mrd €.

Provisionsüberschuss nach Bankengruppen

Mit einem Anteil von 31,9% im langfristigen Durchschnitt ist im Großbankensektor das Provisionsergebnis traditionell wichtiger für das operative Geschäft als in den anderen Bankengruppen. Im Berichtsjahr erwirtschafteten sie damit 33,8% ihrer operativen Erträge und fast 40% des über alle Bankengruppen berechneten Provisionsüberschusses. Mit insgesamt 10,7 Mrd € steigerten sie ihr Ergebnis aus dem Provisionsgeschäft um 5,4%, womit sie maßgeblich zur Verbesserung im gesamten Aggregat beitrugen. Im Sparkassen- und Genossenschaftssektor verbesserte sich das Provisionsergebnis mit 6,2 Mrd € beziehungsweise 4,2 Mrd € jeweils leicht. In beiden Bankengruppen lag der Anteil an den operativen Erträgen mit 21,6% beziehungsweise 19,5% über dem Niveau des langfristigen Durchschnitts von 18,1% beziehungsweise 18,5%. Die operative Ertragslage der Verbundinstitute ist traditionell

durch einen stabilen Provisionsüberschuss geprägt, der sich zu einem Großteil aus Kontoführungsgebühren speist, aber auch Erträge aus der Vermittlung von Produkten der Unternehmen der jeweiligen Finanzgruppe (z. B. Investmentfondsgesellschaften) umfassen dürfte. Damit ist er weit weniger von den volatilen Aktienmärkten abhängig als in den anderen Bankengruppen. Im Landesbankensektor kam es zu einem Rückgang um 16,4% auf 0,7 Mrd €. Das war vor allem auf deutlich gestiegene Aufwendungen für die Bereitstellung öffentlicher Garantien bei zwei Landesbanken, die besonders durch die Schiffskrise belastet waren, zurückzuführen. Insgesamt dürften die im Provisionsergebnis berücksichtigten hohen Aufwendungen für die Bereitstellung öffentlicher Garantien bei einzelnen Landesbanken dazu beigetragen haben, dass seit 2009 die Bedeutung des Provisionsüberschusses für die Ertragslage im Landesbankensektor auf aggregierter Ebene deutlich nachgelassen hat; so steuerte dieser im Berichtsjahr nur noch 6,9% zu den operativen

Erträgen bei, verglichen mit 12,6% im langfristigen Durchschnitt.

Handelsgeschäft mit Ertragseinbußen

Nettoergebnis des Handelsbestandes deutlich rückläufig

Trotz der positiven Entwicklung an den nationalen und internationalen Aktienmärkten sowie der Wertaufholungen bei den Staatsanleihen aus den Krisenstaaten ist das typischerweise von großer Volatilität geprägte Handelsergebnis mit 5,9 Mrd € um 1,3 Mrd € deutlich zurückgegangen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Handelsgeschäft laut den veröffentlichten Geschäftsberichten kaum den eigentlichen Eigenhandel, sondern schwerpunktmäßig das kundeninduzierte Geschäft betraf. Der Anteil an den operativen Erträgen reduzierte sich um 0,6 Prozentpunkte, lag mit 4,9% aber dennoch deutlich über dem langfristigen Durchschnitt von 2,7%.

Handelsergebnis nach Bankengruppen

Die Entwicklung des Handelsergebnisses in den Bankengruppen war nicht unwesentlich durch Sonder- und Bewertungseffekte geprägt. Die Großbanken verringerten ihr Nettoergebnis deutlich um 1,4 Mrd € auf 3,8 Mrd €. Dies war vor allem auf die Ausweisänderung bei einer Großbank zurückzuführen, die die zinsbezogenen Aufwands- und Ertragskomponenten aus dem Nettoergebnis des Handelsbestandes in den Zinsüberschuss umgegliedert hat.¹²⁾ Gegenläufig wirkte die Auflösung von 0,5 Mrd € aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Absatz 4 HGB durch eine andere Großbank, die als Ertrag im Handelsergebnis berücksichtigt wurde. Insgesamt bewegte sich der Anteil des Handelsergebnisses an den operativen Erträgen in dieser Bankengruppe mit 12,1% immer noch deutlich über dem langfristigen Mittel von 5,5%. Die Genossenschaftlichen Zentralbanken verbuchten im Handelsergebnis einen beträchtlichen Rückgang um 0,5 Mrd € auf nur noch 0,3 Mrd €, der laut den veröffentlichten Geschäftsberichten zu einem Großteil auf rückläufige positive Bewertungseffekte zurückzuführen war. Damit halbierte sich der An-

Aufwand/Ertrag-Relation nach Bankengruppen^{*)}

in %

Bankengruppe	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Relation		
	2011	2012	2013
zum Rohertrag ¹⁾			
Alle Bankengruppen	66,7	68,9	72,1
Kreditbanken	75,9	75,4	77,7
Großbanken	81,1	76,9	82,8
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	68,1	73,2	69,8
Zweigstellen ausländischer Banken	54,4	56,8	59,5
Landesbanken ²⁾	57,3	65,8	72,5
Sparkassen	62,5	65,5	66,1
Genossenschaftliche Zentralbanken	63,9	62,2	61,5
Kreditgenossenschaften	65,5	67,3	65,9
Realkreditinstitute	51,5	54,6	70,1
Banken mit Sonderaufgaben ²⁾	37,3	49,0	89,3
zu den operativen Erträgen ³⁾			
Alle Bankengruppen	63,9	64,2	69,1
Kreditbanken	67,9	67,2	72,9
Großbanken	72,5	68,8	78,3
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	61,0	65,0	64,8
Zweigstellen ausländischer Banken	46,1	48,6	48,8
Landesbanken ²⁾	59,8	59,6	61,8
Sparkassen	62,7	65,7	67,1
Genossenschaftliche Zentralbanken	57,7	42,3	52,3
Kreditgenossenschaften	63,9	65,9	64,6
Realkreditinstitute	73,7	51,7	75,4
Banken mit Sonderaufgaben ²⁾	36,0	47,1	89,0

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. 1 Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss. 2 Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“. 3 Rohertrag zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

teil des Handelsergebnisses am operativen Geschäft auf 16%. Trotzdem war seine Bedeutung für die operative Ertragslage sowohl im Berichtsjahr als auch im langfristigen Durchschnitt noch immer spürbar höher als in den anderen Bankengruppen. Hauptsächlich als Folge von Veräußerungs- und Bewertungsgewinnen im Bereich der Handelsbestandsderivate konnten die Landesbanken ihr Handelsergebnis mit 1,3

¹²⁾ Zwar werden grundsätzlich alle im Zusammenhang mit Handelsgeschäften anfallenden Aufwendungen und Erträge im Handelsergebnis erfasst, eine alternative Verbuchung ist aber zulässig, wenn dies mit der internen Steuerung übereinstimmt. Vgl. hierzu: IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Bilanzierung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes bei Kreditinstituten (IDW RS BFA 2), Tz. 71–75.

Mrd € sowie auch dessen Anteil an den operativen Erträgen mit 12,5% nahezu verdoppeln. Im langfristigen Mittel war seine Bedeutung mit einem Anteil von 3,1% aber erkennbar geringer als bei den Großbanken und Genossenschaftlichen Zentralbanken. Für die anderen Institute spielte das Handelsergebnis – wie in den Jahren zuvor – im Rahmen der GuV-Rechnung im Aggregat kaum eine Rolle.

Sonstiges betriebliches Ergebnis auffallend verschlechtert

Negativer Saldo im sonstigen betrieblichen Ergebnis

In dieser Sammelposition der GuV-Statistik werden im Wesentlichen Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft, das Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben sowie übrige betriebliche Erträge und Aufwendungen erfasst. Zu Letzteren gehören auch Rückstellungen für Prozesskostenrisiken, die in den vergangenen Jahren in einigen Bankengruppen zunehmend umfangreicher ausgefallen sind. Mit einem Nettoaufwand von 0,9 Mrd € – im Vorjahr lag der Saldo mit 1,6 Mrd € noch deutlich im positiven Bereich – war der hier ausgewiesene Wert der niedrigste im Beobachtungszeitraum seit 1993. Neben den Regionalbanken, deren Nettoertrag erheblich um 0,8 Mrd € auf 1,1 Mrd € zurückging, trugen vor allem die Großbanken mit einem um 0,7 Mrd € auf 2,1 Mrd € spürbar ausgeweiteten Negativsaldo dazu bei.

Ungünstigere Aufwand/Ertrag-Relation

Verwaltungskosten praktisch unverändert

Der Rückgang der Erträge aus dem operativen Geschäft stellte das Kosten- und Prozessmanagement der Kreditinstitute erneut vor große Herausforderungen. Dabei nutzten vor allem Sparkassen und Kreditgenossenschaften durch den fortgesetzten Abbau ihres Filialnetzes (um 557 auf 23 864) weitere Einspar- und Synergiepotenziale. Im Gegensatz dazu kam es zu einem deutlichen Anstieg im Großbankensektor (um

569 auf 7 610). Dies war im Wesentlichen auf einen Anstieg von Filialen von Partnerunternehmen mit teilweise nur begrenzten Bankdienstleistungen zurückzuführen. Per saldo reduzierte sich der Bestand an Zweigstellen nur wenig um 40 auf 34 531 (vgl. Tabelle auf S. 68). Innerhalb der Verwaltungskosten standen rückläufigen Personalaufwendungen höhere sonstige Verwaltungskosten gegenüber; im Ergebnis blieben die gesamten Betriebskosten¹³⁾ mit knapp 83 Mrd € bei heterogener Entwicklung zwischen den Bankengruppen im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unverändert.

Bei den Personalaufwendungen verringerten sich die Kosten für Löhne und Gehälter um 0,3 Mrd € auf 34,6 Mrd €. Dies schlug sich insbesondere bei den Großbanken nieder und wurde in dieser Bankengruppe vornehmlich mit geringeren Aufwendungen für variable Gehaltsbestandteile sowie einem erneuten Rückgang der Beschäftigten begründet. Beides wirkte den Ausgaben für die Gehaltserhöhungen aus dem im Juni 2012 abgeschlossenen Tarifvertrag¹⁴⁾ für Beschäftigte bei privaten und öffentlichen Banken teilweise entgegen. Hinzu kam eine Verringerung der Altersversorgungsaufwendungen um 0,5 Mrd € auf 2,9 Mrd €. Auch hier dürfte neben den positiven Bewertungseffekten bei dem zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Deckungsvermögen¹⁵⁾ der Stellenabbau, der sich im deutschen Bankensektor im Berichtsjahr moderat fortsetzte, beigetragen haben (vgl. Tabelle auf S. 68).

Rückläufige Personalaufwendungen ...

Zu den anderen Verwaltungskosten zählen vor allem Sachaufwendungen und Aufwendungen für externe Dienstleistungen wie beispielsweise

¹³ Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände.

¹⁴ Dieser Tarifvertrag, der bis zum 30. April 2014 galt, sah eine Entgeltanhebung um 2,9% zum 1. Juli 2012 und um weitere 2,5% zum 1. Juli 2013 vor.

¹⁵ Zur Verbuchung von Erträgen und Aufwendungen in Zusammenhang mit Altersversorgungsverpflichtungen siehe ausführlich: IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Handelsrechtliche Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen (IDW RS HFA 30), Tz. 85–88.

... bei
gestiegenen
anderen Ver-
waltungsauf-
wendungen

Prüfungs- und Beratungskosten. Auch die Bankenabgabe¹⁶⁾, die im Jahr 2011 erstmals erhoben worden war, schlägt sich laut den veröffentlichten Geschäftsberichten vornehmlich in dieser Position nieder. Insgesamt ist dieser Kostenblock deutlich um 0,9 Mrd € auf 39,9 Mrd € angestiegen. Im Besonderen dürften sich hier erneut die Maßnahmen zur Erfüllung gesteigener regulatorischer Anforderungen ausgewirkt haben. Da vor allem die Gruppe der Großbanken sowohl einen Anstieg der anderen Verwaltungskosten als auch rückläufige Personalaufwendungen zu verzeichnen hatten, veränderten sich deren Verwaltungsaufwendungen mit 24,8 Mrd € zum Vorjahr per saldo kaum.

Aufwand/Ertrag-
Relation ertrags-
seitig belastet

Die Aufwand/Ertrag-Relation („cost/income-ratio“), die den Verwaltungsaufwand ins Verhältnis zu den operativen Erträgen setzt, zeigte im Vorjahresvergleich eine deutliche Verschlechterung an. Der Wert für diesen Indikator stieg um 4,9 Prozentpunkte auf 69,1%. Für diese Entwicklung war bei nahezu unveränderten Verwaltungsaufwendungen die deutlich rückläufige operative Ertragslage, die zum Teil unter dem Einfluss von Sonderfaktoren stand, ausschlaggebend.

„Cost/income-
ratio“ nach
Bankengruppen

Im Vergleich zu den anderen Bankengruppen schnitt der Großbankensektor mit einer um 9,5 Prozentpunkte gestiegenen Aufwand/Ertrag-Relation von 78,3% sowohl im Berichtsjahr als auch im langfristigen Durchschnitt abermals am schlechtesten ab.¹⁷⁾ Dies dürfte nicht zuletzt mit dem relativ hohen Anteil an variablen Gehaltsbestandteilen – obgleich diese zuletzt rückläufig waren – zusammenhängen, die den Verwaltungsaufwand belasten. Bei den besonders von den Auswirkungen der Finanzkrise betroffenen Gruppen der Landesbanken und Realkreditinstitute, bei denen sich diese Relation um 2,2 Prozentpunkte auf 61,8% beziehungsweise um 23,7 Prozentpunkte auf 75,4% erhöhte, handelte es sich jeweils um die geringste Kosteneffizienz in diesen Bankengruppen im Beobachtungszeitraum seit 1993. Vor allem die Realkreditinstitute, die im Bankengruppenvergleich immer die geringste Diversifikation bei den

operativen Erträgen aufweisen, litten unter ihrem erheblich rückläufigen Zinsergebnis. Die Aufwand/Ertrag-Relation der Genossenschaftlichen Zentralbanken, die im Vorjahr im Wesentlichen dank eines überdurchschnittlich guten Handelsergebnisses sehr günstig ausgefallen war, verschlechterte sich um 10 Prozentpunkte, bewegte sich mit 52,3% aber immer noch deutlich unter dem langfristigen Durchschnittswert von 57,4%. Da die Verbundinstitute im Gegensatz zu den anderen Bankengruppen über ein vergleichsweise dichtes Filialnetz verfügen, das die Verwaltungskosten für sich betrachtet erheblich belastet, befand sich die Aufwand/Ertrag-Relation bei den Sparkassen mit 67,1% (nach 65,7% im Vorjahr) und bei den Kreditgenossenschaften mit 64,6% (nach 65,9% im Vorjahr) im für diese Bankengruppen üblichen Bereich. In der Gruppe der Regionalbanken hatte sich diese Kennziffer mit 64,8% weder zum Vorjahr noch zum langfristigen Durchschnitt nennenswert verändert (vgl. Tabelle auf S. 69).

Bewertungsergebnis auf moderatem Niveau

Während sich die im Bewertungsergebnis¹⁸⁾ verbuchten Erträge auf 4,0 Mrd € nahezu halbierten, reduzierten sich die Aufwendungen mit 10,4 Mrd € nur um 1,2 Mrd €. Auch wenn das Bewertungsergebnis mit – 6,5 Mrd € schlechter

Gestiegener
Negativsaldo bei
rückläufigen
Erträgen und
Aufwendungen

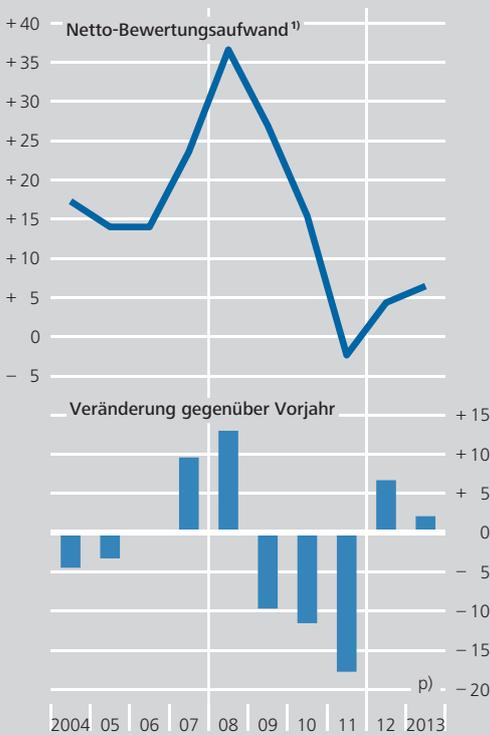
¹⁶ Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Grundzüge des Restrukturierungsgesetzes, Monatsbericht, Juni 2011, S. 63 ff. Gemäß Pressenotiz der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung vom 22. November 2013 belastete die Bankenabgabe die Ertragslage im Berichtsjahr mit insgesamt 0,5 Mrd €.

¹⁷ Die schlechte Aufwand/Ertrag-Relation von 89% bei den Banken mit Sonderaufgaben war im Wesentlichen auf den rein buchungstechnisch bedingten Sondereffekt im Zinsüberschuss bei der Umstellung der Bilanzierung der Förderkredite bei einem Institut zurückzuführen und blieb bei diesem Vergleich unberücksichtigt.

¹⁸ Das Bewertungsergebnis umfasst die Erträge aus Zuschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve, Forderungen und Kredite sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft sowie die Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve, Forderungen und Kredite und aus Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft. Innerhalb dieser Position wurde bereits von der nach § 340 f Abs. 3 HGB zulässigen Überkreuzkompensation Gebrauch gemacht.

Risikovorsorge der Kreditinstitute

Mrd €



¹ Ohne Sach- und Finanzanlagengeschäft.
 Deutsche Bundesbank

ausfiel als im Jahr 2012, lag es dank robuster Konjunkturlage und guter Portfolioqualität sowie nicht zuletzt infolge des bilanziellen Umwidmungseffektes¹⁹⁾ immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Im langfristigen Durchschnitt lag dieser Saldo bei – 15,8 Mrd €. In der vorliegenden GuV-Analyse wird der Nettosaldo aus der Bildung und Auflösung stiller Vorsorgereserven im Bewertungsergebnis berücksichtigt und wirkt sich auf die Höhe des Jahresüberschusses aus, während der Nettosaldo aus Entnahmen und Zuführungen, die den Fonds für allgemeine Bankrisiken (offene Vorsorgereserven) betreffen, erst im Rahmen der Gewinnverwendung bei der Rücklagenbildung erfasst wird.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft und bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve

Vor allem die im Bewertungsergebnis zum Ausdruck kommende Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Zuführungen und Auflösungen bei Wertberichtigungen, Abschreibungen und Rückstellungen umfasst, profitierte von der guten Konstitution der deutschen Wirtschaft, einem weiterhin hohen Beschäftigungsgrad

und den lebhaften Immobilienmärkten. So war die Gesamtzahl der Insolvenzen in Deutschland um 6% niedriger als im Vorjahr. Bei deutlich geringem Volumen an ausstehenden Forderungen reduzierte sich die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen um 6,6%, die der Unternehmensinsolvenzen sogar um 8,1%. Damit lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zum vierten Mal, die der Verbraucherinsolvenzen zum dritten Mal in Folge niedriger als im jeweiligen Vorjahr.²⁰⁾ Auf das Bewertungsergebnis bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve dürften sich die nachlassenden Spannungen an den internationalen Wertpapiermärkten günstig ausgewirkt haben. Laut den veröffentlichten Geschäftsberichten spiegelte sich dies in Wertaufholungen und Veräußerungsgewinnen, die sich dort positiv niedergeschlagen haben, wider.

Mit Ausnahme der Landesbanken und Genossenschaftlichen Zentralbanken hat sich das Bewertungsergebnis in den anderen Bankengruppen im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt spürbar verbessert. Am günstigsten fiel es bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften aus; hier schlug es mit 0,1 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd € erneut positiv zu Buche. Die Großbanken profitierten laut den veröffentlichten Geschäftsberichten neben dem geringeren Kreditrisikovorsorgebedarf auch von Veräußerungsgewinnen beziehungsweise Wertaufholungen im Bereich der Wertpapiere der Liquiditätsreserve. Mit einem Negativsaldo von nur noch 1 Mrd € führten sie dem Bewertungs-

Bewertungsergebnis in den einzelnen Bankengruppen

¹⁹ Vor dem Hintergrund der verschärften Regeln bei der Definition des bankaufsichtlich anerkannten Eigenkapitals auf europäischer Ebene (CRR/CRD IV) haben vor allem die Verbundinstitute zur Stärkung der Kernkapitaldecke ab 2011 in teilweise erheblichem Umfang stille in offene Vorsorgereserven umgewandelt – eine Maßnahme ohne wirtschaftlichen Ergebniseffekt. Die Auflösung stiller Vorsorgereserven wurde dabei als Ertrag im Bewertungsergebnis verbucht, die Zuführung zu den offenen Vorsorgereserven erst im Rahmen der Gewinnverwendung berücksichtigt. Vgl. hierzu ausführlich: Deutsche Bundesbank, Die Auswirkungen der Umwidmung stiller Vorsorgereserven nach § 340 f HGB in offene Vorsorgereserven nach § 340 g HGB auf den Jahresabschluss im Rahmen der GuV-Statistik, Monatsbericht, September 2012, S. 27 ff.

²⁰ Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt, Unternehmen und Arbeitsstätten, Fachserie 2, Reihe 4.1, Insolvenzverfahren Dezember und Jahr 2013, März 2014. Siehe auch die Ausgaben dieser Fachserie März 2012 und März 2013.

ergebnis 2,0 Mrd € weniger zu als im Vorjahr. Im Landesbankensektor fiel das Bewertungsergebnis mit – 3,3 Mrd € im Bankengruppenvergleich am schlechtesten aus. Im Vorjahr befand es sich vor allem dank positiver Sonderfaktoren nur knapp im negativen Bereich. Erneut belastete die anhaltende Krise auf den Schiffahrtsmärkten die davon betroffenen Landesbanken mit teilweise sehr hohen Abschreibungen auf die Kreditportfolios in diesem Bereich.

*Relation von
Bewertungs-
ergebnis zur
Bilanzsumme*

Zur besseren Vergleichbarkeit im Zeitablauf und zwischen den Bankengruppen bietet sich auch die Analyse der Relation von Bewertungsergebnis zur Bilanzsumme an. Mit Ausnahme der Landesbanken hat sich diese Kennziffer in den anderen Bankengruppen im Vergleich zum jeweiligen langfristigen Durchschnitt verbessert. Allerdings sollten hierbei Sonderfaktoren berücksichtigt werden. So gehörte beispielsweise im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2010 im Bankengruppenvergleich das Verhältnis von Bewertungsergebnis zur Bilanzsumme gerade bei den Verbundinstituten meistens zu den ungünstigsten. Über alle Bankengruppen betrachtet lag der langfristige Durchschnitt dieser Relation bei –0,25%, im Sparkassensektor schlug er mit –0,38%, bei den Kreditgenossenschaften mit –0,40% zu Buche. Dies dürfte mit ihrem Geschäftsmodell und der damit verbundenen schwerpunktmäßigen Kreditvergabe an Privatpersonen sowie kleine und mittelständische Unternehmen zusammenhängen. Die auffällige Verbesserung dieser Quote nach 2010 war nicht einer sprunghaft gestiegenen Kreditqualität zuzuschreiben, sondern hauptsächlich den im Bewertungsergebnis verbuchten Erträgen aus der Umwidmung stiller in offene Vorsorgereserven, die sich besonders in den Jahren 2011 und 2012 positiv ausgewirkt hat.

Belastungen im außerordentlichen Ergebnis erneut rückläufig

Der strukturell negative Saldo der außerordentlichen Rechnung, der sich im Berichtsjahr bei

rückläufigen Aufwendungen und gestiegenen Erträgen um 2,5 Mrd € auf 9,1 Mrd € reduzierte, umfasst neben dem Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen im engeren Sinne²¹⁾ auch Erträge und Aufwendungen aus dem Finanzanlagengeschäft sowie aus der Übernahme von bei verbundenen Unternehmen angefallenen Verlusten. Des Weiteren werden hier Aufwendungen aus abgeführten Gewinnen²²⁾ verbucht, da sie nicht dem eigentlichen operativen Geschäft zuzurechnen sind; diese belasteten die außerordentliche Rechnung im Berichtsjahr mit 4,8 Mrd € (nach 4,1 Mrd € im Vorjahr) und betrafen im Wesentlichen die Gruppe der Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken.

*Strukturell
negativer Saldo
in der außer-
ordentlichen
Rechnung*

Die nachlassenden Anspannungen an den Finanzmärkten führten im Jahr 2013 zu weiteren Wertaufholungen und einem erneut deutlich rückläufigen Negativsaldo im Finanzanlagengeschäft²³⁾. Dieser verbesserte sich zum Vorjahr um 3,6 Mrd € auf nur noch 2,1 Mrd €. Im Jahr 2011 hatte noch ein Nettoaufwand von 10,5 Mrd € die Ertragslage belastet. Besonders die Landesbanken reduzierten ihren Nettoaufwand um 1 Mrd € auf nur noch 0,3 Mrd €. Hierfür waren nicht zuletzt deutlich geringere Aufwendungen aus der Erfüllung von Auflagen aus dem EU-Beihilfverfahren bei einer Landesbank verantwortlich. Auch die Großbanken verbuchten mit 1,3 Mrd € einen um 0,9 Mrd € verkleinerten Negativsaldo. Bei den Sparkassen fiel der zum Vorjahr mit 0,9 Mrd € leicht verbes-

*Wertauf-
holungen im
Finanzanlagen-
geschäft*

²¹ In dieser Position werden nur außergewöhnliche Ereignisse, die den normalen Ablauf des Geschäftsjahres unterbrechen, erfasst. Hierzu zählen u. a. Verschmelzungsgewinne und -verluste, Umwandlungsgewinne und -verluste, Gläubigerverzicht bei Sanierungen sowie Sozialplan- und Restrukturierungsaufwendungen.

²² Hierbei handelt es sich um Aufwendungen aus Gewinnabführungen aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages. Im Gegensatz dazu werden die entsprechenden Ertragskomponenten im Zinsüberschuss verbucht; hier wird unterstellt, dass diese Bestandteil der geschäftspolitischen Strategie und damit des operativen Geschäfts sind.

²³ Das Finanzanlagengeschäft umfasst den Saldo aus Erträgen aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Positionen.

Aufgliederung des außerordentlichen Ergebnisses²⁴⁾

Mio €

Position	2011	2012	2013
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 17 079	- 11 663	- 9 115
Erträge (insgesamt)	6 632	2 546	3 241
aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	660	1 396	1 507
aus Verlustübernahme	5 213	458	865
Außerordentliche Erträge	759	692	869
Aufwendungen (insgesamt)	- 23 711	- 14 209	- 12 356
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- 11 113	- 7 081	- 3 629
aus Verlustübernahme	- 6 581	- 628	- 639
Außerordentliche Aufwendungen	- 2 597	- 2 381	- 3 291
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	- 3 420	- 4 119	- 4 797

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Deutsche Bundesbank

serte Nettoaufwand aus dem Finanzanlagen-geschäft allerdings noch erheblich ungünstiger aus als im langfristigen Durchschnitt. Dies dürfte zu einem Gutteil mit Abschreibungen auf Betei-ligungen an einzelnen Landesbanken zusam-menhängen.

sich die risikogewichteten Aktiva im gleichen Zeitraum rückläufig entwickelten, dürfte im Er-gebnis die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensektors gestärkt worden sein. Die bilan-zielle Eigenkapitalquote erreichte mit 4,8% den höchsten Wert im Beobachtungszeitraum seit 1993 (3,7% im langfristigen Durchschnitt).

Jahresüberschuss und Bilanzgewinn

Rückläufiger Jahres-überschuss bei erneut gestiegenem bilanziellen Eigenkapital

Mit einem Betrag von 21,5 Mrd € blieb der ag-gregierte Jahresüberschuss vor Steuern um 28,7% erheblich hinter seinem Vorjahreswert zurück. Bei gleichzeitig erhöhtem bilanziellen Eigenkapital²⁴⁾ – dieses stieg zum Vorjahr in jah-resdurchschnittlicher Betrachtung um 5,2% auf 406,6 Mrd € – reduzierte sich somit die Eigenkapitalrentabilität merklich um 2,5 Prozentpunkte auf 5,3%. Insgesamt stieg das bilanzielle Eigenkapital im Rahmen der Ergebnisverwend-ung sowie der Kapitalzuführung von außen in den Jahren von 2010 bis 2013 um 18,5%. Da

Nach Bankengruppen betrachtet war das Ertragsbild weiterhin von einem starken Gefälle gekennzeichnet. Zwar gab die Eigenkapitalren-dite bei den Verbundinstituten insbesondere als Folge des erneut kräftigen Anstiegs beim bilan-ziellen Eigenkapital, der im Wesentlichen auf die hohen Nettozuführungen zum Fonds für all-gemeine Bankrisiken aus dem Vorjahr zurück-

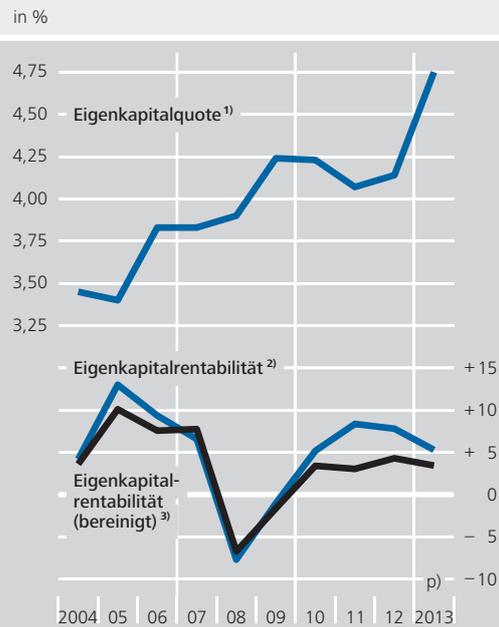
*Eigenkapital-
rentabilität nach
Bankengruppen*

²⁴ Einschl. Rücklagen und Fonds für allgemeine Bankrisiken. Zu beachten ist, dass grundsätzlich die aus dem Jahresüberschuss zugeführten Beträge das bilanzielle Eigenkapital erst im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses erhöhen.

zuführen war,²⁵⁾ wieder nach. Trotzdem schnitten sie gemessen an dieser Ertragskennziffer im Bankengruppenvergleich wiederum mit Abstand am besten ab. Bei den Kreditgenossenschaften errechnete sich bei leicht gestiegenem Jahresüberschuss vor Steuern (um 0,2 Mrd € auf 7,6 Mrd €) eine Eigenkapitalrendite von 14,8%. Bei den Sparkassen, die einen um 0,9 Mrd € auf 8,6 Mrd € erkennbar verringerten Jahresüberschuss aufwiesen, lag sie bei 10,6%. Da in beiden Bankengruppen das Bewertungsergebnis erneut positiv war, dürfte der Umwidmungseffekt auch im Berichtsjahr den Jahresüberschuss positiv beeinflusst haben. Bei der Berechnung der Eigenkapitalrentabilität unter Berücksichtigung des bereinigten Jahresüberschusses, das heißt gemindert um die Nettozuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken, ergab sich für 2013 eine Eigenkapitalrentabilität von 7,9% im Genossenschaftssektor und 5,6% im Sparkassensektor. Auch bei dieser Betrachtung nahmen die Verbundinstitute im Bankengruppenvergleich die vorderen Plätze ein.

Die Regionalbanken wiesen zwar einen spürbar gestiegenen Jahresüberschuss vor Steuern aus, hatten aber auch ihre bilanzielle Eigenkapitalbasis erheblich gestärkt. Im Ergebnis fiel die Eigenkapitalrentabilität mit 5,3% um 0,8 Prozentpunkte schlechter als im Vorjahr aus. Bei den Großbanken verringerte sich dieser Indikator bei spürbar rückläufigem Jahresüberschuss vor Steuern und kaum veränderter bilanzieller Eigenkapitalbasis um 2,1 Prozentpunkte auf 4,6%. Unter dem Einfluss eines geringeren Jahresüberschusses vor Steuern und gestiegenen bilanziellen Eigenkapitals ging die Eigenkapitalrentabilität der Genossenschaftlichen Zentralbanken um 0,8 Prozentpunkte auf 4,1% zurück. Die Realkreditinstitute, deren bilanzielles Eigenkapital erneut rückläufig war, lagen mit einer Eigenkapitalrentabilität von 0,7% neben den Landesbanken, die eine Eigenkapitalrentabilität von – 0,8% aufwiesen, auch im langfristigen Vergleich im unteren Bereich.²⁶⁾ Bei Letzteren schlug vor allem eine hohe Kreditrisikoversorge ertragsmindernd zu Buche.

Eigenkapital und Rentabilität der Kreditinstitute



1 Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital) in % der Bilanzsumme; Jahresdurchschnitt. **2** Jahresüberschuss vor Steuern in % des durchschnittlichen Eigenkapitals. **3** Jahresüberschuss vor Steuern gemindert um Nettozuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (bereinigter Jahresüberschuss) in % des durchschnittlichen Eigenkapitals.
 Deutsche Bundesbank

Im Rahmen der Ergebnisverwendung erhöhen die aus dem Jahresüberschuss zugeführten Beträge das Eigenkapital erst im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses, während Entnahmen aus den Eigenkapitalpositionen spätestens mit Aufstellung des Jahresabschlusses vom bilanziellen Eigenkapital abzuziehen sind.²⁷⁾ Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde per saldo ein Betrag von 7,6 Mrd € (nach 13,6 Mrd € im Vorjahr) zugeführt, der unter anderem auch aus der Umwidmung stiller in offene Vor-

Hohe Nettozuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

25 Im Rahmen der Umwidmung stiller in offene Vorsorgereserven verbessern die Erträge aus der Auflösung stiller Vorsorgereserven das Bewertungsergebnis und den Jahresüberschuss des jeweiligen Berichtsjahres, während die Nettozuführungen zu den offenen Vorsorgereserven das bilanzielle Eigenkapital erst im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses erhöhen.

26 Die negative Profitabilität bei den Banken mit Sonderaufgaben, die im Wesentlichen auf den buchungstechnischen Sondereffekt im Zinsüberschuss bei der Umstellung der Bilanzierung der Förderkredite bei einem Förderinstitut zurückzuführen war, blieb bei dieser Analyse unberücksichtigt.

27 Diese Verbuchungspraxis hat Auswirkungen auf die Höhe des jahresdurchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals.

Eigenkapitalrentabilität einzelner Bankengruppen¹⁾

in %

Bankengruppe	2009	2010	2011	2012	2013
Alle Bankengruppen	- 1,03 (- 2,18)	5,18 (3,67)	8,36 (6,49)	7,80 (5,58)	5,29 (3,53)
Kreditbanken	- 5,82 (- 5,67)	3,01 (2,01)	1,77 (0,75)	6,55 (3,68)	4,97 (3,54)
darunter:					
Großbanken	- 9,10 (- 8,11)	2,88 (2,19)	- 0,12 (- 0,83)	6,65 (2,91)	4,58 (3,24)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	0,06 (- 1,32)	2,78 (1,39)	4,80 (3,33)	6,08 (4,75)	5,28 (3,83)
Landesbanken ¹⁾	- 9,23 (- 9,58)	- 1,47 (- 1,31)	0,12 (- 1,02)	3,91 (2,77)	- 0,80 (- 1,58)
Sparkassen	8,48 (4,44)	11,42 (7,07)	27,35 (22,88)	12,96 (9,32)	10,61 (7,32)
Genossenschaftliche Zentralbanken	7,24 (7,62)	5,77 (5,83)	10,27 (9,50)	4,94 (8,30)	4,10 (3,16)
Kreditgenossenschaften	8,96 (5,04)	12,12 (8,02)	16,39 (11,87)	15,71 (11,50)	14,75 (10,99)
Realkreditinstitute	- 8,33 (- 9,29)	- 0,50 (- 0,40)	- 1,72 (- 2,14)	0,58 (0,46)	0,73 (0,18)

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Jahresüberschuss vor Steuern (in Klammer: nach Steuern) in % des durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital). 1 Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“.

Deutsche Bundesbank

sorgereserven stammen dürfte.²⁸⁾ Die Rücklagen und das Genussrechtskapital wurden um 0,4 Mrd € aufgestockt. Wie schon in den Vorjahren haben vor allem die Sparkassen und Kreditgenossenschaften ihr bilanzielles Eigenkapital gestärkt. Die Aufstockung im Großbankensektor war zu einem Großteil Folge einer Umbuchungsmaßnahme ohne wirtschaftliche Auswirkungen auf die bilanzielle Eigenkapitalbasis.²⁹⁾ Landesbanken und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben lösten zum Verlustausgleich per saldo Positionen des bilanziellen Eigenkapitals auf. Des Weiteren haben die um 0,3 Mrd € auf 8,1 Mrd € gestiegenen Netto-Verlustvorträge³⁰⁾ das Bilanzergebnis belastet; diese konzentrierten sich aber vornehmlich – wie bereits in den Vorjahren – auf einzelne Realkreditinstitute, Banken mit Sonderaufgaben und Regionalbanken.

Unter Berücksichtigung eines reduzierten Aufwands an Steuern vom Einkommen und Ertrag verblieb nun schon zum sechsten Mal in Folge

ein aggregierter Bilanzverlust, der zudem mit 1,7 Mrd € deutlich größer ausfiel als im Vorjahr. Wie bereits im Jahr 2012 waren dafür im Besonderen die auf Gruppenebene ausgewiesenen Bilanzverluste der Realkreditinstitute (4,8 Mrd €), der Banken mit Sonderaufgaben (2,0 Mrd €) sowie in geringerem Maße der Regionalbanken (0,2 Mrd €) verantwortlich. Die negativen Bilanzergebnisse konzentrierten sich dabei erneut auf wenige, eher größere Institute. Alle anderen Bankengruppen verbuchten einen Bilanzgewinn.

²⁸ Die als Aufwand im Handelsergebnis gebuchten Nettozuführungen gemäß § 340e Abs. 4 HGB sind in diesen Nettozuführungen nicht enthalten.

²⁹ Bei einer Großbank wurden Beträge aus dem im Fonds für allgemeine Bankrisiken enthaltenen zweckgebundenen Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB ertragswirksam im Handelsergebnis aufgelöst, um sie dann im Rahmen der Ergebnisverwendung dem nicht zweckgebundenen Teil des Fonds für allgemeine Bankrisiken wieder zuzuführen. Auf die Höhe des bilanziellen Eigenkapitals hat diese Umbuchung keine Auswirkungen.

³⁰ Bei der Berechnung der bankaufsichtlich anerkannten Eigenmittel sind Verlustvorträge vom harten Kernkapital abzuziehen.

■ Ausblick

Gruppenergebnisse im ersten Halbjahr 2014

Für die Analyse der Ertragsentwicklung am aktuellen Rand kann zwar nicht auf eine Berichterstattung auf Einzelebene nach HGB zurückgegriffen werden, gleichwohl liefert die unterjährige Konzernberichterstattung der Gruppe der großen deutschen, international tätigen Kreditinstitute³¹⁾, die nach IFRS bilanzieren, wichtige Anhaltspunkte und Hinweise. Im ersten Halbjahr des Jahres 2014 lagen hier die Erträge aus dem operativen Geschäft mit 31,8 Mrd € – bei spürbar rückläufiger Bilanzsumme – um gut 8% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Dabei verringerten sich sowohl Zinsüberschuss als auch Handelsergebnis deutlich, während der Provisionsüberschuss leicht zunahm. Stabilisierend wirkte die erheblich geringere Zuführung zur Kreditrisikovorsorge, wozu auch ein positiver Sondereffekt im Landesbankensektor beitrug. In der Gesamtbetrachtung befand sich das Ergebnis vor Steuern mit 8,0 Mrd € nur knapp unter dem entsprechenden Vorjahreswert, sodass bei leicht erhöhtem bilanziellen Eigenkapital die Eigenkapitalrendite etwas gesunken ist.

*Verhaltens-
Ausblick*

Vor dem Hintergrund der geopolitischen Spannungen haben sich die konjunkturellen Aussichten in Deutschland nach der Jahresmitte eingetrübt; gleichwohl dürfte trotz Stimmungsdämpfer und nachlassendem Expansionstempo im ersten Halbjahr 2014 die gesamtwirtschaftliche Grundtendenz weiterhin positiv bleiben. Hierfür sprechen die gute Arbeitsmarktlage und die hohe Anschaffungsneigung der privaten Haushalte sowie die günstigen Bedingungen am Wohnungsmarkt und nicht zuletzt die robuste Konstitution des inländischen Unternehmenssektors. Damit besteht ein deutliches Gegengewicht zu Störungen im außenwirtschaftlichen Umfeld, das auch die Kosten für die Kreditrisiko-

vorsorge der Banken in Grenzen halten dürfte. Allerdings hat die erhöhte Unsicherheit die Suche nach liquiden beziehungsweise sicheren Anlageformen wieder verstärkt. Außerdem hat der EZB-Rat im Juni 2014 weitere expansive Maßnahmen beschlossen.

Die Umlaufrenditen börsennotierter Bundesanleihen mit neun- bis zehnjähriger Restlaufzeit fielen von April bis August von 1,5% auf nur noch 1,0% und erreichten teilweise neue historische Tiefstände. Zudem hat sich die Zinsstrukturkurve im Jahresverlauf in Erwartung weiterhin sehr niedriger Kurzfristzinsen zusehends abgeflacht und bewegt sich seit Juni in den kürzerfristigen Laufzeiten um das Nullzinsniveau. Dies dürfte den Margendruck im zinsabhängigen Geschäft hoch halten und das Ertragspotenzial aus der Fristentransformation zunehmend belasten. Im Besonderen ist davon die bislang noch recht stabile Ertragslage der Verbundinstitute betroffen, die einen Gutteil ihres Zinsergebnisses aus der Fristentransformation generieren. In die gleiche Richtung dürften die Beschlüsse des EZB-Rats vom 4. September 2014 weisen, die neben einer weiteren Senkung der Leitzinssätze um 10 Basispunkte (mit Wirkung vom 10. September 2014) den Ankauf von verbrieften Krediten und Pfandbriefen vorsehen. Nicht zuletzt dürfte die Liquiditätsvorsorge der Kreditinstitute tendenziell an Bedeutung gewinnen. Auf der Kostenseite werden die Maßnahmen zur Umsetzung der Erfüllung strengerer regulatorischer Anforderungen sowie der hohe Restrukturierungsaufwand weiter zu Buche schlagen. Unter diesen Bedingungen bleibt der Spielraum für Ertragspotenziale kurzfristig eng bemessen.

³¹ Diese Gruppe umfasst 11 Institute (Großbanken, Genossenschaftliche Zentralbanken sowie ausgewählte Landesbanken).

Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ^{*)}

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben ¹⁾
		insgesamt	Großbanken	darunter: Regionalbanken und sonstige Kreditbanken						
Zinserträge ²⁾										
2007	5,13	4,78	4,65	5,23	5,66	4,81	3,56	4,77	7,09	4,45
2008	5,20	4,73	4,53	5,36	5,59	4,97	3,90	4,95	7,73	4,53
2009	3,86	3,24	2,93	4,07	3,82	4,37	2,85	4,41	5,38	3,75
2010	3,23	2,60	2,19	3,74	3,21	4,02	2,27	4,03	4,47	2,96
2011	3,29	2,02	1,56	3,78	5,39	3,96	2,14	3,93	4,96	3,05
2012	2,86	1,77	1,37	3,35	4,87	3,72	1,90	3,68	4,25	2,59
2013	2,58	1,70	1,29	3,09	3,49	3,39	1,75	3,40	3,91	2,80
Zinsaufwendungen										
2007	4,01	3,48	3,56	3,23	5,01	2,75	3,06	2,61	6,65	4,02
2008	4,11	3,52	3,54	3,47	4,87	2,97	3,32	2,89	7,34	4,09
2009	2,72	2,04	1,84	2,57	3,11	2,25	2,41	2,18	4,91	3,22
2010	2,10	1,45	1,24	2,05	2,52	1,82	1,79	1,69	4,02	2,45
2011	2,27	1,17	0,93	2,09	4,69	1,75	1,69	1,63	4,56	2,59
2012	1,87	0,92	0,69	1,84	4,24	1,59	1,42	1,47	3,83	2,14
2013	1,57	0,80	0,61	1,49	2,81	1,29	1,22	1,15	3,53	2,61
Saldo der Zinserträge und -aufwendungen = Zinsüberschuss (Zinsspanne)										
2007	1,12	1,30	1,09	2,00	0,65	2,06	0,50	2,15	0,43	0,43
2008	1,09	1,20	0,99	1,89	0,72	2,00	0,58	2,06	0,39	0,44
2009	1,14	1,20	1,09	1,50	0,72	2,13	0,45	2,23	0,47	0,53
2010	1,14	1,14	0,95	1,69	0,68	2,20	0,48	2,33	0,44	0,51
2011	1,02	0,85	0,64	1,69	0,70	2,21	0,45	2,30	0,41	0,46
2012	0,99	0,85	0,68	1,51	0,63	2,12	0,48	2,21	0,43	0,45
2013	1,01	0,89	0,69	1,60	0,68	2,11	0,52	2,25	0,38	0,19
Saldo aus Provisionserträgen und -aufwendungen = Provisionsüberschuss										
2007	0,39	0,60	0,51	0,92	0,13	0,60	0,12	0,67	0,04	0,10
2008	0,36	0,54	0,45	0,82	0,13	0,57	0,11	0,63	0,05	0,09
2009	0,34	0,55	0,50	0,70	0,07	0,55	0,14	0,58	0,02	0,10
2010	0,35	0,56	0,50	0,72	0,08	0,57	0,13	0,59	0,02	0,09
2011	0,32	0,42	0,35	0,70	0,07	0,57	0,13	0,58	0,02	0,08
2012	0,30	0,37	0,32	0,61	0,06	0,56	0,12	0,56	0,02	0,09
2013	0,34	0,43	0,38	0,62	0,06	0,57	0,13	0,56	0,01	0,11

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. ^{o)} Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken. Anmerkungen 1 und 2 siehe S. 80.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ¹⁾

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ²⁾

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben ¹⁾
		insgesamt	Großbanken	darunter: Regionalbanken und sonstige Kreditbanken						
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen										
2007	1,00	1,28	1,13	1,81	0,43	1,90	0,39	2,12	0,18	0,21
2008	0,95	1,20	1,02	1,75	0,43	1,81	0,36	2,01	0,17	0,20
2009	1,02	1,40	1,31	1,65	0,45	1,80	0,41	1,98	0,18	0,21
2010	0,99	1,32	1,20	1,67	0,44	1,74	0,38	1,88	0,17	0,19
2011	0,89	0,97	0,80	1,62	0,44	1,74	0,37	1,88	0,22	0,20
2012	0,89	0,92	0,77	1,55	0,46	1,76	0,37	1,86	0,24	0,26
2013	0,97	1,03	0,89	1,55	0,54	1,77	0,40	1,85	0,27	0,27
Nettoergebnis des Handelsbestandes ³⁾										
2007	-0,01	0,03	0,08	-0,13	-0,10	0,01	-0,19	0,01	0,00	0,00
2008	-0,22	-0,55	-0,69	-0,14	-0,09	0,00	-0,33	0,00	0,00	0,00
2009	0,09	0,18	0,22	0,08	0,06	0,02	0,33	0,01	0,00	0,00
2010	0,07	0,17	0,23	0,00	0,03	0,00	0,19	0,00	0,00	0,00
2011	0,05	0,13	0,15	0,05	-0,04	0,00	0,06	0,00	0,00	0,00
2012	0,08	0,14	0,16	0,04	0,05	0,00	0,28	0,00	0,00	0,00
2013	0,07	0,11	0,14	0,04	0,11	0,00	0,12	0,00	0,00	0,00
Betriebsergebnis vor Bewertung										
2007	0,54	0,67	0,53	1,14	0,27	0,84	0,05	0,89	0,33	0,34
2008	0,34	0,08	-0,22	0,99	0,36	0,82	0,03	0,93	0,28	0,34
2009	0,55	0,51	0,40	0,77	0,43	0,90	0,52	0,92	0,31	0,42
2010	0,56	0,50	0,35	0,91	0,37	1,03	0,42	1,07	0,30	0,42
2011	0,50	0,46	0,30	1,04	0,30	1,03	0,27	1,06	0,08	0,36
2012	0,49	0,45	0,35	0,84	0,31	0,92	0,51	0,97	0,23	0,30
2013	0,43	0,38	0,25	0,84	0,33	0,87	0,37	1,01	0,09	0,03
Bewertungsergebnis										
2007	-0,29	-0,17	-0,13	-0,31	-0,13	-0,43	-0,18	-0,44	-0,14	-0,96
2008	-0,44	-0,34	-0,32	-0,42	-0,50	-0,47	-0,25	-0,56	-0,48	-0,53
2009	-0,34	-0,31	-0,28	-0,40	-0,38	-0,42	0,01	-0,33	-0,43	-0,25
2010	-0,19	-0,16	-0,08	-0,36	-0,15	-0,33	0,00	-0,33	-0,31	-0,05
2011	0,03	-0,11	-0,06	-0,31	-0,05	0,69	0,41	-0,04	-0,25	0,08
2012	-0,05	-0,10	-0,09	-0,11	-0,01	0,06	-0,05	0,04	-0,11	-0,04
2013	-0,08	-0,05	-0,03	-0,13	-0,27	0,01	-0,12	0,04	-0,08	-0,08

Anmerkungen *, ²⁾ siehe S. 79. ¹⁾ Ab 2012 Zuordnung der Portigon AG (Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“. ²⁾ Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. ³⁾ Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ◊

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken 1)	Spar-kassen	Genossen-schaftliche Zentral-banken	Kredit-genossen-schaften	Real-kredit-institute	Banken mit Sonder-auf-gaben 1)
		ins-gesamt	darunter:							
			Groß-banken	Regio-nal-banken und son-stige Kredit-banken						
Betriebsergebnis										
2007	0,25	0,51	0,41	0,84	0,15	0,40	-0,13	0,45	0,18	-0,62
2008	-0,10	-0,26	-0,54	0,57	-0,14	0,35	-0,23	0,37	-0,20	-0,19
2009	0,21	0,20	0,12	0,37	0,05	0,48	0,53	0,58	-0,12	0,18
2010	0,37	0,35	0,27	0,55	0,22	0,71	0,42	0,74	0,00	0,37
2011	0,53	0,34	0,24	0,73	0,25	1,73	0,68	1,02	-0,18	0,43
2012	0,45	0,35	0,25	0,73	0,30	0,98	0,46	1,00	0,11	0,26
2013	0,36	0,33	0,21	0,72	0,06	0,87	0,25	1,06	0,01	-0,05
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen										
2007	0,00	0,13	0,28	-0,36	-0,10	-0,04	-0,02	0,02	-0,14	-0,07
2008	-0,20	-0,29	-0,26	-0,39	-0,21	-0,14	0,08	-0,05	-0,15	-0,19
2009	-0,26	-0,43	-0,47	-0,37	-0,42	-0,04	-0,27	-0,08	-0,05	-0,01
2010	-0,15	-0,23	-0,17	-0,40	-0,28	-0,09	-0,18	-0,05	-0,01	0,01
2011	-0,19	-0,29	-0,24	-0,47	-0,25	-0,17	-0,24	-0,04	0,13	-0,05
2012	-0,12	-0,16	-0,09	-0,40	-0,14	-0,12	-0,26	0,00	-0,10	-0,07
2013	-0,11	-0,16	-0,08	-0,41	-0,10	-0,09	-0,06	-0,04	0,02	-0,07
Jahresüberschuss vor Steuern										
2007	0,25	0,64	0,68	0,48	0,05	0,37	-0,15	0,47	0,04	-0,70
2008	-0,30	-0,55	-0,81	0,18	-0,36	0,21	-0,15	0,32	-0,35	-0,38
2009	-0,04	-0,24	-0,35	0,00	-0,37	0,44	0,26	0,50	-0,18	0,17
2010	0,22	0,12	0,10	0,14	-0,06	0,62	0,23	0,69	-0,01	0,38
2011	0,34	0,06	0,00	0,26	0,00	1,56	0,44	0,98	-0,05	0,39
2012	0,32	0,20	0,16	0,32	0,17	0,86	0,21	1,00	0,02	0,19
2013	0,25	0,17	0,13	0,30	-0,04	0,78	0,19	1,02	0,02	-0,12
Jahresüberschuss nach Steuern										
2007	0,18	0,52	0,57	0,36	0,03	0,21	0,11	0,30	0,02	-0,71
2008	-0,32	-0,54	-0,76	0,10	-0,39	0,11	0,05	0,23	-0,37	-0,39
2009	-0,09	-0,23	-0,31	-0,06	-0,39	0,23	0,28	0,28	-0,20	0,17
2010	0,16	0,08	0,08	0,07	-0,05	0,38	0,24	0,45	-0,01	0,37
2011	0,26	0,02	-0,02	0,18	-0,04	1,30	0,41	0,71	-0,06	0,38
2012	0,23	0,11	0,07	0,25	0,12	0,62	0,35	0,73	0,01	0,18
2013	0,17	0,12	0,09	0,22	-0,08	0,54	0,15	0,76	0,01	-0,12

*, ◊ Anmerkungen siehe S. 79. Anmerkung 1 siehe S. 80.

Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute ^{*)}

Geschäftsjahr	Zahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme im Jahresdurchschnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Nettoergebnis des Handelsbestandes ³⁾	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	Operative Erträge ⁴⁾ (Sp. 3+6+9+10)
			Zinsüberschuss (Sp. 4–5)	Zinserträge ²⁾	Zinsaufwendungen	Provisionsüberschuss (Sp. 7–8)	Provisionserträge	Provisionsaufwendungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Mrd €											
2006	1 940	7 719,0	89,1	357,5	268,3	29,9	38,4	8,6	4,4	7,3	130,7
2007	1 903	8 158,9	91,6	418,9	327,4	31,7	42,2	10,5	– 1,1	3,5	125,6
2008	1 864	8 327,1	90,6	432,8	342,2	29,7	41,1	11,3	– 18,7	5,6	107,2
2009	1 819	8 022,1	91,5	309,9	218,4	27,4	39,4	12,0	6,9	0,5	126,3
2010	1 798	8 105,2	92,1	262,2	170,0	28,6	40,6	12,0	5,7	– 0,6	125,9
2011	1 778	8 968,7	91,3	295,2	203,9	28,8	39,7	10,9	4,6	0,6	125,3
2012	1 754	9 341,9	92,3	267,0	174,8	28,0	38,5	10,5	7,1	1,6	129,0
2013	1 726	8 551,6	86,4	220,8	134,4	28,7	39,2	10,6	5,9	– 0,9	120,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in % ⁶⁾											
2007	– 1,9	5,7	2,8	17,2	22,0	6,1	9,8	22,7	.	– 51,9	– 3,9
2008	– 2,0	2,1	– 1,0	3,3	4,5	– 6,2	– 2,7	8,0	– 1 537,6	58,4	– 14,7
2009	– 2,4	– 3,7	0,9	– 28,4	– 36,2	– 7,8	– 4,0	5,8	.	– 90,7	17,8
2010	– 1,2	1,0	0,7	– 15,4	– 22,1	4,5	3,1	– 0,2	– 17,3	.	– 0,3
2011	– 1,1	10,7	– 0,9	12,6	19,9	0,5	– 2,4	– 9,2	– 19,4	.	– 0,5
2012	– 1,3	4,2	1,0	– 9,5	– 14,3	– 2,6	– 2,8	– 3,3	55,3	163,9	2,9
2013	– 1,6	– 8,5	– 6,4	– 17,3	– 23,1	2,3	1,8	0,4	– 18,0	.	– 6,9
in % der durchschnittlichen Bilanzsumme											
2006	.	.	1,15	4,63	3,48	0,39	0,50	0,11	0,06	0,09	1,69
2007	.	.	1,12	5,13	4,01	0,39	0,52	0,13	– 0,01	0,04	1,54
2008	.	.	1,09	5,20	4,11	0,36	0,49	0,14	– 0,22	0,07	1,29
2009	.	.	1,14	3,86	2,72	0,34	0,49	0,15	0,09	0,01	1,57
2010	.	.	1,14	3,23	2,10	0,35	0,50	0,15	0,07	– 0,01	1,55
2011	.	.	1,02	3,29	2,27	0,32	0,44	0,12	0,05	0,01	1,40
2012	.	.	0,99	2,86	1,87	0,30	0,41	0,11	0,08	0,02	1,38
2013	.	.	1,01	2,58	1,57	0,34	0,46	0,12	0,07	– 0,01	1,40

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken. **2** Zinserträge zuzüglich Deutsche Bundesbank

Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften. **4** Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			Betriebs- ergebnis vor Bewertung (Sp. 11 – 12)	Bewer- tungs- ergebnis (ohne Sach- und Finanz- anlagen- geschäft)	Betriebs- ergebnis (Sp. 15 + 16)	Saldo der anderen und außer- ordent- lichen Erträge und Auf- wendungen	Jahresüber- schuss vor Steuern (Sp. 17 + 18)	Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag	Jahresüber- schuss bzw. -fehl- betrag (-) (Sp. 19 – 20)	Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13 + 14)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen insge- samt ⁵⁾								
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Mrd €										
81,5	46,0	35,5	49,2	- 14,0	35,2	- 7,6	27,6	5,4	22,2	2006
81,6	44,6	37,0	44,1	- 23,6	20,5	0,1	20,5	6,0	14,6	2007
78,7	42,0	36,7	28,5	- 36,6	- 8,2	- 16,9	- 25,0	1,3	- 26,3	2008
82,2	45,0	37,2	44,1	- 26,9	17,2	- 20,6	- 3,5	3,9	- 7,4	2009
80,2	42,3	38,0	45,7	- 15,4	30,3	- 12,5	17,8	5,2	12,6	2010
80,1	41,7	38,4	45,2	2,3	47,6	- 17,1	30,5	6,8	23,7	2011
82,8	43,8	39,0	46,2	- 4,4	41,8	- 11,7	30,2	8,6	21,6	2012
83,0	43,1	39,9	37,1	- 6,5	30,6	- 9,1	21,5	7,2	14,3	2013
Veränderung gegenüber Vorjahr in % ⁶⁾										
0,1	- 3,0	4,1	- 10,5	- 68,6	- 41,9	.	- 25,6	9,8	- 34,3	2007
- 3,5	- 5,8	- 0,7	- 35,4	- 55,1	.	.	.	- 77,7	.	2008
4,4	7,0	1,5	54,9	26,4	.	- 22,4	86,1	195,0	71,9	2009
- 2,4	- 6,0	2,0	3,6	42,9	76,6	39,3	.	32,6	.	2010
- 0,2	- 1,4	1,2	- 1,0	.	57,0	- 36,4	71,5	31,8	87,9	2011
3,4	5,2	1,5	2,1	.	- 12,1	31,7	- 1,1	25,5	- 8,8	2012
0,2	- 1,8	2,3	- 19,7	- 48,4	- 26,8	21,8	- 28,7	- 16,4	- 33,5	2013
in % der durchschnittlichen Bilanzsumme										
1,06	0,60	0,46	0,64	- 0,18	0,46	- 0,10	0,36	0,07	0,29	2006
1,00	0,55	0,45	0,54	- 0,29	0,25	0,00	0,25	0,07	0,18	2007
0,95	0,50	0,44	0,34	- 0,44	- 0,10	- 0,20	- 0,30	0,02	- 0,32	2008
1,02	0,56	0,46	0,55	- 0,34	0,21	- 0,26	- 0,04	0,05	- 0,09	2009
0,99	0,52	0,47	0,56	- 0,19	0,37	- 0,15	0,22	0,06	0,16	2010
0,89	0,46	0,43	0,50	0,03	0,53	- 0,19	0,34	0,08	0,26	2011
0,89	0,47	0,42	0,49	- 0,05	0,45	- 0,12	0,32	0,09	0,23	2012
0,97	0,50	0,47	0,43	- 0,08	0,36	- 0,11	0,25	0,08	0,17	2013

delsbestandes (bis 2009 aus Finanzgeschäften) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. **5** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung). **6** Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet.

Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ^{*)}

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Mio €									
		Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des ³⁾	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ⁴⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zinsüber- schuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
Alle Bankengruppen											
2008	1 864	8 327 069	90 636	432 846	342 210	29 718	41 060	11 342	- 18 718	5 555	107 191
2009	1 819	8 022 116	91 472	309 873	218 401	27 402	39 405	12 003	6 906	518	126 298
2010	1 798	8 105 203	92 136	262 181	170 045	28 639	40 614	11 975	5 712	- 559	125 928
2011	1 778	8 968 671	91 342	295 198	203 856	28 778	39 655	10 877	4 602	595	125 317
2012	1 754	9 341 874	92 252	267 025	174 773	28 024	38 547	10 523	7 149	1 570	128 995
2013	1 726	8 551 574	86 365	220 807	134 442	28 667	39 236	10 569	5 861	- 856	120 037
Kreditbanken											
2008	181	2 964 986	35 704	140 162	104 458	15 994	23 061	7 067	- 16 343	2 506	37 861
2009	183	2 735 704	32 803	88 667	55 864	15 095	21 816	6 721	4 896	- 725	52 069
2010	183	2 845 575	32 525	73 870	41 345	15 799	22 770	6 971	4 706	- 1 165	51 865
2011	183	3 825 768	32 580	77 223	44 643	16 136	22 744	6 608	4 987	760	54 463
2012	183	4 132 098	34 935	73 017	38 082	15 424	21 857	6 433	5 605	540	56 504
2013	183	3 669 592	32 690	62 224	29 534	15 946	22 387	6 441	4 136	- 884	51 888
Großbanken											
2008	5	2 212 741	21 828	100 199	78 371	9 895	13 541	3 646	- 15 373	1 270	17 620
2009	4	1 931 021	21 060	56 590	35 530	9 565	13 035	3 470	4 262	- 1 862	33 025
2010	4	2 061 016	19 584	45 236	25 652	10 215	13 552	3 337	4 706	- 2 529	31 976
2011	4	3 010 173	19 121	47 102	27 981	10 591	13 399	2 808	4 576	- 1 057	33 231
2012	4	3 217 291	21 944	44 179	22 235	10 152	12 771	2 619	5 213	- 1 417	35 892
2013	4	2 798 461	19 235	36 200	16 965	10 698	13 043	2 345	3 821	- 2 086	31 668
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
2008	158	722 740	13 660	38 753	25 093	5 939	9 354	3 415	- 983	1 206	19 822
2009	161	766 860	11 519	31 235	19 716	5 369	8 615	3 246	614	1 023	18 525
2010	161	751 218	12 664	28 097	15 433	5 442	9 068	3 626	- 16	1 248	19 338
2011	161	778 662	13 160	29 469	16 309	5 416	9 199	3 783	392	1 759	20 727
2012	160	840 168	12 687	28 162	15 475	5 143	8 942	3 799	372	1 904	20 106
2013	160	822 706	13 162	25 461	12 299	5 119	9 200	4 081	295	1 130	19 706
Zweigstellen ausländischer Banken											
2008	18	29 505	216	1 210	994	160	166	6	13	30	419
2009	18	37 823	224	842	618	161	166	5	20	114	519
2010	18	33 341	277	537	260	142	150	8	16	116	551
2011	18	36 933	299	652	353	129	146	17	19	58	505
2012	19	74 639	304	676	372	129	144	15	20	53	506
2013	19	48 425	293	563	270	129	144	15	20	72	514
Landesbanken ⁸⁾											
2008	10	1 695 465	12 161	94 705	82 544	2 177	4 015	1 838	- 1 514	652	13 476
2009	10	1 587 259	11 354	60 664	49 310	1 181	3 614	2 433	907	501	13 943
2010	10	1 512 276	10 325	48 471	38 146	1 225	3 379	2 154	472	205	12 227
2011	10	1 504 774	10 548	81 148	70 600	1 113	3 037	1 924	- 541	44	11 164
2012	9	1 371 385	8 702	66 849	58 147	876	2 612	1 736	708	286	10 572
2013	9	1 229 051	8 383	42 870	34 487	732	2 582	1 850	1 340	227	10 682

Anmerkungen *, 1–8 siehe S. 86f.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen												Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁵⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁶⁾	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁷⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Alle Bankengruppen												
78 731	42 033	36 698	28 460	- 36 611	- 8 151	- 16 863	- 25 014	1 327	- 26 341	21 549	- 4 792	2008
82 207	44 964	37 243	44 091	- 26 930	17 161	- 20 648	- 3 487	3 915	- 7 402	2 432	- 4 970	2009
80 229	42 259	37 970	45 699	- 15 389	30 310	- 12 525	17 785	5 192	12 593	- 13 423	- 830	2010
80 086	41 674	38 412	45 231	2 348	47 579	- 17 079	30 500	6 843	23 657	- 24 792	- 1 135	2011
82 822	43 849	38 973	46 173	- 4 351	41 822	- 11 663	30 159	8 590	21 569	- 21 937	- 368	2012
82 953	43 068	39 885	37 084	- 6 457	30 627	- 9 115	21 512	7 177	14 335	- 16 070	- 1 735	2013
Kreditbanken												
35 444	16 868	18 576	2 417	- 10 161	- 7 744	- 8 676	- 16 420	- 461	- 15 959	16 697	738	2008
38 241	18 904	19 337	13 828	- 8 442	5 386	- 11 860	- 6 474	- 162	- 6 312	8 568	2 256	2009
37 580	17 407	20 173	14 285	- 4 434	9 851	- 6 512	3 339	1 104	2 235	- 241	1 994	2010
36 987	16 814	20 173	17 476	- 4 311	13 165	- 10 992	2 173	1 259	914	754	1 668	2011
37 987	17 711	20 276	18 517	- 3 962	14 555	- 6 430	8 125	3 563	4 562	- 1 568	2 994	2012
37 805	16 910	20 895	14 083	- 2 009	12 074	- 5 765	6 309	1 811	4 498	- 2 750	1 748	2013
Großbanken												
22 594	10 917	11 677	- 4 974	- 7 041	- 12 015	- 5 818	- 17 833	- 1 096	- 16 737	16 810	73	2008
25 349	12 811	12 538	7 676	- 5 326	2 350	- 9 041	- 6 691	- 724	- 5 966	8 392	2 426	2009
24 754	11 873	12 881	7 222	- 1 714	5 508	- 3 469	2 039	488	1 551	837	2 388	2010
24 107	11 095	13 012	9 124	- 1 887	7 237	- 7 331	- 94	563	- 657	2 645	1 988	2011
24 682	11 814	12 868	11 210	- 3 034	8 176	- 3 038	5 138	2 885	2 253	1 001	3 254	2012
24 792	11 174	13 618	6 876	- 958	5 918	- 2 367	3 551	1 036	2 515	- 756	1 759	2013
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken												
12 637	5 858	6 779	7 185	- 3 052	4 133	- 2 832	1 301	572	729	- 113	616	2008
12 624	5 997	6 627	5 901	- 3 067	2 834	- 2 812	22	497	- 476	178	- 298	2009
12 538	5 441	7 097	6 800	- 2 694	4 106	- 3 035	1 071	536	535	- 1 068	- 533	2010
12 647	5 612	7 035	8 080	- 2 433	5 647	- 3 661	1 986	609	1 377	- 1 849	- 472	2011
13 059	5 786	7 273	7 047	- 940	6 107	- 3 394	2 713	593	2 120	- 2 547	- 427	2012
12 762	5 624	7 138	6 944	- 1 049	5 895	- 3 398	2 497	688	1 809	- 1 973	- 164	2013
Zweigstellen ausländischer Banken												
213	93	120	206	- 68	138	- 26	112	63	49	0	49	2008
268	96	172	251	- 49	202	- 7	195	65	130	- 2	128	2009
288	93	195	263	- 26	237	- 8	229	80	149	- 10	139	2010
233	107	126	272	9	281	0	281	87	194	- 42	152	2011
246	111	135	260	12	272	2	274	85	189	- 22	167	2012
251	112	139	263	- 2	261	0	261	87	174	- 21	153	2013
Landesbanken ⁸⁾												
7 364	3 659	3 705	6 112	- 8 547	- 2 435	- 3 616	- 6 051	629	- 6 680	6 809	129	2008
7 111	3 622	3 489	6 832	- 6 096	736	- 6 649	- 5 913	223	- 6 136	3 791	- 2 345	2009
6 689	3 261	3 428	5 538	- 2 270	3 268	- 4 197	- 929	- 101	- 828	690	- 138	2010
6 681	3 202	3 479	4 483	- 684	3 799	- 3 727	72	697	- 625	267	- 358	2011
6 305	3 127	3 178	4 267	- 118	4 149	- 1 853	2 296	667	- 1 629	- 1 954	- 325	2012
6 605	3 200	3 405	4 077	- 3 321	756	- 1 235	- 479	469	- 948	973	25	2013

noch: Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Mio €									
		Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des ³⁾	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ⁴⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zinsüber- schuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Sparkassen											
2008	438	1 042 947	20 861	51 861	31 000	5 994	6 416	422	35	548	27 438
2009	431	1 060 725	22 570	46 406	23 836	5 858	6 298	440	172	105	28 705
2010	429	1 070 231	23 506	43 023	19 517	6 124	6 591	467	46	31	29 707
2011	426	1 078 852	23 791	42 686	18 895	6 182	6 575	393	– 20	– 66	29 887
2012	423	1 096 261	23 280	40 731	17 451	6 137	6 516	379	17	– 106	29 328
2013	417	1 098 581	23 142	37 295	14 153	6 240	6 632	392	19	– 466	28 935
Genossenschaftliche Zentralbanken											
2008	2	273 650	1 590	10 671	9 081	299	759	460	– 910	69	1 048
2009	2	263 438	1 175	7 512	6 337	373	798	425	881	8	2 437
2010	2	262 437	1 259	5 958	4 699	347	828	481	491	– 17	2 080
2011	2	275 900	1 242	5 912	4 670	352	766	414	179	– 10	1 763
2012	2	294 430	1 403	5 594	4 191	364	715	351	836	– 2	2 601
2013	2	282 833	1 479	4 940	3 461	367	747	380	347	– 22	2 171
Kreditgenossenschaften											
2008	1 197	641 771	13 205	31 770	18 565	4 037	4 720	683	10	1 637	18 889
2009	1 157	676 780	15 062	29 842	14 780	3 893	4 665	772	52	574	19 581
2010	1 138	697 694	16 264	28 085	11 821	4 114	4 926	812	10	226	20 614
2011	1 121	711 046	16 331	27 929	11 598	4 091	4 937	846	11	497	20 930
2012	1 101	739 066	16 354	27 223	10 869	4 107	4 969	862	16	432	20 909
2013	1 078	750 899	16 879	25 538	8 659	4 182	5 083	901	10	420	21 491
Realkreditinstitute											
2008	19	821 083	3 213	63 510	60 297	418	787	369	– 4	75	3 702
2009	18	803 949	3 760	43 235	39 475	129	910	781	– 3	27	3 913
2010	18	793 476	3 505	35 431	31 926	197	800	603	– 6	86	3 782
2011	18	645 145	2 616	32 016	29 400	138	373	235	– 4	– 825	1 925
2012	17	565 008	2 413	24 026	21 613	97	327	230	0	143	2 653
2013	17	482 524	1 828	18 864	17 036	58	267	209	2	– 134	1 754
Banken mit Sonderaufgaben ⁸⁾											
2008	17	887 167	3 902	40 167	36 265	799	1 302	503	8	68	4 777
2009	18	894 261	4 748	33 547	28 799	873	1 304	431	1	28	5 650
2010	18	923 514	4 752	27 343	22 591	833	1 320	487	– 7	75	5 653
2011	18	927 186	4 234	28 284	24 050	766	1 223	457	– 10	195	5 185
2012	19	1 143 626	5 165	29 585	24 420	1 019	1 551	532	– 33	277	6 428
2013	20	1 038 094	1 964	29 076	27 112	1 142	1 538	396	7	3	3 116
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁹⁾											
2008	44	732 683	10 163	39 246	29 083	3 777	5 911	2 134	– 3 392	345	10 893
2009	43	679 565	9 831	26 212	16 381	3 311	5 272	1 961	1 277	370	14 789
2010	42	666 637	9 104	22 602	13 498	3 331	5 236	1 905	371	28	12 834
2011	39	756 406	9 868	23 908	14 040	3 234	4 934	1 700	– 173	447	13 376
2012	37	803 313	8 502	20 365	11 863	2 885	4 501	1 616	1 215	415	13 017
2013	37	692 773	8 266	15 323	7 057	2 633	4 282	1 649	1 106	303	12 308

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanz-

geschäften. **4** Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes (bis 2009 aus Finanzgeschäften) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. **5** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Ab-

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen												Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁵⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁷⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Sparkassen												
18 865	11 534	7 331	8 573	-4 900	3 673	-1 512	2 161	1 016	1 145	- 143	1 002	2008
19 109	11 912	7 197	9 596	-4 484	5 112	- 402	4 710	2 245	2 465	- 1 201	1 264	2009
18 665	11 546	7 119	11 042	-3 493	7 549	- 963	6 586	2 513	4 073	- 2 555	1 518	2010
18 735	11 562	7 173	11 152	7 468	18 620	-1 824	16 796	2 747	14 049	-12 437	1 612	2011
19 256	12 068	7 188	10 072	660	10 732	-1 272	9 460	2 657	6 803	- 5 200	1 603	2012
19 426	12 090	7 336	9 509	101	9 610	-1 012	8 598	2 664	5 934	- 4 386	1 548	2013
Genossenschaftliche Zentralbanken												
976	516	460	72	- 694	- 622	206	- 416	-558	142	- 41	101	2008
1 069	598	471	1 368	27	1 395	- 699	696	- 37	733	- 542	191	2009
990	545	445	1 090	7	1 097	- 483	614	- 6	620	- 402	218	2010
1 018	530	488	745	1 124	1 869	- 659	1 210	91	1 119	- 1 018	101	2011
1 099	562	537	1 502	- 137	1 365	- 758	607	-412	1 019	- 815	204	2012
1 135	589	546	1 036	- 329	707	- 172	535	123	412	- 177	235	2013
Kreditgenossenschaften												
12 909	7 874	5 035	5 980	-3 615	2 365	- 326	2 039	571	1 468	- 423	1 045	2008
13 380	8 283	5 097	6 201	-2 258	3 943	- 539	3 404	1 490	1 914	- 724	1 190	2009
13 134	7 940	5 194	7 480	-2 316	5 164	- 375	4 789	1 620	3 169	- 1 796	1 373	2010
13 382	7 983	5 399	7 548	- 317	7 231	- 250	6 981	1 924	5 057	- 3 674	1 383	2011
13 774	8 210	5 564	7 135	263	7 398	13	7 411	1 989	5 422	- 4 001	1 421	2012
13 887	8 304	5 583	7 604	321	7 925	- 277	7 648	1 952	5 696	- 4 286	1 410	2013
Realkreditinstitute												
1 393	606	787	2 309	-3 977	-1 668	-1 245	-2 913	93	-3 006	- 452	-3 458	2008
1 432	639	793	2 481	-3 481	-1 000	- 419	-1 419	163	-1 582	- 3 093	-4 675	2009
1 374	533	841	2 408	-2 423	- 15	- 71	- 86	- 17	- 69	- 4 494	-4 563	2010
1 418	552	866	507	-1 641	-1 134	827	- 307	74	- 381	- 4 321	-4 702	2011
1 371	559	812	1 282	- 645	637	- 540	97	21	76	- 4 669	-4 593	2012
1 322	525	797	432	- 405	27	90	117	88	29	- 4 775	-4 746	2013
Banken mit Sonderaufgaben ⁸⁾												
1 780	976	804	2 997	-4 717	-1 720	-1 694	-3 414	37	-3 451	- 898	-4 349	2008
1 865	1 006	859	3 785	-2 196	1 589	- 80	1 509	- 7	1 516	- 4 367	-2 851	2009
1 797	1 027	770	3 856	- 460	3 396	76	3 472	79	3 393	- 4 625	-1 232	2010
1 865	1 031	834	3 320	709	4 029	- 454	3 575	51	3 524	- 4 363	- 839	2011
3 030	1 612	1 418	3 398	- 412	2 986	- 823	2 163	105	2 058	- 3 730	-1 672	2012
2 773	1 450	1 323	343	- 815	- 472	- 744	-1 216	70	-1 286	- 669	-1 955	2013
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁹⁾												
8 371	3 947	4 424	2 522	-2 887	- 365	-1 423	-1 788	363	-2 150	2 508	358	2008
8 811	4 471	4 340	5 978	-2 953	3 025	-1 816	1 209	496	713	592	1 305	2009
7 618	3 432	4 186	5 216	-1 697	3 519	-1 439	2 080	550	1 530	- 34	1 496	2010
7 950	3 551	4 399	5 426	-2 084	3 342	-1 582	1 760	271	1 489	- 409	1 080	2011
8 097	3 643	4 454	4 920	- 285	4 635	-1 339	3 296	735	2 561	- 32	2 529	2012
8 234	3 779	4 455	4 074	- 474	3 600	-1 479	2 121	512	1 609	- 558	1 051	2013

grenzung). **6** Teilweise einschl. Steueraufwendungen der den Landesbanken angeschlossenen rechtlich unselbständigen Bausparkassen. **7** Einschl. Gewinn- und Verlustvortrag aus dem Vorjahr sowie Entnahmen aus dem bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. **8** Ab 2012 Zuordnung der Portugien AG

(Rechtsnachfolgerin der WestLB) zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“. **9** Ausgliederung der in den Bankengruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen (rechtlich selbständigen) Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

Aufwands- und Ertragspositionen der Kreditinstitute ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Aufwendungen, Mrd €					Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
		ins- gesamt	Zins- auf- wen- dun- gen	Provi- sionsauf- wen- dun- gen	Netto- aufwand des Han- delsbe- standes ¹⁾	Roh- er- gebnis aus Waren- ver- kehr und Neben- betrie- ben	insgesamt	Personalaufwand					andere Verwal- tungsauf- wen- dun- gen ²⁾
								insgesamt	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		darunter: für Alters- versor- gung	
										zu- sam- men			
2005	1 988	373,0	240,9	7,6	0,6	0,0	74,5	43,4	33,3	10,2	4,6	31,0	
2006	1 940	398,1	268,3	8,6	0,5	0,0	77,6	46,0	35,3	10,7	5,0	31,6	
2007	1 903	472,9	327,4	10,5	4,5	0,0	77,8	44,6	35,1	9,5	3,9	33,2	
2008	1 864	522,6	342,2	11,3	19,8	0,0	75,1	42,0	32,8	9,2	4,1	33,1	
2009	1 819	379,1	218,4	12,0	1,2	0,0	78,7	45,0	34,5	10,4	4,7	33,7	
2010	1 798	319,6	170,0	12,0	0,7	0,0	76,8	42,3	34,5	7,8	2,3	34,5	
2011	1 778	357,9	203,9	10,9	1,2	0,0	76,7	41,7	34,0	7,7	2,4	35,0	
2012	1 754	320,0	174,8	10,5	0,2	0,0	79,0	43,8	34,9	9,0	3,4	35,2	
2013	1 726	276,9	134,4	10,6	0,3	0,0	79,4	43,1	34,6	8,5	2,9	36,3	

Geschäfts- jahr	Erträge, Mrd €										
	insgesamt	Zinserträge			Laufende Erträge					Erträge aus Gewinn- gemein- schaften, Gewinn- abführungs- oder Teil- gewinn- abführungs- verträgen	Provisions- erträge
		insgesamt	aus Kredit- und Geldmarkt- geschäften	aus festver- zinslichen Wert- papieren und Schuld- buch- forderungen	insgesamt	aus Aktien und anderen nicht fest- verzinslichen Wert- papieren	aus Betei- ligungen ⁴⁾	aus Anteilen an ver- bundenen Unter- nehmen			
2005	396,5	306,7	252,6	54,1	17,0	12,4	1,3	3,4	5,3	35,4	
2006	420,2	332,8	274,1	58,7	18,8	14,1	1,2	3,5	5,9	38,4	
2007	487,5	390,0	318,7	71,4	24,0	18,0	1,9	4,0	4,9	42,2	
2008	496,2	408,7	330,0	78,8	19,0	12,4	1,5	5,1	5,1	41,1	
2009	371,7	295,4	241,0	54,4	11,4	7,0	0,9	3,5	3,1	39,4	
2010	332,2	248,0	205,4	42,6	12,1	6,9	0,9	4,3	2,1	40,6	
2011	381,6	281,2	239,3	41,9	11,0	6,5	1,2	3,3	3,0	39,7	
2012	341,5	248,8	213,6	35,3	12,0	7,3	0,9	3,8	6,2	38,5	
2013	291,2	206,4	178,5	28,0	9,8	5,8	1,0	3,0	4,6	39,2	

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Bis 2009 Nettoaufwand aus Finanzgeschäften. **2** Aufwandsposition enthält nicht die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle An-

lagewerte und Sachanlagen, gekürzt um Abschreibungen auf Leasinggegenstände („enge“ Abgrenzung). In allen anderen Tabellen sind „andere Verwaltungs-

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		Sonstige betriebliche Aufwendungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	Aufwendungen aus Verlustübernahme	Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	Außerordentliche Aufwendungen	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ³⁾	Sonstige Steuern	Aufgrund einer Gewinn-gemeinschaft, eines Gewinn-abführungs- oder eines Teil-gewinn-abführungs-vertrages abgeführte Gewinne	Geschäfts-jahr
zu-sammen	darunter: auf Leasing-gegenstände										
4,3	0,0	5,8	17,9	0,7	1,4	0,0	4,7	9,7	0,2	4,7	2005
3,9	0,0	4,7	17,9	2,6	0,8	0,0	2,7	5,4	0,2	4,9	2006
3,8	0,0	5,3	26,5	3,9	0,9	0,1	1,3	6,0	0,2	4,9	2007
3,8	0,2	5,6	39,1	15,3	3,3	0,0	1,9	1,3	0,2	3,5	2008
3,9	0,3	8,1	28,8	9,6	3,8	0,0	7,3	3,9	0,2	3,2	2009
3,9	0,5	11,2	18,2	4,0	3,9	0,0	10,4	5,2	0,3	3,1	2010
5,4	2,0	17,0	11,8	11,1	6,6	0,0	2,6	6,8	0,6	3,4	2011
5,7	2,0	15,0	11,6	7,1	0,6	0,0	2,4	8,6	0,2	4,1	2012
5,5	1,9	16,6	10,4	3,6	0,6	0,0	3,3	7,2	0,2	4,8	2013

Nettoertrag des Handelsbestandes ⁵⁾	Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	Sonstige betriebliche Erträge			Außerordentliche Erträge	Erträge aus Verlustübernahme	Geschäfts-jahr
				zusammen	darunter: aus Leasing-geschäften	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			
12,1	0,2	3,9	5,0	7,7	0,1	0,1	3,1	0,1	2005
4,9	0,2	3,9	2,3	12,0	0,0	0,0	0,9	0,1	2006
3,3	0,2	2,9	9,0	8,8	0,0	0,0	2,1	0,0	2007
1,0	0,2	2,5	1,8	11,4	0,5	0,1	3,6	1,7	2008
8,1	0,2	1,9	1,1	9,0	0,8	0,0	1,3	0,9	2009
6,4	0,2	2,8	1,6	11,2	0,9	0,0	6,1	1,2	2010
5,8	0,2	14,2	0,7	20,0	6,3	0,0	0,8	5,2	2011
7,4	0,2	7,3	1,4	18,6	5,1	0,0	0,7	0,5	2012
6,2	0,2	4,0	1,5	17,6	4,7	0,0	0,9	0,9	2013

aufwendungen“ weit abgegrenzt. ³ Teilweise einschl. Steueraufwendungen der Landesbanken angeschlossenen rechtlich unselbständigen Bausparkassen.

⁴ Einschl. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften. ⁵ Bis 2009 Nettoertrag aus Finanzgeschäften.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	55•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik).....	57•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik).....	57•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	58•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	62*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	64*
3. Auftragseingang in der Industrie	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	66*
6. Arbeitsmarkt.....	67*
7. Preise	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	69*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	70*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	71*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	72*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	73*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	74*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	75*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	75*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	75*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	76*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	77*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	77*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	78*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	79*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	79*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	80*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2012 Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,6	- 1,2	- 1,8	0,08	0,19	3,3
Dez.	6,4	4,5	3,5	3,5	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,3	- 0,7	- 1,7	0,07	0,20	3,0
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,2	- 0,6	- 1,6	0,07	0,22	3,1
März	7,0	4,1	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	3,0
April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6
Juni	7,5	4,3	2,4	2,4	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	3,0
Juli	7,0	4,0	2,1	2,2	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0
Aug.	6,7	4,0	2,3	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9
2014 Jan.	6,1	2,4	1,2	1,2	- 1,8	- 2,3	- 1,1	0,20	0,29	2,8
Febr.	6,2	2,4	1,4	1,2	- 1,9	- 2,4	- 1,2	0,16	0,29	2,6
März	5,6	2,2	1,0	1,1	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,5
April	5,2	2,0	0,8	1,0	- 2,2	- 2,6	- 1,0	0,25	0,33	2,3
Mai	5,0	2,1	1,1	1,2	- 2,4	- 2,7	- 1,2	0,25	0,32	2,2
Juni	5,4	2,3	1,6	1,5	- 2,4	- 2,3	- 1,6	0,08	0,24	2,1
Juli	5,6	2,5	1,8	...	- 1,8	0,04	0,21	1,9
Aug.	0,02	0,19	1,7

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43 • 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2012 Nov.	+ 21 166	+ 12 758	- 36 888	- 27 983	+ 27 171	- 35 111	- 964	1,2828	97,2	94,9
Dez.	+ 27 259	+ 9 287	- 43 470	+ 6 340	+ 12 066	- 62 497	+ 620	1,3119	98,7	96,3
2013 Jan.	- 5 404	- 3 373	+ 3 853	- 21 755	+ 30 963	- 587	- 4 768	1,3288	100,4	98,0
Febr.	+ 9 684	+ 10 815	- 11 133	+ 12 126	- 12 306	- 13 388	+ 2 437	1,3359	101,6	99,1
März	+ 24 325	+ 21 850	- 15 952	- 15 544	- 8 053	+ 5 368	+ 2 278	1,2964	100,2	97,9
April	+ 15 682	+ 15 966	- 22 109	- 7 492	- 12 040	- 2 536	- 41	1,3026	100,5	97,9
Mai	+ 13 281	+ 16 534	- 19 277	+ 43 749	+ 16 032	- 78 503	- 555	1,2982	100,5	98,0
Juni	+ 31 110	+ 17 359	- 30 802	- 14 289	+ 38 096	- 54 018	- 591	1,3189	101,6	98,9
Juli	+ 25 727	+ 18 655	- 28 642	+ 6 932	- 33 262	- 2 551	+ 239	1,3080	101,5	98,9
Aug.	+ 10 197	+ 6 737	- 6 788	- 311	+ 25 517	- 30 025	- 1 969	1,3310	102,2	99,5
Sept.	+ 15 496	+ 12 674	- 20 433	- 19 275	+ 20 258	- 20 286	- 1 131	1,3348	102,0	99,1
Okt.	+ 26 444	+ 17 447	- 19 823	+ 17 937	- 1 006	- 37 608	+ 855	1,3635	102,8	99,8
Nov.	+ 28 788	+ 17 698	- 32 897	- 23 194	+ 56 136	- 66 021	+ 181	1,3493	102,6	99,5
Dez.	+ 32 480	+ 12 947	- 48 851	- 11 048	+ 7 261	- 43 720	- 1 344	1,3704	103,9	100,7
2014 Jan.	+ 2 763	+ 1 836	+ 7 061	- 9 239	+ 45 337	- 26 304	- 2 733	1,3610	103,4	100,3
Febr.	+ 9 280	+ 15 923	- 11 990	- 521	+ 37 496	- 49 479	+ 513	1,3659	103,6	100,4
März	+ 19 540	+ 19 157	- 26 849	- 14 616	- 18 389	+ 6 493	- 336	1,3823	104,6	101,3
April	+ 18 793	+ 15 723	- 19 137	- 18 708	- 83 554	+ 83 464	- 339	1,3813	104,5	101,0
Mai	+ 9 298	+ 13 116	- 9 324	+ 10 644	+ 59 521	- 79 032	- 457	1,3732	103,8	p) 100,1
Juni	+ 20 780	+ 14 365	- 35 911	+ 7 956	+ 9 528	- 53 883	+ 488	1,3592	103,0	p) 99,2
Juli	1,3539	102,6	p) 98,7
Aug.	1,3316	101,9	p) 98,0

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab. XII.12 und

13, S. 79 • / 80 • 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2011	1,6	1,8	3,6	8,7	2,8	2,0	- 7,1	2,2	0,4	5,3
2012	- 0,7	- 0,1	0,4	4,5	- 1,0	0,0	- 7,0	0,2	- 2,4	5,2
2013	- 0,4	0,2	0,1	2,2	- 1,4	0,2	- 3,9	- 0,3	- 1,8	4,1
2013 1.Vj.	- 1,1	- 0,5	- 1,8	4,2	- 3,2	- 0,7	- 6,0	- 1,7	- 2,6	3,8
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,5	1,4	- 0,8	0,7	- 4,0	- 1,6	- 2,3	4,4
3.Vj.	- 0,3	0,4	0,8	1,9	- 0,8	0,6	- 3,2	2,7	- 1,5	4,6
4.Vj.	0,5	0,8	1,0	1,6	- 0,2	0,6	- 2,3	- 0,7	- 1,0	3,6
2014 1.Vj.	1,0	1,1	2,5	- 0,1	- 0,1	0,7	- 1,1	...	- 0,5	2,7
2.Vj.	0,7	1,0	0,8	2,6	...	0,1	- 0,3	...	- 0,6	...
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2011	3,5	4,4	7,2	19,7	2,2	2,3	- 5,8	- 0,4	1,2	8,8
2012	- 2,5	- 3,3	5) - 0,4	1,5	- 1,6	- 2,7	- 2,1	- 1,5	- 6,4	6,2
2013	- 0,7	0,8	0,2	3,0	- 3,6	- 0,8	- 3,2	- 1,8	- 3,1	- 0,4
2013 1.Vj.	- 2,3	- 3,3	- 1,8	4,2	- 3,6	- 2,0	- 2,1	- 4,6	- 4,6	- 1,0
2.Vj.	- 1,0	1,3	- 0,3	3,8	- 6,3	0,2	- 0,4	- 1,3	- 3,9	- 0,1
3.Vj.	- 1,1	0,8	- 0,2	2,7	- 2,4	- 1,7	- 5,4	- 1,8	- 3,6	0,2
4.Vj.	1,5	4,5	3,0	1,4	- 2,0	0,4	- 4,8	0,5	- 0,2	- 0,6
2014 1.Vj.	1,3	4,0	6) 3,0	- 1,2	- 5,7	- 0,7	- 2,5	11,9	0,5	- 2,8
2.Vj.	0,9	p) 4,6	6) 0,8	2,4	- 2,3	- 1,9	- 3,2	21,0	0,0	- 0,2
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁷⁾										
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6	67,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2013 2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4	72,0
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3	71,8
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,1	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	72,5	72,1
2.Vj.	79,5	79,0	83,9	72,6	79,9	81,3	67,7	-	71,7	72,0
3.Vj.	79,8	79,2	84,0	74,0	78,9	82,3	70,4	-	72,5	71,5
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁸⁾⁹⁾										
2011	10,1	7,2	6,0	12,3	7,8	9,2	17,9	14,7	8,4	16,2
2012	11,3	7,6	5,5	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,3	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,2	11,9
2014 Febr.	11,7	8,4	5,1	7,8	8,4	10,2	27,2	12,1	12,6	11,4
März	11,7	8,4	5,3	7,6	8,4	10,2	27,2	11,9	12,4	11,4
April	11,6	8,5	5,4	7,8	8,5	10,1	27,3	11,8	12,5	10,8
Mai	11,6	8,5	5,1	7,3	8,7	10,2	27,1	11,7	12,6	10,8
Juni	11,5	8,5	5,0	7,3	8,6	10,2	27,0	11,6	12,3	10,8
Juli	11,5	8,5	4,8	...	8,7	10,3	...	11,5	12,6	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2011	10) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9	4,2
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014 März	0,5	0,9	0,9	0,7	1,3	0,7	- 1,5	0,3	0,3	0,3
April	0,7	0,9	1,1	0,8	1,3	0,8	- 1,6	0,4	0,5	0,8
Mai	0,5	0,8	0,6	0,6	1,0	0,8	- 2,1	0,4	0,4	0,8
Juni	0,5	0,7	1,0	0,4	1,1	0,6	- 1,5	0,5	0,2	0,8
Juli	0,4	0,6	0,8	0,0	1,0	0,6	- 0,8	0,5	0,0	0,6
Aug.	p) 0,4	0,4	0,8	- 0,2	1,2	0,5	- 0,2	0,6	s) - 0,2	0,8
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾										
2011	- 4,1	- 3,8	- 0,8	- 1,1	- 0,7	- 5,2	- 9,6	- 13,1	- 3,7	- 3,5
2012	- 3,7	- 4,1	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,9	- 8,9	- 8,2	- 3,0	- 1,3
2013	- 3,0	- 2,6	0,3	- 0,2	- 2,1	- 4,3	- 12,7	- 7,2	- 3,0	- 1,0
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾										
2011	87,4	99,2	80,0	6,1	49,3	86,2	170,3	104,1	120,7	42,0
2012	90,7	101,1	81,0	9,8	53,6	90,6	157,2	117,4	127,0	40,8
2013	92,6	101,5	78,4	10,0	57,0	93,5	175,1	123,7	132,6	38,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Bruttoinlandsprodukt Deutschland:

ESVG 2010. **4** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **5** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **6** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾									
1,9	1,4	0,9	2,8	- 1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	1,1	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
2,1	2,9	- 0,8	0,3	- 1,4	1,0	- 1,1	...	- 5,4	2013
0,6	2,0	- 1,8	- 0,5	- 4,6	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,3	2013 1.Vj.
2,1	4,4	- 1,7	- 0,1	- 2,4	0,8	- 1,4	- 1,7	- 6,1	2.Vj.
2,8	2,5	- 0,6	0,4	- 1,8	0,9	- 0,5	- 0,6	- 5,2	3.Vj.
3,1	2,6	0,8	1,3	3,2	1,5	2,1	- 0,1	- 5,1	4.Vj.
3,8	4,0	- 0,5	0,1	0,6	2,4	1,9	0,6	- 3,8	2014 1.Vj.
...	2,9	...	0,6	...	2,5	...	1,1	- 2,2	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾									
2,0	-	- 0,7	6,8	- 1,0	5,3	2,1	- 1,7	- 8,4	2011
- 4,3	-	- 0,5	0,3	- 6,1	7,7	- 0,5	- 6,9	- 9,2	2012
- 3,4	-	0,6	0,3	0,5	5,3	- 1,4	- 1,7	- 12,5	2013
- 8,1	-	2,2	0,5	- 1,3	2,8	- 2,2	- 4,1	- 15,4	2013 1.Vj.
- 7,3	-	0,2	0,2	1,1	3,0	- 2,3	- 2,6	- 13,3	2.Vj.
- 2,6	-	- 0,4	0,3	- 1,5	4,6	- 2,3	- 0,9	- 11,0	3.Vj.
5,1	-	0,3	0,3	3,8	10,8	1,3	1,0	- 10,3	4.Vj.
7,6	-	- 7,1	3,1	2,3	6,0	1,9	1,5	- 2,5	2014 1.Vj.
8,8	-	- 2,0	1,2	2,2	5,2	3,8	2,3	- 3,5	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁷⁾									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2013 2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
65,4	77,2	79,6	84,2	75,6	56,5	80,8	75,3	54,5	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁸⁾⁹⁾									
4,8	6,4	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,4	7,9	2011
5,1	6,3	5,3	4,3	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
5,9	6,4	6,7	4,9	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
6,2	6,0	7,3	5,0	14,9	13,8	10,2	25,2	15,6	2014 Febr.
6,2	5,9	7,2	4,9	14,8	13,8	10,3	25,1	15,8	März
6,2	5,8	7,2	4,9	14,6	13,9	10,3	24,9	15,3	April
6,3	5,8	7,0	5,0	14,4	13,9	10,2	24,7	15,1	Mai
6,2	5,7	6,8	5,0	14,1	13,8	10,1	24,6	15,0	Juni
6,3	5,7	6,7	4,9	14,0	13,8	9,8	24,5	14,9	Juli
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,8	1,4	0,1	1,4	- 0,4	- 0,2	0,6	- 0,2	- 0,9	2014 März
0,9	0,5	0,6	1,6	- 0,1	- 0,2	0,5	0,3	- 0,4	April
1,4	0,4	0,1	1,5	- 0,3	0,0	1,0	0,2	- 0,1	Mai
1,2	0,7	0,3	1,7	- 0,2	- 0,1	1,0	0,0	0,0	Juni
1,2	0,6	0,3	1,7	- 0,7	- 0,2	0,3	- 0,4	0,9	Juli
0,7	0,8	0,4	1,5	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,5	0,8	Aug.
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
0,2	- 2,7	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 6,4	- 9,6	- 6,3	2011
0,0	- 3,3	- 4,1	- 2,6	- 6,4	- 4,5	- 4,0	- 10,6	- 6,4	2012
0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 4,9	- 2,8	- 14,7	- 7,1	- 5,4	2013
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
18,7	68,8	65,7	73,1	108,2	43,6	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	70,8	71,3	74,4	124,1	52,7	54,4	86,0	86,6	2012
23,1	73,0	73,5	74,5	129,0	55,4	71,7	93,9	111,7	2013

7 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **8** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **9** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **10** Ab 2011 einschl. Estand.

11 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition). Staatlicher Finanzierungssaldo Deutschland: ESGV 2010.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2012 Dez.	- 74,8	- 9,4	66,6	- 65,4	- 50,6	32,4	- 89,5	- 121,9	16,5	- 4,2	- 1,8	- 19,5	42,1
2013 Jan.	55,4	24,8	- 2,5	30,6	26,5	32,4	60,3	28,0	- 6,6	- 4,3	- 1,0	- 7,1	5,8
Febr.	0,4	- 4,2	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,6	- 0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
März	53,4	18,0	24,1	35,4	29,8	11,5	- 42,1	- 53,7	- 6,0	16,7	- 1,5	- 32,4	11,2
April	14,5	13,3	34,0	1,2	- 8,8	- 6,0	58,9	65,0	- 24,9	- 7,6	- 1,9	- 15,7	0,2
Mai	7,2	- 19,3	0,3	26,5	52,1	77,6	- 0,0	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 7,3	- 35,8	- 24,8	28,5	36,5	36,0	- 56,6	- 92,5	13,7	- 0,6	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 120,7	- 83,5	- 12,1	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
Aug.	- 53,7	- 35,9	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	3,2	19,3	- 0,6	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,6	- 4,2	- 1,3	- 2,0	- 1,0
Okt.	- 43,1	- 61,4	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 18,9	7,6	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
Dez.	- 181,2	-106,4	- 38,7	- 74,8	- 73,0	79,5	- 84,8	- 164,4	- 10,8	- 8,8	- 0,5	- 9,8	8,2
2014 Jan.	45,4	- 16,8	9,6	62,2	42,5	9,0	124,9	116,0	- 1,1	- 2,7	0,1	- 12,4	13,9
Febr.	- 5,8	- 9,9	- 16,4	4,1	12,3	32,7	16,3	- 16,4	- 11,8	- 5,9	0,1	- 11,3	5,3
März	6,5	4,9	- 3,2	1,6	3,9	12,7	- 23,6	- 36,3	10,4	- 8,6	- 0,2	- 0,1	19,3
April	- 1,9	- 2,0	- 17,1	0,1	- 0,1	- 9,5	65,0	74,5	- 24,9	- 31,1	- 0,3	- 0,9	7,4
Mai	- 27,5	- 38,1	23,8	10,7	9,1	51,4	36,6	- 14,9	- 21,0	- 14,9	- 0,4	3,3	- 9,1
Juni	7,5	21,5	- 12,9	- 14,1	- 6,4	70,0	- 33,2	- 103,1	- 14,9	- 10,5	- 1,4	- 22,3	19,2
Juli	- 24,9	- 13,2	5,9	- 11,6	- 19,3	27,9	60,5	32,6	- 8,1	- 13,2	0,6	- 10,1	14,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2012 Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
Mai	- 2,3	- 4,7	- 9,6	2,4	1,0	7,5	17,7	10,2	12,1	- 2,6	- 0,2	10,8	3,9
Juni	- 7,2	0,5	- 0,9	- 7,8	0,6	34,6	12,3	- 22,3	5,5	- 3,1	- 1,1	- 3,0	12,7
Juli	10,3	3,2	3,3	7,1	4,1	21,8	23,5	1,7	- 1,2	- 4,3	0,7	- 0,6	3,1

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 60,6	- 54,2	-	55,9	95,2	82,3	12,7	69,6	- 12,3	25,2	- 44,6	- 26,9	- 6,1	2012 Dez.	
33,9	85,0	-	24,6	- 35,3	- 53,9	- 19,8	- 34,1	- 5,4	24,1	14,1	7,2	- 6,7	2013 Jan.	
5,7	- 12,5	-	1,2	9,9	5,1	- 1,2	6,2	- 3,4	8,2	26,9	6,3	- 13,4	Febr.	
10,6	15,5	-	44,8	58,0	47,2	11,7	35,5	5,1	5,6	22,7	- 5,9	- 5,4	März	
- 50,6	26,1	-	57,9	54,1	73,8	7,2	66,7	- 26,5	6,7	- 8,8	- 0,4	- 1,4	April	
62,5	26,6	-	1,1	11,6	25,8	5,0	20,8	- 17,2	3,0	13,2	- 3,4	- 7,4	Mai	
30,3	- 8,6	-	- 6,7	25,7	45,1	6,2	38,9	- 19,2	- 0,2	21,8	- 19,6	- 2,1	Juni	
- 26,1	- 55,1	-	- 6,4	- 7,0	- 8,3	6,9	- 15,2	- 2,2	3,5	- 48,9	- 1,1	- 6,7	Juli	
- 55,7	12,4	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,4	9,5	1,1	Aug.	
11,2	58,1	-	- 33,8	- 1,3	23,6	- 0,2	23,8	- 19,2	- 5,6	- 8,0	- 26,4	6,5	Sept.	
- 28,0	- 5,3	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 5,5	1,3	- 12,4	Okt.	
18,4	- 11,9	-	28,4	33,9	47,1	5,4	41,7	- 15,1	1,9	3,7	- 1,1	- 4,0	Nov.	
- 49,3	- 25,1	-	- 16,4	15,7	14,2	17,9	- 3,6	- 0,2	1,7	- 15,1	- 12,8	- 12,9	Dez.	
20,4	39,7	-	- 4,5	- 39,7	- 36,5	- 13,6	- 23,0	- 15,6	12,5	- 7,2	25,3	- 0,9	2014 Jan.	
36,9	- 14,2	-	16,0	14,4	12,2	1,9	10,2	2,3	- 0,0	19,6	- 0,7	- 4,9	Febr.	
- 5,3	1,9	-	12,2	38,5	33,0	6,3	26,7	0,6	4,9	- 13,3	- 17,6	3,2	März	
- 10,7	- 2,5	-	26,6	27,9	38,2	5,3	32,9	- 7,9	- 2,4	- 8,8	5,1	- 11,8	April	
33,1	- 52,1	-	64,0	57,9	55,0	7,1	47,9	1,0	1,9	- 14,1	- 4,1	8,6	Mai	
26,3	49,6	-	16,5	22,8	44,3	6,4	37,9	- 19,5	- 1,9	28,1	- 12,8	2,4	Juni	
- 23,1	4,6	-	29,6	14,7	10,2	9,4	0,8	6,2	- 1,7	2,8	17,5	- 6,9	Juli	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit	
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)				
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	- 2,2	2,2	2012 Dez.		
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	- 3,6	3,6	2013 Jan.		
- 2,9	12,4	2,0	0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	1,5	Febr.		
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	- 1,1	1,1	März		
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	2,2	April		
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	0,9	0,9	Mai		
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	2,7	2,7	Juni		
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	3,9	Juli		
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	- 9,4	0,0	3,0	3,0	Aug.		
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	1,8	1,8	Sept.		
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	2,1	Okt.		
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	- 1,9	- 0,0	- 3,5	- 0,1	3,0	3,0	Nov.		
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,3	- 13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	3,9	3,9	Dez.		
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	- 4,9	- 0,6	1,2	0,1	2,2	2,2	2014 Jan.		
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	- 0,0	1,6	1,6	Febr.		
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	2,2	2,2	März		
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	- 3,3	- 1,6	2,5	0,0	0,1	0,1	April		
1,9	- 24,5	3,0	1,3	15,7	11,2	7,3	- 0,6	- 3,0	- 0,1	0,7	0,7	Mai		
- 0,9	30,9	2,8	1,9	- 8,1	- 8,3	- 2,5	- 0,4	0,4	- 0,1	2,7	2,7	Juni		
1,3	24,4	4,5	2,4	7,5	5,5	0,0	- 0,9	3,2	- 0,0	0,3	0,3	Juli		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2012 Juni	27 214,9	16 732,1	13 389,4	11 193,8	1 463,1	732,5	3 342,6	1 187,0	2 155,6	5 089,7	5 393,1
Juli	27 538,2	16 703,9	13 375,1	11 222,2	1 416,1	736,8	3 328,8	1 186,4	2 142,4	5 183,4	5 651,0
Aug.	27 308,5	16 630,7	13 308,3	11 168,4	1 400,8	739,1	3 322,4	1 177,0	2 145,4	5 104,1	5 573,7
Sept.	27 168,2	16 703,9	13 333,5	11 196,6	1 386,6	750,3	3 370,4	1 180,1	2 190,3	5 045,6	5 418,6
Okt.	26 635,7	16 703,7	13 308,5	11 176,6	1 384,2	747,8	3 395,2	1 194,7	2 200,5	5 013,0	4 918,9
Nov.	26 703,9	16 727,0	13 301,5	11 169,7	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,3
Dez.	26 251,1	16 610,8	13 245,1	11 044,3	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 845,6	4 794,7
2013 Jan.	26 397,8	16 646,9	13 249,6	11 053,1	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2
Febr.	26 517,2	16 640,3	13 243,1	11 048,6	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 567,8	16 698,5	13 262,6	11 044,6	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 709,3	16 730,7	13 270,3	11 014,5	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 371,6	16 728,1	13 249,1	10 992,1	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 926,2	16 691,6	13 200,4	10 975,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 675,6	16 573,2	13 113,1	10 895,5	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 458,7	16 417,2	12 977,1	10 767,7	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 420,6	16 423,1	12 996,1	10 781,6	1 421,9	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 463,9	16 386,4	12 927,6	10 732,8	1 401,5	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 426,6	16 364,8	12 929,5	10 736,1	1 398,2	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 649,7	16 162,3	12 803,0	10 650,3	1 360,6	792,1	3 359,3	1 097,4	2 262,0	4 488,2	3 999,1
2014 Jan.	25 045,4	16 244,7	12 806,2	10 643,1	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 681,4	4 119,3
Febr.	24 988,5	16 224,0	12 773,7	10 637,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 672,3	4 092,1
März	24 907,2	16 234,4	12 773,7	10 639,5	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 639,5	4 033,4
April	25 048,9	16 238,4	12 772,4	10 652,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 698,2	4 112,3
Mai	25 177,6	16 220,3	12 736,9	10 588,9	1 333,1	815,0	3 450,4	1 109,4	2 373,9	4 771,3	4 186,0
Juni	25 134,0	16 210,8	12 731,6	10 607,8	1 318,3	805,5	3 479,2	1 101,3	2 377,9	4 752,3	4 170,9
Juli	25 307,3	16 179,5	12 704,9	10 578,2	1 321,1	805,6	3 474,6	1 110,6	2 364,0	4 853,2	4 274,7
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2012 Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 159,8	1 253,7
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,6	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)				
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
867,7	10 754,8	10 113,1	10 103,6	3 869,9	1 411,5	304,0	2 433,6	1 978,1	106,6	2012 Juni	
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli	
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.	
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.	
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,3	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.	
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.	
876,8	10 809,5	10 247,1	10 269,7	4 061,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.	
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.	
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.	
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März	
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April	
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai	
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni	
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli	
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.	
894,0	10 924,4	10 323,2	10 348,0	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,0	2 085,6	87,2	Sept.	
898,0	10 915,2	10 342,4	10 372,6	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,3	2 078,9	86,8	Okt.	
903,4	10 961,8	10 369,7	10 389,6	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,1	2 080,3	86,7	Nov.	
921,2	10 901,1	10 352,5	10 402,0	4 311,2	1 153,6	431,3	2 335,0	2 084,5	86,4	Dez.	
908,3	10 919,8	10 349,3	10 400,1	4 305,2	1 132,1	442,6	2 337,7	2 096,5	86,0	2014 Jan.	
910,2	10 949,9	10 339,2	10 383,5	4 308,3	1 129,1	445,4	2 319,9	2 094,6	86,2	Febr.	
916,5	10 967,3	10 356,3	10 399,7	4 333,2	1 129,0	441,5	2 311,5	2 098,5	86,1	März	
921,8	10 948,8	10 351,4	10 394,9	4 365,3	1 124,3	442,6	2 280,2	2 096,5	86,0	April	
928,9	11 021,4	10 387,9	10 426,5	4 415,3	1 121,4	439,4	2 266,4	2 098,4	85,6	Mai	
935,3	11 051,1	10 388,3	10 424,7	4 448,0	1 104,3	434,9	2 255,9	2 097,2	84,4	Juni	
944,7	11 022,7	10 378,3	10 420,0	4 449,0	1 115,5	430,8	2 244,6	2 095,1	85,0	Juli	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	2012 Juni	
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli	
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.	
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.	
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.	
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.	
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.	
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.	
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.	
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März	
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April	
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai	
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni	
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli	
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.	
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.	
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.	
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.	
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.	
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.	
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.	
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März	
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April	
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai	
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni	
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,6	527,5	76,8	Juli	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-			
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-	
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)			insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2012 Juni	333,3	317,9	134,8	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	440,6	436,8	510,1	2 975,2	2 275,2		
Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	444,8	438,9	508,8	2 996,9	2 275,9		
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	427,5	422,3	513,2	2 965,8	2 264,9		
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	432,3	428,3	492,5	2 938,5	2 251,6		
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	414,8	411,2	497,3	2 914,4	2 226,2		
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	421,2	417,4	495,5	2 889,4	2 206,6		
Dez.	251,0	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	376,4	372,4	467,9	2 853,2	2 183,1		
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	390,1	386,2	459,7	2 807,6	2 172,3		
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	417,3	412,0	465,9	2 806,9	2 151,4		
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	440,3	434,2	459,6	2 775,5	2 122,0		
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	431,3	423,8	459,1	2 747,3	2 102,0		
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	444,5	437,7	455,7	2 721,4	2 076,4		
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	466,2	459,7	436,0	2 695,8	2 061,8		
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	417,1	411,3	434,8	2 656,5	2 031,2		
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	339,1	332,9	444,4	2 646,2	2 012,9		
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 642,7	2 003,7		
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,0	2 006,1		
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,1	1 999,9		
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,8	288,1	404,8	2 558,8	1 978,6		
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,9	279,4	422,6	2 581,8	1 969,1		
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	307,3	295,7	421,8	2 556,5	1 956,7		
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	294,0	285,4	404,1	2 558,8	1 961,5		
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,2	276,3	409,1	2 544,4	1 948,4		
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,0	2 563,1	1 948,8		
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,1	2 533,2	1 920,0		
Juli	292,8	309,9	132,6	101,7	9,2	45,0	16,1	5,2	302,4	293,5	409,5	2 524,2	1 896,0		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2012 Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1		
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1		
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5		
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7		
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0		
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6		
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3		
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1		
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1		
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4		
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1		
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7		
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4		
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1		
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2		
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5		
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5		
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1		
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5		
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4		
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5		
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3		
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7		
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7		
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3		
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,1	291,4		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾								sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post-, Schatzämter) ¹⁴⁾	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)						
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾	Geldkapitalbildung ¹³⁾			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾														
128,5	102,0	2 744,7	4 158,6	2 312,3	- 65,2	5 260,6	-	4 958,2	8 810,9	9 683,5	7 646,4	111,0	2012 Juni	
136,0	96,2	2 764,7	4 201,9	2 353,7	- 63,2	5 537,2	-	4 982,7	8 834,6	9 712,7	7 654,8	113,5	Juli	
122,7	96,4	2 746,8	4 115,7	2 361,9	- 47,0	5 458,0	-	4 979,0	8 827,3	9 688,6	7 646,4	113,0	Aug.	
119,8	92,6	2 726,0	4 047,7	2 405,8	- 57,2	5 325,8	-	5 022,9	8 868,1	9 701,8	7 665,2	113,1	Sept.	
113,6	93,5	2 707,3	4 020,9	2 394,4	- 73,0	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 756,9	7 621,4	112,1	Okt.	
96,1	91,2	2 702,1	3 940,0	2 408,9	- 67,4	4 944,8	-	5 091,6	8 957,5	9 761,1	7 627,4	114,6	Nov.	
87,4	93,8	2 672,1	3 793,4	2 396,4	- 52,1	4 729,6	-	5 168,7	9 045,7	9 809,1	7 578,1	120,0	Dez.	
70,1	92,3	2 645,3	3 774,6	2 387,7	- 32,6	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,0	7 536,2	112,0	2013 Jan.	
61,7	88,1	2 657,0	3 812,7	2 378,2	- 38,3	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,0	7 529,6	111,1	Febr.	
59,2	84,1	2 632,1	3 798,4	2 414,3	- 58,9	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 805,9	7 557,1	110,9	März	
62,5	81,6	2 603,3	3 832,7	2 390,1	- 43,1	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,0	7 495,4	111,2	April	
62,9	74,4	2 584,0	3 755,3	2 377,8	- 54,6	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 856,7	7 467,3	111,9	Mai	
66,1	68,4	2 561,4	3 651,9	2 335,9	- 63,2	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,1	7 398,0	113,0	Juni	
62,1	66,7	2 527,8	3 599,3	2 365,2	- 59,0	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,6	7 387,5	116,5	Juli	
66,1	63,1	2 517,0	3 572,1	2 391,4	- 61,5	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,0	7 394,1	115,9	Aug.	
76,0	58,3	2 508,5	3 500,7	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 846,9	7 362,1	116,6	Sept.	
63,7	58,1	2 516,1	3 511,7	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,6	7 374,6	114,3	Okt.	
63,7	53,4	2 514,0	3 474,2	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,1	9 888,4	7 354,4	117,2	Nov.	
38,5	49,1	2 498,9	3 308,9	2 340,4	- 62,3	3 954,3	-	5 445,1	9 250,0	9 852,8	7 311,0	114,1	Dez.	
42,3	43,9	2 495,6	3 473,8	2 385,1	- 42,3	4 108,4	-	5 419,2	9 224,8	9 855,2	7 355,3	107,7	2014 Jan.	
42,1	39,1	2 475,3	3 427,9	2 405,4	- 29,9	4 039,4	-	5 428,4	9 235,6	9 867,3	7 337,9	105,3	Febr.	
49,1	35,4	2 474,4	3 391,9	2 422,1	- 29,2	3 981,7	-	5 461,6	9 274,3	9 879,7	7 344,9	106,1	März	
37,9	32,6	2 474,0	3 463,2	2 433,7	- 17,9	4 060,6	-	5 499,3	9 301,5	9 903,4	7 324,6	104,5	April	
43,8	35,1	2 484,3	3 476,8	2 426,9	- 32,3	4 116,5	-	5 557,1	9 363,3	9 971,3	7 313,9	105,4	Mai	
44,5	35,9	2 452,8	3 374,9	2 457,3	- 48,1	4 138,9	-	5 601,3	9 386,3	9 986,9	7 301,0	106,7	Juni	
37,7	35,5	2 451,1	3 436,5	2 470,5	- 42,3	4 239,2	-	5 611,3	9 401,9	10 017,3	7 301,3	107,1	Juli	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-	2012 Juni	
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 953,8	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	Juli	
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-	Aug.	
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-	Sept.	
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-	Okt.	
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	Nov.	
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.	
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.	
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.	
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März	
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April	
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai	
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni	
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli	
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.	
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.	
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.	
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.	
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.	
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.	
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.	
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März	
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April	
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai	
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni	
9,1	6,4	527,7	620,0	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,8	2 373,4	1 859,5	-	Juli	

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Einlagefazilität		
Eurosystem 2)												
2012 April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	510,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Deutsche Bundesbank												
2012 April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknoten-Umlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berich-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	2012 April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	- 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	+ 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	+ 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	+ 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	+ 4,1	+ 6,2	Aug.
Deutsche Bundesbank												
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	2012 April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2014 Jan. 3.	2 278,6	303,2	241,6	81,7	159,9	23,2	20,2	20,2	–
10.	2 220,5	303,2	244,3	81,6	162,7	22,5	21,8	21,8	–
17.	2 197,9	303,2	245,8	81,6	164,2	22,6	21,0	21,0	–
24.	2 221,3	303,2	243,9	81,6	162,3	23,3	21,1	21,1	–
31.	2 217,1	303,2	244,2	81,4	162,8	23,7	20,2	20,2	–
Febr. 7.	2 190,3	303,2	244,2	81,0	163,2	22,8	19,2	19,2	–
14.	2 190,1	303,2	244,5	80,5	164,0	23,1	19,1	19,1	–
21.	2 184,8	303,2	244,1	80,7	163,4	23,0	18,8	18,8	–
28.	2 181,1	303,2	243,8	80,7	163,1	24,1	19,0	19,0	–
März 7.	2 172,3	303,2	244,3	80,8	163,5	23,9	18,8	18,8	–
14.	2 167,8	303,1	244,5	80,8	163,7	23,8	18,3	18,3	–
21.	2 166,1	303,1	244,7	80,7	164,0	23,9	19,2	19,2	–
28.	2 152,1	303,1	244,5	80,7	163,9	23,1	17,7	17,7	–
April 4.	2 161,0	326,5	244,4	80,9	163,5	23,1	17,4	17,4	–
11.	2 169,1	326,5	244,4	80,9	163,5	23,5	17,7	17,7	–
18.	2 167,8	326,5	244,1	80,9	163,2	23,8	17,3	17,3	–
25.	2 169,1	326,5	245,2	81,8	163,4	23,8	18,4	18,4	–
Mai 2.	2 217,1	326,5	245,6	81,8	163,8	23,5	18,7	18,7	–
9.	2 167,7	326,5	246,3	81,6	164,7	23,2	18,6	18,6	–
16.	2 185,0	326,5	244,5	81,3	163,2	24,2	19,5	19,5	–
23.	2 163,7	326,5	245,3	81,3	164,0	24,5	20,3	20,3	–
30.	2 197,1	326,5	245,9	81,3	164,6	23,8	19,6	19,6	–
2014 Juni 6.	2 172,3	326,5	248,3	81,7	166,6	22,9	19,9	19,9	–
13.	2 124,3	326,5	247,5	81,6	165,9	23,4	18,8	18,8	–
20.	2 080,0	326,5	244,4	81,0	163,5	25,5	18,4	18,4	–
27.	2 088,1	326,5	244,4	80,6	163,8	24,4	18,6	18,6	–
Juli 4.	2 070,3	334,4	249,6	81,7	167,9	23,3	18,2	18,2	–
11.	2 057,1	334,4	249,2	81,6	167,6	22,9	18,5	18,5	–
18.	2 062,5	334,4	248,2	81,6	166,5	24,5	19,5	19,5	–
25.	2 044,3	334,4	248,1	81,6	166,5	25,2	18,6	18,6	–
Aug. 1.	2 059,7	334,4	248,5	81,7	166,8	24,9	18,5	18,5	–
8.	2 025,3	334,4	249,4	81,1	168,3	24,5	18,9	18,9	–
15.	2 023,2	334,4	249,1	80,8	168,3	24,5	19,3	19,3	–
22.	2 013,0	334,4	249,3	80,8	168,5	24,3	19,9	19,9	–
29.	2 038,7	334,4	249,5	80,9	168,7	24,2	20,9	20,9	–
Sept. 5.	2 012,1	334,4	249,8	81,4	168,4	25,4	21,8	21,8	–
Deutsche Bundesbank									
2012 Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	–	–	–
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
752,3	168,7	583,3	–	–	0,3	0,0	73,5	591,2	235,9	355,3	28,3	245,1	2014 Jan.	3.
695,9	112,5	583,3	–	–	0,0	0,1	72,1	590,8	235,9	354,9	28,3	241,6		10.
672,6	94,7	577,7	–	–	0,1	0,0	73,1	588,7	234,0	354,7	28,3	242,6		17.
693,2	116,3	576,7	–	–	0,2	0,0	74,7	589,3	233,5	355,7	28,3	244,5		24.
691,9	115,6	576,0	–	–	0,3	0,0	72,9	587,4	231,3	356,1	28,3	245,3		31.
671,3	95,1	575,6	–	–	0,5	0,0	70,5	586,2	230,6	355,6	28,2	244,8	Febr.	7.
666,6	93,3	573,2	–	–	0,1	0,0	74,7	587,2	229,9	357,3	28,2	243,4		14.
665,2	92,9	572,2	–	–	0,2	0,0	77,0	585,8	229,4	356,5	28,2	239,5		21.
664,5	94,0	569,7	–	–	0,8	0,0	74,1	586,4	229,3	357,1	28,2	237,7		28.
654,0	87,0	566,7	–	–	0,3	0,0	72,9	588,0	229,3	358,7	28,2	239,0	März	7.
648,9	92,6	556,3	–	–	0,0	0,0	76,0	587,9	228,8	359,0	28,2	237,0		14.
644,1	96,9	546,2	–	–	0,9	0,0	77,8	588,5	228,6	359,9	28,2	236,6		21.
640,8	121,3	518,0	–	–	1,4	–	66,0	590,4	228,4	362,0	28,2	238,2		28.
627,4	110,6	516,5	–	–	0,2	–	66,5	588,4	224,9	363,5	28,2	239,1	April	4.
636,7	104,6	532,1	–	–	–	–	64,9	588,1	224,7	363,4	28,2	239,0		11.
636,3	112,2	523,8	–	–	0,3	–	63,6	588,3	224,7	363,7	28,2	239,5		18.
638,1	121,8	516,3	–	–	0,0	0,0	60,1	586,7	224,7	362,0	28,2	242,0		25.
688,3	172,6	515,0	–	–	0,8	0,0	61,3	581,6	219,6	362,0	27,3	244,2	Mai	2.
642,4	129,1	513,2	–	–	–	–	60,6	583,1	219,6	363,6	27,3	239,7		9.
651,5	137,3	514,2	–	–	0,0	0,0	68,4	583,6	219,6	364,1	27,3	239,4		16.
640,0	131,9	508,0	–	–	0,1	–	61,2	576,6	216,7	360,0	27,3	242,0		23.
679,7	174,0	505,7	–	–	0,1	0,0	57,4	573,7	215,3	358,5	27,3	243,2		30.
653,3	149,4	503,9	–	–	0,0	–	61,1	570,9	212,8	358,0	27,3	242,3	2014 Juni	6.
607,6	136,8	470,8	–	–	0,0	–	63,8	570,0	212,5	357,4	27,3	239,4		13.
565,0	97,9	467,1	–	–	0,0	–	62,9	569,4	209,9	359,5	27,3	240,6		20.
568,4	115,0	453,3	–	–	0,1	–	65,2	570,6	209,9	360,7	27,3	242,8		27.
545,9	97,1	448,8	–	–	–	–	61,6	566,9	205,2	361,7	26,7	243,6	Juli	4.
529,2	94,2	434,8	–	–	0,2	–	60,9	568,8	204,8	364,0	26,7	246,5		11.
531,7	99,9	431,1	–	–	0,7	0,0	68,3	565,8	204,1	361,7	26,7	243,4		18.
507,8	97,9	409,6	–	–	0,4	–	74,2	566,3	203,5	362,8	26,7	242,8		25.
533,5	133,3	400,2	–	–	0,0	0,0	74,2	556,8	199,0	357,8	26,7	242,1	Aug.	1.
504,9	107,9	397,0	–	–	0,0	–	66,1	559,1	199,0	360,1	26,7	241,1		8.
501,0	108,2	392,8	–	–	0,0	–	66,8	560,9	199,0	361,9	26,7	240,5		15.
497,6	107,6	390,0	–	–	0,0	0,1	61,9	557,7	195,4	362,3	26,7	241,1		22.
517,6	131,8	384,9	–	–	0,9	–	62,6	559,9	195,4	364,4	26,7	242,9		29.
492,7	111,2	381,4	–	–	0,1	0,0	62,4	560,7	195,4	365,3	26,7	238,1	Sept.	5.
Deutsche Bundesbank														
76,6	1,6	73,9	–	–	1,1	–	5,0	67,9	67,9	–	4,4	751,0	2012 Okt.	
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli	
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 4)													
2014 Jan. 3.	2 278,6	952,9	492,0	298,9	88,2	104,8	–	0,0	3,2	–	81,0	55,5	25,5
10.	2 220,5	941,7	441,3	202,3	59,8	179,0	–	0,2	8,7	–	81,8	57,9	23,9
17.	2 197,9	934,9	418,0	202,4	36,5	179,0	–	0,1	4,0	–	98,3	72,5	25,8
24.	2 221,3	929,9	424,0	227,9	44,0	152,1	–	0,0	2,1	–	123,0	93,6	29,3
31.	2 217,1	932,5	423,1	215,7	56,1	151,2	–	0,2	3,1	–	116,1	92,9	23,2
Febr. 7.	2 190,3	932,6	423,2	200,4	47,2	175,5	–	0,0	4,1	–	94,1	74,5	19,6
14.	2 190,1	931,2	429,6	223,7	29,9	175,5	–	0,5	5,2	–	86,4	65,8	20,6
21.	2 184,8	929,1	403,8	196,3	32,0	175,5	–	0,0	5,1	–	116,8	91,7	25,1
28.	2 181,1	933,8	392,5	187,4	29,4	175,5	–	0,2	5,2	–	126,1	99,3	26,9
März 7.	2 172,3	937,0	393,6	187,1	30,9	175,5	–	0,0	5,2	–	113,9	74,7	39,2
14.	2 167,8	938,1	425,8	226,8	23,5	175,5	–	0,0	5,0	–	83,4	56,4	27,1
21.	2 166,1	936,9	405,2	195,2	34,5	175,5	–	0,0	5,1	–	103,4	77,7	25,8
28.	2 152,1	938,7	382,9	179,2	28,3	175,5	–	–	9,5	–	117,1	89,9	27,2
April 4.	2 161,0	942,5	382,4	181,1	25,7	175,5	–	0,0	10,3	–	95,1	69,9	25,2
11.	2 169,1	944,2	392,0	198,2	21,2	172,5	–	0,2	4,1	–	99,9	68,9	31,0
18.	2 167,8	951,9	386,4	202,9	30,1	153,4	–	0,0	4,1	–	98,7	63,7	35,0
25.	2 169,1	946,4	356,9	166,1	24,0	166,8	–	0,0	4,0	–	129,2	91,1	38,1
Mai 2.	2 217,1	950,3	383,3	240,2	39,1	103,9	–	0,1	2,8	–	147,7	105,3	42,4
9.	2 167,7	948,9	349,5	150,0	33,8	165,5	–	0,1	2,9	–	139,6	101,4	38,2
16.	2 185,0	947,7	363,2	201,4	17,5	144,3	–	0,0	2,5	–	142,4	102,6	39,8
23.	2 163,7	947,2	329,8	168,5	23,8	137,5	–	0,0	2,8	–	157,7	121,1	36,5
30.	2 197,1	953,8	352,2	209,4	39,9	102,9	–	0,0	1,7	–	163,0	119,8	43,3
2014 Juni 6.	2 172,3	957,8	343,7	187,1	37,3	119,2	–	0,1	1,8	–	141,6	100,3	41,3
13.	2 124,3	956,5	325,8	199,8	17,2	108,7	–	0,2	2,7	–	124,1	89,2	34,9
20.	2 080,0	955,9	237,8	211,2	26,5	–	–	0,0	8,0	–	168,3	130,1	38,2
27.	2 088,1	958,3	243,2	217,7	25,4	–	–	0,0	8,6	–	171,6	131,9	39,7
Juli 4.	2 070,3	963,9	241,5	214,2	27,3	–	–	0,0	3,7	–	141,1	100,3	40,9
11.	2 057,1	965,2	226,3	206,2	20,2	–	–	0,0	4,2	–	144,1	107,2	36,8
18.	2 062,5	965,6	233,9	211,1	22,7	–	–	0,1	5,0	–	140,9	103,2	37,7
25.	2 044,3	965,5	217,7	196,4	21,3	–	–	0,0	4,8	–	139,9	107,1	32,8
Aug. 1.	2 059,7	971,4	263,9	219,7	44,1	–	–	0,0	4,8	–	105,8	70,9	34,9
8.	2 025,3	973,4	235,9	214,5	21,1	–	–	0,3	5,0	–	96,7	66,6	30,2
15.	2 023,2	975,6	241,5	221,6	19,8	–	–	0,0	4,8	–	86,3	57,7	28,6
22.	2 013,0	970,3	230,9	205,2	25,6	–	–	0,0	4,8	–	95,1	66,4	28,7
29.	2 038,7	971,3	253,7	222,8	30,9	–	–	0,0	4,9	–	93,1	63,8	29,3
Sept. 5.	2 012,1	972,6	220,4	193,7	26,7	–	–	0,0	4,9	–	98,5	70,7	27,8
Deutsche Bundesbank													
2012 Okt.	1 110,0	222,0	372,3	177,9	59,0	135,5	–	–	–	–	50,7	5,1	45,7
Nov.	1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez.	1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan.	964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr.	934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März	906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April	916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Juli	697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4
Aug.	712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
114,2	4,8	3,2	3,2	–	52,7	220,9	–	262,9	90,7	2014 Jan. 3.
110,5	3,5	5,5	5,5	–	52,7	221,3	–	262,9	90,7	10.
106,1	2,7	5,9	5,9	–	52,7	221,6	–	262,9	90,6	17.
105,8	1,3	5,9	5,9	–	52,7	223,2	–	262,9	90,5	24.
106,1	2,9	5,1	5,1	–	52,7	222,0	–	262,9	90,6	31.
101,9	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	90,6	Febr. 7.
99,4	1,4	7,2	7,2	–	52,7	223,5	–	262,9	90,6	14.
94,0	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	92,1	21.
93,5	2,8	4,9	4,9	–	52,7	214,2	–	262,9	92,4	28.
90,6	1,9	5,8	5,8	–	52,7	216,5	–	262,9	92,4	März 7.
88,1	1,2	6,5	6,5	–	52,7	211,5	–	262,9	92,5	14.
88,2	1,0	6,9	6,9	–	52,7	211,2	–	262,9	92,5	21.
81,6	1,4	5,7	5,7	–	52,7	206,8	–	262,9	92,7	28.
84,1	1,1	4,6	4,6	–	52,8	206,1	–	288,9	93,0	April 4.
82,9	1,1	4,9	4,9	–	52,8	205,4	–	288,9	93,0	11.
78,3	1,3	4,4	4,4	–	52,8	208,0	–	288,9	93,0	18.
80,5	1,4	4,5	4,5	–	52,8	211,4	–	288,9	93,0	25.
78,4	1,5	4,5	4,5	–	52,8	214,0	–	288,9	93,0	Mai 2.
79,8	1,2	5,1	5,1	–	52,8	206,3	–	288,9	92,8	9.
79,7	1,1	4,9	4,9	–	52,8	209,1	–	288,9	92,6	16.
77,1	1,2	5,8	5,8	–	52,8	207,8	–	288,9	92,6	23.
76,5	1,0	5,3	5,3	–	52,8	209,2	–	288,9	92,6	30.
78,3	1,0	6,6	6,6	–	52,8	206,3	–	288,9	93,4	2014 Juni 6.
67,1	1,0	6,6	6,6	–	52,8	205,3	–	288,9	93,4	13.
61,6	1,1	6,2	6,2	–	52,8	204,0	–	288,9	95,3	20.
59,7	0,8	5,5	5,5	–	52,8	203,4	–	288,9	95,3	27.
56,9	1,0	5,4	5,4	–	53,4	206,6	–	301,4	95,3	Juli 4.
53,2	1,1	4,8	4,8	–	53,4	208,1	–	301,4	95,3	11.
52,2	1,3	5,0	5,0	–	53,4	208,5	–	301,4	95,3	18.
48,5	1,1	5,6	5,6	–	53,4	211,1	–	301,4	95,3	25.
44,2	1,3	5,4	5,4	–	53,4	212,8	–	301,4	95,3	Aug. 1.
43,8	1,0	6,3	6,3	–	53,4	213,1	–	301,4	95,3	8.
43,8	1,0	6,1	6,1	–	53,4	213,9	–	301,4	95,3	15.
42,0	1,1	5,9	5,9	–	53,4	213,0	–	301,4	95,3	22.
41,6	1,1	6,1	6,1	–	53,4	217,1	–	301,4	95,3	29.
43,2	0,9	7,0	7,0	–	53,4	214,7	–	301,4	95,3	Sept. 5.
Deutsche Bundesbank										
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	2012 Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3	
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9	
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2012 Okt.	8 489,2	15,9	2 426,0	1 916,6	1 456,5	460,1	509,4	340,1	169,3	3 748,2	3 340,1	2 728,3	2 471,5	
Nov.	8 440,0	15,6	2 411,8	1 904,4	1 448,5	455,9	507,4	337,2	170,2	3 741,9	3 334,9	2 722,7	2 465,5	
Dez.	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013 Jan.	8 110,4	15,0	2 284,4	1 784,1	1 337,9	446,2	500,3	325,9	174,4	3 717,9	3 313,3	2 721,2	2 454,3	
Febr.	8 094,4	15,0	2 268,2	1 755,8	1 312,0	443,8	512,4	339,6	172,8	3 711,7	3 307,1	2 718,4	2 457,6	
März	8 063,0	16,9	2 228,8	1 727,6	1 290,0	437,6	501,1	332,8	168,3	3 710,8	3 302,6	2 715,8	2 451,0	
April	8 080,3	15,7	2 220,5	1 715,6	1 281,3	434,3	504,9	337,1	167,8	3 736,2	3 329,5	2 732,4	2 446,6	
Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6	
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1	
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8	
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 327,1	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7	
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6	
Okt.	7 670,3	15,9	2 205,2	1 701,8	1 283,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 607,9	3 207,9	2 615,7	2 351,6	
Nov.	7 704,8	15,3	2 221,4	1 713,0	1 294,7	418,3	508,3	342,0	166,3	3 612,6	3 208,8	2 619,5	2 356,1	
Dez.	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3	
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6	
März	7 512,4	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3	
April	7 543,0	15,5	2 107,4	1 616,2	1 212,2	404,1	491,1	325,6	165,6	3 630,9	3 228,6	2 644,2	2 359,8	
Mai	7 619,9	15,4	2 126,3	1 632,2	1 229,5	402,7	494,1	329,1	165,0	3 630,4	3 225,2	2 637,6	2 364,9	
Juni	7 589,2	14,9	2 089,4	1 595,1	1 196,2	398,9	494,2	330,2	164,0	3 623,8	3 219,0	2 637,4	2 367,1	
Juli	7 657,0	15,0	2 089,5	1 580,6	1 184,2	396,4	508,9	345,9	163,0	3 635,3	3 227,8	2 639,9	2 366,6	
Veränderungen 3)														
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3	
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	25,0	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2	
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2012 Nov.	- 29,4	- 0,3	- 14,3	- 12,3	- 8,0	- 4,3	- 1,9	- 2,8	0,8	- 5,2	- 4,6	- 4,9	- 5,3	
Dez.	- 204,3	3,6	- 101,8	- 90,5	- 84,2	- 6,3	- 11,3	- 14,5	3,2	- 50,5	- 43,1	- 24,8	- 27,5	
2013 Jan.	- 97,7	- 4,2	- 21,9	- 27,6	- 24,8	- 2,8	5,7	5,0	0,7	35,4	28,8	30,4	23,3	
Febr.	- 27,1	0,0	- 15,6	- 26,4	- 23,7	- 2,7	10,8	12,6	- 1,8	- 8,1	- 7,4	- 4,0	2,0	
März	- 44,2	1,9	- 41,3	- 29,2	- 22,7	- 6,5	- 12,1	- 6,8	- 5,3	- 2,4	- 5,1	- 3,2	- 7,3	
April	27,6	- 1,3	- 6,9	- 11,2	- 8,1	- 3,1	4,3	4,9	- 0,5	27,6	28,4	18,1	- 2,8	
Mai	- 142,7	0,3	- 23,5	- 22,8	- 22,4	- 0,5	- 0,7	- 1,4	0,7	- 22,0	- 27,1	- 11,6	5,5	
Juni	- 102,1	- 0,2	- 7,2	- 16,1	- 14,9	- 1,1	8,8	9,1	- 0,3	1,1	6,6	7,3	12,9	
Juli	- 72,5	- 0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1	
Aug.	- 87,5	1,2	7,7	5,7	7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4	
Sept.	- 14,6	- 1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8	
Okt.	- 5,5	0,6	- 44,2	- 39,4	- 34,0	- 5,4	- 4,8	- 3,2	- 1,6	9,9	11,2	1,2	0,5	
Nov.	32,6	- 0,6	15,3	11,0	11,2	- 0,2	4,2	2,3	1,9	5,6	1,3	4,0	4,8	
Dez.	- 169,8	3,4	- 75,2	- 57,6	- 55,3	- 2,3	- 17,6	- 16,9	- 0,7	- 15,8	- 4,7	- 1,6	- 0,7	
2014 Jan.	71,1	- 3,8	9,8	- 2,1	1,0	- 3,1	11,9	11,4	0,5	16,3	9,5	4,9	- 2,4	
Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	- 1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1	
März	- 50,8	- 0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,3	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,9	2,4	
April	32,0	1,0	- 3,1	- 8,6	- 7,4	- 1,2	5,5	3,6	2,0	23,2	22,1	20,6	3,6	
Mai	67,8	- 0,1	17,3	15,2	16,8	- 1,6	2,1	2,8	- 0,7	- 1,8	- 4,0	- 7,1	4,7	
Juni	- 30,3	- 0,5	- 36,5	- 36,7	- 33,2	- 3,5	0,2	1,1	- 0,9	- 6,0	- 5,6	0,2	2,4	
Juli	67,8	0,1	0,1	- 14,5	- 12,1	- 2,5	14,6	15,7	- 1,0	12,8	9,7	3,6	0,0	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	2012 Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
273,3	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli	
Veränderungen 3)														
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	2012 Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	18,7	15,9	33,7	Mai	
- 2,2	- 5,8	- 7,6	1,9	- 0,4	0,3	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,1	12,3	9,1	0,5	Juni	
3,5	6,2	2,8	3,4	3,1	0,9	1,1	2,2	0,3	1,9	30,7	30,6	24,1	Juli	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
		ins- gesamt	von Banken			ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland					Einlagen von Nicht-		
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern	ins- gesamt		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zu- sammen	täglich fällig
									zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6	
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9	
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2012 Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1	
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1	
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1	
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7	
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3	
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4	
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7	
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1	
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9	
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0	
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9	
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0	
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8	
Dez.	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9	
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1	
März	7 512,4	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2	
April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9	
Mai	7 619,9	1 378,3	1 163,9	214,5	3 157,4	3 061,4	1 442,9	1 012,5	302,7	605,9	528,8	79,9	34,7	
Juni	7 589,2	1 370,1	1 143,3	226,8	3 146,9	3 053,8	1 438,8	1 010,4	303,4	604,5	528,4	78,1	36,5	
Juli	7 657,0	1 376,8	1 134,7	242,1	3 154,6	3 061,7	1 450,4	1 006,9	303,9	604,3	527,6	76,3	35,5	
Veränderungen 4)														
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4	
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6	
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1	
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1	
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2	
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5	
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4	
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3	
2012 Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0	
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	- 1,8	
2013 Jan.	- 97,7	2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0	
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5	
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5	
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1	
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	- 2,2	
Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5	
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	- 2,1	
Aug.	- 87,5	12,9	18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	- 1,0	
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0	
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,4	- 4,9	
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2,7	1,8	
Dez.	- 169,8	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1	
2014 Jan.	71,1	16,0	- 2,5	18,5	- 4,4	2,0	5,5	- 2,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 3,8	- 0,0	
Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2	
März	- 50,8	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,6	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,2	2,1	0,2	
April	32,0	28,6	21,3	7,4	6,6	7,6	15,2	- 5,7	- 2,4	- 1,9	- 1,6	1,4	2,7	
Mai	67,8	1,5	10,0	- 8,5	19,0	17,8	15,1	3,4	6,3	- 0,7	- 0,5	- 0,9	- 2,2	
Juni	- 30,3	- 8,1	- 20,5	12,4	- 10,5	- 7,6	- 4,1	- 2,1	0,7	- 1,4	- 0,4	- 1,8	1,8	
Juli	67,8	6,6	- 8,7	15,3	7,8	8,0	11,5	- 3,4	0,6	- 0,2	- 0,8	- 1,8	- 1,0	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	2012 Okt.
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	Juni
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 083,9	39,0	524,2	537,8	967,4	Juli
Veränderungen 4)													
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	- 0,3	- 34,8	- 22,1	- 32,4	- 27,5	- 36,6	2006
- 8,0	- 12,9	- 0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	- 8,1	- 3,4	- 20,9	- 49,3	- 48,7	- 42,3	- 68,3	2007
- 7,5	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	- 36,1	- 12,2	- 33,9	- 50,2	- 0,1	- 39,3	- 56,1	2008
- 5,7	- 7,7	- 0,1	- 0,2	- 2,4	- 0,8	- 19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	- 0,3	- 0,3	- 17,0	- 16,5	- 6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	- 1,7	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,7	- 10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	- 13,7	- 137,8	2011
- 7,2	- 3,6	- 0,5	- 0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	- 21,0	- 68,5	2012
- 0,5	- 2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	- 18,9	- 417,1	2013
- 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,0	- 2,2	- 0,0	- 0,8	- 0,0	- 8,4	- 0,2	- 33,4	- 2,7	- 3,6	2012 Nov.
- 2,5	- 2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	- 1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	- 1,1	- 2,0	- 2,7	- 0,1	- 12,0	- 4,6	- 7,3	- 5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	- 16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	- 5,5	- 8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	- 1,8	- 8,4	März
- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 2,8	- 1,6	- 1,9	- 0,7	- 4,3	- 0,8	- 6,0	- 0,9	- 4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 5,1	- 0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	- 4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 0,6	- 15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	- 10,8	- 91,2	Juni
- 0,3	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	- 1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	- 4,0	- 5,7	- 2,0	- 18,3	Juli
- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	- 0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	- 3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	- 0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	- 21,4	Sept.
- 1,5	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	- 4,0	- 0,5	- 5,9	- 0,1	- 4,2	- 0,1	- 4,2	Okt.
- 1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,6	- 0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	- 9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.
- 3,5	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 1,8	- 1,7	- 2,9	- 0,5	- 11,7	- 3,3	- 53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 4,2	- 1,2	- 0,1	- 12,2	- 3,3	- 37,2	- 13,5	- 19,8	2014 Jan.
- 0,6	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 3,6	- 1,1	- 0,1	- 0,0	- 5,1	- 1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.
- 2,0	- 2,3	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,1	- 2,3	- 9,9	- 3,1	- 9,7	März
- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	- 1,5	- 2,5	- 0,0	- 11,0	- 0,3	- 10,2	- 3,0	- 1,9	April
- 1,3	- 1,0	- 0,0	- 0,0	- 2,2	- 2,3	- 3,0	- 0,0	- 8,6	- 1,2	- 5,7	- 7,6	- 28,4	Mai
- 3,5	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 1,9	- 0,4	- 0,1	- 5,6	- 3,0	- 20,7	- 15,1	- 0,8	Juni
- 0,7	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 1,6	- 1,0	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,2	- 25,3	- 5,0	- 20,4	Juli

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wertpapiere von Nichtbanken			
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				Wechsel
Alle Bankengruppen													
2014 Febr.	1 841	7 616,7	80,1	2 622,0	1 998,7	614,4	3 845,6	383,2	2 730,0	0,5	722,0	131,6	937,5
März	1 840	7 565,3	77,5	2 582,0	1 961,1	611,8	3 852,0	378,7	2 727,6	0,5	733,9	132,0	921,7
April	1 840	7 595,2	96,0	2 564,9	1 943,5	611,8	3 877,9	386,2	2 732,7	0,5	745,9	132,2	924,3
Mai	1 840	7 671,8	88,9	2 614,6	1 993,7	611,2	3 877,3	385,4	2 739,9	0,5	740,2	132,6	958,4
Juni	1 836	7 640,7	90,1	2 583,6	1 966,6	605,9	3 874,3	387,8	2 731,8	0,5	742,5	132,6	960,1
Juli	1 834	7 707,7	79,2	2 617,4	2 003,7	603,1	3 893,6	388,4	2 742,7	0,5	750,7	132,2	985,3
Kreditbanken 6)													
2014 Juni	275	2 840,0	39,8	966,3	866,6	95,7	1 079,1	197,3	663,1	0,2	211,6	67,2	687,6
Juli	275	2 911,8	32,1	1 011,4	913,6	94,6	1 093,1	200,8	666,9	0,2	217,5	67,2	708,0
Großbanken 7)													
2014 Juni	4	1 787,6	8,0	599,5	545,0	51,0	466,1	109,1	246,6	0,1	104,7	59,9	654,1
Juli	4	1 851,4	4,6	637,6	585,2	49,5	474,6	113,9	247,5	0,1	107,9	59,9	674,7
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2014 Juni	164	824,3	14,2	225,0	181,5	43,1	551,4	68,5	382,9	0,1	99,4	6,6	27,1
Juli	163	824,5	14,1	221,9	178,2	43,4	555,1	67,8	385,4	0,1	101,3	6,6	27,0
Zweigstellen ausländischer Banken													
2014 Juni	107	228,1	17,6	141,8	140,1	1,7	61,5	19,7	33,5	-	7,5	0,7	6,5
Juli	108	235,9	13,4	152,0	150,3	1,7	63,4	19,2	34,0	-	8,3	0,7	6,4
Landesbanken													
2014 Juni	9	1 091,1	7,7	378,9	272,0	104,4	558,7	67,2	371,9	0,1	116,0	13,6	132,2
Juli	9	1 085,1	6,6	372,0	265,5	104,4	560,2	67,4	373,0	0,1	117,3	12,6	133,7
Sparkassen													
2014 Juni	417	1 104,2	14,3	215,8	81,5	133,7	842,6	56,8	655,7	0,1	129,9	14,9	16,7
Juli	417	1 106,8	13,4	216,2	82,4	133,2	845,3	55,5	658,5	0,1	131,2	15,0	16,8
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2014 Juni	2	278,4	0,1	160,3	127,2	33,1	64,0	13,2	21,7	0,0	28,8	14,5	39,5
Juli	2	277,6	0,5	157,6	124,9	32,7	63,5	13,0	22,2	0,0	28,1	14,6	41,4
Kreditgenossenschaften													
2014 Juni	1 074	767,2	10,9	170,5	54,1	116,1	552,5	33,8	436,9	0,1	81,6	13,8	19,4
Juli	1 072	770,5	10,6	171,5	54,7	116,3	555,1	32,5	439,8	0,1	82,5	14,1	19,3
Realkreditinstitute													
2014 Juni	17	415,1	0,5	103,9	64,5	36,3	295,3	6,3	219,3	-	69,7	0,6	14,8
Juli	17	411,4	0,2	102,7	63,7	35,9	293,5	5,7	218,5	-	69,3	0,6	14,4
Bausparkassen													
2014 Juni	22	209,1	0,2	61,7	45,0	16,7	141,2	1,6	120,2	.	19,4	0,4	5,6
Juli	22	209,0	0,0	61,5	45,0	16,5	141,6	1,7	120,2	.	19,8	0,4	5,5
Banken mit Sonderaufgaben													
2014 Juni	20	935,6	16,7	526,2	455,8	69,9	340,8	11,6	242,9	-	85,4	7,6	44,3
Juli	20	935,5	15,8	524,5	453,9	69,5	341,4	11,8	243,6	-	85,1	7,6	46,2
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2014 Juni	144	857,2	27,1	327,8	283,6	40,6	412,1	67,3	241,1	0,1	100,3	5,2	85,1
Juli	145	871,7	22,1	338,6	294,6	41,2	416,0	65,9	242,4	0,1	103,4	5,2	89,9
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2014 Juni	37	629,1	9,5	186,0	143,6	38,9	350,5	47,7	207,6	0,1	92,8	4,5	78,6
Juli	37	635,8	8,7	186,6	144,3	39,5	352,6	46,8	208,4	0,1	95,1	4,5	83,5

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
Alle Bankengruppen															
1 702,9	409,7	1 293,2	3 312,8	1 551,3	314,2	738,0	81,9	619,6	540,0	89,8	1 173,4	438,5	989,2	2014 Febr.	
1 685,9	406,4	1 279,5	3 299,9	1 546,2	312,3	735,6	75,3	618,3	538,8	87,5	1 161,7	439,1	978,8	März	
1 720,7	402,8	1 318,0	3 312,6	1 565,6	312,0	733,0	78,2	616,3	537,0	85,7	1 146,9	439,2	975,8	April	
1 728,2	408,8	1 319,4	3 332,9	1 586,7	313,9	732,0	78,5	615,6	536,5	84,6	1 163,5	443,2	1 004,0	Mai	
1 700,6	438,8	1 261,8	3 322,7	1 587,1	309,0	728,5	79,8	614,1	536,1	84,1	1 159,5	456,5	1 001,4	Juni	
1 722,0	454,7	1 267,2	3 343,0	1 602,3	319,4	724,7	92,4	613,8	535,1	82,8	1 160,1	460,1	1 022,5	Juli	
Kreditbanken 6)															
677,9	281,6	396,2	1 204,3	703,9	161,9	202,1	53,4	111,0	98,9	25,4	148,5	152,3	657,1	2014 Juni	
703,4	294,6	408,8	1 233,0	722,9	172,6	200,3	68,9	112,1	99,0	25,2	144,1	152,6	678,6	Juli	
Großbanken 7)															
458,2	209,2	249,0	524,4	293,3	76,6	75,8	53,4	69,9	67,9	8,8	110,1	90,1	604,9	2014 Juni	
480,8	228,9	251,9	548,0	306,6	86,8	75,4	68,9	70,3	68,1	8,8	106,1	90,3	626,1	Juli	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
130,5	41,1	89,3	557,6	334,5	65,9	100,7	0,0	40,9	30,9	15,5	37,7	53,7	44,7	2014 Juni	
127,6	38,4	89,2	560,6	338,4	66,1	99,3	0,1	41,6	30,8	15,2	37,3	53,8	45,2	Juli	
Zweigstellen ausländischer Banken															
89,2	31,3	57,9	122,4	76,1	19,3	25,6	–	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	7,5	2014 Juni	
95,0	27,4	67,6	124,5	77,9	19,7	25,5	–	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	7,3	Juli	
Landesbanken															
322,6	56,7	265,9	317,3	119,3	59,8	123,5	21,2	14,6	10,9	0,1	255,3	59,8	136,1	2014 Juni	
320,9	60,6	260,3	311,6	113,0	61,6	122,3	20,5	14,6	10,9	0,1	255,0	59,8	137,9	Juli	
Sparkassen															
149,2	15,3	134,0	808,5	422,3	28,5	15,0	–	299,4	258,1	43,3	14,2	88,4	43,9	2014 Juni	
149,1	15,2	133,8	811,1	426,8	28,2	15,1	–	298,6	257,6	42,4	14,1	89,7	42,8	Juli	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
135,8	30,6	105,2	35,6	11,9	10,6	10,9	3,2	–	–	2,2	56,2	14,1	36,7	2014 Juni	
135,2	28,5	106,7	32,5	10,3	9,3	10,6	2,4	–	–	2,2	55,3	15,6	39,1	Juli	
Kreditgenossenschaften															
101,9	6,6	95,3	564,9	306,8	35,9	21,7	–	188,5	167,6	12,0	9,7	59,4	31,3	2014 Juni	
102,1	6,0	96,1	568,1	310,1	36,5	21,6	–	188,0	167,1	11,8	9,5	59,7	31,1	Juli	
Realkreditinstitute															
102,8	7,4	95,4	152,4	8,0	8,0	136,2	–	0,2	0,2	–	124,6	16,5	18,8	2014 Juni	
99,3	7,0	92,4	152,1	8,6	7,7	135,5	–	0,2	0,2	–	125,3	16,6	18,1	Juli	
Bausparkassen															
24,3	2,6	21,6	157,3	0,5	0,6	154,9	–	0,3	0,3	1,0	3,1	9,2	15,2	2014 Juni	
24,2	2,9	21,4	157,3	0,5	0,6	155,0	–	0,3	0,3	1,0	3,0	9,2	15,2	Juli	
Banken mit Sonderaufgaben															
186,2	38,0	148,2	82,3	14,2	3,7	64,3	2,1	–	–	–	548,0	56,9	62,2	2014 Juni	
187,7	39,9	147,8	77,3	10,0	3,0	64,3	0,7	–	–	–	553,8	57,0	59,7	Juli	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
213,0	77,1	135,9	477,1	304,8	64,3	74,7	12,4	21,8	21,4	11,5	27,6	47,7	91,8	2014 Juni	
223,3	76,5	146,8	480,1	307,2	65,8	74,2	11,9	21,7	21,3	11,1	25,2	47,9	95,3	Juli	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
123,8	45,8	78,0	354,7	228,7	45,0	49,1	12,4	21,6	21,3	10,3	27,0	39,3	84,3	2014 Juni	
128,2	49,0	79,2	355,6	229,3	46,1	48,7	11,9	21,6	21,2	9,9	24,6	39,4	88,0	Juli	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich selbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2013 Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	-	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Juni	14,7	59,9	1 511,7	1 136,0	0,0	2,6	373,0	1,6	3 147,3	2 697,0	0,3	1,8	448,1
Juli	14,7	48,6	1 508,3	1 135,2	0,0	2,4	370,8	1,6	3 155,7	2 699,2	0,3	1,9	454,3
Veränderungen *)													
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2013 Febr.	- 0,0	- 27,9	+ 2,5	+ 4,8	-	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 1,6	- 0,1	- 0,2	+ 3,9
März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	- 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1
Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,4
Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7
Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	- 3,7	+ 6,6	- 0,0	- 0,3	- 9,9
Juni	- 0,6	+ 1,5	- 38,9	- 34,8	+ 0,0	+ 1,4	- 5,5	+ 0,1	- 6,0	- 4,7	- 0,0	+ 0,5	- 1,7
Juli	+ 0,1	- 11,3	- 3,4	- 0,9	-	- 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 8,4	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 6,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004	
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005	
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008	
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009	
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010	
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013	
-	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	2013 Febr.	
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	März	
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April	
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai	
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni	
-	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	Juli	
-	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	Aug.	
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	Sept.	
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.	
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.	
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.	
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	Febr.	
-	27,8	92,3	1 131,6	149,1	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	März	
-	27,6	92,5	1 153,3	148,1	1 005,2	0,0	11,8	3 057,2	1 431,5	947,0	606,7	72,0	32,4	April	
-	27,6	92,9	1 163,8	152,4	1 011,4	0,0	11,9	3 072,1	1 446,2	949,0	606,0	70,9	31,9	Mai	
-	27,5	94,0	1 144,5	166,2	978,3	0,0	12,0	3 066,2	1 442,8	948,4	604,5	70,5	31,4	Juni	
-	27,1	94,5	1 134,6	167,5	967,1	0,0	11,8	3 073,9	1 455,0	945,4	604,4	69,2	31,3	Juli	
Veränderungen *)															
-	1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	-	- 0,0	- 0,4	- 23,9	+ 3,5	- 27,4	-	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	- 0,1	- 2,2	- 0,0	2013 Febr.
-	-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	März
-	-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	April
-	-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	Mai
-	-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	Juni
-	-	- 0,5	- 0,1	- 10,2	- 3,0	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 1,5	- 1,5	- 0,0	Juli
-	-	- 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	-	- 0,1	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	-	- 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	Sept.
-	-	- 0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	Okt.
-	-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	+ 36,5	+ 15,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.
-	-	- 0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	-	- 0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	Febr.
-	-	- 0,2	+ 0,7	- 17,1	- 4,4	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	März
-	-	- 0,2	+ 0,2	+ 21,7	- 1,0	+ 22,7	- 0,0	- 0,2	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,1	April
-	-	+ 0,0	+ 0,4	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,2	- 0,0	+ 0,1	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	- 0,7	- 1,1	- 0,6	Mai
-	-	- 0,1	+ 1,1	- 19,2	+ 13,8	- 33,1	- 0,0	+ 0,1	- 5,9	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,5	Juni
-	-	- 0,4	+ 0,5	- 10,0	+ 1,2	- 11,2	-	- 0,2	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	- 0,2	- 1,3	- 0,0	Juli

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen
Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im
Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-
schuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2013 Febr.	0,6	1 056,0	822,8	562,2	260,6	5,7	227,5	2,5	729,7	443,5	110,6	332,9	9,4	276,9
März	1,0	1 045,3	810,6	548,3	262,3	5,6	229,1	2,5	739,3	450,6	116,6	334,0	8,6	280,1
April	0,8	1 046,9	813,3	557,4	256,0	5,2	228,3	2,5	737,3	449,1	118,9	330,2	9,0	279,2
Mai	0,8	1 046,0	811,0	552,8	258,2	5,1	229,9	2,5	741,3	444,6	118,0	326,6	10,6	286,1
Juni	0,8	1 051,5	816,5	563,5	253,0	5,6	229,4	2,5	728,8	433,3	109,8	323,6	9,7	285,8
Juli	0,7	1 024,5	791,2	542,0	249,2	5,4	228,0	2,5	730,8	429,4	108,9	320,6	10,1	291,3
Aug.	1,3	1 032,2	796,0	548,1	247,9	5,2	230,9	2,5	723,6	425,0	108,6	316,4	12,7	285,9
Sept.	0,6	1 021,7	786,8	542,1	244,7	5,8	229,0	2,5	712,2	415,1	102,2	312,8	9,4	287,8
Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5
Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4
Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6
Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6
März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8
April	0,2	1 037,1	796,9	560,9	235,9	8,2	232,0	1,7	719,9	423,0	118,6	304,4	10,7	286,2
Mai	0,2	1 064,1	823,0	580,9	242,1	8,4	232,6	1,2	723,0	422,8	116,3	306,5	9,9	290,3
Juni	0,2	1 072,0	830,7	595,3	235,4	8,4	232,8	1,1	726,9	422,7	116,9	305,9	9,9	294,3
Juli	0,2	1 109,1	868,6	634,1	234,5	8,1	232,3	1,1	737,9	432,1	122,7	309,4	9,5	296,4
Veränderungen *)														
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	+ 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2013 Febr.	+ 0,1	+ 16,5	+ 17,8	+ 23,4	- 5,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 6,8	- 2,1	- 0,6	- 1,5	- 0,7	- 4,0
März	+ 0,3	- 15,9	- 16,6	- 16,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,7	- 2,1	- 0,7	+ 2,3
April	- 0,2	+ 6,1	+ 7,2	+ 11,5	- 4,4	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,9	- 1,4	+ 0,4	- 0,1
Mai	+ 0,0	- 0,9	- 2,4	- 4,6	+ 2,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,8	- 4,8	- 1,0	- 3,7	+ 1,6	+ 6,9
Juni	+ 0,0	+ 6,7	+ 6,8	+ 11,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,0	- 11,4	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 0,9	- 0,1
Juli	- 0,2	- 23,3	- 21,8	- 19,5	- 2,2	- 0,1	- 1,4	- 0,0	+ 4,9	- 1,6	- 0,4	- 1,3	+ 0,4	+ 6,1
Aug.	+ 0,6	- 5,5	- 8,2	- 6,1	- 2,1	- 0,2	+ 2,8	+ 0,0	- 8,0	- 5,0	- 0,6	- 4,4	+ 2,6	- 5,6
Sept.	- 0,6	- 7,2	- 6,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 9,0	- 8,1	- 6,2	- 2,0	- 3,3	+ 2,4
Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6
Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8
Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9
Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	-	- 0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3
März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9
April	+ 0,0	+ 7,7	+ 5,3	+ 7,2	- 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 4,1	+ 9,5	+ 9,8	- 0,3	+ 0,8	- 6,2
Mai	- 0,0	+ 22,7	+ 22,0	+ 17,5	+ 4,5	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 2,7	- 2,9	+ 0,2	- 0,8	+ 3,5
Juni	+ 0,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 14,6	- 6,6	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 4,0
Juli	- 0,0	+ 32,1	+ 33,0	+ 35,7	- 2,8	- 0,3	- 0,6	- 0,0	+ 7,7	+ 6,6	+ 5,2	+ 1,5	- 0,4	+ 1,4

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004	
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	2013 Febr.	
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	März	
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April	
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai	
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni	
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	Juli	
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.	
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.	
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.	
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.	
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.	
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.	
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März	
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	April	
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	Mai	
14,2	38,6	556,0	272,6	283,5	190,5	92,9	0,1	256,5	144,2	112,2	53,0	59,3	1,1	Juni	
14,3	37,7	587,4	287,2	300,2	209,6	90,5	0,1	269,1	147,3	121,8	62,8	59,0	0,9	Juli	
Veränderungen *)															
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005	
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	2013 Febr.	
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	März	
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April	
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai	
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni	
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	Juli	
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	+ 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.	
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.	
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.	
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.	
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.	
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.	
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.	
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März	
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	April	
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	Mai	
- 0,2	- 1,0	- 8,2	+ 16,2	- 24,4	- 22,1	- 2,3	- 0,0	- 4,3	+ 3,7	- 8,0	- 6,7	- 1,3	+ 0,0	Juni	
+ 0,1	- 1,0	+ 28,6	+ 13,5	+ 15,1	+ 18,0	- 2,8	-	+ 11,6	+ 2,6	+ 9,0	+ 9,6	- 0,5	- 0,1	Juli	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausleihforderungen ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite								Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-	
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsen-fähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel			zu-
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2	
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3	
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8	
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3	
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8	
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7	
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6	
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9	
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9	
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6	
2013 Febr.	3 237,4	2 804,9	396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6	
März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9	
April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4	
Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8	
Juni	3 238,0	2 806,4	389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6	
Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0	
Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5	
Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5	
Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0	
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0	
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6	
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9	
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7	
März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1	
April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7	
Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5	
Juni	3 147,3	2 697,3	273,3	223,4	222,6	0,8	49,9	48,8	1,0	2 874,1	2 342,6	
Juli	3 155,7	2 699,5	268,1	215,3	214,6	0,7	52,8	51,6	1,2	2 887,6	2 352,9	
Veränderungen *)												
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8	
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6	
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1	
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4	
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6	
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9	
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4	
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9	
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6	
2013 Febr.	- 5,7	- 1,7	- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5	
März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4	
April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5	
Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6	
Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6	
Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3	
Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7	
Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1	
Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5	
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2	
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4	
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7	
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3	
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5	
April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2	
Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2	
Juni	- 6,0	- 4,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	- 0,1	- 4,6	- 5,2	+ 0,5	- 8,2	- 7,1	
Juli	+ 8,4	+ 2,2	- 5,2	- 8,1	- 8,0	- 0,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 13,5	+ 10,2	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	–	3,4	2013 Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	–	3,4	März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	–	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	–	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	–	3,2	Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	–	3,1	Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	–	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	–	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	–	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	–	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	–	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	–	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	–	2,3	März	
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,4	285,1	36,7	248,4	246,3	–	2,2	April	
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	–	2,2	Mai	
2 144,5	248,9	1 895,6	198,1	25,3	531,5	281,4	36,1	245,4	250,0	–	2,2	Juni	
2 151,9	249,5	1 902,4	200,9	25,0	534,7	281,4	36,0	245,4	253,4	–	2,1	Juli	
Veränderungen *)													
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 3,2	– 0,3	+ 3,5	– 5,7	– 0,0	+ 0,4	– 1,5	– 0,4	– 1,0	+ 1,8	–	– 0,0	2013 Febr.	
– 0,8	+ 0,3	– 1,0	+ 5,1	– 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	– 0,6	+ 0,3	–	– 0,0	März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	– 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 0,4	–	– 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	– 18,2	– 0,2	– 5,1	– 0,0	– 0,5	+ 0,4	– 5,0	–	– 0,0	Mai	
– 0,8	– 1,5	+ 0,7	– 5,8	– 0,2	+ 2,5	– 0,2	+ 0,2	– 0,4	+ 2,7	–	– 0,0	Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	– 1,2	– 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	– 0,0	+ 2,6	–	– 0,1	Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	– 0,1	+ 1,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	+ 1,0	–	– 0,0	Aug.	
– 4,7	– 2,0	– 2,7	+ 0,6	– 0,2	– 2,5	– 2,0	– 0,5	– 1,4	– 0,6	–	– 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	– 0,3	+ 2,5	– 0,9	– 1,4	+ 0,6	+ 3,4	–	– 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	– 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	– 0,2	+ 0,8	+ 1,4	–	+ 0,0	Nov.	
– 3,0	– 1,5	– 1,5	– 2,4	– 0,1	– 0,8	– 1,9	– 0,3	– 1,6	+ 1,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	– 0,0	+ 6,9	– 0,3	– 2,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 1,3	–	– 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	– 0,1	+ 1,4	– 6,5	– 0,1	+ 0,2	– 1,0	– 0,4	– 0,6	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 2,3	+ 0,6	– 2,9	+ 4,7	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 0,0	März	
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	– 0,1	+ 0,2	– 0,7	– 0,6	– 0,1	+ 0,9	–	– 0,0	April	
+ 6,0	– 0,9	+ 6,9	– 12,2	+ 0,0	+ 1,3	– 0,9	+ 0,1	– 1,0	+ 2,3	–	– 0,0	Mai	
– 4,0	– 1,2	– 2,8	– 3,1	– 0,1	– 1,0	– 2,5	– 0,7	– 1,7	+ 1,4	–	– 0,0	Juni	
+ 7,4	+ 0,6	+ 6,8	+ 2,8	– 0,4	+ 3,3	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 3,3	–	– 0,0	Juli	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,8	45,6	74,0	219,9
Sept.	2 352,4	1 177,9	1 152,6	933,4	219,2	1 282,8	316,6	130,3	95,7	60,1	124,9	46,2	72,0	104,5
Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
Juni	2 367,1	1 181,3	1 166,6	940,0	226,7	1 288,3	320,9	129,1	98,1	59,9	124,3	47,0	68,7	104,7
Kurzfristige Kredite														
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
Sept.	225,3	-	8,1	-	8,1	187,8	4,0	35,9	6,5	13,0	42,2	4,0	6,2	23,9
Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
Juni	222,6	-	8,6	-	8,6	186,1	4,3	36,3	6,2	12,8	41,5	4,0	6,6	22,3
Mittelfristige Kredite														
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 Juni	250,5	-	35,7	-	35,7	176,6	12,3	24,7	6,7	9,4	16,9	3,9	11,2	37,7
Sept.	247,6	-	35,7	-	35,7	173,1	12,3	24,8	6,6	9,4	16,5	4,0	11,3	34,5
Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
Juni	248,9	-	35,3	-	35,3	176,2	12,8	24,7	5,4	9,3	16,9	4,1	11,5	35,5
Langfristige Kredite														
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
Sept.	1 879,4	1 177,9	1 108,8	933,4	175,4	922,0	300,3	69,6	82,6	37,7	66,2	38,2	54,5	46,1
Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	82,6	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
Juni	1 895,6	1 181,3	1 122,8	940,0	182,9	926,1	303,8	68,1	86,5	37,8	66,0	38,9	50,7	46,9
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2013 2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 1,8	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,1	+ 0,9	- 2,2	+ 10,9
3.Vj.	- 18,8	+ 2,4	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,4	- 26,5	+ 2,4	- 1,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 22,6
4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3
2.Vj.	+ 11,2	+ 1,3	+ 6,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,0	- 0,2	- 1,4
Kurzfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
3.Vj.	- 23,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 23,7	+ 0,0	- 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 21,4
4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 2,6	- 0,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 1,6
Mittelfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,5
3.Vj.	- 0,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
2.Vj.	+ 1,3	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3
Langfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,6
3.Vj.	+ 4,3	+ 2,4	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,4	- 2,3	+ 2,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,0
4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7
2.Vj.	+ 7,1	+ 1,3	+ 6,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 1,5	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:			Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012	
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	2013 Juni	
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	2013 Sept.	
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013 Dez.	
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März	
656,5	192,8	39,1	176,4	388,0	49,6	1 065,5	842,3	223,2	148,7	11,8	13,3	3,5	2014 Juni	
Kurzfristige Kredite														
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012	
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	2013 Juni	
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	2013 Sept.	
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013 Dez.	
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März	
56,5	8,8	7,8	12,6	28,0	7,2	35,7	4,2	31,5	1,7	11,8	0,9	0,0	2014 Juni	
Mittelfristige Kredite														
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012	
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	2013 Juni	
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	2013 Sept.	
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	2013 Dez.	
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März	
68,8	10,4	7,2	20,5	31,7	3,6	72,2	22,5	49,7	44,6	-	0,5	0,0	2014 Juni	
Langfristige Kredite														
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012	
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	2013 Juni	
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	2013 Sept.	
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	2013 Dez.	
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März	
531,2	173,6	24,2	143,3	328,3	38,8	957,6	815,6	142,0	102,3	-	12,0	3,5	2014 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	- 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.	
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 5,2	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	2013 3.Vj.	
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	2013 4.Vj.	
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	2013 3.Vj.	
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	2013 4.Vj.	
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.	
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2013 Aug.	3 023,6	1 372,9	964,4	254,9	709,5	29,2	680,3	607,5	78,8	34,4	30,4	1,2		
Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,6	703,0	29,4	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Nov.	3 044,4	1 413,4	947,8	246,4	701,4	29,6	671,7	606,3	76,9	33,3	30,1	1,0		
Dez.	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014 Jan.	3 047,2	1 416,0	946,7	250,8	695,9	29,0	666,9	609,1	75,4	32,9	29,1	2,5		
Febr.	3 056,6	1 422,6	949,8	255,8	694,0	29,1	664,9	609,8	74,4	32,7	29,0	3,1		
März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9		
April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3		
Mai	3 072,1	1 446,2	949,0	262,0	687,0	28,4	658,6	606,0	70,9	31,9	28,6	0,9		
Juni	3 066,2	1 442,8	948,4	263,7	684,7	28,4	656,3	604,5	70,5	31,4	28,2	1,7		
Juli	3 073,9	1 455,0	945,4	264,3	681,1	28,0	653,1	604,4	69,2	31,3	27,9	2,7		
Veränderungen *)														
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2013 Aug.	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 3,3	- 8,4	- 0,2	- 8,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1		
Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,4	- 2,9	+ 0,5	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Nov.	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,3	- 1,9	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Dez.	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 8,3	- 4,2	+ 0,0	- 4,2	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 4,4		
2014 Jan.	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 4,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 2,9		
Febr.	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 5,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,6		
März	- 8,7	- 5,8	- 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2		
April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4		
Mai	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	+ 3,8	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 3,4		
Juni	- 5,9	- 3,4	- 0,6	+ 1,7	- 2,3	- 0,0	- 2,3	- 1,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	+ 0,8		
Juli	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	+ 0,6	- 3,5	- 0,3	- 3,1	- 0,2	- 1,3	- 0,0	- 0,3	+ 1,0		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2013 Aug.	185,1	50,7	129,3	77,9	51,4	5,1	46,3	3,7	1,4	32,1	5,8	0,2		
Sept.	184,4	49,5	129,9	78,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Nov.	184,7	49,6	130,0	78,6	51,3	5,4	46,0	3,7	1,5	31,1	5,8	0,5		
Dez.	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014 Jan.	172,1	43,4	123,7	75,3	48,4	5,6	42,8	3,5	1,4	30,7	4,8	0,8		
Febr.	178,1	47,1	125,9	76,9	49,0	6,1	43,0	3,6	1,5	30,6	4,8	1,5		
März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7		
April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9		
Mai	183,4	49,2	129,0	80,5	48,4	6,1	42,4	3,6	1,6	29,9	4,7	0,0		
Juni	190,1	50,0	135,0	86,6	48,4	6,0	42,4	3,5	1,6	29,5	4,7	0,9		
Juli	187,1	47,4	134,6	86,5	48,0	5,9	42,2	3,5	1,7	29,5	4,7	1,7		
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	+ 2,9	- 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2013 Aug.	- 4,0	+ 1,6	- 5,7	- 0,6	- 5,1	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Sept.	- 0,7	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,6		
Okt.	- 7,0	- 2,7	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 7,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,0		
Dez.	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 2,5	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	+ 4,2		
2014 Jan.	- 10,9	- 4,8	- 5,8	- 5,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 3,9		
Febr.	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,7		
März	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8		
April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2		
Mai	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,9		
Juni	+ 7,0	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,9		
Juli	- 2,8	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2013 Aug.	2 838,5	1 322,2	835,1	177,0	658,1	24,1	634,0	603,8	77,5	2,3	24,6	1,1		
Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4		
Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,3	651,8	24,0	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6		
Nov.	2 859,7	1 363,8	817,8	167,8	650,0	24,3	625,8	602,7	75,4	2,2	24,3	0,5		
Dez.	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014 Jan.	2 875,1	1 372,6	822,9	175,5	647,4	23,4	624,1	605,6	74,0	2,2	24,3	1,7		
Febr.	2 878,5	1 375,5	823,9	178,9	644,9	23,0	621,9	606,2	72,9	2,1	24,2	1,6		
März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
Mai	2 888,8	1 397,0	820,0	181,5	638,6	22,4	616,2	602,4	69,3	2,0	23,8	0,9		
Juni	2 876,1	1 392,8	813,4	177,1	636,2	22,4	613,9	601,1	68,9	1,9	23,5	0,8		
Juli	2 886,8	1 407,6	810,9	177,8	633,1	22,1	611,0	600,9	67,5	1,9	23,2	1,0		
Veränderungen *)														
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2013 Aug.	+ 4,1	+ 11,7	- 6,1	- 2,7	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 6,0		
Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,1	- 3,0	+ 0,2	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	+ 10,0	+ 17,8	- 7,2	- 5,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,1		
Dez.	+ 5,9	- 2,2	+ 4,5	+ 5,8	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 9,4	+ 10,9	+ 0,4	+ 1,8	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,0		
Febr.	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 9,7	+ 11,9	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5		
Juni	- 12,9	- 4,1	- 6,9	- 4,5	- 2,4	+ 0,0	- 2,4	- 1,4	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1		
Juli	+ 10,6	+ 14,8	- 2,6	+ 0,6	- 3,2	- 0,2	- 2,9	- 0,2	- 1,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,2		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2013 Aug.	1 013,2	417,2	573,4	106,0	467,4	10,0	457,4	7,4	15,3	2,3	17,5	1,1		
Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4		
Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6		
Nov.	1 007,5	427,8	557,4	99,3	458,0	10,4	447,7	7,4	15,0	2,2	17,3	0,5		
Dez.	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014 Jan.	1 016,9	434,6	559,6	107,6	452,1	9,9	442,2	7,4	15,2	2,2	17,5	1,7		
Febr.	1 011,5	429,4	559,6	110,8	448,8	9,7	439,1	7,4	15,0	2,1	17,4	1,6		
März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
April	1 008,4	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
Mai	1 008,7	432,0	554,7	113,3	441,3	9,6	431,7	7,4	14,6	2,0	17,5	0,9		
Juni	996,5	427,9	546,4	108,1	438,3	9,5	428,9	7,5	14,7	1,8	17,2	0,8		
Juli	1 000,1	434,5	543,7	108,7	435,0	9,3	425,7	7,5	14,5	1,8	17,2	1,0		
Veränderungen *)														
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8		
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2013 Aug.	- 2,6	+ 1,9	- 4,8	- 1,6	- 3,2	+ 0,2	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 6,0		
Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	- 10,4	- 2,5	- 7,7	- 4,9	- 2,7	+ 0,1	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 1,1		
Dez.	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,2	+ 6,2	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 5,2	+ 5,3	- 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 1,0		
Febr.	- 4,7	- 4,7	+ 0,0	+ 3,3	- 3,3	- 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		
April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 0,3	+ 1,5	- 1,1	+ 1,2	- 2,3	+ 0,3	- 2,6	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5		
Juni	- 12,5	- 4,0	- 8,6	- 5,4	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1		
Juli	+ 3,6	+ 6,5	- 2,8	+ 0,6	- 3,4	- 0,1	- 3,2	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014 Febr.	1 867,0	946,1	916,9	165,1	619,6	132,2	29,2	264,2	249,1	16,6	217,5	15,1
März	1 862,8	943,5	914,6	161,1	621,5	132,0	28,9	264,7	249,4	16,6	217,8	15,0
April	1 870,7	954,6	926,0	165,0	627,6	133,4	28,6	264,6	249,1	16,8	217,3	15,0
Mai	1 880,1	965,0	935,5	166,3	637,0	132,1	29,5	265,4	249,5	16,8	217,9	14,9
Juni	1 879,6	964,9	934,5	162,9	639,7	132,0	30,3	266,9	251,0	16,8	219,0	15,2
Juli	1 886,7	973,1	942,7	168,0	642,3	132,5	30,4	267,2	251,1	17,2	218,9	15,0
Veränderungen *)												
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2014 Febr.	+ 8,8	+ 8,2	+ 8,2	+ 0,7	+ 6,4	+ 1,1	- 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,1	- 0,2
März	- 4,2	- 2,7	- 2,3	- 4,2	+ 1,9	- 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1
April	+ 7,7	+ 11,0	+ 11,5	+ 4,4	+ 6,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1
Mai	+ 9,4	+ 10,4	+ 9,4	+ 1,3	+ 9,4	- 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	- 0,1
Juni	- 0,4	- 0,1	- 0,9	- 3,4	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,3
Juli	+ 7,1	+ 8,2	+ 8,2	+ 5,1	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1. Einsch. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8		
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9		
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6		
2014 Febr.	178,1	12,0	3,2	3,3	5,4	0,1	15,6	43,6	10,3	10,2	23,0	0,2	14,6		
März	180,5	11,7	3,3	3,0	5,3	0,1	15,6	48,1	11,6	13,4	23,0	0,2	14,5		
April	178,1	13,2	2,8	5,4	5,0	0,1	15,6	44,9	11,9	9,8	23,0	0,2	14,4		
Mai	183,4	10,9	2,7	3,2	5,0	0,1	15,1	44,0	11,0	9,9	22,9	0,2	14,4		
Juni	190,1	12,8	3,5	4,3	4,9	0,1	14,8	49,7	12,5	13,8	23,1	0,2	14,3		
Juli	187,1	11,8	3,3	3,5	4,9	0,1	14,8	51,0	13,2	15,0	22,7	0,2	14,3		
Veränderungen *)															
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9		
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9		
2014 Febr.	+ 5,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0		
März	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	-	- 0,1	+ 4,5	+ 1,3	+ 3,2	- 0,0	-	- 0,1		
April	- 2,6	+ 1,5	- 0,5	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 3,3	+ 0,3	- 3,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Mai	+ 5,3	- 2,3	- 0,1	- 2,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	- 0,0	-	- 0,0		
Juni	+ 7,0	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 5,6	+ 1,5	+ 4,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,1		
Juli	- 2,8	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	- 0,0	- 0,0		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	–	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
15,1	68,1	196,1	13,3	182,8	598,8	589,1	9,7	57,9	0,0	6,7	–	2014 Febr.
15,3	68,2	196,5	13,2	183,4	597,6	587,9	9,7	57,1	0,0	6,6	–	März
15,5	68,0	196,6	12,9	183,7	595,7	586,1	9,6	55,8	0,0	6,5	–	April
15,9	68,1	197,2	12,7	184,5	595,0	585,5	9,5	54,8	0,0	6,3	–	Mai
15,9	69,0	197,9	12,9	185,0	593,6	584,1	9,5	54,2	0,0	6,2	–	Juni
16,1	69,1	198,1	12,8	185,3	593,4	584,0	9,5	52,9	0,0	6,0	–	Juli
Veränderungen ^{*)}												
– 1,1	– 11,2	+ 5,6	– 1,3	+ 6,9	– 0,2	– 1,1	+ 1,0	– 10,1	– 0,0	– 0,5	–	2012
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
– 0,0	+ 0,2	+ 0,8	– 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	– 0,9	– 0,0	– 0,1	–	2014 Febr.
+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	– 0,2	+ 0,5	– 1,2	– 1,2	– 0,0	– 0,8	+ 0,0	– 0,1	–	März
+ 0,1	– 0,2	– 0,1	– 0,3	+ 0,2	– 1,9	– 1,8	– 0,1	– 1,3	+ 0,0	– 0,1	–	April
+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	– 0,1	+ 0,8	– 0,7	– 0,6	– 0,1	– 1,1	– 0,0	– 0,1	–	Mai
+ 0,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	– 1,4	– 1,3	– 0,1	– 0,6	+ 0,0	– 0,1	–	Juni
+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	– 0,2	+ 0,0	– 1,2	+ 0,0	– 0,2	–	Juli

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
42,1	20,5	10,7	6,8	4,1	0,4	80,4	13,1	52,7	13,8	0,7	0,0	2014 Febr.
41,4	19,7	11,0	6,6	4,1	0,4	79,3	12,7	52,0	13,9	0,7	0,0	März
40,8	19,2	11,0	6,6	4,0	0,4	79,2	12,6	51,9	14,0	0,7	0,0	April
45,1	22,2	12,2	6,6	4,1	0,4	83,2	13,3	55,3	13,9	0,7	0,0	Mai
43,3	21,1	11,5	6,5	4,1	0,4	84,4	12,9	56,9	13,8	0,7	0,0	Juni
40,5	18,5	11,3	6,5	4,2	0,4	83,8	12,4	56,8	13,9	0,8	0,0	Juli
Veränderungen ^{*)}												
+ 4,3	+ 4,8	– 1,7	+ 0,7	+ 0,4	– 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	– 0,0	2012
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
+ 2,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	–	– 1,5	+ 0,3	– 2,0	+ 0,2	+ 0,0	–	2014 Febr.
– 0,7	– 0,8	+ 0,3	– 0,2	– 0,0	– 0,0	– 1,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,1	– 0,0	–	März
– 0,6	– 0,5	– 0,0	+ 0,0	– 0,0	–	– 0,3	– 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	–	April
+ 4,3	+ 3,0	+ 1,2	– 0,0	+ 0,1	–	+ 4,0	+ 0,7	+ 3,4	– 0,1	– 0,0	–	Mai
– 1,8	– 1,1	– 0,7	– 0,1	– 0,0	–	+ 1,3	– 0,4	+ 1,8	– 0,0	– 0,0	–	Juni
– 2,7	– 2,7	– 0,2	+ 0,0	+ 0,1	–	– 0,5	– 0,5	– 0,2	+ 0,2	+ 0,0	– 0,0	Juli

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6
2014 März	618,3	608,6	531,1	408,9	77,5	64,9	9,7	7,7	0,2	87,5	73,7	57,5	13,7
April	616,3	606,7	529,3	406,5	77,3	64,7	9,7	7,7	0,2	85,7	72,0	56,2	13,6
Mai	615,6	606,0	528,8	405,4	77,2	64,4	9,6	7,7	0,2	84,6	70,9	55,2	13,7
Juni	614,1	604,5	528,4	404,2	76,1	63,3	9,5	7,6	0,2	84,1	70,5	54,7	13,6
Juli	613,8	604,4	527,6	402,9	76,7	63,9	9,4	7,5	0,2	82,8	69,2	53,8	13,7
Veränderungen *)													
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4
2014 März	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 2,3	- 0,7	- 0,5	- 1,6
April	- 1,9	- 1,9	- 1,6	- 2,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,1
Mai	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	- 1,0	- 1,1	- 1,0	+ 0,1
Juni	- 1,5	- 1,4	- 0,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,1
Juli	- 0,3	- 0,2	- 0,8	- 1,2	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	- 0,1	.	- 1,3	- 1,3	- 0,9	+ 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene	
	ins- gesamt	darunter:								ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzinsliche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit								
						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)					über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014 März	1 126,5	306,5	26,2	320,9	63,7	78,2	2,3	28,3	5,0	1 020,0	0,8	0,2	35,2	1,1
April	1 111,9	306,5	23,6	316,8	63,0	75,5	2,4	28,1	5,2	1 008,3	0,8	0,2	35,0	1,1
Mai	1 124,7	308,1	23,9	331,4	68,4	80,4	2,5	28,7	5,4	1 015,6	1,0	0,2	38,7	1,1
Juni	1 121,4	304,5	23,9	335,1	71,7	85,1	2,4	28,7	5,1	1 007,6	1,0	0,2	38,1	1,1
Juli	1 122,1	303,9	26,2	343,5	71,9	87,2	2,7	28,1	5,2	1 006,9	1,3	0,2	38,0	1,1
Veränderungen *)														
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2014 März	- 11,7	- 2,9	- 1,7	- 10,2	- 2,9	- 4,7	+ 0,0	- 1,3	+ 0,1	- 5,7	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
April	- 14,6	+ 0,0	- 2,5	- 4,1	- 0,7	- 2,7	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 11,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	-
Mai	+ 12,8	+ 1,6	+ 0,2	+ 14,7	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 7,3	+ 0,2	-	+ 3,7	-
Juni	- 3,3	- 3,6	+ 0,0	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,7	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 8,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,7	- 0,0
Juli	+ 0,7	- 0,6	+ 2,3	+ 8,4	+ 0,2	+ 2,0	+ 0,3	- 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwischen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014 Mai	22	208,4	45,1	0,0	16,7	20,3	84,0	17,1	18,9	1,7	22,4	151,7	5,2	3,1	9,2	8,2
Juni	22	209,1	45,2	0,0	16,7	20,1	84,5	17,1	19,4	1,7	22,6	152,1	5,2	3,1	9,2	7,7
Juli	22	209,0	45,0	0,0	16,5	20,0	84,8	17,1	19,8	1,7	22,5	152,1	5,2	3,0	9,2	7,9
Private Bausparkassen																
2014 Mai	12	146,8	27,8	-	9,8	14,2	66,0	14,8	8,9	1,1	19,3	100,2	5,1	3,1	6,1	4,9
Juni	12	146,9	27,9	-	9,7	14,1	66,5	14,7	8,9	1,1	19,1	100,4	5,1	3,1	6,1	4,6
Juli	12	146,5	27,8	-	9,5	14,0	66,6	14,7	9,0	1,1	18,9	100,3	5,1	3,0	6,1	4,8
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Mai	10	61,6	17,3	0,0	6,9	6,1	18,0	2,4	10,0	0,6	3,1	51,5	0,1	-	3,1	3,4
Juni	10	62,2	17,2	0,0	7,0	6,1	18,1	2,4	10,5	0,6	3,5	51,7	0,1	-	3,1	3,1
Juli	10	62,5	17,2	0,0	6,9	6,0	18,2	2,4	10,8	0,6	3,6	51,8	0,1	-	3,1	3,1

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspereinlagen	Rückzahlungen von Bauspereinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto-Zutei- lungen 11)	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal		
						Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schenfin- anzie- rungs- krediten								
Alle Bausparkassen																
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014 Mai	2,5	0,0	0,6	3,9	2,4	3,4	1,4	0,3	0,5	0,3	1,5	14,5	8,3	0,8		0,0
Juni	2,4	0,0	0,5	3,9	2,5	3,6	1,6	0,3	0,5	0,3	1,5	14,3	8,2	0,9	2,1	0,0
Juli	2,3	0,0	0,7	4,2	2,5	3,6	1,5	0,4	0,5	0,3	1,6	14,5	8,2	0,9		0,0
Private Bausparkassen																
2014 Mai	1,6	0,0	0,2	2,8	1,6	2,5	1,0	0,3	0,4	0,2	1,1	9,7	4,7	0,6		0,0
Juni	1,6	0,0	0,2	2,8	1,8	2,7	1,2	0,3	0,4	0,2	1,1	9,7	4,7	0,6	1,4	0,0
Juli	1,4	0,0	0,4	3,1	1,8	2,7	1,1	0,3	0,4	0,2	1,2	9,9	4,7	0,6		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Mai	0,9	0,0	0,3	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,8	3,6	0,2		0,0
Juni	0,8	0,0	0,3	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,5	0,2	0,7	0,0
Juli	0,9	0,0	0,3	1,1	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,5	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken		ausländische Banken	insgesamt	zusammen				an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2013 Sept.	55	206	1 720,0	471,0	457,5	143,2	314,3	13,6	560,5	449,8	12,1	437,7	110,7	688,4	492,6	
Okt.	55	204	1 779,4	475,8	462,5	145,6	317,0	13,2	549,2	439,7	10,7	429,0	109,5	754,4	487,0	
Nov.	55	206	1 787,6	485,8	472,0	146,7	325,3	13,8	540,5	428,9	10,3	418,6	111,6	761,4	494,0	
Dez.	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014 Jan.	56	209	1 814,4	480,7	466,8	146,1	320,7	13,9	543,7	433,4	10,3	423,1	110,3	790,1	457,6	
Febr.	56	210	1 769,7	485,5	472,1	147,8	324,3	13,5	543,5	436,9	9,9	426,9	106,7	740,7	433,8	
März	56	209	1 695,7	469,6	455,3	159,0	296,3	14,3	558,2	450,2	9,6	440,6	108,1	667,9	425,2	
April	56	209	1 731,7	473,1	459,1	157,4	301,7	14,0	569,0	458,2	9,7	448,5	110,8	689,5	431,7	
Mai	56	207	1 766,9	478,5	465,8	154,9	310,9	12,7	570,9	454,3	9,3	445,0	116,6	717,6	443,0	
Juni	56	206	1 741,9	483,2	469,0	148,3	320,7	14,3	584,6	469,5	9,0	460,5	115,1	674,1	430,4	
Veränderungen *)																
2012	- 1	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2	
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2	
2013 Okt.	-	- 2	+ 67,0	+ 7,8	+ 8,1	+ 2,4	+ 5,8	- 0,3	- 7,2	- 6,7	- 1,4	- 5,2	- 0,5	+ 66,3	- 5,6	
Nov.	-	+ 2	+ 7,1	+ 9,9	+ 9,3	+ 1,1	+ 8,2	+ 0,5	- 9,9	- 11,8	- 0,4	- 11,3	+ 1,9	+ 7,1	+ 7,1	
Dez.	+ 1	+ 3	- 52,4	- 45,8	- 45,7	- 5,1	- 40,6	- 0,1	- 17,1	- 14,6	+ 0,7	- 15,3	- 2,5	+ 10,6	- 8,5	
2014 Jan.	-	-	+ 76,2	+ 40,0	+ 40,0	+ 4,5	+ 35,5	+ 0,1	+ 18,1	+ 17,1	- 0,7	+ 17,8	+ 0,9	+ 18,1	- 28,0	
Febr.	-	+ 1	+ 31,8	+ 11,1	+ 11,4	+ 1,7	+ 9,7	+ 0,3	+ 5,5	+ 8,1	- 0,4	+ 8,5	- 2,6	- 48,5	- 23,8	
März	-	- 1	- 74,5	- 16,4	- 17,3	+ 11,1	- 28,4	+ 0,9	+ 14,7	+ 13,3	- 0,4	+ 13,7	+ 1,4	- 72,8	- 8,6	
April	-	-	+ 37,7	+ 4,7	+ 5,0	- 1,6	+ 6,5	- 0,3	+ 11,4	+ 8,5	+ 0,1	+ 8,4	+ 2,9	+ 21,7	+ 6,5	
Mai	-	- 2	+ 23,7	+ 0,2	+ 1,6	- 2,5	+ 4,1	- 1,4	- 3,7	- 8,5	- 0,4	- 8,1	+ 4,8	+ 27,3	+ 11,3	
Juni	-	- 1	- 24,4	+ 5,5	+ 3,9	- 6,6	+ 10,5	+ 1,6	+ 13,5	+ 15,0	- 0,3	+ 15,3	- 1,5	- 43,4	- 12,6	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2013 Sept.	32	77	430,6	190,9	159,9	97,8	62,2	31,0	187,8	149,6	28,3	121,3	38,2	51,9	-	
Okt.	33	77	427,3	190,3	160,1	97,5	62,6	30,2	187,1	148,8	27,9	120,9	38,3	50,0	-	
Nov.	33	76	425,6	189,4	160,0	95,1	64,9	29,4	184,0	146,8	27,7	119,1	37,2	52,2	-	
Dez.	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014 Jan.	33	74	425,9	187,3	159,3	92,2	67,1	28,0	181,2	145,8	25,5	120,2	35,4	57,4	-	
Febr.	33	74	408,3	170,0	142,7	75,9	66,8	27,4	181,5	145,5	25,5	120,0	35,9	56,8	-	
März	32	73	407,3	171,3	145,7	80,0	65,7	25,5	181,5	146,4	25,0	121,4	35,1	54,6	-	
April	32	73	401,4	168,3	143,3	79,1	64,1	25,1	178,1	143,0	25,1	117,9	35,2	54,9	-	
Mai	32	72	404,9	166,4	141,9	77,5	64,4	24,5	177,2	140,9	24,7	116,1	36,3	61,3	-	
Juni	32	71	410,4	169,0	145,5	84,8	60,7	23,5	181,7	145,9	24,7	121,2	35,8	59,7	-	
Veränderungen *)																
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-	
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-	
2013 Okt.	+ 1	-	- 2,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 1,8	-	
Nov.	-	- 1	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,9	- 3,2	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 1,0	+ 2,2	-	
Dez.	-	- 1	+ 0,7	- 0,9	- 0,8	- 3,7	+ 2,9	- 0,1	+ 1,8	+ 1,9	- 1,7	+ 3,6	- 0,1	- 0,2	-	
2014 Jan.	-	- 1	- 1,2	- 1,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	- 1,3	- 5,0	- 3,3	- 0,5	- 2,8	- 1,7	+ 5,4	-	
Febr.	-	-	- 15,8	- 16,2	- 15,7	- 16,4	+ 0,7	- 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,6	-	
März	- 1	- 1	- 1,0	+ 1,1	+ 3,0	+ 4,1	- 1,2	- 1,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 2,2	-	
April	-	-	- 5,6	- 2,7	- 2,3	- 0,8	- 1,4	- 0,4	- 3,2	- 3,3	+ 0,1	- 3,4	+ 0,1	+ 0,3	-	
Mai	-	- 1	+ 2,0	- 2,9	- 2,1	- 1,6	- 0,5	- 0,7	- 1,5	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 1,2	+ 6,3	-	
Juni	-	- 1	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,7	+ 7,3	- 3,7	- 1,0	+ 4,5	+ 5,0	- 0,0	+ 5,0	- 0,5	- 1,5	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit	
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands						
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)		auslän- dische Nicht- banken								
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen		
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011		
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012		
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013		
940,7	603,9	315,4	288,5	336,8	26,4	21,7	4,7	310,4	125,1	39,9	614,3	502,5	2013 Sept.		
1 004,8	649,5	329,4	320,1	355,4	27,7	23,2	4,5	327,6	127,0	39,9	607,6	498,5	Okt.		
1 010,6	674,3	347,7	326,6	336,2	28,1	23,4	4,7	308,1	126,8	39,4	610,9	501,1	Nov.		
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	Dez.		
1 011,7	672,1	342,4	329,7	339,5	26,8	21,7	5,1	312,7	127,3	40,9	634,6	469,6	2014 Jan.		
1 008,5	664,1	336,0	328,1	344,4	28,0	23,0	5,0	316,4	130,1	40,4	590,6	450,4	Febr.		
964,2	625,5	340,9	284,6	338,7	29,0	24,0	5,0	309,7	125,3	40,5	565,7	435,1	März		
1 001,9	653,8	341,1	312,7	348,1	27,4	22,4	4,9	320,7	127,1	40,4	562,4	436,0	April		
1 011,4	663,0	349,1	313,9	348,4	25,8	20,9	4,9	322,6	134,1	40,3	581,2	452,3	Mai		
1 003,6	668,2	351,1	317,1	335,4	23,1	18,7	4,5	312,3	134,3	41,0	563,1	436,7	Juni		
Veränderungen *)															
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012		
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013		
+ 69,0	+ 48,0	+ 14,0	+ 34,1	+ 21,0	+ 1,3	+ 1,5	- 0,2	+ 19,7	+ 1,9	- 0,0	- 3,9	- 4,1	2013 Okt.		
+ 4,9	+ 24,5	+ 18,3	+ 6,2	+ 19,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 20,1	- 0,2	- 0,5	+ 3,0	+ 2,6	Nov.		
- 114,0	- 74,7	- 20,7	- 54,0	- 39,3	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	- 35,4	- 1,4	+ 1,8	+ 61,2	- 16,9	Dez.		
+ 113,2	+ 71,6	+ 15,4	+ 56,2	+ 41,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,0	+ 39,0	+ 1,9	- 0,3	- 38,6	- 14,6	2014 Jan.		
+ 5,5	- 3,2	- 6,4	+ 3,2	+ 8,6	+ 1,2	+ 1,3	- 0,1	+ 7,5	+ 2,8	- 0,4	- 39,7	- 19,2	Febr.		
- 44,6	- 38,8	+ 4,9	- 43,8	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	- 6,8	- 4,9	+ 0,0	- 25,0	- 15,3	März		
+ 38,8	+ 29,0	+ 0,2	+ 28,7	+ 9,9	- 1,6	- 1,6	- 0,0	+ 11,5	+ 1,8	- 0,1	- 2,8	+ 0,9	April		
+ 1,9	+ 5,2	+ 8,0	- 2,8	- 3,3	- 1,5	- 1,5	- 0,0	- 1,8	+ 7,0	- 0,1	+ 14,9	+ 16,3	Mai		
- 7,3	+ 5,6	+ 2,0	+ 3,6	- 12,9	- 2,7	- 2,2	- 0,5	- 10,2	+ 0,3	+ 0,7	- 18,1	- 15,6	Juni		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter		
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011		
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012		
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013		
337,3	195,4	114,8	80,6	141,9	21,2	17,2	4,0	120,7	22,1	32,0	39,1	-	2013 Sept.		
337,9	193,3	111,5	81,8	144,6	22,7	18,7	4,0	121,9	21,9	30,1	37,4	-	Okt.		
336,6	193,7	109,7	84,0	142,9	23,0	19,0	4,0	119,9	21,6	29,9	37,5	-	Nov.		
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	Dez.		
333,9	197,0	109,9	87,1	136,9	20,5	18,5	2,0	116,4	21,3	30,4	40,2	-	2014 Jan.		
320,7	186,5	94,5	92,0	134,2	19,8	17,8	2,0	114,3	21,0	28,9	37,7	-	Febr.		
319,5	186,3	95,0	91,3	133,2	19,6	17,6	2,0	113,6	20,3	29,1	38,4	-	März		
312,7	181,1	94,5	86,6	131,5	19,2	17,2	2,0	112,3	20,9	29,2	38,7	-	April		
316,4	186,7	95,6	91,1	129,7	18,8	16,7	2,1	110,9	20,5	28,5	39,4	-	Mai		
322,8	189,7	106,4	83,2	133,1	18,6	15,2	3,4	114,5	20,4	27,3	39,9	-	Juni		
Veränderungen *)															
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012		
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013		
+ 1,4	- 1,7	- 3,3	+ 1,6	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	- 1,9	- 1,5	-	2013 Okt.		
- 1,5	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	- 1,8	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 2,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	-	Nov.		
- 1,5	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	- 9,5	- 4,6	- 2,6	- 2,0	- 4,9	- 0,2	+ 0,1	+ 2,4	-	Dez.		
- 1,7	- 4,9	- 3,5	- 1,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	- 0,0	+ 1,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	-	2014 Jan.		
- 11,8	- 9,6	- 15,4	+ 5,8	- 2,2	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 1,5	- 0,4	- 1,5	- 2,2	-	Febr.		
- 1,2	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,7	-	März		
- 6,6	- 5,0	- 0,5	- 4,5	- 1,6	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	-	April		
+ 2,6	+ 4,8	+ 1,1	+ 3,7	- 2,2	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 1,8	- 0,4	- 0,7	+ 0,4	-	Mai		
+ 6,5	+ 3,1	+ 10,8	- 7,7	+ 3,4	- 0,2	- 1,5	+ 1,3	+ 3,6	- 0,1	- 1,2	+ 0,5	-	Juni		

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2014 Jan.	10 408,1	104,1	0,5	103,6	216,0	112,4	0,0
Febr.	10 330,4	103,3	0,5	102,8	201,1	98,3	0,0
März	10 403,5	104,0	0,5	103,6	195,2	91,6	0,0
April	10 397,4	104,0	0,5	103,5	191,2	87,7	0,0
Mai	10 438,9	104,4	0,5	103,9	192,3	88,3	0,0
Juni	10 489,4	104,9	0,5	104,4	214,3	109,8	0,0
Juli	10 546,8	105,5	0,5	105,0	210,2	105,2	0,0
Aug. p)	10 568,8	105,7	0,5	105,2	210,1	104,9	...
Sept. p)	105,3
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2014 Jan.	2 772 133	27 721	178	27 544	64 060	36 516	1
Febr.	2 733 718	27 337	178	27 159	61 004	33 845	3
März	2 765 104	27 651	178	27 473	58 580	31 107	0
April	2 769 221	27 692	178	27 515	55 827	28 312	2
Mai	2 759 990	27 600	178	27 422	55 483	28 061	0
Juni	2 783 746	27 837	177	27 660	64 558	36 898	1
Juli	2 814 276	28 143	177	27 966	62 255	34 289	0
Aug. p)	2 790 404	27 904	176	27 728	61 507	33 779	1
Sept. p)	2 813 922	28 139	175	27 964

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve-

pflicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Lettland in Höhe von 0,187 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2013 betrug 103,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,22	1. Juli	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,13	2012 1. Jan.	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,38
2006 1. Jan.	1,37	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,95	1. Juli	–0,73
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2014 6. Aug.	107 922	107 922	0,15	–	–	7
13. Aug.	108 203	108 203	0,15	–	–	7
20. Aug.	107 612	107 612	0,15	–	–	7
27. Aug.	131 762	131 762	0,15	–	–	7
3. Sept.	111 199	111 199	0,15	–	–	7
10. Sept.	110 702	110 702	0,05	–	–	7
17. Sept.	105 689	105 689	0,05	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2014 11. Juni	9 970	9 970	0,15	–	–	28
26. Juni	10 386	10 386	2) ...	–	–	91
31. Juli	6 786	6 786	2) ...	–	–	91
28. Aug.	7 244	7 244	2) ...	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
2014 Febr.	0,16	0,18	0,16	0,14	0,12	0,11	0,19	0,22	0,29	0,39	0,55
März	0,19	0,18	0,18	0,16	0,16	0,15	0,20	0,23	0,31	0,41	0,58
April	0,25	0,23	0,21	0,19	0,16	0,15	0,22	0,25	0,33	0,43	0,60
Mai	0,25	0,23	0,19	0,14	0,11	0,10	0,24	0,26	0,32	0,42	0,59
Juni	0,08	0,07	0,06	0,06	0,05	0,04	0,11	0,15	0,24	0,33	0,51
Juli	0,04	4)	4)	4)	4)	4)	0,05	0,10	0,21	0,30	0,49
Aug.	0,02	0,04	0,09	0,19	0,29	0,47

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht

wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 bis 30. Juni 2014 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. 4 Die Daten werden ab 1. Juli 2014 nicht mehr erhoben.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Juli	1,22	103 026	2,03	224 111	0,55	79 887	3,16	20 464
Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 321	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 505
Nov.	1,05	97 422	1,98	224 581	0,49	79 894	3,10	20 486
Dez.	1,03	96 913	1,97	226 745	0,48	81 898	3,07	20 531
2014 Jan.	1,01	95 966	1,95	227 207	0,48	83 425	3,04	20 595
Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 627	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 598
Mai	0,92	94 570	1,89	226 619	0,46	87 856	2,95	19 903
Juni	0,91	95 671	1,87	226 527	0,44	84 165	2,92	19 989
Juli	0,87	95 197	1,85	225 989	0,41	85 704	2,87	19 674

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Juli	3,28	5 653	3,22	28 977	4,09	968 047	7,53	59 608	5,12	77 021	5,12	309 175
Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 593	7,64	60 893	5,08	77 444	5,08	308 291
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 053	5,07	77 656	5,06	308 891
Nov.	3,17	5 644	3,13	29 027	4,01	979 253	7,55	56 483	5,03	77 800	5,05	309 729
Dez.	3,29	5 683	3,12	28 778	3,98	978 740	7,61	59 488	5,01	77 624	5,01	307 844
2014 Jan.	3,16	5 704	3,10	28 563	3,96	977 215	7,66	57 235	4,99	77 651	5,00	308 100
Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 947	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107
Mai	3,17	5 764	3,01	28 197	3,88	984 889	7,51	56 479	4,94	75 911	4,98	309 887
Juni	3,17	5 762	2,99	28 112	3,86	986 700	7,59	59 098	4,92	76 099	4,96	308 827
Juli	3,08	5 812	2,96	28 149	3,83	990 017	7,51	56 579	4,89	76 782	4,94	309 761

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
	2013 Juli	3,10	133 507	2,89	125 709	3,29
Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28	581 882
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	132 962	2,86	124 612	3,27	581 133
Nov.	3,07	133 346	2,85	124 895	3,26	584 312
Dez.	3,13	131 319	2,86	124 094	3,24	585 809
2014 Jan.	3,10	129 373	2,86	124 931	3,24	585 957
Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 664	2,83	130 113	3,21	583 996
Mai	3,14	133 191	2,81	130 069	3,20	586 337
Juni	3,11	138 116	2,76	129 524	3,18	582 780
Juli	2,97	133 470	2,72	130 454	3,15	583 998

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Juli	0,43	895 155	0,74	8 578	1,26	765	1,37	1 475	0,86	527 971	1,14	79 828
Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869
Sept.	0,41	905 458	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103
Okt.	0,40	915 399	0,71	7 583	1,06	883	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030
Nov.	0,39	935 789	0,74	7 097	1,09	869	1,58	1 750	0,83	527 862	1,02	77 998
Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698
2014 Jan.	0,38	937 354	0,75	8 957	1,10	837	1,58	1 785	0,77	531 516	0,96	77 239
Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471
März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285
Mai	0,36	964 096	0,66	7 869	0,92	690	1,33	1 895	0,72	528 416	0,88	77 128
Juni	0,35	963 948	0,65	7 904	1,02	595	1,36	1 420	0,70	528 104	0,84	76 049
Juli	0,30	972 397	0,53	8 497	0,87	691	1,26	1 493	0,66	527 278	0,82	76 712

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2013 Juli	0,16	305 708	0,20	15 631	0,96	460	1,60	538
Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277
Nov.	0,16	322 015	0,16	17 258	0,72	383	1,46	232
Dez.	0,16	328 291	0,23	23 419	0,79	367	1,63	428
2014 Jan.	0,15	320 229	0,24	25 407	0,66	391	1,36	417
Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265
März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 372	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345
Mai	0,16	318 469	0,25	27 178	0,60	432	0,91	390
Juni	0,14	314 270	0,18	24 006	0,54	313	1,02	615
Juli	0,12	320 536	0,18	17 300	0,53	335	1,06	436

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2013 Juli	1,92	5 623	3,30	1 332	3,01	3 583	2,20	3 201	3,41	999	3,00	2 019
Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271
Nov.	1,89	3 676	3,61	909	2,99	2 024	2,11	2 160	3,78	666	2,92	1 275
Dez.	1,87	6 139	3,45	1 098	2,90	2 922	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729
2014 Jan.	1,98	5 139	3,38	1 102	2,91	2 188	2,31	2 887	3,49	806	2,83	1 438
Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368
Mai	1,96	4 047	3,52	1 023	2,84	2 136	2,26	2 277	3,74	789	2,75	1 213
Juni	2,04	4 245	3,46	947	2,77	2 325	2,29	2 615	3,62	712	2,72	1 346
Juli	1,88	4 952	3,33	1 196	2,71	2 713	2,15	3 073	3,50	888	2,66	1 470

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren			
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt										
2013 Juli	6,52	6,42	5 990	5,28	480	5,15	2 708	7,84	2 802	2 802
Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411	2 411
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185	2 185
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311	2 311
Nov.	6,31	6,22	4 766	5,78	592	5,01	2 218	7,73	1 956	1 956
Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485	1 485
2014 Jan.	6,56	6,47	5 445	5,73	538	5,20	2 478	7,93	2 429	2 429
Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185	2 185
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420	2 420
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612	2 612
Mai	6,34	6,25	5 665	5,33	497	5,02	2 520	7,59	2 648	2 648
Juni	6,26	6,24	5 571	5,17	406	5,00	2 438	7,51	2 727	2 727
Juli	6,30	6,22	5 997	5,19	424	4,95	2 708	7,57	2 865	2 865
darunter: besicherte Kredite 12)										
2013 Juli	.	4,09	334	3,27	60	4,74	171	3,48	103	103
Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78	78
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70	70
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66	66
Nov.	.	4,40	221	3,64	35	4,71	133	4,12	53	53
Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56	56
2014 Jan.	.	4,04	245	2,65	61	4,73	122	4,06	62	62
Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65	65
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70	70
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63	63
Mai	.	4,32	220	3,57	22	4,64	129	3,97	69	69
Juni	.	4,21	215	3,43	28	4,64	121	3,76	66	66
Juli	.	3,85	299	2,68	102	4,79	128	3,82	69	69

noch: Kredite an private Haushalte										
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt										
2013 Juli	2,78	2,71	21 404	2,80	3 304	2,39	2 727	2,67	9 161	6 212
Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,53	2 373	2,91	7 044	4 671
Nov.	2,98	2,90	14 279	2,82	2 106	2,51	1 912	2,91	5 686	4 575
Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	4 172
2014 Jan.	2,94	2,84	16 675	2,70	3 082	2,54	2 460	2,86	6 752	4 381
Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	5 417
Mai	2,73	2,66	16 015	2,70	2 259	2,33	2 229	2,63	6 506	5 021
Juni	2,65	2,58	15 767	2,49	2 436	2,31	2 091	2,55	6 359	4 881
Juli	2,55	2,50	19 282	2,50	2 856	2,21	2 634	2,48	7 957	5 835
darunter: besicherte Kredite 12)										
2013 Juli	.	2,60	10 324	2,65	1 236	2,27	1 392	2,58	4 435	3 261
Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	2 335
Nov.	.	2,83	6 718	2,68	801	2,45	969	2,85	2 709	2 239
Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2 062
2014 Jan.	.	2,79	7 816	2,68	1 079	2,48	1 271	2,80	3 255	2 211
Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2 260
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	2 792
Mai	.	2,60	7 592	2,61	923	2,24	1 110	2,58	3 109	2 450
Juni	.	2,53	7 151	2,41	901	2,20	1 017	2,50	2 955	2 278
Juli	.	2,44	9 007	2,45	1 163	2,14	1 371	2,42	3 718	2 755

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2013 Juli	9,55	44 772	9,51	38 381	14,58	4 136	4,30	66 621	4,31	66 406		
Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 356	9,54	39 542	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 775	9,44	38 011	14,63	4 258	4,26	66 570	4,28	66 316		
Nov.	9,35	42 848	9,30	36 099	14,64	4 288	4,21	67 193	4,23	66 944		
Dez.	9,30	45 730	9,41	38 335	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		
2014 Jan.	9,36	43 888	9,38	37 050	14,51	4 288	4,27	65 336	4,29	65 106		
Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 730	4,39	66 493		
Mai	9,21	42 626	9,22	36 563	15,42	3 566	4,39	66 148	4,41	65 901		
Juni	9,26	44 696	9,30	38 374	15,43	3 657	4,35	69 615	4,37	69 358		
Juli	9,20	42 604	9,21	36 390	15,36	3 630	4,17	65 960	4,19	65 707		

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2013 Juli	2,95	8 387	3,57	1 131	2,80	1 489	1,71	43 328	2,84	2 497	3,00	6 045
Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 872	3,03	4 462
Nov.	2,99	6 860	3,69	903	2,85	1 022	1,70	32 900	2,43	1 180	2,70	5 032
Dez.	3,01	7 750	3,59	1 032	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 311
2014 Jan.	2,92	7 777	3,50	995	2,93	1 164	1,85	40 304	2,61	1 534	2,82	4 479
Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 017	3,54	1 087	2,73	1 156	1,83	44 756	2,34	1 752	2,87	4 473
Mai	3,06	7 005	3,64	919	2,63	1 102	1,74	36 580	2,19	1 457	2,66	3 829
Juni	2,97	7 708	3,62	897	2,59	1 098	1,65	43 000	2,31	2 259	2,42	5 386
Juli	2,82	8 292	3,36	1 336	2,55	1 355	1,61	48 992	2,56	2 124	2,58	5 078
darunter: besicherte Kredite 12)												
2013 Juli	2,83	1 301	2,85	184	2,63	468	2,20	7 145	2,98	985	2,95	1 621
Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288
Nov.	2,88	746	2,97	114	2,77	274	2,11	4 596	2,75	415	2,65	1 445
Dez.	2,83	912	2,75	154	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 014
2014 Jan.	2,71	1 122	2,69	161	2,85	324	2,16	8 627	2,65	519	2,87	1 224
Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 161	2,73	152	2,60	340	2,09	9 522	2,31	658	2,98	1 495
Mai	2,86	862	2,71	118	2,48	358	2,23	5 063	2,60	477	2,64	984
Juni	2,87	952	2,67	109	2,46	344	2,07	4 950	2,33	1 055	2,22	1 518
Juli	2,61	1 318	2,55	196	2,44	461	2,05	8 769	2,64	786	2,85	1 477

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2012 1.Vj.	2 058,3	1 994,4	572,5	248,3	275,5	222,1	549,8	62,4	63,8	63,9
2.Vj.	2 078,0	2 013,1	568,9	259,6	275,6	221,0	561,3	62,6	64,0	64,9
3.Vj.	2 124,8	2 059,2	566,1	277,5	277,0	223,5	588,0	62,9	64,3	65,6
4.Vj.	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013 1.Vj.	2 196,3	2 129,1	559,9	304,0	280,3	225,2	629,3	64,9	65,6	67,2
2.Vj.	2 190,5	2 122,6	554,2	306,4	280,5	224,6	626,6	64,7	65,6	67,9
3.Vj.	2 207,7	2 138,3	546,9	311,8	284,0	224,3	641,8	64,6	64,9	69,4
4.Vj.	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2014 1.Vj.	2 309,5	2 236,1	541,4	349,0	290,0	228,7	693,2	67,4	66,5	73,4
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2012 1.Vj.	1 620,6	1 578,7	415,4	211,4	249,4	210,3	381,3	58,6	52,5	41,9
2.Vj.	1 635,4	1 592,7	412,5	220,6	249,3	209,0	389,9	58,7	52,6	42,7
3.Vj.	1 671,2	1 628,1	409,4	236,7	250,6	211,3	408,6	58,8	52,7	43,0
4.Vj.	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013 1.Vj.	1 726,1	1 682,3	402,1	261,5	253,5	212,5	438,2	60,7	53,8	43,8
2.Vj.	1 719,6	1 675,3	397,2	262,2	253,8	211,9	436,1	60,5	53,7	44,3
3.Vj.	1 730,7	1 685,2	390,1	266,6	256,8	211,3	447,2	60,4	52,8	45,5
4.Vj.	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2014 1.Vj.	1 804,7	1 757,6	382,7	298,7	262,5	213,7	483,9	63,0	53,3	47,1
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2012 1.Vj.	437,7	415,7	157,1	36,9	26,1	11,8	168,5	3,9	11,3	22,0
2.Vj.	442,6	420,4	156,4	39,0	26,2	12,0	171,4	3,9	11,4	22,2
3.Vj.	453,6	431,1	156,7	40,9	26,4	12,2	179,4	4,0	11,5	22,5
4.Vj.	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013 1.Vj.	470,3	446,8	157,8	42,5	26,8	12,7	191,1	4,2	11,8	23,4
2.Vj.	470,9	447,3	157,0	44,2	26,7	12,8	190,6	4,2	11,9	23,6
3.Vj.	477,0	453,1	156,8	45,2	27,3	12,9	194,6	4,3	12,0	23,9
4.Vj.	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2014 1.Vj.	504,8	478,5	158,7	50,3	27,5	15,0	209,3	4,4	13,2	26,3

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsfälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2012 1.Vj.	2 058,3	19,4	72,9	134,6	1 652,9	1 383,4	269,6	71,8	106,6
2.Vj.	2 078,0	18,7	75,5	123,0	1 667,9	1 398,2	269,7	71,5	121,3
3.Vj.	2 124,8	19,3	77,2	141,1	1 684,5	1 414,5	270,0	71,4	131,3
4.Vj.	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013 1.Vj.	2 196,3	21,4	78,1	169,7	1 739,0	1 460,7	278,3	72,8	115,3
2.Vj.	2 190,5	17,8	79,0	172,1	1 751,6	1 474,0	277,6	73,1	97,0
3.Vj.	2 207,7	16,5	79,6	177,0	1 766,0	1 488,6	277,3	73,4	95,3
4.Vj.	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2014 1.Vj.	2 309,5	16,3	83,4	191,3	1 831,5	1 539,1	292,4	76,0	111,0
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2012 1.Vj.	1 620,6	19,4	69,1	128,8	1 245,0	975,9	269,1	69,9	88,4
2.Vj.	1 635,4	18,7	71,5	117,7	1 256,4	987,1	269,3	69,7	101,4
3.Vj.	1 671,2	19,3	73,2	135,0	1 268,5	998,9	269,6	69,6	105,6
4.Vj.	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013 1.Vj.	1 726,1	21,4	74,0	162,3	1 308,8	1 031,0	277,8	70,9	88,6
2.Vj.	1 719,6	17,8	74,8	164,5	1 317,7	1 040,5	277,2	71,2	73,7
3.Vj.	1 730,7	16,5	75,4	169,2	1 326,8	1 050,0	276,9	71,4	71,4
4.Vj.	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2014 1.Vj.	1 804,7	16,3	79,0	183,0	1 369,7	1 077,7	292,0	74,0	82,8
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2012 1.Vj.	437,7	–	3,9	5,8	407,9	407,5	0,5	1,9	18,2
2.Vj.	442,6	–	3,9	5,3	411,5	411,1	0,5	1,9	19,9
3.Vj.	453,6	–	4,0	6,1	416,0	415,6	0,4	1,9	25,7
4.Vj.	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013 1.Vj.	470,3	–	4,1	7,4	430,1	429,7	0,5	1,9	26,7
2.Vj.	470,9	–	4,2	7,5	433,9	433,5	0,5	1,9	23,3
3.Vj.	477,0	–	4,2	7,8	439,1	438,7	0,5	2,0	23,9
4.Vj.	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2014 1.Vj.	504,8	–	4,4	8,3	461,9	461,4	0,5	2,0	28,1

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1. Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2. Einschl. Genuss-Scheine. 3. Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4. Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unternehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	Inländer				Aus-länder 8)
zu-sammen	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)			
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	538	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	19 945
2010	146 620	1 212	7 621	24 044	17 635	147 831	92 682	103 271	22 967	172 986	53 938
2011	36 638	13 575	46 796	850	59 521	23 064	17 173	94 793	36 805	40 814	53 811
2012	54 965	21 419	98 820	8 701	86 103	76 382	7 184	42 017	3 573	52 774	47 781
2013	11 186	101 616	117 187	153	15 415	90 429	24 256	25 778	12 708	62 744	35 442
2013 Sept.	4 645	4 784	560	1 743	2 481	139	5 965	6 077	351	463	1 320
Okt.	7 451	5 582	5 401	5 716	5 266	1 869	6 018	3 717	751	10 486	1 433
Nov.	19 214	4 316	8 410	1 251	13 977	14 898	6 386	7 717	167	1 164	12 828
Dez.	38 456	39 871	24 847	4 973	10 051	1 415	4 338	4 647	1 215	1 524	34 118
2014 Jan.	6 624	2 476	3 705	3 516	4 744	4 147	4 478	4 149	1 511	1 182	11 102
Febr.	4 043	691	8 978	409	9 260	3 352	9 935	1 895	560	7 480	13 978
März	5 306	14 577	12 262	1 890	425	19 883	15 646	641	203	15 208	10 340
April	6 811	23 586	12 132	635	12 088	16 775	7 854	1 680	1 786	7 960	14 665
Mai	32 039	28 566	11 336	1 127	18 357	3 473	5 235	1 764	966	4 437	26 804
Juni	1 737	5 765	9 400	4 686	8 321	7 502	3 553	2 240	1 632	7 425	1 816
Juli	3	2 955	2 229	5 062	5 788	2 958	6 192	32	1 640	7 800	6 188

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb			Ausländer 13)
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu-sammen 11)	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)	
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	23 718	21 713	2 005	38 558	670	37 888	14 838
2012	19 164	5 120	14 044	18 022	10 259	7 763	1 142
2013	30 015	10 106	19 910	24 993	11 991	13 002	5 022
2013 Sept.	1 609	188	1 421	248	3 053	2 805	1 361
Okt.	1 847	181	1 666	5 545	242	5 787	3 698
Nov.	1 327	153	1 480	4 639	347	4 986	3 312
Dez.	2 573	1 042	3 615	7 874	2 257	5 617	5 301
2014 Jan.	3 931	115	3 816	11 526	8 586	2 940	7 595
Febr.	4 284	599	4 883	9 985	11 608	1 623	5 701
März	5 095	111	4 984	9 181	10 246	1 065	4 086
April	2 250	136	2 114	12 035	9 932	2 103	9 785
Mai	9 679	868	8 811	3 517	7 328	10 845	6 162
Juni	11 395	9 015	2 380	117	168	51	11 278
Juli	3 313	1 770	1 543	6 650	3 182	3 468	3 337

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2013 Dez.	87 498	64 466	2 593	83	52 602	9 189	3 694	19 338	–
2014 Jan.	139 700	84 157	3 375	739	67 865	12 178	8 279	47 264	–
Febr.	124 699	75 356	1 798	1 693	56 175	15 689	6 962	42 382	–
März	106 104	67 913	1 311	1 140	51 987	13 474	6 396	31 795	–
April	112 584	64 982	1 556	669	50 865	11 892	8 150	39 451	–
Mai	126 094	76 179	147	1 356	58 774	15 902	5 531	44 384	–
Juni	97 623	59 724	2 532	816	42 949	13 427	3 509	34 390	–
Juli	116 843	61 883	2 752	1 431	43 306	14 394	9 710	45 250	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2013 Dez.	15 389	5 600	1 003	83	1 140	3 375	3 013	6 775	–
2014 Jan.	47 766	19 040	1 966	678	11 913	4 483	5 450	23 277	–
Febr.	37 065	14 515	1 456	1 193	4 557	7 309	5 831	16 718	–
März	30 525	14 067	1 025	555	8 299	4 188	4 175	12 283	–
April	37 733	11 784	1 456	669	3 499	6 159	6 284	19 665	–
Mai	35 993	12 714	147	856	3 161	8 551	3 794	19 485	–
Juni	34 521	11 498	2 122	632	5 037	3 707	2 280	20 743	–
Juli	39 896	13 217	2 585	1 280	4 513	4 839	7 835	18 845	–
Netto-Absatz 6)									
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 570
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	1 394	– 15 479	– 3 057
2013 Dez.	– 38 645	– 26 745	– 258	– 2 089	– 14 217	– 10 180	– 3 261	– 8 639	– 264
2014 Jan.	– 16 657	669	1 245	– 6 460	14 678	– 8 795	1	– 17 327	–
Febr.	12 134	– 8 752	– 1 965	– 703	– 3 936	– 2 149	4 413	16 473	– 4
März	– 16 495	– 14 777	– 862	– 956	– 9 313	– 3 646	505	– 2 223	–
April	– 17 187	– 12 316	– 18	– 1 898	– 10 837	438	5 177	– 10 048	– 2 500
Mai	31 808	12 395	– 1 996	– 614	11 034	3 971	– 257	19 671	–
Juni	– 5 487	– 5 439	– 544	– 5 692	6 003	– 5 206	– 3 862	3 813	–
Juli	– 7 850	– 7 611	– 1 612	– 992	– 3 445	– 1 562	5 283	– 5 522	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201	2) 1 570 490	147 529	232 954	544 517	645 491	250 774	2) 1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422	2) 1 414 349	145 007	147 070	574 163	2) 548 109	220 456	2) 1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014 Jan.	3 128 671	1 289 009	128 887	102 830	584 815	472 477	221 852	1 617 811	10 422
Febr.	3 140 805	1 280 256	126 922	102 127	580 879	470 329	226 265	1 634 283	10 419
März	3 124 310	1 265 480	126 060	101 171	571 566	466 683	226 770	1 632 060	10 419
April	3 107 123	1 253 164	126 042	99 273	560 728	467 121	231 947	1 622 012	7 919
Mai	3 138 932	1 265 558	124 045	98 659	571 762	471 092	231 690	1 641 683	7 919
Juni	3 133 444	1 260 119	123 501	92 967	577 765	465 886	227 829	1 645 496	7 919
Juli	3 125 595	1 252 508	121 889	91 975	574 320	464 324	233 112	1 639 975	7 919

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Juli 2014

bis unter 2	1 181 671	567 085	52 631	43 637	229 823	240 994	49 623	564 961	2 530
2 bis unter 4	644 173	294 840	32 044	24 712	150 711	87 373	36 314	313 018	1 935
4 bis unter 6	442 491	172 038	22 281	11 919	90 162	47 677	41 619	228 834	204
6 bis unter 8	273 541	92 599	9 143	5 500	51 924	26 032	18 962	161 980	341
8 bis unter 10	248 547	46 567	4 202	3 564	20 348	18 453	15 043	186 936	1 333
10 bis unter 15	75 255	24 762	1 435	2 191	11 901	9 235	8 426	42 067	599
15 bis unter 20	43 788	10 728	25	248	4 961	5 495	3 099	29 960	10
20 und darüber	216 128	43 888	128	204	14 490	29 065	60 025	112 217	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492	
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217	
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	97	3 741	1 269	974	927 256	
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220	
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	9	478	594	2 411	1 150 188	
2013	171 741	6 879	2 971	718	476	9	1 432	619	8 992	1 432 658	
2014 Jan.	171 660	81	65	1	—	—	49	32	164	1 382 182	
Febr.	171 638	22	131	0	17	—	3	143	24	1 439 031	
März	171 576	62	96	200	0	—	81	246	30	1 435 810	
April	171 385	191	100	36	1	—	215	62	52	1 428 621	
Mai	171 398	13	52	153	4	—	5	81	120	1 455 934	
Juni	172 946	1 548	1 434	20	233	—	7	24	108	1 445 714	
Juli	173 470	524	668	255	31	—	48	219	164	1 409 428	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierte Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014 März	1,3	1,3	1,3	1,5	1,2	2,1	3,4	134,70	108,16	467,04	9 555,91
April	1,3	1,3	1,3	1,5	1,1	2,0	3,3	134,91	108,60	465,58	9 603,23
Mai	1,2	1,2	1,2	1,3	1,0	1,9	3,2	136,00	109,49	474,47	9 943,27
Juni	1,1	1,1	1,1	1,3	0,9	1,8	3,0	136,38	109,92	469,36	9 833,07
Juli	1,0	1,0	1,0	1,1	0,8	1,6	2,8	136,83	110,37	447,74	9 407,48
Aug.	0,9	0,9	0,9	1,0	0,7	1,5	2,7	138,12	112,28	450,83	9 470,17

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz						Erwerb						
		inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)						Inländer						
		zu-	zu-	Publikumsfonds			Spezial-	aus-	zu-	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Aus-
summen	summen	Geld-	Wert-	Offene	summen	zu-			darunter	zu-	darunter	summen	summen	
		markt-	papier-	Immobilien-	fonds	fonds	fonds	fonds	aus-	aus-	aus-	aus-	aus-	aus-
		fonds	fonds	fonds					ländische	ländische	ländische	ländische	ländische	ländische
									Fonds 4)	Fonds 4)	Anteile	Anteile	Anteile	Anteile
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	680
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 497	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 277	39 401	7 576	694	46 977	1 970	7 095
2012	111 639	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 696	115 438	3 062	1 562	118 500	23 257	3 799
2013	122 658	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	31 321	116 657	771	100	115 886	31 220	6 001
2014 Jan.	7 048	4 613	750	124	15	479	3 863	2 435	6 350	365	451	6 715	2 886	698
Febr.	12 757	8 445	2 163	52	2 426	114	6 282	4 312	12 737	99	243	12 836	4 069	20
März	13 527	10 588	173	205	558	192	10 761	2 939	14 325	121	322	14 204	2 617	798
April	5 268	2 764	192	14	254	181	2 573	2 504	8 707	2 236	731	6 471	3 235	3 439
Mai	7 434	6 762	1 519	20	1 081	158	5 243	672	4 590	2 624	220	7 214	892	2 845
Juni	10 089	4 615	766	80	224	290	3 849	5 473	8 840	849	1 001	7 991	4 472	1 249
Juli	13 042	8 609	1 430	33	1 069	86	7 179	4 433	13 417	504	4	12 913	4 437	375

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012			2013				2014
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	66,7	86,4	68,3	22,2	19,9	23,3	9,1	17,3	10,3	31,6	10,3
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 1,9	- 17,0	- 15,0	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6	- 5,5	- 1,0	- 3,8	- 2,6
Aktien	16,1	- 3,4	- 5,7	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6	- 0,6	- 4,3	- 3,5	2,9
Sonstige Anteilsrechte	3,0	3,1	3,0	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6	0,6
Investmentzertifikate	- 14,5	0,2	20,3	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5	3,9	2,8	3,1	2,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	45,7	69,8	70,0	16,5	12,8	16,2	24,6	16,9	12,5	16,1	25,3
kurzfristige Ansprüche	0,6	2,3	2,8	0,6	0,6	0,5	0,8	0,7	0,6	0,7	0,8
längerfristige Ansprüche	45,2	67,5	67,2	16,0	12,2	15,7	23,8	16,2	11,9	15,4	24,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	11,1	11,9	10,9	3,0	2,9	3,0	2,7	2,8	2,7	2,8	2,7
Sonstige Forderungen 4)	17,6	2,0	- 4,5	- 0,0	- 0,1	- 3,9	1,3	1,4	8,0	- 15,2	7,2
Insgesamt	143,8	152,9	147,4	38,5	30,0	34,6	47,0	36,9	31,9	31,6	49,2
II. Finanzierung											
Kredite	11,6	15,1	11,6	6,8	6,1	3,3	- 3,6	5,9	8,7	0,7	0,4
kurzfristige Kredite	- 2,1	- 1,0	- 3,2	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 1,3	0,7
längerfristige Kredite	13,6	16,1	14,8	5,9	7,1	4,1	- 2,1	6,2	8,7	2,0	- 0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	1,6	1,4	0,3	0,1	0,1	0,8	0,2	0,1	0,0	0,1	0,2
Insgesamt	13,1	16,4	11,9	6,8	6,2	4,1	- 3,5	5,9	8,7	0,8	0,7
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	14,0	6,6	5,9	- 10,2	4,7	33,5	- 46,0	- 16,2	50,6	17,5	- 34,0
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,9	- 2,6	- 0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4	- 2,1	1,2	- 0,7	1,2
Finanzderivate	14,8	9,3	6,8	3,9	2,2	3,4	1,3	2,9	0,7	1,9	2,7
Aktien	19,6	20,7	15,3	- 6,5	5,5	15,3	10,6	0,8	8,5	- 4,7	7,1
Sonstige Anteilsrechte	43,8	24,1	17,1	13,3	13,4	- 11,9	13,0	- 1,0	4,4	0,7	5,1
Investmentzertifikate	8,2	- 0,2	7,4	1,0	0,7	3,3	4,5	- 1,0	2,1	1,9	1,1
Kredite	5,3	26,5	- 10,6	12,1	0,6	3,4	5,3	- 1,1	4,3	- 19,1	7,9
kurzfristige Kredite	10,2	16,3	10,4	11,1	- 1,8	- 0,3	10,3	- 1,8	2,8	- 0,9	8,9
längerfristige Kredite	- 4,9	10,2	- 21,0	1,0	2,4	3,6	- 5,0	0,7	1,5	- 18,2	- 1,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,6	1,4	1,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
kurzfristige Ansprüche	0,6	1,4	1,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	25,4	48,9	80,7	- 23,7	37,3	27,1	24,9	- 0,4	48,7	7,6	2,1
Insgesamt	136,7	134,6	123,9	- 9,8	64,1	72,3	15,3	- 17,7	120,9	5,4	- 6,3
II. Finanzierung											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	7,6	18,7	12,8	3,9	7,1	4,7	9,1	3,2	- 0,5	0,9	1,2
Finanzderivate
Aktien	7,4	2,9	1,5	1,0	0,4	1,0	0,6	0,1	- 0,3	1,0	0,1
Sonstige Anteilsrechte	19,3	9,3	10,5	1,5	- 4,0	9,4	1,0	2,1	1,6	5,8	2,2
Kredite	27,6	19,1	6,3	14,8	26,0	- 21,7	19,7	11,7	- 15,3	- 9,8	13,5
kurzfristige Kredite	19,1	7,4	- 3,4	7,5	3,8	- 5,6	12,1	10,2	- 16,3	- 9,4	12,5
längerfristige Kredite	8,5	11,7	9,7	7,3	22,3	- 16,1	7,6	1,5	1,0	- 0,3	1,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,8	6,6	5,7	1,6	1,6	1,7	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	45,2	28,0	- 12,3	6,3	14,5	15,7	- 1,1	- 16,9	17,0	- 11,2	- 2,5
Insgesamt	112,9	84,6	24,5	29,1	45,6	10,7	30,7	1,6	4,0	- 11,8	15,9

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012			2013				2014
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 927,5	2 014,9	2 082,2	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,1	2 040,4	2 050,6	2 082,2	2 092,2
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	247,1	238,2	216,0	245,4	244,8	238,2	231,7	221,9	220,0	216,0	214,6
Aktien	221,5	259,2	299,5	229,9	250,0	259,2	267,8	264,4	279,5	299,5	306,3
Sonstige Anteilsrechte	188,5	198,4	198,3	195,1	195,2	198,4	199,3	197,3	196,9	198,3	200,3
Investmentzertifikate	394,9	420,1	449,5	401,7	414,8	420,1	435,0	430,8	439,7	449,5	457,9
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 401,1	1 477,9	1 552,7	1 437,7	1 455,2	1 477,9	1 504,2	1 522,2	1 535,6	1 552,7	1 578,0
Kurzfristige Ansprüche	71,4	73,7	76,5	72,6	73,2	73,7	74,5	75,2	75,8	76,5	77,3
Längerfristige Ansprüche	1 329,6	1 404,2	1 476,2	1 365,1	1 382,0	1 404,2	1 429,6	1 447,0	1 459,7	1 476,2	1 500,8
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	295,4	307,3	318,2	301,4	304,3	307,3	310,0	312,8	315,5	318,2	320,9
Sonstige Forderungen 4)	38,4	37,1	36,5	38,2	37,9	37,1	37,0	37,0	36,7	36,5	36,5
Insgesamt	4 714,3	4 953,0	5 152,8	4 820,9	4 893,6	4 953,0	5 008,1	5 026,8	5 074,5	5 152,8	5 206,7
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 538,6	1 552,6	1 563,4	1 543,1	1 549,1	1 552,6	1 549,0	1 554,8	1 562,8	1 563,4	1 563,8
Kurzfristige Kredite	73,9	72,6	67,7	74,4	73,1	72,6	70,2	69,9	69,8	67,7	68,4
Längerfristige Kredite	1 464,8	1 480,0	1 495,7	1 468,7	1 475,9	1 480,0	1 478,8	1 484,9	1 493,0	1 495,7	1 495,4
Sonstige Verbindlichkeiten	13,4	15,2	15,9	15,1	15,0	15,2	17,1	16,0	16,2	15,9	17,3
Insgesamt	1 552,0	1 567,9	1 579,2	1 558,1	1 564,1	1 567,9	1 566,1	1 570,8	1 579,0	1 579,2	1 581,1
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	460,5	506,5	505,4	453,1	468,3	506,5	459,9	449,6	488,3	505,4	471,3
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	52,6	51,9	51,1	53,6	53,9	51,9	53,0	50,3	51,9	51,1	52,6
Finanzderivate
Aktien	811,4	946,7	1 077,2	838,6	894,1	946,7	981,1	945,4	1 002,3	1 077,2	1 074,8
Sonstige Anteilsrechte	401,2	440,5	450,4	434,9	446,8	440,5	453,7	446,4	448,0	450,4	458,6
Investmentzertifikate	123,1	129,0	138,1	119,6	123,9	129,0	134,1	131,9	135,6	138,1	140,9
Kredite	369,3	395,8	385,2	391,8	392,5	395,8	401,1	400,0	404,3	385,2	393,2
Kurzfristige Kredite	252,3	268,6	279,0	270,6	268,9	268,6	278,9	277,0	279,9	279,0	287,9
Längerfristige Kredite	117,0	127,2	106,3	121,2	123,6	127,2	122,3	123,0	124,4	106,3	105,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,9	43,3	44,7	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7	45,1
Kurzfristige Ansprüche	41,9	43,3	44,7	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7	45,1
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	809,9	846,7	875,8	819,6	836,9	846,7	877,9	856,2	868,3	875,8	853,9
Insgesamt	3 070,0	3 360,3	3 528,0	3 153,8	3 259,3	3 360,3	3 404,4	3 323,7	3 443,0	3 528,0	3 490,4
II. Verbindlichkeiten											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	110,7	130,9	138,9	117,2	124,6	130,9	139,6	141,3	137,5	138,9	142,5
Finanzderivate
Aktien	1 110,5	1 373,6	1 664,7	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9	1 389,6	1 503,6	1 664,7	1 672,4
Sonstige Anteilsrechte	741,4	750,7	761,3	745,3	741,3	750,7	751,8	753,9	755,5	761,3	763,5
Kredite	1 367,1	1 397,4	1 425,1	1 381,6	1 401,6	1 397,4	1 415,8	1 428,3	1 421,9	1 425,1	1 428,1
Kurzfristige Kredite	421,1	427,6	437,1	429,3	433,0	427,6	439,4	449,6	445,7	437,1	450,2
Längerfristige Kredite	946,0	969,8	988,0	952,3	968,5	969,8	976,5	978,7	976,2	988,0	977,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	235,0	241,5	247,2	238,2	239,9	241,5	243,0	244,4	245,8	247,2	248,7
Sonstige Verbindlichkeiten	879,6	907,8	909,4	900,9	911,9	907,8	924,8	888,6	905,5	909,4	898,1
Insgesamt	4 444,3	4 802,0	5 146,6	4 549,6	4 714,2	4 802,0	4 905,8	4 846,0	4 969,9	5 146,6	5 153,2

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2008	- 0,5	- 14,7	- 1,5	+ 9,3	+ 6,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 74,5	- 38,0	- 19,3	- 2,7	- 14,4	- 3,0	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 ²⁾	- 104,0	- 81,3	- 20,4	- 6,2	+ 3,9	- 4,0	- 3,2	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 ^{p)}	- 21,8	- 25,7	- 13,0	+ 1,4	+ 15,4	- 0,8	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	+ 0,6
2012 ^{p)}	+ 3,7	- 13,6	- 5,7	+ 4,7	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7
2013 ^{p)}	+ 7,3	- 2,7	- 1,5	+ 5,3	+ 6,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2012 1.Hj. ^{p)}	+ 9,9	- 5,7	- 0,5	+ 4,2	+ 11,8	+ 0,7	- 0,4	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. ^{p)}	- 6,2	- 7,9	- 5,2	+ 0,5	+ 6,4	- 0,4	- 0,6	- 0,4	+ 0,0	+ 0,5
2013 1.Hj. ^{p)}	+ 9,8	- 1,6	+ 1,3	+ 6,2	+ 3,9	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. ^{p)}	- 2,6	- 1,1	- 2,7	- 0,9	+ 2,2	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2
2014 1.Hj. ^{ts)}	+ 16,1	+ 4,0	- 0,2	+ 5,3	+ 7,1	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	+ 0,4	+ 0,5
Schuldenstand ^{3) 4)}										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2008	1 652,8	1 007,8	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 770,7	1 076,7	578,5	130,0	1,3	74,6	45,3	24,4	5,5	0,1
2010 ^{p)}	2 059,2	1 315,5	625,1	135,1	1,3	82,5	52,7	25,1	5,4	0,1
2011 ^{p)}	2 087,7	1 324,5	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 ^{p)}	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 ^{ts)}	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2012 1.Vj. ^{p)}	2 117,7	1 345,3	647,0	142,6	1,3	80,5	51,2	24,6	5,4	0,1
2.Vj. ^{p)}	2 163,5	1 374,2	666,1	141,9	1,3	81,9	52,0	25,2	5,4	0,0
3.Vj. ^{p)}	2 154,1	1 357,4	672,3	141,3	1,3	81,1	51,1	25,3	5,3	0,1
4.Vj. ^{p)}	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 1.Vj. ^{ts)}	2 149,3	1 369,3	656,7	144,0	1,2	80,5	51,3	24,6	5,4	0,0
2.Vj. ^{ts)}	2 148,8	1 377,2	646,2	143,0	1,1	79,8	51,2	24,0	5,3	0,0
3.Vj. ^{ts)}	2 129,6	1 362,5	639,2	143,4	1,1	78,5	50,2	23,5	5,3	0,0
4.Vj. ^{ts)}	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2014 1.Vj. ^{ts)}	2 139,4	1 369,8	638,6	145,7	1,2	77,3	49,5	23,1	5,3	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo wurde gemäß ESVG 2010 ermittelt und entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen. **4** Die Ermittlung des Schuldenstands in Maastricht-Abgrenzung

wird erst im Rahmen der Herbst-Notifikation Ende September auf den neuen Grundstandard ESVG 2010 umgestellt. Entsprechend wird die Schuldenquote hier noch auf Basis des bisherigen Standards ESVG 1995 ausgewiesen (BIP mit Datenstand Mai 2014). Das aktuelle BIP gemäß ESVG 2010 würde für sich genommen die Schuldenquote für das Jahr 2013 um 2 Prozentpunkte senken.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen			sonstige
Mrd €												
2008	1 111,8	585,9	412,4	113,4	1 112,3	592,5	189,1	68,5	51,4	210,8	- 0,5	1 003,1
2009	1 090,8	554,5	415,6	120,6	1 165,3	625,2	197,8	64,8	56,2	221,2	- 74,5	974,1
2010	1 110,4	556,2	426,2	128,1	²⁾ 1 214,5	634,7	203,5	63,3	58,1	²⁾ 254,8	²⁾ - 104,0	986,5
2011 ^{p)}	1 179,5	598,9	442,2	138,3	1 201,3	634,6	208,2	67,1	59,7	231,7	- 21,8	1 045,8
2012 ^{p)}	1 217,4	624,1	454,3	139,1	1 213,7	645,6	212,7	62,8	61,0	231,7	+ 3,7	1 082,9
2013 ^{p)}	1 248,6	642,5	465,4	140,8	1 241,4	666,8	217,6	55,5	61,3	240,1	+ 7,3	1 112,2
in % des BIP												
2008	43,5	22,9	16,1	4,4	43,5	23,2	7,4	2,7	2,0	8,2	- 0,0	39,2
2009	44,4	22,6	16,9	4,9	47,4	25,4	8,1	2,6	2,3	9,0	- 3,0	39,7
2010	43,1	21,6	16,5	5,0	²⁾ 47,1	24,6	7,9	2,5	2,3	²⁾ 9,9	²⁾ - 4,0	38,3
2011 ^{p)}	43,7	22,2	16,4	5,1	44,5	23,5	7,7	2,5	2,2	8,6	- 0,8	38,7
2012 ^{p)}	44,3	22,7	16,5	5,1	44,1	23,5	7,7	2,3	2,2	8,4	+ 0,1	39,4
2013 ^{p)}	44,4	22,9	16,6	5,0	44,2	23,7	7,7	2,0	2,2	8,5	+ 0,3	39,6
Zuwachsraten in %												
2008	+ 2,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,0	+ 7,9	+ 9,8	.	+ 2,8
2009	- 1,9	- 5,4	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,5	+ 4,6	- 5,4	+ 9,3	+ 5,0	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 2,4	+ 3,3	+ 15,1	.	+ 1,3
2011 ^{p)}	+ 6,2	+ 7,7	+ 3,8	+ 8,0	- 1,1	- 0,0	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,8	- 9,1	.	+ 6,0
2012 ^{p)}	+ 3,2	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	- 6,5	+ 2,2	+ 0,0	.	+ 3,5
2013 ^{p)}	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 2,3	+ 3,3	+ 2,3	- 11,5	+ 0,5	+ 3,6	.	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in

Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2007	642,8	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,2	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,6	1 016,0	+ 7,6
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,5	1 117,5	- 104,0
2010	634,6	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 ts)	745,2	600,0	14,6	769,9	217,9	285,3	70,3	43,3	25,5	- 24,7	536,1	518,8	+ 17,3	1 171,1	1 178,6	- 7,5
2013 ts)	761,5	619,7	14,7	771,3	224,4	286,6	66,2	42,5	23,8	- 9,8	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,4	1 202,5	- 4,1
2012 1.Vj. p)	173,9	142,9	2,5	191,4	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 17,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,7	291,5	- 16,9
2.Vj. p)	190,3	150,4	2,7	178,5	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 11,8	132,2	128,0	+ 4,2	296,1	280,2	+ 16,0
3.Vj. p)	177,9	147,5	4,3	181,3	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 3,4	130,2	128,9	+ 1,3	282,4	284,5	- 2,1
4.Vj. p)	200,2	159,4	4,9	212,5	58,7	73,6	7,2	16,5	14,9	- 12,3	143,4	133,3	+ 10,1	314,4	316,6	- 2,2
2013 1.Vj. p)	177,7	148,6	2,6	186,1	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 8,3	128,5	132,3	- 3,8	281,0	293,2	- 12,2
2.Vj. p)	193,4	155,3	4,8	182,9	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 10,5	133,1	132,6	+ 0,5	301,6	290,6	+ 11,0
3.Vj. p)	183,2	151,8	2,4	190,2	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 7,0	131,6	132,6	- 1,0	299,8	297,8	+ 2,0
4.Vj. p)	204,8	164,1	4,6	205,9	60,6	70,9	10,5	15,5	8,3	- 1,1	142,7	134,2	+ 8,5	322,0	314,6	+ 7,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungenverträge und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,5	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	320,3	- 8,3	199,8	198,5	+ 1,3
2013 ts)	313,2	335,6	- 22,4	324,2	324,6	- 0,4	207,8	206,3	+ 1,5
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,0	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	89,0	- 3,3	60,4	57,9	+ 2,5
2014 1.Vj. p)	69,8	80,5	- 10,7	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+ 138	21 643	
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510	
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+ 6 543	6 831	
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	- 131	6 878	
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+ 44	7 643	
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	- 6 558	7 145	
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494	
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	- 246	6 914	
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	- 155	7 554	
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	- 6 690	6 813	
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638	
2.Vj.	...	135 358	72 082	56 178	7 098	6 803	
2013 Juli	.	41 533	22 339	17 001	2 193	.	.	3 051	
2014 Juli	.	42 842	23 111	17 896	1 834	.	.	3 059	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern								Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
		Einkommensteuern 2)				Steuern vom Umsatz 5)								
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körper-schaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer					Ge-werb-steuer-umla-gen 6)
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
2013 Juli	43 958	16 444	13 780	- 338	- 57	3 059	15 952	12 024	3 928	1 603	8 188	1 442	329	2 425
2014 Juli	45 404	17 473	14 792	- 471	- 335	3 487	16 572	12 638	3 934	1 651	7 825	1 512	372	2 563

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 3 Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2013: 22,3/77,7. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	-1 458	.	2 149	1 501	668
2013 Juli	3 309	1 300	918	569	775	512	170	635	.	743	488	211	.	.	.
2014 Juli	3 320	1 185	953	620	846	557	155	189	.	787	482	243	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentli-

cher Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)	
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	399 900	21	385 270	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	398 800	91	353 993	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 600	92	324 376	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 100	92	284 442	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	429 900	20	265 513	1 101 900
2.Vj. p)	1 805 465	4 440	424 200	23	289 603	1 087 200
3.Vj. p)	1 793 464	4 440	422 700	28	276 996	1 089 300
4.Vj. p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	4 440	437 900	28	241 693	1 124 765

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten ^{*)}

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 396	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 179	102	111 765	4 440	2
2012 1.Vj.	1 766 324	54 692	410 585	226 486	7 869	647 077	2 134	303 188	91	109 759	4 440	2
2.Vj.	1 780 408	55 392	410 186	224 607	7 518	663 695	2 137	295 910	92	116 431	4 440	2
3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 513	1 893	286 823	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	288 855	20	111 515	4 440	2
2.Vj. p)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 394	1 516	294 488	23	111 634	4 440	2
3.Vj. p)	1 793 464	54 808	417 120	247 942	4 970	672 115	1 464	278 690	28	111 886	4 440	2
4.Vj. p)	1 818 818	50 128	423 441	245 372	4 488	684 728	1 397	294 578	53	110 190	4 440	2
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	41 870	417 260	259 344	4 130	687 424	1 314	282 673	28	110 341	4 440	2
Bund ^{7) 8) 9) 10)}												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj.	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj.	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
Länder												
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	154 465	62	97 387	.	1
2012 1.Vj.	535 494	2 531	283 629	153 643	51	95 639	.	1
2.Vj.	536 354	2 814	287 249	143 830	52	102 409	.	1
3.Vj.	537 827	1 687	289 717	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	133 278	5	99 871	.	1
3.Vj. p)	537 836	270	307 046	130 521	10	99 989	.	1
4.Vj. p)	549 774	125	313 412	137 859	35	98 343	.	1
2014 1.Vj. ts)	540 233	261	309 346	132 119	10	98 495	.	1
Gemeinden ¹¹⁾												
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	.	-	.	.	375	.	121 695	20	6 407	.	.
2011	133 681	.	-	.	.	381	.	128 331	40	4 929	.	.
2012 1.Vj.	137 001	.	-	.	.	381	.	131 651	40	4 930	.	.
2.Vj.	136 603	.	-	.	.	381	.	131 252	40	4 930	.	.
3.Vj.	135 922	.	-	.	.	381	.	130 571	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	.	-	.	.	423	.	134 245	18	3 195	.	.
2.Vj. p)	136 111	.	-	.	.	423	.	132 475	18	3 195	.	.
3.Vj. p)	136 559	.	-	.	.	423	.	132 923	18	3 195	.	.
4.Vj. p)	136 538	.	-	.	.	423	.	132 902	18	3 195	.	.
2014 1.Vj. ts)	139 639	.	-	.	.	423	.	136 003	18	3 195	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2012					2013		2014	
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %											
Preisbereinigt, verkettet															
I. Entstehung des Inlandsprodukts															
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	105,8	107,3	107,5	5,8	1,4	0,2	0,1	- 3,5	0,9	1,1	2,5	3,3	- 0,3		
Baugewerbe	104,0	104,1	103,8	4,0	0,1	- 0,3	- 3,4	- 6,9	- 0,4	1,8	2,7	11,6	1,3		
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,0	101,6	101,6	4,0	- 2,3	0,0	- 3,2	- 2,5	0,3	1,3	0,8	2,9	1,2		
Information und Kommunikation	111,0	116,8	118,2	11,0	5,3	1,2	4,6	1,1	1,2	1,1	1,2	1,8	1,5		
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	100,8	102,8	101,3	0,8	2,0	- 1,5	2,3	1,3	- 2,8	- 2,4	- 2,0	0,1	- 0,1		
Grundstücks- und Wohnungswesen	103,4	101,3	101,9	3,4	- 2,0	0,5	- 2,2	0,7	0,3	0,4	0,7	0,9	1,2		
Unternehmensdienstleister ¹⁾	102,2	102,8	103,8	2,2	0,6	0,9	- 0,2	- 0,9	1,4	1,5	1,8	2,8	1,6		
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	101,1	102,2	102,1	1,1	1,0	- 0,1	1,1	- 0,5	- 0,0	- 0,0	0,3	1,3	0,7		
Sonstige Dienstleister	100,7	100,7	99,1	0,7	0,1	- 1,6	0,3	- 2,8	- 1,2	- 1,1	- 1,3	0,8	- 0,5		
Bruttowertschöpfung	103,6	104,0	104,1	3,6	0,5	0,1	- 0,3	- 1,7	0,3	0,7	1,2	2,5	0,7		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	103,6	104,0	104,1	3,6	0,4	0,1	- 0,3	- 1,8	0,5	0,8	1,0	2,5	0,8		
II. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	102,3	103,0	103,8	2,3	0,7	0,8	0,4	- 0,4	1,0	2,0	0,7	1,0	1,0		
Konsumausgaben des Staates	100,7	101,9	102,7	0,7	1,2	0,7	1,0	1,1	0,3	1,0	0,4	0,8	1,0		
Ausrüstungen	105,8	102,8	100,0	5,8	- 2,9	- 2,7	- 4,0	- 9,8	- 0,9	- 0,3	- 0,3	6,9	2,1		
Bauten	108,4	109,1	109,0	8,4	0,6	- 0,1	- 1,1	- 6,7	0,7	2,6	2,2	12,7	0,7		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	106,8	106,9	108,2	6,8	0,1	1,3	0,0	2,0	1,3	0,7	1,1	1,6	1,7		
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	0,1	- 1,4	0,2	- 0,8	- 0,2	0,1	0,6	0,2	0,1	0,3		
Inländische Verwendung	103,0	102,1	102,7	3,0	- 0,9	0,7	- 0,9	- 1,4	0,9	2,3	1,0	2,5	1,4		
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	0,7	1,3	- 0,5	0,6	- 0,4	- 0,4	- 1,4	0,0	0,2	- 0,5		
Exporte	108,0	111,1	112,8	8,0	2,8	1,6	0,1	- 1,5	1,9	1,6	4,3	4,3	2,5		
Importe	107,2	107,1	110,5	7,2	- 0,0	3,1	- 1,3	- 0,7	3,1	5,2	4,9	4,4	4,1		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	103,6	104,0	104,1	3,6	0,4	0,1	- 0,3	- 1,8	0,5	0,8	1,0	2,5	0,8		
In jeweiligen Preisen (Mrd €)															
III. Verwendung des Inlandsprodukts															
Private Konsumausgaben ³⁾	1 506,8	1 539,5	1 571,5	4,2	2,2	2,1	1,8	0,8	2,4	3,3	1,8	2,2	2,1		
Konsumausgaben des Staates	505,7	521,3	541,2	2,4	3,1	3,8	3,2	4,2	3,3	4,6	3,2	3,9	4,0		
Ausrüstungen	184,5	180,6	176,1	6,2	- 2,1	- 2,5	- 3,1	- 9,5	- 0,7	- 0,2	- 0,2	7,2	2,6		
Bauten	264,7	273,9	279,2	11,6	3,4	1,9	1,3	- 4,9	2,7	4,6	4,2	14,6	2,1		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	93,6	95,6	98,8	8,3	2,1	3,3	1,8	4,1	3,2	2,7	3,3	3,8	3,8		
Vorratsveränderungen ⁵⁾	13,3	- 22,7	- 20,5		
Inländische Verwendung	2 568,7	2 588,2	2 646,2	5,2	0,8	2,2	0,9	0,3	2,6	3,7	2,3	4,0	2,7		
Außenbeitrag	130,4	161,7	163,3		
Exporte	1 209,4	1 262,9	1 280,1	11,0	4,4	1,4	1,7	- 1,2	1,9	1,0	3,8	3,9	2,0		
Importe	1 078,9	1 101,1	1 116,9	12,8	2,1	1,4	0,4	- 1,3	1,3	3,1	2,6	2,5	2,2		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 699,1	2 749,9	2 809,5	4,8	1,9	2,2	1,4	0,3	2,8	2,7	2,9	4,5	2,6		
IV. Preise (2010 = 100)															
Privater Konsum	101,9	103,4	104,7	1,9	1,5	1,2	1,5	1,2	1,3	1,3	1,1	1,1	1,1		
Bruttoinlandsprodukt	101,1	102,7	104,8	1,1	1,5	2,1	1,7	2,1	2,3	1,9	1,9	1,9	1,8		
Terms of Trade	97,6	97,1	98,5	- 2,4	- 0,5	1,5	- 0,1	1,0	1,8	1,5	1,7	1,5	1,4		
V. Verteilung des Volkseinkommens															
Arbeitnehmerentgelt	1 338,7	1 389,7	1 428,3	4,3	3,8	2,8	3,8	2,9	2,6	2,8	2,8	3,8	3,6		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	688,7	665,7	671,6	7,7	- 3,3	0,9	- 6,9	- 5,5	4,7	1,3	4,5	7,0	- 1,2		
Volkseinkommen	2 027,3	2 055,3	2 099,9	5,4	1,4	2,2	0,6	- 0,1	3,2	2,3	3,3	4,9	2,1		
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 768,5	2 822,2	2 881,9	5,3	1,9	2,1	1,4	0,2	3,0	2,3	2,8	4,3	2,1		

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2014. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). ³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozugang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Baugewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen			Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
					Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten					Verbrauchsgüterproduzenten
2010=100												
Gewicht in % ⁴⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2010	99,5	99,2	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,5	99,3	99,3	99,2
2011	106,7	107,0	95,7	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2013 2.Vj.	106,0	108,7	90,0	107,7	105,5	113,8	98,1	98,1	109,2	105,0	113,7	115,9
3.Vj.	107,3	117,4	91,1	108,0	106,0	112,9	98,8	101,3	109,4	106,1	112,2	114,0
4.Vj.	111,0	119,3	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,8
2014 1.Vj.	105,1	87,5	99,0	108,4	106,6	113,4	102,3	100,4	111,5	106,6	107,7	123,1
2.Vj. ^{x)}	106,7	108,4	85,7	109,2	106,7	115,4	98,0	100,6	113,1	106,7	111,7	122,3
2013 Juli	107,7	119,8	91,1	108,1	108,0	111,7	97,0	100,4	110,9	105,2	113,1	109,2
Aug.	101,7	113,1	89,3	101,7	101,2	104,2	85,3	99,1	102,5	101,8	102,7	104,8
Sept.	112,6	119,3	92,8	114,2	108,8	122,7	114,2	104,4	114,9	111,3	120,7	128,0
Okt.	112,3	120,0	99,1	112,9	110,9	116,9	107,1	108,2	115,5	110,4	112,9	120,4
Nov.	116,1	121,2	99,4	117,6	110,1	128,1	111,7	109,1	117,5	115,5	122,9	134,0
Dez.	104,5	116,8	100,6	103,2	89,7	117,9	89,7	100,1	94,6	99,1	133,6	96,1
2014 Jan.	98,1	73,2	103,9	100,8	101,6	101,4	93,5	98,7	105,3	98,3	96,9	108,3
Febr.	102,4	85,3	94,3	105,9	103,8	111,6	101,0	96,4	108,4	104,5	103,5	124,0
März	⁵⁾ 114,9	⁵⁾ 104,1	98,9	118,6	114,5	127,2	112,4	106,1	120,9	117,1	122,8	137,0
April ^{x)}	⁵⁾ 106,4	⁵⁾ 106,5	88,7	108,7	107,1	113,3	98,0	102,1	112,9	105,4	107,7	123,0
Mai ^{x)}	⁵⁾ 104,6	⁵⁾ 105,6	85,5	107,0	104,9	112,8	94,7	98,7	110,8	103,7	108,5	120,8
Juni ^{x)}	⁵⁾ 109,1	⁵⁾ 113,0	83,0	111,9	108,0	120,2	101,4	101,1	115,6	111,0	119,0	123,1
Juli ^{x)p)6)}	⁵⁾ 110,4	⁵⁾ 118,4	82,6	112,9	109,4	120,8	97,1	103,0	115,5	111,6	114,3	130,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2010	+ 10,3	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,4	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,4	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	+ 1,0	+ 1,7	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2013 2.Vj.	- 0,3	- 0,4	- 2,1	- 0,2	- 1,4	+ 0,6	- 1,1	+ 1,2	- 0,2	- 2,5	- 1,0	+ 1,7
3.Vj.	± 0,0	+ 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9	- 3,7	- 1,7	+ 1,8
4.Vj.	+ 2,9	+ 2,5	- 0,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,0
2014 1.Vj.	+ 3,9	+ 13,7	- 5,6	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 9,6
2.Vj. ^{x)}	+ 0,7	- 0,3	- 4,7	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	- 0,1	+ 2,6	+ 3,6	+ 1,7	- 1,8	+ 5,5
2013 Juli	- 1,4	+ 0,9	± 0,0	- 1,9	- 1,1	- 3,5	- 0,7	+ 0,6	- 0,3	- 6,4	- 4,2	- 5,5
Aug.	+ 0,5	+ 2,2	- 2,5	+ 0,6	- 1,0	+ 2,2	- 3,1	+ 0,4	+ 0,7	- 3,0	- 1,2	+ 8,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,2	- 0,4	+ 2,3	- 1,6	+ 0,3	+ 3,2
Okt.	+ 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,9	- 0,4	± 0,0	+ 3,1	- 0,3	+ 0,2	+ 4,0
Nov.	+ 3,8	+ 1,6	- 1,0	+ 4,7	+ 3,8	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 10,7
Dez.	+ 3,8	+ 5,8	- 0,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 9,7
2014 Jan.	+ 4,9	+ 13,3	- 2,0	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,2	+ 0,4	+ 2,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 6,0	+ 12,6
Febr.	+ 4,4	+ 16,4	- 5,4	+ 4,4	+ 5,2	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,5	+ 6,0	+ 5,2	- 0,7	+ 9,7
März	⁵⁾ + 2,7	⁵⁾ + 11,9	- 9,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,0	+ 5,6	- 0,4	+ 0,6	+ 7,2
April ^{x)}	⁵⁾ + 1,3	⁵⁾ + 1,5	- 5,9	+ 2,2	+ 3,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,8	+ 5,1	+ 4,2	- 3,4	+ 4,0
Mai ^{x)}	⁵⁾ + 1,1	⁵⁾ - 1,2	- 2,8	+ 1,9	- 0,2	+ 4,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 3,6	+ 0,9	+ 1,6	+ 9,2
Juni ^{x)}	⁵⁾ - 0,4	⁵⁾ - 1,2	- 5,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	- 3,2	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,1	- 3,2	+ 3,5
Juli ^{x)p)6)}	⁵⁾ + 2,5	⁵⁾ - 1,2	- 9,3	+ 4,4	+ 1,3	+ 8,1	+ 0,1	+ 2,6	+ 4,1	+ 6,1	+ 1,1	+ 19,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ¹⁾ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ²⁾ Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. ³⁾ Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. ⁴⁾ Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). ⁵⁾ Gewicht für die Angaben ab 2010: Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produ-

zierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. ⁶⁾ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 3%). ⁷⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. ⁸⁾ Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie ^{*)}

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
insgesamt												
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,6	+ 28,0	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,5	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	+ 0,0	99,5	- 5,5	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,3	107,4	+ 2,0
2013 Juli	108,9	+ 1,6	104,3	- 1,1	111,9	+ 3,4	111,5	+ 1,5	99,0	- 1,1	115,9	+ 2,5
Aug.	99,8	+ 2,0	95,7	- 2,0	102,1	+ 5,4	103,8	- 1,2	91,6	- 1,2	107,9	- 1,4
Sept.	112,3	+ 7,4	102,0	+ 1,5	119,6	+ 11,6	111,9	+ 4,4	111,5	+ 0,0	112,2	+ 6,1
Okt.	111,2	+ 2,9	107,6	+ 3,6	113,8	+ 2,4	112,0	+ 3,9	110,0	+ 7,3	112,8	+ 2,8
Nov.	114,5	+ 6,8	106,0	+ 2,7	120,7	+ 9,1	112,8	+ 8,6	107,6	+ 9,9	114,6	+ 8,0
Dez.	107,7	+ 5,6	90,2	+ 0,7	121,9	+ 8,7	94,8	+ 2,5	88,5	+ 6,2	97,1	+ 1,5
2014 Jan.	111,4	+ 6,3	108,0	+ 2,8	113,8	+ 8,4	112,6	+ 10,7	100,8	+ 1,9	116,7	+ 13,6
Febr.	113,0	+ 5,9	106,0	+ 4,1	117,4	+ 6,6	116,8	+ 8,7	97,6	+ 2,2	123,5	+ 10,7
März	120,3	+ 0,6	113,7	- 1,4	125,9	+ 1,5	113,4	+ 3,5	113,1	+ 1,6	113,4	+ 4,1
April	112,4	+ 5,8	105,7	+ 2,6	117,9	+ 8,2	107,2	+ 4,9	108,2	+ 7,3	106,9	+ 4,1
Mai	110,5	+ 5,0	103,1	+ 0,2	116,3	+ 8,3	106,4	+ 5,2	99,6	+ 1,1	108,7	+ 6,6
Juni	113,2	- 2,3	106,2	+ 1,7	118,9	- 5,6	108,5	+ 6,1	105,4	- 2,7	109,5	+ 9,3
Juli ^{p)}	114,5	+ 5,1	106,5	+ 2,1	120,3	+ 7,5	114,4	+ 2,6	97,6	- 1,4	120,2	+ 3,7
aus dem Inland												
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,5	+ 2,0	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2013 Juli	106,6	+ 0,9	104,1	- 0,9	109,5	+ 2,3	104,7	+ 2,0	99,0	+ 0,6	106,7	+ 2,5
Aug.	100,1	+ 3,8	96,5	- 1,1	103,6	+ 9,7	101,4	+ 0,1	92,8	- 4,0	104,4	+ 1,5
Sept.	106,0	+ 3,6	100,9	+ 0,0	111,2	+ 7,3	105,1	+ 2,1	113,6	- 1,0	102,1	+ 3,4
Okt.	105,4	+ 2,1	103,6	+ 0,9	107,2	+ 3,7	105,5	+ 1,0	117,3	+ 4,6	101,4	- 0,4
Nov.	109,6	+ 5,3	105,4	+ 1,4	114,6	+ 9,0	104,5	+ 5,9	108,7	+ 4,9	103,0	+ 6,2
Dez.	94,0	+ 1,6	87,9	+ 1,7	101,7	+ 1,3	84,5	+ 3,3	81,4	+ 1,2	85,6	+ 4,0
2014 Jan.	106,2	+ 3,3	106,2	+ 1,2	106,5	+ 5,0	104,9	+ 6,3	102,6	- 1,8	105,7	+ 9,3
Febr.	107,0	+ 3,3	104,2	+ 2,8	109,4	+ 3,8	109,7	+ 3,6	99,9	- 1,9	113,1	+ 5,3
März	116,8	+ 1,1	109,3	- 3,4	125,3	+ 5,0	111,0	+ 4,2	113,8	- 0,4	110,0	+ 6,1
April	107,7	+ 5,0	104,3	+ 2,7	112,3	+ 7,3	100,0	+ 4,7	107,5	+ 5,1	97,4	+ 4,6
Mai	104,7	+ 4,6	102,8	+ 1,6	107,8	+ 8,1	96,9	+ 1,8	96,8	+ 1,3	96,9	+ 1,9
Juni	105,7	- 0,8	102,9	+ 0,4	109,4	- 2,5	100,3	+ 3,5	107,1	+ 4,0	97,9	+ 3,4
Juli ^{p)}	108,2	+ 1,5	104,0	- 0,1	112,4	+ 2,6	108,6	+ 3,7	100,2	+ 1,2	111,5	+ 4,5
aus dem Ausland												
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,5	+ 8,9	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,7	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,7	- 0,5	118,4	+ 6,1	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2013 Juli	110,8	+ 2,1	104,6	- 1,4	113,3	+ 4,0	117,4	+ 1,3	99,0	- 2,6	123,8	+ 2,6
Aug.	99,5	+ 0,6	94,8	- 3,2	101,2	+ 2,8	105,8	- 2,3	90,6	+ 1,6	110,9	- 3,5
Sept.	117,4	+ 10,2	103,4	+ 3,4	124,8	+ 14,0	117,8	+ 6,3	109,6	+ 0,8	120,7	+ 8,2
Okt.	116,0	+ 3,5	112,4	+ 6,6	117,8	+ 1,7	117,6	+ 6,2	103,6	+ 10,1	122,5	+ 5,2
Nov.	118,5	+ 7,9	106,8	+ 4,4	124,5	+ 9,2	119,9	+ 10,6	106,6	+ 14,7	124,5	+ 9,4
Dez.	118,8	+ 8,3	92,9	- 0,4	134,3	+ 12,6	103,7	+ 2,0	94,6	+ 10,1	106,8	- 0,3
2014 Jan.	115,7	+ 8,6	110,1	+ 4,5	118,3	+ 10,3	119,2	+ 14,3	99,2	+ 5,4	126,0	+ 16,9
Febr.	117,9	+ 7,9	108,1	+ 5,7	122,4	+ 8,3	122,9	+ 13,0	95,6	+ 6,1	132,3	+ 14,8
März	123,2	+ 0,2	118,9	+ 0,9	126,3	- 0,6	115,4	+ 2,9	112,5	+ 3,6	116,3	+ 2,6
April	116,3	+ 6,6	107,4	+ 2,6	121,4	+ 8,8	113,4	+ 5,1	108,9	+ 9,4	114,9	+ 3,7
Mai	115,2	+ 5,3	103,4	- 1,3	121,6	+ 8,4	114,5	+ 7,8	102,1	+ 1,1	118,8	+ 10,1
Juni	119,3	- 3,4	110,0	+ 3,1	124,7	+ 7,1	115,5	+ 8,0	104,0	- 8,0	119,4	+ 13,9
Juli ^{p)}	119,6	+ 7,9	109,4	+ 4,6	125,1	+ 10,4	119,3	+ 1,6	95,3	- 3,7	127,6	+ 3,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ^{o)} Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)			
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	98,4	- 5,2	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,3	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,3	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,8	+ 13,1	96,0	- 3,8
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,6	- 0,2	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,1	103,3	+ 7,6
2013	119,1	+ 4,0	126,4	+ 4,1	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,3	111,7	+ 3,8	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2013 Juni	145,9	+ 11,7	157,6	+ 15,3	182,0	+ 12,0	158,1	+ 22,0	108,0	+ 0,8	134,2	+ 7,8	151,3	+ 18,5	125,9	+ 4,2
Juli	142,5	+ 14,5	141,9	+ 14,6	158,1	+ 14,1	142,4	+ 12,4	108,8	+ 26,7	143,0	+ 14,3	133,1	+ 9,5	145,8	+ 19,7
Aug.	123,8	- 1,2	124,1	- 11,8	144,8	+ 5,9	121,1	- 19,3	92,4	- 23,3	123,4	+ 12,2	119,3	- 10,8	119,9	+ 7,1
Sept.	125,9	+ 5,0	135,7	+ 4,9	152,8	+ 10,1	132,8	+ 1,4	110,8	+ 4,5	116,1	+ 5,1	130,5	+ 3,0	110,4	+ 4,6
Okt.	117,5	- 11,1	128,6	- 2,4	141,4	+ 3,9	134,7	- 2,1	85,6	- 19,2	106,5	- 19,7	125,4	- 9,2	100,0	- 19,7
Nov.	106,6	+ 16,6	119,6	+ 18,4	122,9	+ 0,7	132,4	+ 34,1	75,0	+ 12,4	93,6	+ 14,4	123,1	+ 30,8	83,2	+ 8,9
Dez.	106,3	+ 13,8	120,0	+ 11,0	136,9	+ 11,8	121,3	+ 6,9	82,9	+ 29,9	92,5	+ 17,5	113,6	+ 8,0	86,5	+ 24,3
2014 Jan.	93,1	+ 13,4	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,7	+ 7,8	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,7
Febr.	102,3	+ 4,2	112,9	+ 12,0	134,0	+ 23,7	114,3	+ 9,6	67,0	- 11,4	91,7	- 4,1	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0
März	138,8	+ 6,0	146,4	+ 9,9	165,1	+ 9,1	147,9	+ 12,7	105,1	+ 1,7	131,1	+ 1,9	141,1	+ 8,7	125,8	+ 1,5
April	134,0	+ 8,4	133,3	+ 2,5	170,1	+ 17,2	121,6	- 3,1	95,9	- 16,2	134,7	+ 15,0	125,4	+ 6,5	128,3	+ 6,1
Mai	127,7	+ 1,8	130,9	- 3,3	157,1	+ 10,5	122,9	- 12,5	103,0	- 3,5	124,5	+ 7,6	120,3	- 5,4	123,5	+ 5,6
Juni	132,0	- 9,5	139,9	- 11,2	163,0	- 10,4	133,0	- 15,9	114,7	+ 6,2	124,2	- 7,5	131,7	- 13,0	120,0	- 4,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel												Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 3)			
	insgesamt										darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)					
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2010		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen									
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010	100,1	+ 2,5	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,8	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,5	101,1	+ 1,1	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,2	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013 4)	106,3	+ 1,7	101,4	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,4	+ 1,1	95,3	- 3,7	102,4	- 2,0	103,3	+ 2,9	104,7	- 1,0
2013 Juli	106,3	+ 2,2	101,5	+ 0,4	111,7	+ 6,7	102,9	+ 0,4	85,4	- 8,0	103,2	- 1,6	106,4	+ 3,7	106,4	- 1,5
Aug.	103,4	+ 1,7	98,9	+ 0,5	108,0	+ 4,0	97,6	+ 4,4	87,5	- 3,2	98,1	- 5,8	99,2	+ 3,1	97,8	+ 0,3
Sept.	104,7	+ 1,3	99,6	+ 0,3	103,5	+ 1,2	115,0	+ 1,7	93,6	+ 0,3	101,9	- 1,7	101,7	+ 6,0	105,0	- 0,8
Okt.	109,5	+ 0,9	103,9	± 0,0	110,7	+ 3,6	118,0	- 0,3	96,3	- 2,6	109,1	- 2,6	106,4	+ 4,3	115,6	+ 2,7
Nov.	112,1	+ 2,6	106,6	+ 1,7	112,2	+ 5,0	111,0	+ 6,9	106,1	- 2,1	110,3	- 1,4	106,5	+ 3,1	112,5	+ 3,1
Dez.	122,7	+ 1,2	117,2	+ 0,3	124,3	+ 1,7	120,2	- 1,6	141,1	- 4,5	103,4	- 3,0	116,5	+ 7,7	98,0	+ 4,4
2014 Jan.	99,3	+ 2,1	94,9	+ 1,0	101,4	+ 1,8	89,6	+ 3,3	98,9	- 2,0	88,0	- 1,1	105,0	+ 5,1	92,4	+ 8,2
Febr.	96,1	+ 3,2	91,4	+ 2,2	100,6	+ 2,8	81,6	+ 6,8	82,7	- 2,9	90,5	+ 2,6	102,5	+ 6,7	96,6	+ 6,7
März	111,1	+ 2,7	104,9	+ 1,9	115,6	+ 3,4	109,3	+ 11,2	86,3	- 9,8	111,6	+ 3,3	109,2	+ 3,8	119,8	+ 5,2
April	108,5	+ 1,5	102,4	+ 0,9	113,5	+ 4,7	104,3	- 5,1	82,8	- 2,7	108,4	+ 0,2	109,5	+ 7,6	114,5	+ 2,8
Mai	107,7	+ 0,1	101,8	- 0,2	111,6	+ 1,2	106,2	+ 2,0	84,0	+ 1,3	104,3	- 3,3	106,7	+ 5,5	111,0	+ 1,0
Juni	107,1	+ 2,7	101,5	+ 2,4	113,8	+ 3,4	101,6	+ 0,7	83,0	- 1,5	100,0	- 1,3	109,2	+ 10,2	111,8	+ 1,5
Juli	107,7	+ 1,3	102,5	+ 1,0	112,2	+ 0,4	102,7	- 0,2	90,2	+ 5,6	100,6	- 2,5	111,8	+ 5,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2013 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1) r)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3) r)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2) r)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5) r)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung							
2009	40 892	+ 0,1	27 729	- 0,1	8 513	18 450	545	5 043	1 144	1 078	3 415	1 190	8,1	301
2010	41 020	+ 0,3	28 008	+ 1,0	8 421	18 693	675	5 025	503	429	3 239	1 076	7,7	359
2011	41 571	+ 1,3	28 687	+ 2,4	8 579	19 091	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466
2012	42 033	+ 1,1	29 341	+ 2,3	8 738	19 600	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	42 281	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 782	19 954	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457
2011 2.Vj.	41 491	+ 1,4	28 522	+ 2,4	8 532	18 979	782	5 029	121	107	2 978	851	7,1	470
3.Vj.	41 778	+ 1,3	28 806	+ 2,4	8 633	19 108	832	5 033	76	64	2 874	843	6,9	497
4.Vj.	41 991	+ 1,3	29 228	+ 2,6	8 729	19 444	827	5 000	102	72	2 744	788	6,5	486
2012 1.Vj.	41 564	+ 1,3	28 967	+ 2,7	8 630	19 367	758	4 943	201	82	3 075	999	7,3	472
2.Vj.	41 948	+ 1,1	29 223	+ 2,5	8 706	19 510	771	4 983	77	65	2 876	847	6,8	499
3.Vj.	42 226	+ 1,1	29 416	+ 2,1	8 776	19 604	798	5 006	56	43	2 856	885	6,7	493
4.Vj.	42 394	+ 1,0	29 757	+ 1,8	8 840	19 919	766	4 990	113	76	2 872	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 834	+ 0,7	29 385	+ 1,4	8 697	19 771	701	4 972	234	102	3 131	1 109	7,4	444
2.Vj.	42 198	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 746	19 864	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459
3.Vj.	42 482	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 809	19 952	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471
4.Vj.	42 611	+ 0,5	30 118	+ 1,2	8 877	20 230	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455
2014 1.Vj.	42 125	+ 0,7	29 806	+ 1,4	8 757	20 097	730	4 987	...	58	3 109	1 078	7,2	452
2.Vj.	42 538	+ 0,8	30 060	+ 1,6	8 817	20 246	752	5 000	...	60	2 886	900	6,6	487
2011 April	41 329	+ 1,4	28 467	+ 2,4	8 514	18 958	766	5 015	133	117	3 079	908	7,3	461
Mai	41 506	+ 1,3	28 612	+ 2,4	8 556	19 028	794	5 043	122	107	2 961	840	7,0	470
Juni	41 639	+ 1,4	28 644	+ 2,4	8 578	19 016	816	5 066	110	96	2 894	805	6,9	480
Juli	41 628	+ 1,3	28 601	+ 2,4	8 587	18 958	826	5 067	81	68	2 940	860	7,0	492
Aug.	41 764	+ 1,4	28 886	+ 2,4	8 654	19 160	840	5 009	71	59	2 946	868	7,0	497
Sept.	41 943	+ 1,3	29 217	+ 2,5	8 739	19 397	841	4 981	76	65	2 796	803	6,6	502
Okt.	42 017	+ 1,3	29 274	+ 2,6	8 746	19 456	837	4 981	81	70	2 738	779	6,5	500
Nov.	42 069	+ 1,3	29 278	+ 2,6	8 744	19 476	832	5 017	85	76	2 714	770	6,4	492
Dez.	41 888	+ 1,3	29 046	+ 2,7	8 656	19 402	782	5 021	140	72	2 781	814	6,6	467
2012 Jan.	41 538	+ 1,4	28 916	+ 2,9	8 620	19 330	755	4 944	206	82	3 085	1 011	7,3	452
Febr.	41 513	+ 1,3	28 922	+ 2,7	8 610	19 352	749	4 909	230	87	3 110	1 029	7,4	473
März	41 640	+ 1,2	29 082	+ 2,7	8 663	19 437	756	4 935	167	78	3 028	956	7,2	491
April	41 802	+ 1,1	29 199	+ 2,6	8 698	19 505	763	4 964	83	71	2 964	893	7,0	499
Mai	41 973	+ 1,1	29 289	+ 2,4	8 724	19 548	778	5 002	77	65	2 855	831	6,7	499
Juni	42 069	+ 1,0	29 280	+ 2,2	8 733	19 519	790	5 032	71	58	2 809	817	6,6	499
Juli	42 103	+ 1,1	29 255	+ 2,3	8 737	19 478	804	5 038	54	42	2 876	885	6,8	500
Aug.	42 208	+ 1,1	29 477	+ 2,0	8 793	19 645	801	4 986	47	34	2 905	910	6,8	493
Sept.	42 367	+ 1,0	29 754	+ 1,8	8 865	19 858	787	4 958	66	54	2 788	862	6,5	485
Okt.	42 463	+ 1,1	29 823	+ 1,9	8 866	19 936	780	4 972	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 483	+ 1,0	29 809	+ 1,8	8 848	19 965	766	5 010	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	42 237	+ 0,8	29 528	+ 1,7	8 747	19 856	714	5 018	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 808	+ 0,7	29 334	+ 1,4	8 685	19 737	697	4 961	234	104	3 138	1 121	7,4	420
Febr.	41 809	+ 0,7	29 345	+ 1,5	8 682	19 749	698	4 962	245	104	3 156	1 132	7,4	448
März	41 885	+ 0,6	29 423	+ 1,2	8 701	19 798	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463
April	42 044	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 744	19 863	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460
Mai	42 230	+ 0,6	29 637	+ 1,2	8 762	19 899	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457
Juni	42 321	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 763	19 863	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459
Juli	42 375	+ 0,6	29 596	+ 1,2	8 768	19 814	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469
Aug.	42 460	+ 0,6	29 843	+ 1,2	8 825	19 998	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471
Sept.	42 611	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 905	20 224	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473
Okt.	42 680	+ 0,5	30 181	+ 1,2	8 899	20 252	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466
Nov.	42 690	+ 0,5	30 149	+ 1,1	8 888	20 249	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458
Dez.	42 463	+ 0,5	29 884	+ 1,2	8 781	20 158	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440
2014 Jan.	42 076	+ 0,6	29 736	+ 1,4	8 738	20 054	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425
Febr.	42 098	+ 0,7	29 784	+ 1,5	8 749	20 085	728	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456
März	42 201	+ 0,8	29 909	+ 1,7	8 786	20 149	741	4 966	...	55	3 055	1 026	7,1	476
April	42 389	+ 0,8	30 038	+ 1,6	8 815	20 233	748	4 985	...	60	2 943	938	6,8	481
Mai	42 565	+ 0,8	30 105	+ 1,6	8 824	20 283	750	5 013	...	61	2 882	893	6,6	485
Juni	42 659	+ 0,8	30 165	+ 1,9	8 840	20 300	779	5 037	...	58	2 833	869	6,5	495
Juli	42 716	+ 0,8	2 871	909	6,6	502
Aug.	2 902	934	6,7	515

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne die Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2012 und 2013 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,4 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Ab Mai 2014 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 11 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
2010 = 100													
Indexstand													
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	88,1	97,0	93,4	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,0	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,0	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,4	104,3	105,9	133,1	101,0
2012 Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8		107,4	122,7	105,0	108,0	139,9	108,7
Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	125,2	105,1	108,0	138,5	107,0
Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		107,1	124,4	104,8	107,4	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		107,7	123,7	104,8	107,3	138,6	106,2
Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5	124,2	104,7	107,6	141,7	106,9
März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		107,2	123,8	104,9	107,6	136,3	107,7
April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		107,1	124,4	104,7	106,4	127,8	104,0
Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	124,1	104,5	106,0	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	121,7	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	119,0	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	118,8	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	120,5	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	121,0	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	122,0	103,9	104,9	130,3	96,3
Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	122,1	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5 p)	119,2	104,0	104,8	129,4	96,0
Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5 p)	119,1	104,0	104,7	129,3	97,2
März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2 p)	120,1	103,8	104,1	126,0	96,9
April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1 p)	120,9	103,9	103,8	126,2	99,3
Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9 p)	118,6	103,9	103,8	129,2	98,9
Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9 p)	117,4	104,0	104,0	133,0	97,4
Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		105,8 p)	113,2	104,1	103,6	127,7	95,6
Aug.	107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	...	105,7	123,6	96,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,0	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	+ 0,1	+ 1,2	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2012 Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,1	+ 9,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 6,0	+ 3,4
Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9
Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 1,4	+ 10,9	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,5	+ 10,9	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9
Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 8,9	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2
März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,1	+ 6,2	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5
April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,3		- 0,2	+ 6,2	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6
Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 8,0	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 7,4	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 4,0	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 0,8	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	- 0,7	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	- 1,4	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	- 2,6	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	- 1,8	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1 p)	- 3,6	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9 p)	- 4,1	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9 p)	- 3,0	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9 p)	- 2,8	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8 p)	- 4,4	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3
Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7 p)	- 3,5	- 0,1	- 1,2	+ 4,6	- 3,3
Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8 p)	- 4,9	- 0,1	- 1,7	- 4,5	- 4,3
Aug.	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	...	- 0,8	- 8,6	- 1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrie- rohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2006	938,1	1,5	630,7	0,5	358,9	- 0,5	989,6	0,2	1 514,0	2,6	151,6	2,3	10,0
2007	969,3	3,3	648,9	2,9	356,4	- 0,7	1 005,3	1,6	1 540,7	1,8	157,1	3,6	10,2
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,4	0,6	1 029,2	2,4	1 579,0	2,5	165,1	5,1	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,5	7,0	1 056,1	2,6	1 564,2	- 0,9	155,7	- 5,7	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	388,0	1,2	1 090,1	3,2	1 605,1	2,6	159,4	2,4	9,9
2011	1 087,7	4,7	728,5	3,7	383,2	- 1,2	1 111,6	2,0	1 666,2	3,8	159,4	- 0,0	9,6
2012	1 131,7	4,0	756,4	3,8	389,4	1,6	1 145,7	3,1	1 699,1	2,0	159,6	0,2	9,4
2013	1 165,5	3,0	777,2	2,8	398,3	2,3	1 175,6	2,6	1 729,0	1,8	157,5	- 1,3	9,1
2013 1.Vj.	271,0	3,1	181,2	2,9	101,5	2,6	282,7	2,8	427,8	0,2	53,3	- 3,9	12,4
2.Vj.	284,4	2,8	185,6	2,5	99,0	2,5	284,6	2,5	429,8	1,9	37,3	- 2,3	8,7
3.Vj.	288,1	3,1	196,4	3,1	99,9	2,3	296,3	2,8	436,6	3,1	34,3	1,2	7,9
4.Vj.	321,9	3,0	214,0	2,6	98,0	1,8	311,9	2,3	434,8	1,8	32,6	1,6	7,5
2014 1.Vj.	281,6	3,9	187,6	3,5	103,9	2,4	291,5	3,1	437,8	2,3	55,1	3,5	12,6
2.Vj.	294,9	3,7	192,0	3,4	100,4	1,4	292,4	2,7	439,1	2,1	38,4	2,9	8,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2014. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				Grundvergütungen 2)			
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr
2006	92,8	1,0	92,5	1,2	92,0	0,8	91,6	0,8	94,1	0,7
2007	93,9	1,2	93,7	1,4	93,4	1,5	93,0	1,4	95,3	1,4
2008	96,5	2,7	96,4	2,8	96,2	3,0	95,9	3,2	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,3	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,3	3,3
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,1	2,7
2013	107,0	2,4	107,0	2,4	107,3	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2013 1.Vj.	99,1	2,8	99,1	2,9	99,4	2,9	106,4	2,9	101,8	2,1
2.Vj.	100,2	2,1	100,2	2,1	100,4	2,1	106,7	2,1	106,1	1,9
3.Vj.	109,1	2,3	109,1	2,3	109,4	2,4	107,9	2,4	106,8	2,2
4.Vj.	119,7	2,4	119,8	2,4	120,1	2,5	108,1	2,4	118,5	2,2
2014 1.Vj.	102,4	3,3	102,4	3,3	102,2	2,8	109,4	2,8	104,8	3,0
2.Vj.	103,7	3,4	103,6	3,4	103,9	3,5	110,4	3,5	108,9	2,6
2014 Jan.	103,3	4,2	103,3	4,3	102,0	2,6	109,1	2,6	.	.
Febr.	101,7	2,6	101,7	2,7	102,0	2,7	109,2	2,6	.	.
März	102,3	3,1	102,3	3,1	102,6	3,2	109,8	3,1	.	.
April	103,6	3,1	103,6	3,1	103,8	3,3	110,0	3,2	.	.
Mai	104,1	3,5	104,1	3,5	104,3	3,4	110,6	3,6	.	.
Juni	103,3	3,7	103,2	3,7	103,5	3,7	110,8	3,7	.	.
Juli	129,7	3,0	129,7	2,9	130,1	3,0	111,0	3,1	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2014.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva							
	Bilanzsumme	langfristige Vermögenswerte	darunter:				kurzfristige Vermögenswerte	darunter:			Eigenkapital	Schulden					
			immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	Vorräte		Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾	langfristig		kurzfristig		darunter: Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
										insgesamt		zusammen	darunter Finanzschulden		zusammen	Finanzschulden	
Insgesamt (Mrd. €)																	
2010	1 748,4	1 077,5	334,5	459,6	213,2	670,9	169,5	170,2	132,6	514,7	1 233,7	657,9	354,8	575,8	147,1	151,4	
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,2	176,8	161,1	
2012	1 904,5	1 178,1	380,2	490,5	240,8	726,4	189,8	179,1	126,0	561,5	1 343,0	719,5	380,8	623,5	179,5	160,6	
2013	1 938,3	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,2	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,2	726,3	383,0	635,9	191,5	166,8	
2013 2.Vj.	1 946,6	1 196,1	394,8	494,0	247,7	750,5	195,7	195,0	118,0	552,4	1 394,2	743,7	385,6	650,5	203,9	160,0	
3.Vj.	1 933,1	1 197,6	392,6	495,6	250,5	735,4	196,3	183,9	130,3	566,5	1 366,6	730,5	375,6	636,1	200,7	161,5	
4.Vj.	1 938,3	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,2	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,2	726,3	383,0	635,9	191,5	166,8	
2014 1.Vj. ^{p)}	1 970,1	1 202,5	387,9	501,8	252,6	767,6	196,5	192,9	142,2	576,9	1 393,2	740,1	383,5	653,1	194,1	163,9	
in % der Bilanzsumme																	
2010	100,0	61,6	19,1	26,3	12,2	38,4	9,7	9,7	7,6	29,4	70,6	37,6	20,3	32,9	8,4	8,7	
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8	
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,7	9,4	8,4	
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6	
2013 2.Vj.	100,0	61,5	20,3	25,4	12,7	38,6	10,1	10,0	6,1	28,4	71,6	38,2	19,8	33,4	10,5	8,2	
3.Vj.	100,0	62,0	20,3	25,6	13,0	38,1	10,2	9,5	6,7	29,3	70,7	37,8	19,4	32,9	10,4	8,4	
4.Vj.	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6	
2014 1.Vj. ^{p)}	100,0	61,0	19,7	25,5	12,8	39,0	10,0	9,8	7,2	29,3	70,7	37,6	19,5	33,2	9,9	8,3	
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd. €) ²⁾																	
2010	1 383,0	814,2	213,9	355,8	189,5	568,8	152,2	135,1	105,4	400,6	982,4	515,3	258,3	467,1	125,4	108,1	
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7	
2012	1 540,6	921,2	258,9	387,9	222,1	619,5	172,5	140,4	98,1	443,8	1 096,8	581,7	286,6	515,1	161,0	116,5	
2013	1 559,5	933,2	259,1	398,7	224,1	626,3	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,6	118,6	
2013 2.Vj.	1 575,4	932,4	265,3	392,0	231,7	642,9	179,7	152,9	92,3	438,1	1 137,3	601,2	293,2	536,1	180,9	117,2	
3.Vj.	1 565,4	936,1	263,3	395,1	234,4	629,3	180,7	143,1	104,2	450,4	1 114,9	593,6	287,8	521,3	174,7	118,1	
4.Vj.	1 559,5	933,2	259,1	398,7	224,1	626,3	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,6	118,6	
2014 1.Vj. ^{p)}	1 594,1	941,0	259,9	400,6	236,3	653,1	180,6	152,0	110,2	456,5	1 137,6	596,7	289,8	540,9	173,7	121,4	
in % der Bilanzsumme																	
2010	100,0	58,9	15,5	25,7	13,7	41,1	11,0	9,8	7,6	29,0	71,0	37,3	18,7	33,8	9,1	7,8	
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9	
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6	
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6	
2013 2.Vj.	100,0	59,2	16,8	24,9	14,7	40,8	11,4	9,7	5,9	27,8	72,2	38,2	18,6	34,0	11,5	7,4	
3.Vj.	100,0	59,8	16,8	25,2	15,0	40,2	11,6	9,1	6,7	28,8	71,2	37,9	18,4	33,3	11,2	7,6	
4.Vj.	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6	
2014 1.Vj. ^{p)}	100,0	59,0	16,3	25,1	14,8	41,0	11,3	9,5	6,9	28,6	71,4	37,4	18,2	33,9	10,9	7,6	
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd. €)																	
2010	365,4	263,3	120,6	103,8	23,7	102,1	17,4	35,1	27,2	114,0	251,4	142,6	96,5	108,8	21,7	43,3	
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,4	
2012	363,8	256,9	121,3	102,6	18,7	106,9	17,4	38,7	27,9	117,7	246,1	137,7	94,2	108,4	18,4	44,2	
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2	
2013 2.Vj.	371,2	263,7	129,5	102,0	16,0	107,5	16,0	42,1	25,7	114,3	256,9	142,5	92,4	114,4	23,0	42,9	
3.Vj.	367,7	261,5	129,3	100,4	16,1	106,2	15,5	40,8	26,2	116,0	251,7	136,9	87,8	114,8	26,0	43,3	
4.Vj.	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2	
2014 1.Vj. ^{p)}	376,0	261,5	128,0	101,2	16,4	114,6	16,0	40,8	32,0	120,4	255,6	143,4	93,8	112,3	20,3	42,5	
in % der Bilanzsumme																	
2010	100,0	72,1	33,0	28,4	6,5	27,9	4,8	9,6	7,4	31,2	68,8	39,0	26,4	29,8	5,9	11,9	
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,2	
2012	100,0	70,6	33,4	28,2	5,1	29,4	4,8	10,6	7,7	32,4	67,7	37,9	25,9	29,8	5,1	12,1	
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7	
2013 2.Vj.	100,0	71,0	34,9	27,5	4,3	29,0	4,3	11,4	6,9	30,8	69,2	38,4	24,9	30,8	6,2	11,6	
3.Vj.	100,0	71,1	35,2	27,3	4,4	28,9	4,2	11,1	7,1	31,6	68,4	37,2	23,9	31,2	7,1	11,8	
4.Vj.	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7	
2014 1.Vj. ^{p)}	100,0	69,5	34,0	26,9	4,4	30,5	4,3	10,9	8,5	32,0	68,0	38,1	24,9	29,9	5,4	11,3	

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes					Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes						
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)		Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)				
			Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)		1.Quartil	Median	3.Quartil				1.Quartil	Median	3.Quartil		
			%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%		%	%	%	%	%	%		
Insgesamt																
2005 1)	1 077,4	.	150,6	.	14,0	6,4	12,0	17,7	72,7	.	6,8	.	3,1	6,9	11,7	
2006 1)	1 209,4	10,6	155,0	3,4	12,8	-0,9	7,1	11,5	75,7	3,4	6,3	-0,4	3,8	7,6	11,4	
2007 1)	1 234,0	4,4	173,8	15,0	14,1	1,3	7,8	12,7	80,9	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1	
2008 1)	1 307,5	6,4	164,5	-5,6	12,6	-1,6	5,8	11,6	76,6	-16,6	6,2	-1,7	2,5	6,6	12,1	
2009 1)	1 175,4	-10,5	138,4	-16,4	11,8	-0,8	4,0	9,5	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3	
2010 1)	1 339,1	13,2	184,7	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	100,3	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1	
2011 1)	1 444,8	8,4	180,1	-0,3	12,5	-1,1	5,5	10,7	96,9	-5,4	6,7	-1,0	2,7	6,6	11,9	
2012 1)	1 550,7	6,6	192,6	1,4	12,4	-0,6	5,2	10,1	98,1	-7,1	6,3	-0,9	1,9	6,1	11,0	
2013 1)	1 558,5	-0,5	189,2	-0,6	12,1	-0,0	5,1	10,3	99,8	6,2	6,4	0,4	1,9	5,8	10,9	
2011 3.Vj. 1)	357,2	6,9	43,6	-2,9	12,2	-1,3	5,4	11,3	17,9	2,7	6,7	-0,3	2,5	7,3	12,7	
2011 4.Vj. 1)	397,5	6,9	48,3	-4,8	12,2	-1,5	4,9	11,8	19,7	-32,8	5,0	-2,7	1,7	6,9	11,3	
2012 1.Vj. 1)	379,9	9,0	47,6	-0,3	12,5	-1,2	3,9	9,2	16,4	-3,8	7,6	-1,0	0,2	5,0	11,0	
2012 2.Vj. 1)	382,4	7,2	47,1	9,3	12,3	0,2	4,8	9,9	17,0	10,6	7,2	0,2	1,2	6,5	11,4	
2012 3.Vj. 1)	383,3	7,1	48,7	-3,7	12,7	-1,3	4,8	10,3	17,2	-49,8	4,6	-3,9	1,7	6,3	11,9	
2012 4.Vj. 1)	406,2	3,3	49,1	0,7	12,1	-0,3	4,0	10,8	18,5	23,6	5,8	1,0	0,1	6,4	12,4	
2013 1.Vj. 1)	376,2	-1,2	45,4	-5,9	12,1	-0,6	2,4	8,3	15,7	-10,9	7,0	-0,8	-1,4	4,5	10,0	
2013 2.Vj. 1)	393,6	1,1	48,2	-1,4	12,3	-0,3	4,1	9,2	16,7	-4,8	6,9	-0,4	0,9	4,9	10,2	
2013 3.Vj. 1)	385,6	-1,6	47,9	7,2	12,4	1,0	5,2	10,4	16,5	99,8	6,6	3,5	1,3	5,8	11,8	
2013 4.Vj. 1)	406,7	-0,3	47,6	-1,6	11,7	-0,2	5,2	11,2	19,6	-12,3	5,0	-0,7	0,9	6,7	12,6	
2014 1.Vj. 1)	380,7	0,1	49,1	8,9	12,9	1,1	3,8	8,7	15,9	30,6	15,3	8,0	1,1	0,1	5,2	10,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																
2005 1)	807,7	.	109,5	.	13,6	6,5	12,0	17,7	52,3	.	6,5	.	2,9	7,8	11,5	
2006 1)	898,7	9,8	114,9	6,4	12,8	-0,4	7,7	12,2	55,8	7,2	6,2	-0,2	4,1	8,1	11,4	
2007 1)	900,5	3,8	129,6	16,8	14,4	1,6	7,8	12,7	73,8	33,0	8,2	1,8	5,0	8,6	12,5	
2008 1)	966,1	7,2	122,6	-6,1	12,7	-1,8	5,8	11,3	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	6,7	11,4	
2009 1)	854,1	-11,5	97,7	-19,9	11,4	-1,2	2,9	9,2	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	4,7	8,8	
2010 1)	998,3	15,7	139,0	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,9	
2011 1)	1 098,9	10,6	131,9	-2,6	12,0	-1,6	5,3	10,7	62,2	-6,5	6,8	-1,3	2,1	6,8	11,2	
2012 1)	1 192,9	7,6	144,1	2,9	12,1	-0,5	5,2	10,2	59,9	84,2	7,1	-0,3	1,8	6,2	9,8	
2013 1)	1 197,1	-0,6	140,9	0,3	11,8	0,1	4,4	10,3	55,7	74,9	6,3	-0,3	1,3	5,7	9,8	
2011 3.Vj. 1)	271,9	8,8	31,5	-3,9	11,6	-1,6	5,4	11,2	15,7	16,9	0,1	6,2	-0,6	2,2	7,4	
2011 4.Vj. 1)	294,9	8,7	30,7	-14,3	10,4	-2,9	3,9	10,6	15,3	12,9	4,4	-3,3	0,4	6,2	10,1	
2012 1.Vj. 1)	297,1	10,6	38,9	2,7	13,1	-1,0	4,8	9,7	15,5	-0,9	8,7	-1,0	0,8	5,8	11,0	
2012 2.Vj. 1)	294,0	8,2	35,8	9,8	12,2	0,2	5,4	10,2	15,8	22,0	7,5	0,3	1,6	6,6	10,2	
2012 3.Vj. 1)	291,4	8,3	35,0	-6,2	12,0	-1,6	5,3	10,3	15,0	20,4	7,0	-1,2	1,7	5,9	10,7	
2012 4.Vj. 1)	311,4	3,7	34,3	5,3	11,0	0,2	3,4	10,5	16,6	16,0	5,1	0,5	-1,2	5,3	11,0	
2013 1.Vj. 1)	292,2	-1,4	36,2	-7,5	12,4	-0,8	2,4	8,4	14,3	-13,6	7,7	-1,1	-1,4	4,7	9,4	
2013 2.Vj. 1)	303,3	1,4	36,0	-2,1	11,9	-0,4	3,4	9,1	15,2	-8,4	6,8	-0,7	0,4	5,0	9,4	
2013 3.Vj. 1)	292,0	-2,2	34,1	11,2	11,7	1,4	4,9	10,3	15,1	17,4	6,0	1,0	0,8	5,7	10,1	
2013 4.Vj. 1)	311,6	-0,4	34,6	1,9	11,1	0,3	4,6	10,7	15,5	14,3	4,6	-0,4	0,4	6,1	10,4	
2014 1.Vj. 1)	297,3	0,2	38,1	6,5	12,8	0,8	3,3	8,8	14,3	25,0	10,4	8,4	0,8	0,2	5,5	9,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2005 1)	269,7	.	41,0	.	15,2	6,3	12,0	17,7	20,4	.	7,6	.	3,1	5,3	12,1	
2006 1)	310,7	12,9	40,0	-5,0	12,9	-2,4	6,8	11,2	16,7	19,9	6,4	-1,3	3,2	6,4	11,2	
2007 1)	333,5	6,4	44,2	9,3	13,3	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	6,5	0,2	3,3	7,8	14,2	
2008 1)	341,4	4,0	41,9	-3,7	12,3	-1,0	5,9	12,5	19,7	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7	
2009 1)	321,3	-7,4	40,8	-4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7	
2010 1)	340,8	5,8	45,7	8,7	13,4	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4	
2011 1)	345,9	1,5	48,2	7,6	13,9	0,8	5,7	10,6	20,9	-0,8	6,4	-0,1	3,2	6,5	13,8	
2012 1)	357,8	3,0	48,5	-3,3	13,6	-0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0	
2013 1)	361,5	-0,1	48,2	-3,5	13,3	-0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	6,9	3,0	2,7	5,9	12,2	
2011 3.Vj. 1)	85,3	0,9	12,1	-0,2	14,2	-0,2	5,5	12,0	22,6	7,2	9,3	8,4	0,7	3,3	7,1	
2011 4.Vj. 1)	102,6	0,9	17,6	28,1	17,2	3,5	7,0	14,0	23,3	6,7	-11,8	6,6	-0,7	4,2	7,9	
2012 1.Vj. 1)	82,8	3,1	8,7	-13,4	10,6	-1,9	2,9	7,7	20,3	3,2	-27,2	3,8	-1,3	-0,7	4,0	
2012 2.Vj. 1)	88,4	3,8	11,3	7,8	12,8	0,5	4,1	9,7	20,9	5,7	2,6	6,5	-0,1	0,7	5,2	
2012 3.Vj. 1)	91,9	3,1	13,7	3,3	14,9	0,0	4,4	11,1	20,6	-2,6	-147,5	-2,9	-13,2	1,6	7,5	
2012 4.Vj. 1)	94,8	1,9	14,8	-10,1	15,6	-2,0	5,2	11,4	25,4	7,6	55,9	8,0	2,7	1,9	7,8	
2013 1.Vj. 1)	84,0	-0,6	9,2	1,4	10,9	0,2	2,4	7,8	20,0	3,8	14,9	4,5	0,6	-1,6	4,4	
2013 2.Vj. 1)	90,3	-0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8	
2013 3.Vj. 1)	93,5	0,5	13,8	-2,8	14,8	-0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2	
2013 4.Vj. 1)	95,1	0,1	13,0	-11,1	13,6	-1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	-24,2	6,6	-1,9	2,0	8,1	
2014 1.Vj. 1)	83,3	-0,5	11,0	19,3	13,2	2,2	4,1	8,6	19,0	5,6	49,5	6,8	2,2	-0,8	4,6	

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Bereinigt

um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013	2014					
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. P)	April	Mai	Juni P)	
A. Leistungsbilanz	+ 12 059	+ 133 091	+ 227 810	+ 87 712	+ 31 583	+ 48 871	+ 18 793	+ 9 298	+ 20 780	
1. Warenhandel										
Ausfuhr (fob)	1 792 948	1 921 514	1 936 218	496 397	482 542	488 842	162 096	163 051	163 695	
Einfuhr (fob)	1 792 075	1 832 463	1 770 911	448 305	445 626	445 640	146 374	149 936	149 330	
Saldo	+ 874	+ 89 048	+ 165 309	+ 48 092	+ 36 916	+ 43 204	+ 15 723	+ 13 116	+ 14 365	
2. Dienstleistungen										
Einnahmen	590 798	633 551	663 058	173 346	158 323	170 798	53 993	57 406	59 399	
Ausgaben	512 900	538 515	549 854	142 879	138 697	136 096	44 609	43 620	47 867	
Saldo	+ 77 897	+ 95 037	+ 113 202	+ 30 467	+ 19 627	+ 34 702	+ 9 384	+ 13 786	+ 11 532	
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 39 571	+ 56 262	+ 69 847	+ 23 555	+ 17 607	+ 145	+ 4 503	- 10 793	+ 6 435	
4. Laufende Übertragungen										
fremde Leistungen	95 827	98 623	99 800	34 667	28 396	19 723	5 874	6 712	7 137	
eigene Leistungen	202 112	205 881	220 347	49 070	70 963	48 903	16 691	13 524	18 688	
Saldo	- 106 284	- 107 257	- 120 547	- 14 403	- 42 567	- 29 180	- 10 817	- 6 811	- 11 552	
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 10 687	+ 6 477	+ 21 497	+ 9 281	+ 5 527	+ 2 748	+ 1 195	+ 159	+ 1 394	
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 50 943	- 165 046	- 252 854	- 101 571	- 31 778	- 64 372	- 19 137	- 9 324	- 35 911	
1. Direktinvestitionen	- 101 719	- 71 566	- 32 164	- 16 305	- 24 376	- 108	- 18 708	+ 10 644	+ 7 956	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 500 864	- 410 125	- 360 726	- 188 432	+ 2 688	- 32 320	- 15 378	- 15 146	- 1 796	
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 399 147	+ 338 559	+ 328 561	+ 172 127	- 27 064	+ 32 213	- 3 330	+ 25 791	+ 9 752	
2. Wertpapieranlagen	+ 238 594	+ 95 440	+ 110 264	+ 58 989	+ 63 752	- 20 520	- 86 474	+ 59 993	+ 5 961	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 53 663	- 194 261	- 250 519	- 50 682	- 74 526	- 151 733	- 75 629	- 37 635	- 38 469	
Aktien	+ 66 257	- 57 983	- 163 667	- 39 626	- 23 475	- 58 363	- 33 181	- 20 499	- 4 683	
Anleihen	+ 21 785	- 133 895	- 78 591	- 12 350	- 36 253	- 64 224	- 30 206	- 3 002	- 31 016	
Geldmarktpapiere	- 34 379	- 2 384	- 8 259	+ 1 295	- 14 798	- 29 146	- 12 242	- 14 133	- 2 771	
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 184 930	+ 289 703	+ 360 782	+ 109 671	+ 138 279	+ 131 213	- 10 845	+ 97 628	+ 44 430	
Aktien	+ 64 393	+ 164 940	+ 241 801	+ 63 550	+ 74 418	+ 108 812	+ 24 691	+ 28 855	+ 55 266	
Anleihen	+ 165 290	+ 128 769	+ 77 846	+ 87 619	+ 72 383	+ 43 168	- 1 006	+ 64 169	- 19 995	
Geldmarktpapiere	- 44 752	- 4 009	+ 41 136	- 41 498	- 8 522	- 20 768	- 34 530	+ 4 603	+ 9 159	
3. Finanzderivate	- 5 552	+ 5 294	+ 17 332	+ 3 402	+ 692	+ 6 015	+ 2 920	- 472	+ 3 567	
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 171 998	- 179 260	- 343 875	- 147 349	- 69 290	- 49 451	+ 83 464	- 79 032	- 53 883	
Eurosysteem	+ 137 861	+ 13 179	- 58 932	- 9 298	- 23 544	- 16 706	- 3 858	+ 4 627	- 17 475	
Staat	+ 69 918	- 3 712	+ 7 126	- 14 015	+ 1 795	+ 1 116	+ 1 719	- 3 462	+ 2 859	
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 341 608	- 111 858	- 267 279	- 112 429	- 66 369	- 71 036	+ 44 869	- 64 916	- 50 989	
langfristig	- 16 768	+ 6 476	+ 43 463	+ 19 872	- 10 992	+ 1 243	+ 194	- 4 987	+ 6 036	
kurzfristig	- 324 842	- 118 337	- 310 743	- 132 300	- 55 377	- 72 277	+ 44 675	- 59 929	- 57 023	
Unternehmen und Privatpersonen	- 38 172	- 76 872	- 24 794	- 11 609	+ 18 830	+ 37 175	+ 40 734	- 15 282	+ 11 723	
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 266	- 14 957	- 4 409	- 308	- 2 556	- 308	- 339	- 457	+ 488	
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 28 197	+ 25 477	+ 3 545	+ 4 577	- 5 333	+ 12 754	- 850	- 133	+ 13 737	

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)		Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)	Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven	
1999	- 29 220	+ 68 017	+ 983	- 53 298	- 17 237	- 26 702	- 937	+ 4 590	- 12 535	+ 34 747
2000	- 36 958	+ 64 061	+ 1 645	- 58 346	- 12 747	- 29 927	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 664
2001	- 7 907	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 151	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 112
2002	+ 41 656	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 600	- 29 408	- 4 010	+ 25 935	- 2 065	- 11 710
2003	+ 31 725	+ 130 021	+ 2 105	- 48 695	- 18 513	- 31 088	+ 5 920	+ 63 349	- 445	+ 25 703
2004	+ 102 057	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 17 657	- 30 018	- 119	+ 127 106	- 1 470	+ 25 167
2005	+ 107 399	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 22 173	- 31 124	- 2 334	+ 118 364	- 2 182	+ 13 299
2006	+ 138 066	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 43 627	- 32 249	- 1 328	+ 178 011	- 2 934	+ 41 273
2007	+ 173 132	+ 201 989	- 922	- 36 958	+ 41 835	- 33 733	- 1 597	+ 213 938	+ 953	+ 42 402
2008	+ 147 821	+ 184 521	- 3 586	- 32 026	+ 29 675	- 34 349	- 893	+ 168 457	+ 2 008	+ 21 530
2009	+ 143 173	+ 141 167	- 6 064	- 21 430	+ 58 365	- 34 930	- 1 858	+ 136 851	- 3 200	- 4 464
2010	+ 146 652	+ 161 146	- 5 892	- 28 892	+ 54 049	- 54 049	+ 1 219	+ 112 031	+ 1 613	- 35 839
2011	+ 163 970	+ 163 241	- 9 043	- 33 661	+ 69 204	- 34 815	+ 1 690	+ 161 039	+ 2 836	- 4 621
2012	+ 196 242	+ 197 116	- 10 086	- 36 849	+ 74 668	- 38 692	+ 1 298	+ 213 430	+ 1 297	+ 15 890
2013 r)	+ 191 944	+ 210 498	- 4 513	- 47 957	+ 72 747	- 43 343	+ 2 013	+ 245 802	+ 838	+ 51 845
2011 3.Vj.	+ 37 553	+ 41 307	- 2 229	- 14 775	+ 19 703	- 8 682	+ 248	+ 13 162	+ 639	- 24 639
4.Vj.	+ 52 512	+ 40 055	- 2 310	- 3 788	+ 26 073	- 9 828	+ 193	+ 33 891	+ 366	- 18 815
2012 1.Vj.	+ 46 888	+ 49 318	- 1 708	- 7 914	+ 19 435	- 13 951	- 259	+ 33 717	+ 963	- 12 912
2.Vj.	+ 44 482	+ 49 896	- 2 976	- 8 303	+ 8 329	- 5 439	+ 632	+ 46 454	+ 769	+ 1 339
3.Vj.	+ 48 376	+ 52 429	- 2 137	- 15 357	+ 19 731	- 8 426	+ 846	+ 52 846	+ 59	+ 3 624
4.Vj.	+ 56 495	+ 45 473	- 3 265	- 5 275	+ 27 173	- 10 876	+ 79	+ 80 413	- 494	+ 23 838
2013 1.Vj.	+ 45 590	+ 52 747	- 1 625	- 11 256	+ 19 283	- 15 184	+ 756	+ 41 503	+ 86	- 4 842
2.Vj.	+ 46 837	+ 56 031	+ 2 842	- 11 658	+ 9 905	- 7 441	+ 847	+ 67 186	+ 72	+ 19 502
3.Vj.	+ 39 400	+ 49 649	- 4 085	- 17 879	+ 17 188	- 9 557	+ 369	+ 62 211	- 785	+ 22 442
4.Vj. r)	+ 60 118	+ 52 071	- 1 644	- 7 164	+ 26 371	- 11 160	+ 41	+ 74 901	+ 1 464	+ 14 742
2014 1.Vj. r)	+ 49 408	+ 53 106	+ 1 335	- 7 138	+ 18 219	- 14 780	+ 1 667	+ 66 747	- 565	+ 15 672
2.Vj. r)	+ 46 277	+ 55 373	+ 727	- 8 732	+ 6 556	- 6 919	+ 624	+ 64 175	+ 610	+ 17 273
2012 Febr.	+ 14 462	+ 16 871	- 382	- 2 304	+ 6 850	- 6 956	+ 295	+ 6 520	+ 547	- 8 237
März	+ 19 942	+ 18 308	- 646	- 2 314	+ 7 065	- 3 116	+ 121	+ 17 848	+ 276	- 2 214
April	+ 13 082	+ 14 818	- 634	- 1 458	+ 2 043	- 2 320	+ 282	+ 15 061	+ 581	+ 1 697
Mai	+ 11 515	+ 16 307	- 1 312	- 3 592	- 19	- 1 181	+ 363	+ 20 504	+ 207	+ 8 626
Juni	+ 19 886	+ 18 772	- 1 029	- 3 253	+ 6 305	- 1 938	- 13	+ 10 889	- 19	- 8 983
Juli	+ 17 010	+ 17 659	- 752	- 4 906	+ 6 453	- 2 197	- 35	+ 1 700	- 48	- 15 274
Aug.	+ 13 749	+ 17 085	- 793	- 6 509	+ 6 508	- 3 335	+ 610	+ 19 153	+ 389	+ 4 795
Sept.	+ 17 618	+ 17 685	- 592	- 3 942	+ 6 769	- 2 894	+ 271	+ 31 992	- 281	+ 14 103
Okt.	+ 16 095	+ 16 318	- 1 084	- 4 358	+ 7 296	- 3 160	+ 195	+ 18 059	+ 176	+ 1 769
Nov.	+ 19 510	+ 17 584	- 724	- 2 211	+ 7 112	- 2 974	+ 409	+ 30 705	- 308	+ 10 786
Dez.	+ 20 890	+ 11 571	- 1 458	+ 1 295	+ 12 766	- 4 742	- 525	+ 31 649	- 361	+ 11 284
2013 Jan.	+ 11 111	+ 14 750	- 520	- 4 058	+ 5 837	- 5 419	+ 50	- 9 365	+ 493	- 20 526
Febr.	+ 12 721	+ 16 586	- 1 633	- 3 732	+ 6 623	- 6 756	+ 92	+ 16 620	+ 321	+ 3 807
März	+ 21 758	+ 21 411	+ 528	- 3 466	+ 6 823	- 3 010	+ 614	+ 34 249	- 86	+ 11 877
April	+ 16 846	+ 20 262	+ 662	- 2 752	+ 1 675	- 2 339	+ 309	+ 22 471	+ 56	+ 5 316
Mai	+ 12 818	+ 16 744	+ 1 997	- 4 511	+ 2 819	- 2 235	+ 247	+ 13 502	- 22	+ 438
Juni	+ 17 174	+ 19 025	+ 182	- 4 395	+ 5 411	- 2 867	+ 291	+ 31 213	+ 38	+ 13 748
Juli	+ 12 264	+ 16 271	- 1 081	- 6 783	+ 6 027	- 3 250	+ 141	+ 10 408	- 654	- 1 997
Aug.	+ 7 931	+ 12 769	- 1 786	- 7 130	+ 5 851	- 3 560	+ 121	+ 30 078	+ 425	+ 22 027
Sept.	+ 19 205	+ 20 609	- 1 218	- 3 966	+ 5 310	- 2 747	+ 107	+ 21 725	- 556	+ 2 413
Okt.	+ 17 102	+ 19 457	- 170	- 6 140	+ 6 427	- 2 643	+ 479	+ 19 684	- 212	+ 2 104
Nov. r)	+ 21 519	+ 18 893	- 257	- 1 961	+ 6 831	- 2 244	+ 176	+ 22 382	+ 407	+ 687
Dez. r)	+ 21 497	+ 13 720	- 1 217	+ 937	+ 13 112	- 6 273	- 614	+ 32 834	+ 1 269	+ 11 951
2014 Jan. r)	+ 13 561	+ 16 096	- 753	- 3 176	+ 5 060	- 4 419	+ 867	+ 4 153	- 375	- 10 276
Febr. r)	+ 14 228	+ 17 455	+ 128	- 2 289	+ 6 199	- 7 137	+ 455	+ 24 451	- 898	+ 9 768
März r)	+ 21 619	+ 19 555	+ 1 960	- 1 673	+ 6 961	- 3 224	+ 345	+ 38 143	+ 708	+ 16 180
April r)	+ 16 893	+ 18 514	- 121	- 2 034	+ 3 789	- 3 375	+ 145	+ 30 524	+ 151	+ 13 487
Mai r)	+ 12 214	+ 18 171	- 1 519	- 2 647	- 2 010	- 1 301	+ 41	+ 17 190	- 631	+ 4 935
Juni r)	+ 17 171	+ 18 688	+ 913	- 4 051	+ 4 777	- 2 243	+ 439	+ 16 461	- 130	- 1 148
Juli p)	+ 21 675	+ 24 665	- 182	- 5 884	+ 5 940	- 3 046	+ 11	+ 17 249	+ 431	- 4 437

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzungen der Rückwaren. Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung sowie einschl. der Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungs-

kosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungs-

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2011	2012	2013 r)	2014						
					Jan. / Jun. r)	März r)	April r)	Mai r)	Juni r)	Juli p)	
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 061 225	1 095 766	1 093 811	558 395	95 986	93 736	92 058	93 507	101 023	
	Einfuhr	902 523	905 925	896 159	458 995	79 384	76 523	74 285	76 949	77 619	
	Saldo	+ 158 702	+ 189 841	+ 197 653	+ 99 400	+ 16 602	+ 17 212	+ 17 773	+ 16 558	+ 23 404	
I. Europäische Länder	Ausfuhr	752 295	751 071	748 834	384 803	65 812	64 393	62 616	64 372	...	
	Einfuhr	622 870	629 305	633 526	329 551	57 211	55 377	53 392	55 187	...	
	Saldo	+ 129 425	+ 121 766	+ 115 308	+ 55 252	+ 8 602	+ 9 015	+ 9 225	+ 9 185	...	
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	629 953	622 674	623 113	327 252	55 511	54 637	53 142	54 771	...	
	Einfuhr	506 211	504 494	514 467	268 748	46 797	45 185	43 439	45 815	...	
	Saldo	+ 123 742	+ 118 180	+ 108 647	+ 58 504	+ 8 714	+ 9 452	+ 9 703	+ 8 956	...	
EWU-Länder (18)	Ausfuhr	421 845	407 666	403 345	208 884	35 223	35 050	33 785	34 890	...	
	Einfuhr	338 988	339 072	343 493	177 949	30 629	29 774	28 631	30 714	...	
	Saldo	+ 82 857	+ 68 593	+ 59 851	+ 30 935	+ 4 594	+ 5 276	+ 5 154	+ 4 176	...	
darunter:											
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	53 161	49 424	47 794	24 106	4 190	4 081	3 875	4 010	...	
	Einfuhr	41 302	40 528	42 033	21 639	3 722	3 711	3 527	3 725	...	
	Saldo	+ 11 859	+ 8 896	+ 5 761	+ 2 467	+ 468	+ 370	+ 349	+ 286	...	
Frankreich	Ausfuhr	101 444	102 911	100 184	51 488	8 439	8 629	8 158	8 737	...	
	Einfuhr	65 948	64 035	64 068	34 460	6 135	5 771	4 733	6 653	...	
	Saldo	+ 35 496	+ 38 875	+ 36 116	+ 17 028	+ 2 304	+ 2 859	+ 3 424	+ 2 083	...	
Italien	Ausfuhr	62 044	55 529	53 192	27 894	4 673	4 532	4 602	4 757	...	
	Einfuhr	47 844	47 957	47 154	24 840	4 266	4 123	4 036	4 249	...	
	Saldo	+ 14 200	+ 7 572	+ 6 038	+ 3 054	+ 408	+ 409	+ 566	+ 508	...	
Niederlande	Ausfuhr	69 423	70 381	70 951	36 617	6 319	6 269	5 801	5 916	...	
	Einfuhr	81 804	85 738	89 208	44 638	7 415	7 455	7 468	7 217	...	
	Saldo	- 12 382	- 15 357	- 18 257	- 8 021	- 1 096	- 1 185	- 1 666	- 1 302	...	
Österreich	Ausfuhr	57 671	56 591	56 213	28 082	4 864	4 805	4 530	4 666	...	
	Einfuhr	37 028	36 419	36 767	18 331	3 240	3 085	3 092	3 022	...	
	Saldo	+ 20 643	+ 20 172	+ 19 445	+ 9 750	+ 1 624	+ 1 720	+ 1 439	+ 1 643	...	
Spanien	Ausfuhr	34 811	31 047	31 333	17 586	2 886	2 794	3 018	2 974	...	
	Einfuhr	22 491	23 206	23 676	12 817	2 161	2 160	2 128	2 301	...	
	Saldo	+ 12 320	+ 7 841	+ 7 656	+ 4 769	+ 725	+ 634	+ 890	+ 673	...	
Andere EU-Länder	Ausfuhr	208 108	215 008	219 768	118 368	20 289	19 588	19 357	19 882	...	
	Einfuhr	167 223	165 421	170 973	90 800	16 169	15 411	14 808	15 102	...	
	Saldo	+ 40 885	+ 49 587	+ 48 795	+ 27 569	+ 4 120	+ 4 177	+ 4 549	+ 4 780	...	
darunter:											
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	65 570	73 283	75 650	41 179	7 123	6 600	6 731	6 621	...	
	Einfuhr	44 741	42 820	42 493	21 539	4 105	3 518	3 525	3 489	...	
	Saldo	+ 20 829	+ 30 462	+ 33 157	+ 19 640	+ 3 017	+ 3 082	+ 3 206	+ 3 133	...	
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	122 342	128 398	125 720	57 551	10 301	9 755	9 474	9 601	...	
	Einfuhr	116 660	124 811	119 059	60 803	10 413	10 193	9 953	9 372	...	
	Saldo	+ 5 683	+ 3 586	+ 6 661	- 3 252	- 112	- 437	- 478	+ 229	...	
darunter:											
Schweiz	Ausfuhr	47 875	48 933	47 323	23 354	4 089	3 936	3 823	3 856	...	
	Einfuhr	36 996	37 775	38 241	20 467	3 697	3 457	3 411	3 312	...	
	Saldo	+ 10 879	+ 11 158	+ 9 082	+ 2 887	+ 392	+ 479	+ 412	+ 544	...	
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	308 193	340 980	342 492	171 912	29 917	29 068	29 131	28 825	...	
	Einfuhr	279 653	276 620	262 633	129 439	22 173	21 146	20 889	21 762	...	
	Saldo	+ 28 541	+ 64 360	+ 79 859	+ 42 473	+ 7 744	+ 7 922	+ 8 243	+ 7 063	...	
1. Afrika	Ausfuhr	20 717	21 920	22 047	11 040	1 849	1 891	1 922	1 947	...	
	Einfuhr	21 944	24 145	22 891	9 842	1 808	1 442	1 561	1 603	...	
	Saldo	- 1 227	- 2 224	- 843	+ 1 198	+ 40	+ 449	+ 360	+ 343	...	
2. Amerika	Ausfuhr	110 424	128 703	130 924	64 960	11 283	10 984	10 843	10 574	...	
	Einfuhr	80 568	80 549	74 966	37 346	6 419	6 642	6 028	6 510	...	
	Saldo	+ 29 856	+ 48 154	+ 55 958	+ 27 614	+ 4 864	+ 4 343	+ 4 815	+ 4 064	...	
darunter:											
Vereinigta Staaten	Ausfuhr	73 776	86 971	88 375	45 302	7 928	7 714	7 542	7 261	...	
	Einfuhr	48 531	51 070	48 450	24 899	4 332	4 494	3 984	4 204	...	
	Saldo	+ 25 244	+ 35 901	+ 39 925	+ 20 403	+ 3 596	+ 3 220	+ 3 558	+ 3 058	...	
3. Asien	Ausfuhr	167 574	179 630	179 539	91 250	15 931	15 457	15 625	15 458	...	
	Einfuhr	173 115	167 873	161 414	80 821	13 718	12 805	13 111	13 404	...	
	Saldo	- 5 541	+ 11 757	+ 18 124	+ 10 430	+ 2 213	+ 2 653	+ 2 514	+ 2 053	...	
darunter:											
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 711	32 503	32 854	16 770	3 091	2 726	3 163	2 679	...	
	Einfuhr	8 874	8 134	8 658	3 770	635	603	711	483	...	
	Saldo	+ 19 837	+ 24 369	+ 24 196	+ 13 000	+ 2 456	+ 2 123	+ 2 452	+ 2 196	...	
Japan	Ausfuhr	15 115	17 138	17 125	8 232	1 372	1 298	1 255	1 331	...	
	Einfuhr	23 595	21 910	19 506	9 555	1 718	1 612	1 558	1 551	...	
	Saldo	- 8 480	- 4 772	- 2 381	- 1 324	- 346	- 315	- 303	- 220	...	
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	64 863	66 746	67 025	35 863	6 058	6 279	6 200	6 281	...	
	Einfuhr	79 528	78 529	73 645	36 621	5 877	5 524	5 838	6 368	...	
	Saldo	- 14 665	- 11 783	- 6 620	- 758	+ 182	+ 755	+ 362	- 87	...	
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	41 569	45 651	46 042	22 960	4 102	4 000	3 817	3 927	...	
	Einfuhr	39 546	37 428	36 628	18 822	3 336	3 165	3 118	3 032	...	
	Saldo	+ 2 023	+ 8 223	+ 9 414	+ 4 138	+ 766	+ 835	+ 699	+ 896	...	
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 479	10 727	9 982	4 662	855	735	741	847	...	
	Einfuhr	4 026	4 054	3 362	1 431	227	257	188	244	...	
	Saldo	+ 5 453	+ 6 672	+ 6 620	+ 3 231	+ 627	+ 478	+ 553	+ 603	...	

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Lettland. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen	
	Insgesamt	darunter:								Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen
		Fertigungs-dienst-leistungen 1)	Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)		
2009	- 21 430	+ 1 264	- 3 259	- 33 341	+ 8 449	+ 120	+ 932	- 3 122	+ 2 644	+ 872	+ 55 375
2010	- 28 892	+ 1 070	- 8 381	- 32 775	+ 7 347	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 50 896
2011	- 33 661	+ 567	- 8 615	- 33 755	+ 6 833	+ 2 407	+ 817	- 6 871	+ 2 939	+ 1 787	+ 66 336
2012	- 36 849	+ 178	- 10 201	- 33 566	+ 6 806	+ 2 753	+ 1 356	- 10 017	+ 3 117	+ 2 594	+ 71 121
2013	- 47 957	+ 84	- 12 241	- 37 764	+ 5 794	+ 3 379	- 929	- 6 711	+ 3 084	+ 354	+ 71 199
2012 4.Vj.	- 5 275	+ 100	- 2 769	- 5 678	+ 1 354	+ 1 218	+ 1 270	- 2 485	+ 738	+ 1 455	+ 21 755
2013 1.Vj.	- 11 256	- 32	- 3 209	- 5 687	+ 920	+ 650	- 1 771	- 2 136	+ 795	+ 618	+ 19 611
2.Vj.	- 11 658	- 6	- 2 807	- 8 187	+ 932	+ 638	- 473	- 1 971	+ 807	- 141	+ 10 921
3.Vj.	- 17 879	- 38	- 2 608	- 16 868	+ 2 094	+ 794	+ 256	- 1 351	+ 760	- 474	+ 18 583
4.Vj.	- 7 164	+ 160	- 3 618	- 7 022	+ 1 848	+ 1 297	+ 1 059	- 1 252	+ 722	+ 351	+ 22 083
2014 1.Vj.	- 7 138	+ 170	- 3 670	- 4 893	+ 791	+ 1 049	+ 152	- 580	+ 754	+ 605	+ 18 614
2.Vj.	- 8 732	+ 64	- 3 223	- 8 519	+ 1 447	+ 947	+ 560	- 374	+ 779	- 179	+ 7 583
2013 Sept.	- 3 966	+ 56	- 900	- 4 982	+ 1 120	+ 105	+ 605	+ 53	+ 268	- 160	+ 5 808
Okt.	- 6 140	+ 44	- 1 289	- 4 506	+ 307	+ 323	+ 32	- 1 181	+ 259	+ 101	+ 6 710
Nov.	- 1 961	+ 122	- 1 338	- 1 778	+ 531	+ 520	+ 27	- 81	+ 265	+ 116	+ 7 099
Dez.	+ 937	- 6	- 991	- 738	+ 1 010	+ 453	+ 1 000	+ 11	+ 198	+ 134	+ 8 275
2014 Jan.	- 3 176	+ 18	- 1 305	- 1 483	+ 211	+ 276	- 122	- 510	+ 259	+ 199	+ 5 198
Febr.	- 2 289	+ 40	- 1 185	- 1 181	+ 94	+ 426	- 139	- 382	+ 241	+ 202	+ 6 301
März	- 1 673	+ 112	- 1 180	- 2 229	+ 486	+ 347	+ 413	+ 312	+ 254	+ 204	+ 7 115
April	- 2 034	+ 4	- 1 178	- 1 760	+ 522	+ 397	- 49	- 192	+ 288	- 56	+ 4 101
Mai	- 2 647	+ 21	- 1 029	- 2 407	+ 612	+ 451	- 82	- 519	+ 239	- 46	- 1 708
Juni	- 4 051	+ 38	- 1 016	- 4 352	+ 314	+ 100	+ 691	+ 337	+ 252	- 76	+ 5 190
Juli p)	- 5 884	- 53	- 1 108	- 4 895	+ 839	+ 334	- 341	- 658	+ 236	- 183	+ 6 368

1 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Aus-

gaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)		
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:	
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.		Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimat-überweisungen
2009	- 34 930	- 20 922	- 3 944	+ 4 329	- 14 008	- 2 995	- 2 995
2010	- 39 651	- 24 935	- 4 702	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035
2011	- 34 815	- 21 264	- 4 436	+ 6 715	- 13 551	- 2 977	- 2 977
2012	- 38 692	- 24 792	- 4 570	+ 5 270	- 13 900	- 3 080	- 3 080
2013	- 43 343	- 28 978	- 4 332	+ 6 825	- 14 365	- 3 250	- 3 229
2012 4.Vj.	- 10 876	- 6 817	- 1 337	+ 84	- 4 060	- 770	- 770
2013 1.Vj.	- 15 184	- 11 866	- 1 630	+ 1 038	- 3 318	- 807	- 807
2.Vj.	- 7 441	- 3 937	- 871	+ 3 588	- 3 504	- 807	- 807
3.Vj.	- 9 557	- 6 211	- 825	+ 1 164	- 3 347	- 820	- 807
4.Vj.	- 11 160	- 6 965	- 1 006	+ 1 035	- 4 196	- 815	- 807
2014 1.Vj.	- 14 780	- 11 917	- 1 577	+ 1 308	- 2 863	- 870	- 863
2.Vj.	- 6 919	- 2 853	- 732	+ 5 014	- 4 066	- 869	- 863
2013 Sept.	- 2 747	- 1 561	- 177	+ 884	- 1 186	- 272	- 269
Okt.	- 2 643	- 1 622	- 230	+ 219	- 1 021	- 273	- 269
Nov.	- 2 244	- 1 424	- 156	+ 99	- 820	- 271	- 269
Dez.	- 6 273	- 3 919	- 619	+ 718	- 2 354	- 271	- 269
2014 Jan.	- 4 419	- 3 442	- 1 112	+ 591	- 977	- 291	- 288
Febr.	- 7 137	- 6 254	- 335	+ 305	- 883	- 290	- 288
März	- 3 224	- 2 221	- 130	+ 413	- 1 004	- 290	- 288
April	- 3 375	- 1 757	- 242	+ 936	- 1 619	- 289	- 288
Mai	- 1 301	- 75	- 318	+ 2 665	- 1 226	- 290	- 288
Juni	- 2 243	- 1 021	- 171	+ 1 414	- 1 222	- 289	- 288
Juli p)	- 3 046	- 2 045	- 489	+ 237	- 1 002	- 289	- 288

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögens-übertragungen
2009	- 1 858	+ 34	- 1 891
2010	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2012 4.Vj.	+ 79	+ 666	- 587
2013 1.Vj.	+ 756	+ 545	+ 211
2.Vj.	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2.Vj.	+ 624	+ 889	- 265
2013 Sept.	+ 107	+ 236	- 129
Okt.	+ 479	+ 225	+ 254
Nov.	+ 176	+ 218	- 42
Dez.	- 614	+ 23	- 637
2014 Jan.	+ 867	+ 26	+ 841
Febr.	+ 455	+ 185	+ 270
März	+ 345	+ 156	+ 189
April	+ 145	+ 125	+ 19
Mai	+ 41	+ 451	- 410
Juni	+ 439	+ 313	+ 126
Juli p)	+ 11	+ 251	- 240

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013		2014				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 263 085	+ 388 492	+ 38 789	- 17 014	- 36 639	+ 92 513	+ 109 572	+ 40 657	+ 14 226	+ 25 290
1. Direktinvestitionen	+ 78 164	+ 89 900	+ 61 568	+ 8 573	+ 1 130	+ 27 095	+ 23 151	+ 6 042	+ 3 738	+ 3 340
Beteiligungskapital	+ 63 213	+ 68 215	+ 43 065	+ 10 980	+ 4 072	+ 19 992	+ 18 711	+ 11 158	+ 2 731	+ 4 865
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 31 349	+ 31 692	+ 30 054	+ 8 668	+ 6 126	+ 11 349	+ 8 452	+ 1 739	+ 2 955	+ 3 172
Direktinvestitionskredite	+ 14 951	+ 21 685	+ 18 504	- 2 407	- 2 942	+ 7 103	+ 4 439	- 5 116	+ 1 007	- 1 526
2. Wertpapieranlagen	+ 21 627	+ 109 814	+ 140 956	+ 32 644	+ 23 661	+ 40 511	+ 41 344	+ 5 786	+ 16 020	+ 7 711
Aktien 2)	- 2 713	+ 11 736	+ 19 206	+ 8 667	- 2 861	+ 3 443	+ 4 944	+ 1 641	+ 3 044	+ 321
Investmentsfondanteile 3)	+ 1 277	+ 21 696	+ 31 321	+ 7 696	+ 8 340	+ 9 686	+ 8 649	+ 672	+ 5 473	+ 4 433
Langfristige										
Schuldverschreibungen 4)	+ 18 272	+ 76 487	+ 86 676	+ 16 610	+ 17 704	+ 22 487	+ 27 554	+ 6 664	+ 6 860	+ 2 560
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen 5)	+ 4 791	- 105	+ 3 754	- 329	+ 478	+ 4 895	+ 196	- 3 191	+ 642	+ 398
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 26 709	+ 25 619	+ 18 146	+ 1 620	+ 6 043	+ 5 030	+ 9 024	+ 5 522	- 247	+ 1 908
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 133 749	+ 161 862	- 182 718	- 59 066	- 68 937	+ 20 441	+ 36 664	+ 23 939	- 5 155	+ 11 900
Monetäre Finanzinstitute 8)										
langfristig	- 50 275	- 66 082	- 56 647	- 49 580	- 6 557	+ 31 733	+ 45 182	+ 18 774	+ 8 681	+ 39 512
kurzfristig	+ 12 977	- 47 913	- 50 495	- 13 226	- 12 314	+ 3 254	- 4 487	+ 4 629	- 6 897	- 1 198
Unternehmen und Privatpersonen 9)										
langfristig	+ 24 890	- 14 332	+ 11 209	- 7 936	- 7 814	+ 27 273	- 1 970	+ 16 506	- 6 889	- 11 763
kurzfristig	- 311	+ 401	+ 943	- 601	+ 1 432	- 685	- 1 108	+ 276	- 1 358	+ 295
Staat										
langfristig	+ 21 061	+ 49 597	+ 8 238	+ 3 603	+ 5 601	+ 2 086	+ 1 709	- 515	- 1 902	+ 2 420
kurzfristig	+ 2 232	+ 49 608	+ 15 919	+ 3 057	+ 3 939	- 4 424	+ 3 279	- 361	- 2 225	- 422
Bundesbank	+ 18 829	- 10	- 7 681	+ 546	+ 1 662	+ 19 476	- 1 570	- 154	+ 323	+ 2 842
5. Währungsreserven	+ 138 073	+ 192 679	- 145 519	- 5 153	- 60 167	- 40 651	- 8 258	- 10 826	- 5 045	- 18 268
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 102 046	+ 175 062	- 207 013	- 79 225	- 111 540	+ 25 766	+ 45 397	+ 23 468	- 2 235	+ 8 042
1. Direktinvestitionen	+ 63 624	+ 39 053	+ 38 638	+ 4 931	+ 11 086	+ 1 750	+ 7 358	+ 3 334	+ 4 607	- 4 449
Beteiligungskapital	+ 15 527	+ 11 109	+ 5 918	+ 1 394	+ 5 757	+ 3 222	+ 513	+ 419	- 1 354	+ 888
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	- 701	+ 6 039	+ 3 580	+ 688	+ 188	+ 3 601	+ 712	+ 395	- 752	+ 845
Direktinvestitionskredite	+ 48 097	+ 27 944	+ 32 720	+ 3 537	+ 5 329	- 1 472	+ 6 844	+ 2 915	+ 5 961	- 5 337
2. Wertpapieranlagen	+ 49 581	+ 45 076	- 24 113	- 5 721	- 10 326	+ 9 344	+ 18 647	+ 35 812	+ 10 713	- 9 928
Aktien 2)	- 11 325	+ 1 094	+ 5 328	+ 3 975	+ 4 180	- 5 315	+ 7 668	+ 6 164	+ 11 279	- 3 364
Investmentsfondanteile 3)	+ 7 095	- 3 799	+ 6 001	+ 1 223	+ 5 351	- 80	+ 655	+ 2 845	+ 1 249	- 375
Langfristige										
Schuldverschreibungen 4)	+ 51 088	+ 52 220	- 12 402	- 5 274	+ 10 945	+ 7 914	+ 10 969	+ 23 161	- 1 494	- 12 340
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen 5)	+ 2 723	- 4 438	- 23 040	- 5 645	- 30 801	+ 6 825	- 645	+ 3 643	- 322	+ 6 152
3. übriger Kapitalverkehr 7)	- 11 160	+ 90 934	- 221 538	- 78 435	- 112 300	+ 14 672	+ 19 392	- 15 678	- 17 555	+ 22 418
Monetäre Finanzinstitute 8)										
langfristig	- 96 708	+ 51 508	- 158 453	- 65 025	- 70 382	+ 32 528	+ 3 347	- 1 442	- 12 686	+ 39 682
kurzfristig	- 18 368	- 10 250	- 16 955	- 2 678	- 1 586	- 3 213	- 5 172	- 1 574	- 3 824	- 3 428
Unternehmen und Privatpersonen 9)										
langfristig	- 78 340	+ 61 758	- 141 498	- 62 347	- 68 796	+ 36 867	+ 8 519	+ 132	- 8 862	+ 43 110
kurzfristig										
Staat										
langfristig	+ 35 056	+ 10 264	- 11 743	- 2 625	- 29 728	+ 8 861	+ 2 019	- 1 327	+ 934	+ 5 314
kurzfristig	- 840	+ 1 711	- 16 916	- 3 467	- 7 757	- 3 288	- 269	+ 1 245	- 688	+ 633
Bundesbank										
langfristig	+ 35 896	+ 8 553	+ 5 173	+ 843	- 21 971	+ 9 897	+ 2 288	- 2 572	+ 1 622	+ 4 680
kurzfristig										
Staat										
langfristig	+ 18 539	- 30 775	- 2 066	- 7 600	- 3 470	- 3 952	+ 5 207	- 12 600	+ 3 675	+ 3 459
kurzfristig	+ 5 104	+ 36 230	+ 9 474	+ 1 896	+ 689	- 1 793	+ 1 429	- 141	- 87	+ 37
Bundesbank										
langfristig	+ 13 436	- 67 005	- 11 540	- 9 496	- 4 160	- 2 159	+ 3 777	- 12 460	+ 3 763	+ 3 422
kurzfristig										
Bundesbank	+ 31 952	+ 59 936	- 49 275	- 3 185	- 8 720	- 22 766	+ 8 820	- 309	- 9 478	- 26 036
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 161 039	+ 213 430	+ 245 802	+ 62 211	+ 74 901	+ 66 747	+ 64 175	+ 17 190	+ 16 461	+ 17 249

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forde- rungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EWU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2013 Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916
Mai	680 888	148 949	100 274	21 125	27 550	50	479 240	52 649	52 748	628 140
Juni	678 136	153 017	104 600	20 795	27 622	50	474 195	50 875	43 267	634 869
Juli	660 521	154 885	105 317	21 162	28 406	50	455 926	49 660	17 254	643 267
Aug.	681 324	156 411	106 079	21 133	29 199	50	476 681	48 182	15 697	665 626

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). 3 Vgl. Anmerkung 2. 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 608	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2014 Febr.	788 014	288 560	499 454	322 367	177 087	162 230	14 857	919 203	143 531	775 672	615 749	159 923	90 283	69 640
März	817 202	307 559	509 643	326 530	183 113	168 171	14 942	926 968	147 767	779 201	617 703	161 498	94 794	66 704
April	814 932	299 046	515 886	335 543	180 343	165 417	14 926	929 807	154 881	774 926	616 770	158 156	90 976	67 180
Mai	832 028	319 247	512 781	334 294	178 487	163 032	15 455	934 131	152 668	781 463	622 831	158 632	90 504	68 128
Juni	826 348	309 963	516 385	332 438	183 947	168 927	15 020	943 966	147 829	796 137	634 906	161 231	93 811	67 420
Juli	816 390	300 951	515 439	334 137	181 302	166 109	15 193	945 230	159 870	785 360	624 551	160 809	92 637	68 172
Industrieländer ¹⁾														
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2014 Febr.	698 225	285 309	412 916	293 061	119 855	106 774	13 081	832 534	142 111	690 423	579 008	111 415	75 551	35 864
März	725 730	303 412	422 318	296 832	125 486	112 343	13 143	840 907	146 308	694 599	580 794	113 805	79 234	34 571
April	719 017	294 482	424 535	302 139	122 396	109 298	13 098	845 169	153 635	691 534	580 192	111 342	76 397	34 945
Mai	739 222	314 678	424 544	303 790	120 754	107 144	13 610	848 816	151 404	697 412	586 362	111 050	75 815	35 235
Juni	731 309	304 888	426 421	301 865	124 556	111 316	13 240	857 264	146 539	710 725	598 153	112 572	77 837	34 735
Juli	720 007	295 713	424 294	303 041	121 253	107 999	13 254	860 199	158 792	701 407	588 516	112 891	77 362	35 529
EU-Länder ¹⁾														
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2014 Febr.	594 118	269 999	324 119	237 452	86 667	76 407	10 260	700 601	130 594	570 007	491 074	78 933	51 780	27 153
März	618 808	288 192	330 616	240 234	90 382	80 096	10 286	709 172	133 358	575 814	494 374	81 440	54 701	26 739
April	610 639	279 063	331 576	242 973	88 603	78 264	10 339	712 013	141 167	570 846	492 063	78 783	51 835	26 948
Mai	629 459	299 725	329 734	242 429	87 305	76 521	10 784	715 834	139 131	576 703	498 103	78 600	51 420	27 180
Juni	621 883	289 943	331 940	241 878	90 062	79 526	10 536	724 332	136 323	588 009	508 077	79 932	53 106	26 826
Juli	611 405	280 910	330 495	243 117	87 378	76 748	10 630	725 228	147 005	578 223	498 245	79 978	52 886	27 092
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2014 Febr.	433 128	202 913	230 215	174 178	56 037	49 823	6 214	595 520	104 594	490 926	438 735	52 191	34 745	17 446
März	446 119	212 228	233 891	175 981	57 910	51 762	6 148	600 162	105 529	494 633	440 633	54 000	36 597	17 403
April	438 764	205 381	233 383	176 775	56 608	50 372	6 236	606 150	115 510	490 640	437 919	52 721	35 166	17 555
Mai	453 927	222 947	230 980	175 129	55 851	49 590	6 261	607 379	108 521	498 858	446 264	52 594	34 878	17 716
Juni	451 418	220 036	231 382	174 495	56 887	50 791	6 096	619 946	107 493	512 453	459 154	53 299	35 884	17 415
Juli	445 904	214 587	231 317	175 989	55 328	49 173	6 155	622 332	120 139	502 193	448 657	53 536	36 046	17 490
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	2 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2014 Febr.	89 789	3 251	86 538	29 306	57 232	55 456	1 776	86 669	1 420	85 249	36 741	48 508	14 732	33 776
März	91 472	4 147	87 325	29 698	57 627	55 828	1 799	86 061	1 459	84 602	36 909	47 693	15 560	32 133
April	95 915	4 564	91 351	33 404	57 947	56 119	1 828	84 638	1 246	83 392	36 578	46 814	14 579	32 235
Mai	92 806	4 569	88 237	30 504	57 733	55 888	1 845	85 315	1 264	84 051	36 469	47 582	14 689	32 893
Juni	95 039	5 075	89 964	30 573	59 391	57 611	1 780	86 702	1 290	85 412	36 753	48 659	15 974	32 685
Juli	96 383	5 238	91 145	31 096	60 049	58 110	1 939	85 031	1 078	83 953	36 035	47 918	15 275	32 643

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab

Januar 2014 einschl. Lettland. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2013 Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780
Dez.	1,5243	8,3248	7,4602	141,68	1,4580	8,4053	8,9597	1,2245	1,3704	0,83639
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674
Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535
Juni	1,4517	8,4698	7,4588	138,72	1,4728	8,2149	9,0914	1,2181	1,3592	0,80409
Juli	1,4420	8,3940	7,4564	137,72	1,4524	8,3880	9,2327	1,2150	1,3539	0,79310
Aug.	1,4306	8,1965	7,4551	137,11	1,4548	8,2522	9,1878	1,2118	1,3316	0,79730

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkurs-

statistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-20 1)		EWK-39 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	25 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	25 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,1	95,9	96,2	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,6	
2000	87,0	86,6	86,1	85,4	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,6	84,5	90,4	87,1	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,3	89,6	87,8	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,7	
2003	100,6	101,4	100,6	98,8	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,7	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,2	103,4	102,4	111,4	105,2	95,5	92,9	99,6	94,9	98,4	97,9	98,2	
2005	102,9	103,7	101,4	100,4	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5	
2006	102,8	103,7	100,7	99,3	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,7	
2007	106,2	106,4	102,7	101,0	112,8	104,0	94,2	89,2	102,5	91,5	100,8	97,8	96,9	
2008	109,3	108,5	103,9	103,8	117,0	106,0	94,4	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0	
2009	110,6	109,1	104,8	106,1	119,8	106,9	94,0	88,0	104,1	90,6	101,7	97,9	97,3	
2010	103,6	101,6	96,7	98,7	111,5	98,2	91,7	87,8	97,9	87,3	98,8	93,8	92,2	
2011	103,4	100,7	95,0	96,8	112,2	97,7	91,6	87,7	97,6	86,7	98,2	93,1	91,7	
2012	97,9	95,6	89,8	91,6	107,1	92,9	89,7	87,6	92,6	84,3	96,0	90,3	88,8	
2013	101,7	98,9	93,4	93,8	112,0	96,2	92,0	88,1	98,1	86,2	98,3	92,1	90,8	
2011 März	104,1	101,7			112,4	98,2					98,6	93,5	92,0	
April	105,8	103,4			114,1	99,7					99,5	94,3	92,8	
Mai	104,8	102,1	96,9	99,4	113,3	98,7	92,5	87,8	100,1	87,6	98,9	93,7	92,1	
Juni	104,9	102,2			113,5	98,8					99,0	93,7	92,2	
Juli	104,0	101,1			112,4	97,8					98,6	93,3	91,7	
Aug.	103,8	100,8	94,9	97,3	113,0	98,1	91,4	87,7	97,3	86,6	98,2	93,0	91,8	
Sept.	102,8	99,9			112,1	97,5					97,8	92,7	91,5	
Okt.	103,0	100,2			112,6	97,9					97,9	92,9	91,8	
Nov.	102,6	99,9	93,7	93,5	112,1	97,4	90,7	87,5	95,5	85,8	97,6	92,7	91,5	
Dez.	100,8	98,2			110,3	95,8					96,9	91,8	90,6	
2012 Jan.	99,0	96,4			108,1	93,8					96,2	90,8	89,4	
Febr.	99,7	97,3	91,4	93,5	108,4	94,2	90,1	87,5	93,8	84,8	96,8	91,3	89,7	
März	99,9	97,4			108,7	94,4					96,9	91,2	89,6	
April	99,5	97,2			108,5	94,3					96,7	91,1	89,5	
Mai	98,1	95,7	90,2	92,5	107,3	93,1	89,8	87,6	92,8	84,5	95,9	90,4	88,9	
Juni	97,2	94,9			106,6	92,5					95,5	89,9	88,6	
Juli	95,4	93,2			104,3	90,7					94,9	89,1	87,5	
Aug.	95,2	93,1	88,1	90,2	104,5	90,6	89,0	87,7	90,7	83,6	95,0	89,0	87,5	
Sept.	97,2	95,0			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5	
Okt.	97,8	95,5			107,3	92,9					95,9	90,1	88,6	
Nov.	97,2	94,9	89,7	90,2	106,7	92,3	89,9	87,7	93,0	84,4	95,8	89,8	88,4	
Dez.	98,7	96,3			108,3	93,6					96,6	90,6	89,2	
2013 Jan.	100,4	98,0			109,9	94,9					97,4	91,5	89,9	
Febr.	101,6	99,1	92,6	94,6	111,1	95,8	91,2	87,7	96,7	85,7	98,1	92,0	90,4	
März	100,2	97,9			109,5	94,5					97,7	91,5	89,7	
April	100,5	97,9			109,8	94,4					97,5	91,3	89,5	
Mai	100,5	98,0	93,1	94,5	110,0	94,6	91,9	88,1	97,8	86,1	98,1	91,7	89,9	
Juni	101,6	98,9			112,0	96,2					98,3	92,2	90,8	
Juli	101,5	98,9			112,0	96,2					98,4	92,1	90,8	
Aug.	102,2	99,5	93,5	95,2	113,4	97,3	92,1	88,1	98,3	86,3	98,5	92,4	91,3	
Sept.	102,0	99,1			113,3	97,0					98,5	92,3	91,3	
Okt.	102,8	99,8			114,2	97,4					98,8	92,6	91,5	
Nov.	102,6	99,5	94,3	91,0	114,2	97,3	92,7	88,4	99,5	86,9	99,0	92,8	91,8	
Dez.	103,9	100,7			115,8	98,6					99,2	93,1	92,3	
2014 Jan.	103,4	100,3			115,9	98,6					99,1	93,0	92,3	
Febr.	103,6	100,4	95,5	93,3	116,3	98,9	92,7	88,3	99,9	87,3	99,0	93,0	92,4	
März	104,6	101,3			117,5	99,6					99,3	93,5	92,8	
April	104,5	101,0			117,0	98,9					99,0	93,3	92,4	
Mai	103,8	100,1			116,1	97,8					98,7	92,9	91,9	
Juni	103,0	99,2			115,1	96,9					98,3	92,5	91,4	
Juli	102,6	98,7			114,6	96,2					98,2	92,3	91,1	
Aug.	101,9	98,0			114,0	95,6					97,9	92,0	90,7	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsrate der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes König-

reich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitt. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-39-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

■ Finanzstabilitätsbericht

Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015
- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012
- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2013 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2014 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Oktober 2013

- Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten
- Makroökonomische Ansätze zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Finanzsektorpolitik – der Finanzstabilitätsrat (FSB)

Januar 2014

- Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion

Februar 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

März 2014

- Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013
- Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten

April 2014

- Zur Verlässlichkeit der Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke
- Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise
- Einige Erklärungsansätze zur Inflationsentwicklung seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise

Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten
- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus
- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

Juli 2014

- Wechselkurse und Finanzstress
- Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft
- Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse
- Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

August 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014

September 2014

- Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise
- Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2014²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

17/2014

International banking and liquidity risk transmission: lessons from across countries

18/2014

Interbank lending and distress: observables, unobservables, and network structure

19/2014

Mitigating financial stress in a bank-financed economy: equity injections into banks or purchases of assets?

20/2014

The multivariate option iPoD framework – assessing systemic financial risk

21/2014

Do correlated defaults matter for CDS premia? An empirical analysis

22/2014

A network analysis of the evolution of the German interbank market

23/2014

Contagious herding and endogenous network formation in financial networks

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 84•.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

-
- 1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.
 - 2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.
 - 3 Nur im Internet verfügbar.